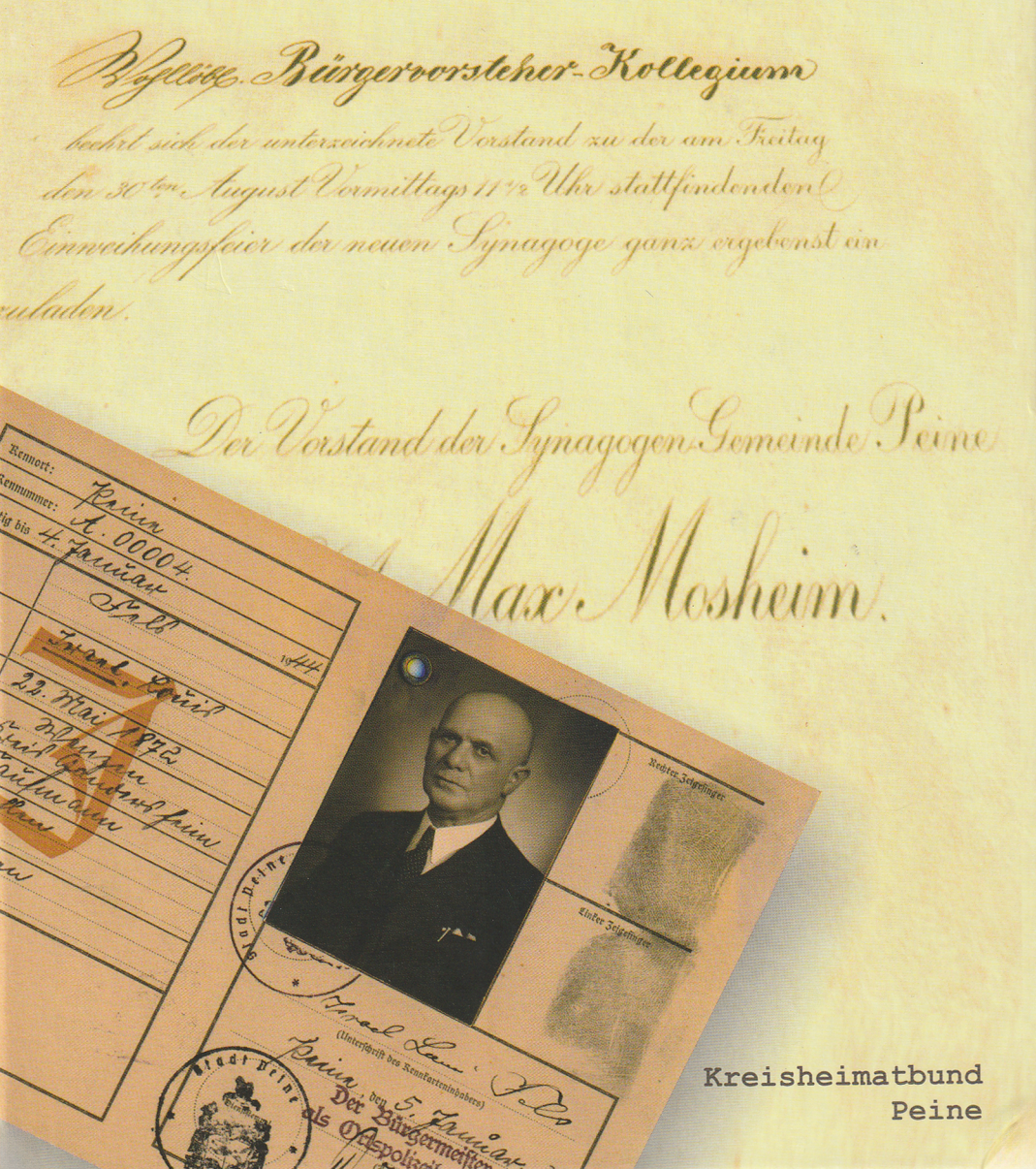
Jens Binner (Hg.)

Die jüdische Gemeinde in Peine



Kreisheimatbund Peine

Jens Binner (Hg.)

Die jüdische Gemeinde in Peine vom Mittelalter bis 1942

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2024

Kreisheimatbund Peine e.V.

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme

Die jüdische Gemeinde in Peine vom Mittelalter bis 1942 / hrsg. von Jens Binner (Schriftenreihe des Kreisheimatbundes e.V., Band VI), Peine 2009.

ISBN 3-9805245-6-6

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2024

Redaktion:
Dr. Jens Binner
Dr. Ralf Holländer

Titelbild:
Kennkarte von Louis Fels (1939)

Schriftenreihe Bd. VI
© Kreisheimatbund Peine e.V. 2009
Edemissener Str. 20
31228 Peine
www.kreisheimatbund.de

Schriftenreihe des Kreisheimatbundes e.V.

Band VI

Vorwort und Dank

Die jüdische Gemeinde in Peine existiert nicht mehr. Über Jahrhunderte gewachsen, vielfach bedrängt, war sie schließlich scheinbar fest in die Gesellschaft integriert.

Sich selbst ein Bild von diesem jüdischen Teil unserer Geschichte zu machen fällt schwer, denn annährend nichts mehr ist im Stadtbild verblieben, das ein „Begreifen" möglich machen könnte. Auch die Überlieferung in der Bevölkerung verblasste mit den Jahrzehnten soweit, dass sich Stereotypen und Halbwahrheiten als historische Tatsachen festsetzen konnten.

Mit den Jüdischen Stadtspaziergängen, Führungen über den jüdischen Friedhof, einer ganzen Reihe von Vorträgen und Ausstellungen sowie Veröffentlichungen zu ehemaligen jüdischen Mitbürgern ist es in den letzten Jahren gelungen, die jüdische Gemeinde zumindest in Ansätzen wieder in Erinnerung zu rufen. Direkt und jederzeit erfahrbar gemacht haben dies jedoch vor allem die Stolpersteine an vielen Orten im Stadtgebiet. Ein großer Dank gilt in diesem Zusammenhang dem Engagement des Peiner Bündnisses für Zivilcourage und Toleranz mit der Gruppe um Peter Baumeister, dem Stadtarchiv Peine und seinem Leiter Michael Utecht sowie insbesondere dem zweiten Vorsitzenden des Kreisheimatbundes und Leiters der AG Stadtgeschichte Dr. Jens Binner als treibender Kraft und fachliche Autorität bei vielen dieser Projekte. So fungiert er folgerichtig auch bei dem nun vorliegenden Band als Herausgeber.

Ohne die Förderer jedoch, die finanzielles Engagement bewiesen und Geduld bei der Fertigstellung des Buches gezeigt haben, wäre dieses Projekt nicht zu realisieren gewesen. Mein besonderer und ausdrücklicher Dank gilt daher der Richard Bernhard und Elisabeth **Augustin-Stiftung,** der **Sparkassenstiftung Peine,** der **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Peine,** der **Industriegewerkschaft Metall Peine** sowie nicht zuletzt der **Stadt Peine**.

Dr. Ralf Holländer
1. Vorsitzender Kreisheimatbund Peine

Inhaltsverzeichnis

Jens Binner
500 Jahre jüdisches Leben in Peine –
Diskriminierung, Emanzipation, Vernichtung 9

Michael Utecht
Die Jüdische Gemeinde im Spiegel städtischer
Quellen des 17. – 19. Jahrhunderts 57

Andreas Warmbold
Zerstört und wiedererstanden.
Der jüdische Friedhof in Telgte 73

Alexander Rose
Die Biographie von Jacob Lilie 89

Jens Binner
Die Peiner Synagogen 100

Andreas Warmbold
Publizistik im Vormärz.
Samson Ascher und das „Peiner Wochenblatt" 125

Alexander Rose
Einzelschicksale von Peiner Juden in der Literatur 146

Jens Binner
Ausgrenzung, Entrechtung, Vernichtung.
Die Familie Herzfeld und das Kaufhaus „Brunsviga" 161

Martina Staats
Die jüdische Familie Mesritz – eine Spurensuche 206

Heidemarie Miehe
Die Deportationen von Peiner Juden
nach Theresienstadt 234

Liste jüdischer Bürger zwischen 1933 und 1945 249

Jens Binner

500 Jahre jüdisches Leben in Peine – Diskriminierung, Emanzipation, Vernichtung

Peine hatte bis zum Jahr 1942 eine bedeutende jüdische Gemeinde. Nachdem das Vernichtungswerk der Nationalsozialisten dazu geführt hatte, dass jahrzehntelang nur wenige Spuren auf früheres jüdisches Leben hinwiesen, wird die Erinnerung in den letzten Jahren wieder lebendiger. Zwar wird jährlich am 9. November am Synagogenplatz der Reichspogromnacht und damit auch der Ermordung Hans Marburgers gedacht, doch die Bedeutung der Gemeinde für das Leben der Stadt bis 1933 blieb bei diesen ritualisierten Gedenkfeiern merkwürdig schemenhaft. Auch die Gedenkveranstaltungen der Gewerkschaften am Herzberg oder die regelmäßigen Lesungen von Sally Perel als bekanntestem überlebenden Juden der Stadt konnten hier nur wenig Abhilfe schaffen.

Doch in den letzten Jahren ist eine Wandlung, ja Besserung eingetreten, die wesentlich vom Peiner „Bündnis für Zivilcourage und Toleranz" in Zusammenarbeit mit dem Kreisheimatbund Peine e.V. initiiert und koordiniert worden ist. Wie groß das Bedürfnis nach konkreter Erinnerung ist, die sich nicht mit der formelhaften Würdigung der Opfer begnügt, zeigte sich, als 2001 zum ersten Mal ein „Jüdischer Stadtspaziergang" angeboten wurde und über 120 Interessierte der zweistündigen Führung folgten. Seitdem wird der „Stadtspaziergang" regelmäßig, auch für Schulklassen, mit großem Erfolg angeboten und die Broschüre mit den wichtigsten Stationen des „Stadtspaziergangs" dürfte mittlerweile eine der meistverkauften lokalgeschichtlichen Publikationen Peines sein[1]. Eine neue Qualität gewann die öffentliche Wahrnehmung jüdischen Lebens mit der Beteiligung an dem Projekt „Stolpersteine" des Kölner Künstlers Gunter

[1] Jens Binner: Spuren vergessener Nachbarn. Marburger, Spiegelberg, Fels... Ein Spaziergang durch das jüdische Peine, hg. vom Peiner Bündnis für Zivilcourage und Toleranz, Peine 2003.

Demnig. Dabei werden die Lebensdaten von Opfern des Nationalsozialismus in eine quadratische Messingplatte eingraviert und als symbolischer „Stolperstein" in das Straßenpflaster vor den ehemaligen Wohnhäusern eingelassen. Bisher fanden in Peine drei Verlegungen statt und obwohl mit diesem Projekt alle Opfer des Nationalsozialismus geehrt werden, ist die Mehrzahl bisher für Juden verlegt worden, weil sie die größte Opfergruppe bilden. Mit den Verlegungen ist immer die Würdigung der Opfer verbunden, bei der versucht wird, über die Lebensdaten und das Verfolgungsschicksal hinaus die soziale und gesellschaftliche Stellung in der Stadt zu skizzieren.

Das neue Bewusstsein, dass Peine auch ein jüdisches Erbe hat, das bis heute sicht- und spürbar ist, fand seine offizielle Anerkennung im August 2007, als der Platz der ehemaligen Synagoge an der Ecke Hans-Marburger-Str./Goethestr. neu gestaltet wurde. Dabei wurden von der Stadt Peine dort Informationstafeln aufgestellt, die der Kreisheimatbund Peine e.V. gestaltet hatte und auf denen umfassende Informationen zur Architektur der neuen Synagoge und jüdischem Leben in Peine allgemein zu finden sind. Seit Dezember 2008 schließlich weist eine Tafel, die wiederum in Kooperation von Stadt Peine und Kreisheimatbund gestaltet worden ist, auf den jüdischen Friedhof in Telgte hin.

Doch trotz aller nun zugänglichen Informationen bleibt eine Leerstelle. Sie betrifft die wissenschaftliche Erforschung und Darstellung jüdischen Lebens in Peine durch die Jahrhunderte. Während für beinahe alle vergleichbaren Städte in der Region Hannover-Braunschweig Monographien oder Sammelbände vorliegen, die sich den verschiedenen Aspekten jüdischer Existenz im christlichen Umfeld widmen[2],

[2] Beispiele aus der Region: Jörg Schneider: Die jüdische Gemeinde in Hildesheim 1871-1942 (Schriftenreihe des Stadtarchivs und der Stadtbibliothek Hildesheim, Bd. 31), Hildesheim 2003; Richard Bein: Juden in Braunschweig 1900-1945, Braunschweig ²1988; Hans-Heinrich Ebeling: Die Juden in Braunschweig: Rechts-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von den Anfängen der Jüdischen Gemeinde bis zur Emanzipation (1282-1848), Braunschweig 1987; Silke Lindemann: Jüdisches Leben in Celle. Vom ausgehenden 17. Jahrhundert bis zur Emanzipationsgesetzgebung 1848, Bielefeld 2004.

ist man für Peine bisher auf knappe Sammlungen von Informationen angewiesen, die kaum ein zusammenhängendes Bild ergeben[3]. Auch der vorliegende Band kann hier nur bedingt Abhilfe schaffen, da es nur möglich ist, auf verschiedene Einzelaspekte hinzuweisen, ohne den Anspruch einer Gesamtgeschichte der jüdischen Gemeinde in Peine zu erheben. Bei der Auswahl der Beiträge war es vielmehr wichtig, die Bedeutung der jüdischen Bürger für die Entwicklung der Stadt, den Kampf um Anerkennung und Emanzipation sowie das mörderische Ende in den Jahren 1933 bis 1945 gleichermaßen zu berücksichtigen.

Die Autoren des Bandes sahen sich dabei vor die Schwierigkeit gestellt, die jeder Beschäftigung mit jüdischer Geschichte in Deutschland innewohnt. Denn es gilt, den (vorläufigen) Endpunkt jüdischer Existenz im umfassenden Völkermord des nationalsozialistischen Deutschland ebenso zu berücksichtigen, wie die zwar häufig fragile, insgesamt jedoch erfolgreiche Entwicklung bis 1933, deren Ende in Entrechtung und Mord lange nicht absehbar war. Bedacht werden muss gleichzeitig, dass der Nationalsozialismus nicht naturgesetzlich über Deutschland hereingebrochen ist und jederzeit andere Verläufe denkbar waren, wie ebenso die Tatsache, dass in der nationalsozialistischen Diktatur der Völkermord unter tatkräftiger Beteiligung breiter Schichten des deutschen Volkes in Gang gesetzt werden konnte. Dies bedeutet, dass man bestimmte Phasen der jüdischen Geschichte in Deutschland – vor allem das 19. Jahrhundert – unter weitgehender Ausblendung des Holocaust schildern kann, um dem Eindruck einer gesetzmäßigen Entwicklung zum Völkermord entgegen zu wirken, aber gleichzeitig Akteure und Faktoren benennen muss, welche die Entwicklung zum Holocaust ermöglicht haben.

Der vorliegende Band enthält darum im Wesentlichen Texte, die sich mit dem spezifisch jüdischen Beitrag zur Peiner Geschichte befassen oder die den lokalen Verlauf der Ju-

[3] Am umfassendsten bisher: Sibylle Obenaus: Peine, in: Herbert Obenaus (Hg.): Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen und Bremen, 2 Bde., Göttingen 2005, Bd. 2, S. 1268-1288.

denverfolgung und -vernichtung konkret schildern. Damit soll der Anspruch eingelöst werden, den Holocaust angemessen zu berücksichtigen, ohne auf ihn fixiert zu sein.

Um die Erwartung einer zumindest kursorischen Überblicksdarstellung zu erfüllen, soll in dieser Einleitung ein Abriss der jüdischen Geschichte in Peine seit dem Mittelalter gegeben werden, der sich auf das 19. Jahrhundert als der entscheidenden Phase jüdischer Existenz in Peine konzentriert. Nach dem Ende der napoleonischen Herrschaft war zum ersten Mal die Möglichkeit echter Emanzipation für die Juden gegeben und in jahrzehntelanger Anstrengung gelang es ihnen schließlich, diese Möglichkeit in reales Erleben umzusetzen. Die Verfolgungsmaßnahmen ab 1933 werden dagegen knapper geschildert, weil hierzu vergleichsweise viele Veröffentlichungen vorliegen und mehrere Beiträge des vorliegenden Bandes die Verfolgung in Peine zum Gegenstand haben.

Die jüdische Gemeinde bis zum 19. Jahrhundert



Siegel des Vorstehers der Israelitischen Gemeinde in Peine (1845; Stadtarchiv Peine)

Bis zur Vertreibung der Juden aus dem Hochstift Hildesheim in den Jahren 1457/58 finden wir nur spärliche Hinweise auf jüdisches Leben in Peine, die aber immerhin bezeugen, dass die Gemeinde mittelalterliche Ursprünge hat. Die Ersterwähnung ist für das Jahr 1350 dokumentiert und bereits hier ging es um Diskriminierung, weil der Rat der Hansestadt Lübeck an Herzog Otto von Braunschweig die Bitte gerichtet hatte, die Juden in seinem Herrschaftsgebiet, darunter auch in Peine, zu verfolgen[4]. Die ersten namentlichen Erwähnungen von Peiner Juden finden sich in den Hildesheimischen Stadtrechnungen der Jahre 1379 (Sloman van Peyne), 1381 (Josep de Peyne) und 1398 (Jacob van Peyne)[5]. Trotz weiterer vereinzelter Erwähnungen lässt sich kein Gesamtbild der jüdischen Gemeinde zu jener Zeit entwerfen, ja es ist noch nicht einmal sicher, dass eine

[4] Artur Zechel: Geschichte der Stadt Peine, Bd. 1, Hannover 1972, S. 85f.

[5] Nach: Ehrenbuch für die jüdischen Bürger der Stadt Peine (Ms.), einzusehen im Stadtarchiv Peine (StaPe).

Gemeinde konstituiert werden konnte, da auch die Gesamtzahl der Juden nicht bekannt ist. So lässt sich nur festhalten, dass seit dem späten Mittelalter Juden in Peine gelebt haben und diese Entwicklung 1457/58 – wie im gesamten Hochstift Hildesheim – durch die Vertreibung der Juden für fast 150 Jahre unterbrochen wurde. Bereits die mittelalterlichen Ansiedlungen lagen vermutlich in der Vorstadt Damm, weil Juden nicht innerhalb der schützenden Stadtbefestigungen siedeln durften.

Erst ab 1603 konnten sich wieder Juden in Peine niederlassen, als Nathan Schay, der Hoffaktor des Kurfürsten und Bischofs von Hildesheim Ernst von Bayern, das Privileg erhielt, auf dem Damm vor Peine „Juden mit kontinuierlichem Wohnrecht anzusiedeln"[6]. Bestrebungen, die bereits von Anfeindungen überschattet waren, die auch vom Superintendenten unterstützt wurden[7]. Kurze Zeit später kam es zu regelrechten Judenverfolgungen, weil jüdische Geldwechsler als treibende Kraft hinter den betrügerischen Geschäften des Amtmannes vermutet wurden. In diese Zeit fällt jedoch auch die erste Erwähnung einer Einrichtung der jüdischen Gemeinde, nämlich der Schule im Jahr 1619[8]. In der Folge wuchs die Gemeinde zahlenmäßig stetig an, so dass sie Ende des 17. Jahrhunderts bereits ca. 140 Personen umfasste[9]. Die endgültige Etablierung gelang Anfang des 18. Jahrhunderts, als 1708 eine Mikwe (Badehaus) und 1714 eine Synagoge im Garten des heutigen Grundstücks Damm 12 gebaut werden konnten[10]. 1728 schließlich wird zum ersten Mal der Friedhof auf dem Telgter Vorwerk erwähnt, wobei es aber heißt, dass er „schon vor langen Jahren" eingerichtet worden sei[11]. Knapp dreißig Jahre später, 1775, gibt es die ersten Be-

---

6 Birgit E. Klein: Wohltat und Hochverrat. Kurfürst Ernst von Köln, Juda bar Chajjim und die Juden im Alten Reich, Hildesheim u.a. 2003, S. 90.

7 Obenaus: Peine (wie Anm. 3), S. 1269.

8 Zechel: Geschichte (wie Anm. 4), Bd. 2, S. 269. Nicht erwähnt bei Obenaus: Peine (wie Anm. 3).

9 Obenaus: Peine (wie Anm. 3), S. 1270.

10 Ebd., S. 1271. Bei Zechel: Geschichte (wie Anm. 4), Bd. 2, S. 296 ist die Errichtung der Mikwe irrtümlich auf 1798 datiert; vermutl. ein Druckfehler.

11 Obenaus: Peine (wie Anm. 3), S. 1271.



Das Gebäude Damm 12 nach dem Verkauf an den Schuhmachermeister Theodor Plate (Stadtarchiv Peine)

schwerden der Gemeinde über Verwüstungen des Friedhofes[12]. Die Gemeinde umfasste zu dieser Zeit 44 Familien und stellte damit ein knappes Sechstel der Bevölkerung des Dammes.

Ein jahrzehntelanger Rechtsstreit zwischen der Stadt und der jüdischen Gemeinde erlaubt aufschlussreiche Einblicke in die Stellung der Juden im 18. Jahrhundert. Er zeigt, dass einige von ihnen inzwischen wirtschaftlich recht erfolgreich waren, aber auch, dass sie Einwohner minderen Rechts geblieben waren. Dabei ging es um die Erlaubnis für die jüdischen Pferdehändler, ihre Pferde gegen eine Gebühr auf die städtische Weide zu treiben[13].

Ausgelöst wurden die Auseinandersetzungen durch eine Beschwerde des städtischen Magistrats bei der Stiftsregierung in Peine im Jahr 1759, bei der die Stadt von Anfang an einen auffallend scharfen Ton anschlug, der sich anscheinend daraus speiste, dass sich hier eine marginalisierte Gruppe ein Recht anmaßte, das ihr nach Meinung der Stadtoberen nicht zustand. Der Magistrat hatte geschrieben, dass er mit der „Judenschaftt auf dem Dam für peine in einer Rechtfertigung darum geraten, weil sich selbige auf eine gantz seltene, in Deutschland unerhörte Weise mit ihrem mehrern Theils auf Handel und Betrug stehenden pferden einer Mitweyde – so nicht einst einem Bürger er-

[12] Vgl. den Beitrag von Andreas Warmbold zum jüdischen Friedhof.

[13] Alle Zitate zu diesem Rechtsstreit nach StaPe RF 248 Nr. 9 „Judenschaft: Hud und Weide".

laubt ist – in unserer städtischer Huth und Weyde anzumaßen, unterfüget". Als Gegenmaßnahme hatte man die Pferde der jüdischen Händler kurzerhand beschlagnahmt und in die Stadt treiben lassen.

In einer Replik auf die Rechtfertigung der jüdischen Gemeinde verschärfte man den Ton noch, obwohl man nicht umhin kam, zuzugestehen, dass es sich bei der Erlaubnis zum Weiden der Pferde der jüdischen Händler um ein jahrzehntealtes Recht handelte, dass seit mindestens 1665 nachzuweisen war. Dennoch erklärte der Magistrat, die Stellungnahme der jüdischen Gemeinde enthalte „Grobheiten, solche wie sie nur in die Gesellschaften und Rotten derer Bengeler, Schlegeler und Flegeler[14] gehörte, von welchen nun die Zeiten des Kaysers Wenzels[15] als gar schlechtes Denkmahle in der Historie aufgezeichnet" worden seien. Daran schließen sich Ausführungen zur Stellung der Juden im römischen und germanischen Recht an, die mit der Feststellung enden: „mit einem Wort: sie sind ein tolerierter Hauffe Ungläubiger, die ein Landesherr im römischen Reich zwar regieren kann, jedoch nicht anders als salvis iuribus livium et subditorum."[16] Die weitere Argumentation arbeitet mit ausgeprägt antijüdischen Vorurteilen, indem bemerkt wird, dass die Juden sich das Recht anmaßen, „ihr theils schäbige theils auf Wucher stehende Pferde in die offene Weyde zu jagen, dergleichen zu treiben sich nicht einmahl ein Mitbürger untersteht." Zwar hätte 1684 der Amtmann die Weide auf der sogenannten kleinen Horst erlaubt, daraus leite sich jedoch kein allgemeines Recht ab, weil die Juden als „ein bloßer Tolerierter Hauffe keiner bürgerlichen Gerechtsame [Rechte] fähig" seien.

In dem 1760 abgeschlossenen Vertrag, in dem festgelegt wurde, dass die jüdischen Pferdehändler für die Benutzung der Weide vor dem Dammtor ein Weidegeld zu entrichten hat-

---

[14] Geißlergruppen aus dem späten Mittelalter, die häufig als „Landplage" verteufelt und für Seuchen und Naturkatastrophen verantwortlich gemacht wurden.

[15] Reg. 1376-1400.

[16] Vorbehaltlich der Rechte auf Missgunst und Unterwerfung.

ten, hieß es auch, dass sie die Weide nicht „aus einem Recht oder bürgerlicher Befugniß und Freyheit" nutzen. Der Stadt ging es also mindestens ebenso sehr darum, die rechtliche Diskriminierung der Juden schriftlich zu fixieren, wie um eine zusätzliche Einnahme. Der Vertrag wurde regelmäßig verlängert, bis die jüdische Gemeinde im Jahr 1778 um eine Herabsetzung der jährlichen Pacht bat, weil „zuviel unvermögende unter ihnen wären". Die Stadt akzeptierte die Forderung, doch bei der nächsten Verlängerung hieß es wiederum, dass „die zum Theil schlechten Umstände derer Juden bekannt" seien und die Pacht daher vermindert werden müsse.

Insgesamt lassen sich an der Auseinandersetzung mehrere Aspekte jüdischen Lebens in Peine im 18. Jahrhundert aufzeigen. Zunächst ist da die Tatsache, dass die Juden eine Gruppe minderen Rechts bildeten und keine vollwertigen Bürger waren. Sichtbarster Ausdruck dieser Diskriminierung war das sogenannte „Schutzjudentum", nach dem Juden sich nur niederlassen durften, wenn sie einen hoheitlichen Schutzbrief erwarben, der mit einmaligen und regelmäßigen finanziellen Sonderbelastungen verbunden war[17]. Außerdem waren eingeschränkte Rechte zur Nutzung öffentlicher Einrichtungen festgelegt, wie die geschilderten Streitigkeiten um das Weiderecht gezeigt haben. Dabei ging es der Stadt darum, die Sonderstellung der Juden öffentlich sichtbar festzuzurren und eine Verbesserung der Lebensumstände der Juden, etwa durch gewohnheitsrechtliche Festlegungen, zu verhindern.

Auf der anderen Seite zeigt der Streit um die Weiderechte aber auch, dass die jüdische Gemeinde keine vollkommen rechtlose Gruppe mehr bildete. Vielmehr war ihr Status so gefestigt, dass sie mit Eingaben und juristischen Schriftsätzen gegen das Vorgehen der Stadt protestieren konnten und damit zum großen Teil auch Erfolg hatten. Die Juden waren keine vollwertigen Bürger und sie hatten gegen zahlreiche, häufig religiös begründete Vorurteile zu kämpfen, aber man konnte mit ihnen auch nicht mehr willkürlich verfahren. Bei Feierlichkeiten gehörten sie bereits Ende des 18. Jahrhunderts gleichberechtigt zum Teilnehmerkreis, wie aus

[17] Vgl. den Generalschutzbrief aus dem Jahr 1764 in StaPe F 340 Nr. 6.

einer Eintragung im Tagebuch des Glasermeisters Johann Georg Gaertner aus dem Jahr 1791 hervorgeht. Dort schildert er die Amtseinführung des neuen Drosten Kettler und bemerkt: „Jetzt folgt der Einzug in Peine: Zuerst kam ein Courier; dann der peinische Amtsvoigt, mit seiner Vogtey; dann die Jägers; dann 12 Juden; alle zu Pferde. Dann der Amtsvoigt von Hohenhameln mit seiner Vogtey. Jetzt folgte der Droste selbst mit dem Domdechant."[18] Der zähe und von vielen Rückschlägen begleitete Kampf um Anerkennung und gleichberechtigte Teilhabe wird uns im 19. Jahrhundert noch intensiver beschäftigen.

Eine weitere Information, die vor allem aus den Eingaben gegen Ende des 18. Jahrhunderts deutlich wird, bezieht sich auf die wirtschaftliche Lage der Mitglieder der jüdischen Gemeinde. Wiederholt gelang es unter Verweis auf die bedrängte wirtschaftliche Situation der Mehrheit der Juden auf dem Damm das jährliche Weidegeld zu verringern. Wenn die Schilderungen nicht den Tatsachen entsprochen hätten, hätte sich der Magistrat wohl kaum auf diese Argumentation eingelassen. Somit ist klar, dass bereits zu diesem Zeitpunkt das Klischee vom „reichen Juden" keine Entsprechung in der Realität hat.

Das lange 19. Jahrhundert

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts mehrten sich Streitigkeiten zwischen den Juden, die weiterhin nur auf dem Damm wohnen durften und den Bürgern der Stadt, die sich gegen Versuche jüdischer Kaufleute und Handwerker zur Ausweitung ihrer Geschäftstätigkeit energisch zur Wehr setzten. Typisch für die Auseinandersetzungen war die Vermischung ökonomischer Motivation und antijüdischer Argumentation.

So richtete die jüdische Gemeinde im Jahr 1783 eine Eingabe an den Magistrat, um die Erlaubnis zu erhalten, auch in

[18] Johann Georg Gaertner: Aus Peina's Vergangenheit. Aufzeichnungen des Glasermeisters Johann Georg Gaertner in Peine von 1779 bis 1845, Peine 1904, S. 13. Ich danke Alexander Rose für den Hinweis auf diese Quelle.

der Stadt Handel zu treiben[19]. Eine der Reaktionen bestand in einer gemeinsamen Beschwerde von Magistrat, Rat und Krämergilde gegen das „Handelsgebaren der Juden". So würde der Knecht Zadec des jüdischen Kaufmannes Liepmann Marcus im Hausierhandel große Mengen Kaffee und Zucker vertreiben, obwohl den Juden der Viktualienhandel verboten sei[20]. 1804 gab es einen handfesten Streit über den freien Verkauf von Fleisch durch jüdische Schlachter an Bürger der Stadt. Die Fleischermeister der Stadt ließen die Auseinandersetzung eskalieren, indem sie an der Dammbrücke den Kunden der jüdischen Schlachter das eben gekaufte Fleisch gewaltsam abnahmen. Der Schlachter Nathan Joseph argumentierte daraufhin ähnlich wie die jüdische Gemeinde in dem Streit um die Weiderechte mit dem Gewohnheitsrecht sowie der bedrängten wirtschaftlichen Lage der Juden. Er führte an, dass jüdische Schlachter bereits seit 40 oder 50 Jahren Fleisch an Bürger aus der Stadt verkaufen würden und außerdem „auf dem Damm 3 Fleischermeister wohnen und nur höchstens 5 Jüdische Familien die bemittelt sind, von mir das Fleisch zu nehmen im Stande sind, die übrigen Armutshalber aber sich solches nicht anschaffen können."[21] Dass die Angaben zur ökonomischen Situation anscheinend der Realität entsprachen, geht auch aus einer Eingabe der jüdischen Gemeinde vom November 1804 an Landrat von Weichs hervor, in der sie darum bat, wegziehende Juden zu verpflichten, vorher ihren Anteil an einem Darlehen über 5000 Reichstaler zu leisten, das die Gemeinde aufgenommen hatte. Die Rückzahlung war durch den Wegzug von drei Gemeindemitgliedern in Gefahr geraten und die Übrigen, „wovon gegenwärtig kaum ihrer zwölfe bemittelt sind, und mithin die übrigen Unbemittelten wenig oder nichts zu obiger Schuld beitragen können", konnten die Summe alleine nicht aufbringen[22].

Wiederholt stritt man über die Höhe der Sonderabgaben der jüdischen Gemeinde, auch das ein Zeichen, dass sich die wirtschaftliche Lage verschärfte. 1803 beschwerten sich

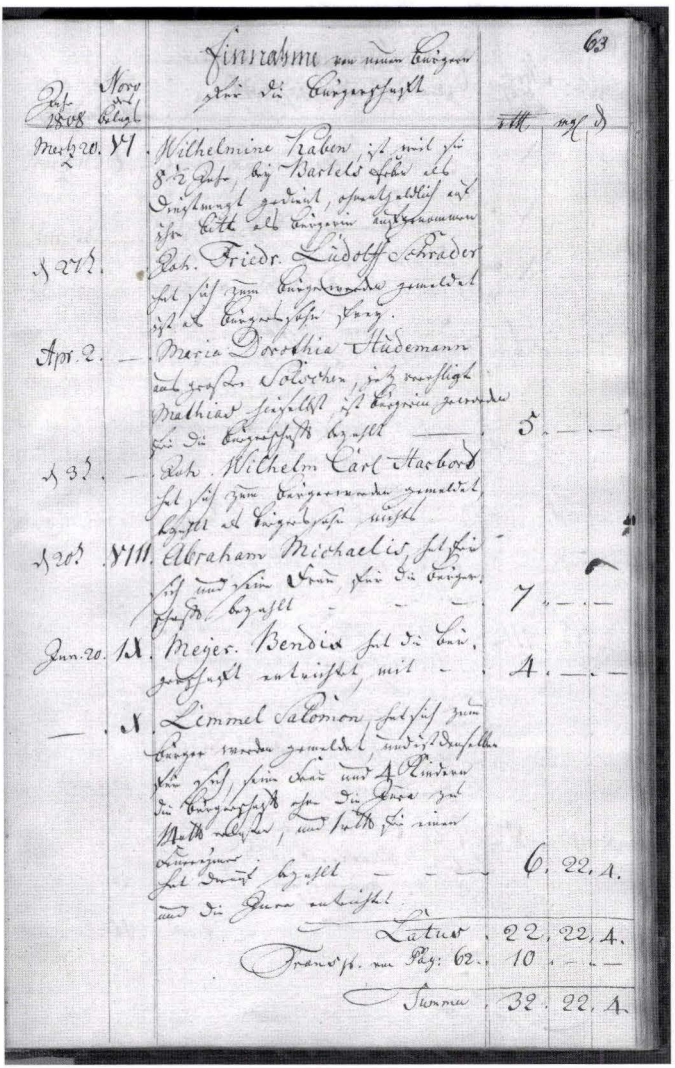
[19] Zechel: Geschichte (wie Anm. 4), Bd. 2, S. 288f.

[20] StaPe RF 105 Nr. 6.

[21] StaPe RF 111 Nr. 5; vgl. auch den Beitrag von Michael Utecht.

[22] StaPe RF 23 Nr. 11.

die Juden vom Damm darüber, dass sie zu Beiträgen für einen Prozess der Bürgerschaft herangezogen worden waren und außerdem Beiträge zum Freischießen und anderen Lustbarkeiten leisten sollten[23]. Ein Jahr später war Korruption der Anlass einer Eingabe, weil zahlreiche Peiner Beamte „Neujahrsgeschenke" von der jüdischen Gemeinde erwar-



Kämmereiregister des Jahres 1808 mit der Bestätigung, dass Meyer Bendix und Lemmel Salomon die Bürgerschaft erworben haben (Stadtarchiv Peine)

[23] StaPe RF 23 Nr. 1.

teten. So waren an „den Drost 5 Rth., den Amtmann 6 Rth., den Amtsschreiber 1 Huth Zucker und 2 oder 3 Pf. Kaffe und an den Burgvoigt 1 Huth Zucker oder 2 Rth." zu zahlen, ohne dass hierfür eine rechtliche Grundlage bestand[24].

Die Situation beruhigte sich vorübergehend als die Errichtung des Königreiches Westphalen durch Napoleon den Juden die uneingeschränkte Emanzipation brachte. Juden durften sich nun auch in der Stadt Peine niederlassen und das Bürgerrecht erwerben. Die ersten, die 1808 diese Gelegenheit nutzten, waren Isaac Seelig, Seelig Fürst und Lemmel Salomon[25]. Nach dem Ende der französischen Herrschaft wurden die Bürgerrechte für die Juden zwar wieder aufgehoben, das Wohnrecht in der Stadt blieb jedoch erhalten. Die Juden waren nun aber nicht mehr bereit, einfach auf weitergehende Rechte zu verzichten. Sie begannen vor allem für ihre wirtschaftliche Gleichberechtigung zu kämpfen, ohne zu ahnen, dass sich der Kampf fast ein halbes Jahrhundert lang hinziehen würde. Nachdem mehrere Juden die nun wieder eingeschränkten Rechte ignoriert und etwa Häuser im Stadtgebiet gekauft oder Handelskonzessionen erworben hatten, versuchte der Magistrat 1822 den weiteren Zuzug mit der Behauptung zu verhindern, dass Juden der Aufenthalt in der Stadt generell verboten sei. Die königliche Regierung in Hannover wies diese Ansicht allerdings zurück, so dass der unsichere Schwebezustand anhielt[26]. Ein Jahr später behauptete die Stadt, dass auch die Juden selbst gegen einen weiteren Zuzug ihrer Glaubensgenossen seien: die „israelitischen Handelsleute in Peine [hätten] sehr dringend gebeten [...], die Zahl der handelstreibenden Israeliten nicht zu vermehren"[27]. Entsprechend

[24] StaPe RF 23 Nr. 6.

[25] Obenaus: Peine (wie Anm. 3), S. 1273. In den Kämmereiregistern für das Jahr 1808 sind nur Lemmel Salomon (1. Hälfte, S. 63) und Isaac Seelig (2. Hälfte, S. 55) erwähnt. Außerdem findet sich, die Angabe, dass Meyer Bendix die Bürgerschaft und einen ledernen Feuereimer bezahlt hat (1. Hälfte, S. 63 u. 65). Da die Kämmereiregister und auch die anderen Quellen im StaPe noch nicht umfassend ausgewertet sind, kann dieser Widerspruch einstweilen nicht aufgelöst werden.

[26] StaPe RF 28 Nr. 4, Bl. 6.

[27] StaPe RF 23 Nr. 15, Bl. 89.

wurde im selben Jahr auch die Erteilung einer Handelskonzession abgelehnt, weil „der hiesige Ort schon so mit Juden und namentlich mit solchen überfüllt sey, welche den von Supplicanten [Antragsteller] gewünschten Nahrungszweig [Handel mit Ellenwaren] betreiben, dass jede Besetzung eines neuen nicht allein dem jüdischen, sondern auch dem gantzen publico nachteilig seyn muß."[28] 1827 konnte Marcus Wertheimer jedoch eine Konzession erlangen, weil sein Handel „die vorhandenen Handlungen nicht beeinträchtigen" würde[29].

Die inzwischen eingetretenen Veränderungen musste auch die Stadt eingestehen, indem sie feststellte, dass der Damm nicht mehr die beste Lage für den Tuch- und Trödelhandel war, weil die „Judenschaft sich in Peine zerstreut hat"[30]. Ein Jahr später wurde vom Magistrat noch einmal öffentlich erklärt, dass die Duldung des Zuzugs in das Stadtgebiet nicht bedeutete, dass die Juden nun vollwertige Bürger sind: „Kein jüdischer Bürger [kann] zur activen oder passiven Concurrenz bei Besetzung der, der Wahl der Bürgerschaft überlassenen Stadt-Aemter, zugelassen werden."[31] Gleichzeitig musste der Magistrat einräumen, dass die Ablehnung des weiteren Zuzugs mehr in diffusen Ängsten begründet war, als in realer wirtschaftlicher Konkurrenz. Denn er genehmigte auf Antrag der jüdischen Gemeinde die Verlegung des Oster- und Pfingstmarktes, weil man „im allgemeinen [...] behaupten [kann], dass ein Markt ohne Israeliten von

---

[28] Ebd., Bl. 101. Die Gemeinde in Peine gehörte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch zu den zahlenmäßig bedeutenderen im Königreich Hannover. 1833 umfasste sie 211 Mitglieder, davon bereits 78 in der Stadt; vgl. StaPe RF 11 Nr. 2 und Nr. 6. Vgl. auch den Hinweis in: H.D.A. Sonne: Beschreibung des Königreichs Hannover. Zweites und drittes Buch: Allgemeine Beschreibung des Hannover'schen Landes und Staates, München 1829, S. 328: „Die Anzahl aller Juden im Lande ist 7 – 8000. Synagogen sind in mehreren größeren Städten und auf dem Lande auch zu Werna in Hohnstein. Am zahlreichsten sind die Juden in Hildesheim, Peine, Neustadt-Hannover, Bovenden, Emden." Ich danke Thomas Kuczniers für den Hinweis.

[29] StaPe RF 28 Nr. 9, Bl. 11.

[30] StaPe RF 23 Nr. 15, Bl. 50.

[31] StaPe RF 28 Nr. 9, Bl. 23.

gar keinem Werth ist. [...] nur ein einziger hiesiger Kaufmann handelt mit Waren, welche von Juden zum Verkauf gestellt werden."[32]

Die zunehmende Gewährung von Rechten bedeutete auch, dass die verschiedenen Obrigkeiten sich mehr und mehr in Angelegenheiten einmischten, die vorher allein innerhalb der Gemeinde geregelt worden waren. So hatte die königliche Regierung bereits 1820 angeordnet, dass verstorbene Juden erst nach Ablauf einer Frist von 48 Stunden beigesetzt werden durften. Antijüdische Horrorgeschichten über die Beerdigung von Scheintoten wurden hier in geltendes Recht umgesetzt und brachten die Gemeinde somit in Konflikte mit ihren religiösen Regeln[33]. Ebenso musste seit 1828 ein Arzt bei den Beschneidungen anwesend sein[34].

Wir verdanken diesem neu erwachten Interesse der Obrigkeiten aber auch einen Schriftwechsel, der einen recht genauen Einblick in die Verhältnisse der Gemeinde zu dieser Zeit zulässt. Anlass war ein „Landdrosteiliches Rescript" vom 25. Februar 1828, das die Verbesserung der Schulverhältnisse der jüdischen Gemeinde zum Gegenstand hatte. Darin wurden auch die von der Gemeinde zu unterhaltende Personen aufgelistet: der Landrabbiner (anteilig), der Rabbiner (freiwillige Beiträge), der Vorsänger, der Schächter (der unter Beachtung der religiösen Vorschriften schlachtet) und der Schullehrer (Religion, Hebräisch). Die damaligen Vorsteher der Gemeinde, Levin Selig Ascher und Moses Flörsheim, bemerkten, dass „sie die Mangelhaftigkeit ihres Schulun-

---

[32] StaPe RF 147 Nr. 10. Vgl. auch den Eintrag im Tagebuch des Glasermeisters Johann Georg Gaertner aus dem Jahr 1828: „Da der Oster-Markt auf den Juden ihr Osterfest fiel, so wurde derselbe auf den Dienstag gehalten, als den 1. April. Es war von der Landdrostei bewilliget."; Gaertner: Vergangenheit (wie Anm. 18), S. 42.

[33] StaPe RF 23 Nr. 11. Bereits 1804 hatte es anlässlich der Festlegung des Erbenzinses für die „vor dem Schloßthore" liegende „Begräbnisstätte" den Vorschlag gegeben, den Juden „das so schnelle Begraben der Todten", d.h. wenige Stunden nach dem Feststellen des Todes, zu verbieten; dieses Verfahren sei „durch so viele traurige Beyspiele schreckhaft geworden"; StaPe RF 23 Nr. 7; zu den jüdischen Begräbnisriten vgl. auch den Beitrag von Andreas Warmbold zum jüdischen Friedhof.

[34] StaPe RF 24 Nr. 28.

terrichts erkennten und dessen Verbesserung wünschten", machten aber Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Reformvorschläge geltend. Die Gemeinde müsste für den Unterhalt der aufgezählten fünf Personen aufkommen, benötigte aber nur drei (den Rabbiner, einen Schächter und den Schullehrer). Die Gemeinde bestünde nur aus 39 Familien, von denen der größte Teil nur wenig, zehn Familien aber gar nicht zahlen könnten. „Ferner, daß ihnen der Erwerb sehr beschränkt, und daß die Führung eines jüdischen Haushalts schwieriger und kostbarer sei, als die Führung eines christlichen Haushalts." Sie erkennen aber die Zweckmäßigkeit der Vorschläge an: 1.) die Prüfung des Schullehrers durch den Landrabbiner, 2.) die Unterhaltung des Schullehrers durch die gesamte Gemeinde (bisher zahlten nur die Gemeindemitglieder mit schulpflichtigen Kindern freiwillige Beiträge), 3.) Schulpflicht für sämtliche schulfähigen Kinder, mindestens zum Religionsunterricht, 4.) „Beibehaltung des Schullehrers", also keinen so häufigen Wechsel der Lehrperson mehr. Nach längeren Verhandlungen einigte man sich auf die Umsetzung der Vorschläge mit einigen Änderungen, gab aber zu Bedenken, dass die Umsetzung aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche längere Zeit in Anspruch nehmen würde[35]. So ist denn auch erst 1836 vom Bau einer neuen Judenschule im Haus Damm 12 in Zusammenhang mit der Reformierung des Schulwesens die Rede[36].

In den Jahren der Krise vor der Revolution von 1848/49 nahmen die Auseinandersetzungen um die wirtschaftlichen Rechte der Juden an Schärfe zu. Der Magistrat stand dabei in gewisser Weise zwischen jüdischer Gemeinde und Kaufmannsgilde als den Hauptkontrahenten. Denn er war auf der einen Seite Interessenvertreter der angestammten Peiner Kaufmannschaft, hatte aber andererseits auch ein Interesse an neuen Steuerzahlern und einer allgemeinen Vermehrung

---

[35] StaPe RF 340 Nr. 6. In den Zusammenhang der stärkeren Kontrolle durch die Obrigkeit gehört auch die Anordnung zur Annahme eines festen Familiennamens; vgl. StaPe RF 23 Nr. 20.

[36] Nach Ehrenbuch (wie Anm. 5). Obenaus: Peine (wie Anm. 3), S. 1274 vermerkt die Einrichtung einer öffentlichen jüdischen Schule erst für das Jahr 1838.

der Bevölkerungszahl. So kam es zu widersprüchlichen Aussagen der Behörden, als der Magistrat 1836 zunächst über das „Überhandnehmen der Israeliten" klagte. Sie würden sich unter einem Vorwand das Recht auf Zuzug erschleichen und dann einen Handel eröffnen[37]. Im selben Jahr betonte jedoch der Hausvoigt Beimes, der als Vertreter des Amtmannes für den Damm zuständig war, in einem anderen Zusammenhang die „große Wohlhabenheit" und hohe „Culturstufe und Sittlichkeit" der Juden und gab zu, dass sie eine „vom Gesetz und Vorurtheil niedergedrückte Classe" und „hochbesteuerte Unterthanen" seien[38]. Allerdings ging es bei der positiven Einschätzung nicht zuletzt darum, dass die Amts- und Stadtverwaltung eine größere Kontrolle über das Gemeindeleben erlangen wollte. Darum sah man sich wohl in dem Schreiben an die Landdrostei zu diesem Urteil genötigt, damit man weiter argumentieren konnte, dass eine derart wichtige Gruppe über geordnete Institutionen verfügen müsste und Bedingung dafür sei die Aufsicht der städtischen Behörden[39]. Zu der widersprüchlichen Verwaltungspraxis der städtischen Behörden gehört aber auch, dass man 1838 den Zuzug des Pferdehändlers Leidersdorf unter Übernahme seiner Argumente genehmigte und bestätigte, dass er ein „exemplarisch guter Mann" sei, der mit einer Bürgerstochter verheiratet ist[40].

Aus denselben Jahren stammt eine seltene allgemeine Selbsteinschätzung der Situation der jüdischen Gemeinde.

---

[37] StaPe RF 28 Nr. 12, Bl. 11.

[38] StaPe RF 24 Nr. 26, Bl. 2.

[39] 1835 hatte die Stadt in einem ausführlichen Schreiben an Hausvogt Beines dargelegt, wie unordentlich das Synagogenbuch der Gemeinde geführt wurde und welche Unordnung allgemein in der Gemeinde herrschte. So seien in dem Buch viele Namen radiert und beliebig viele Vornamen eingetragen, Vorsteher und Rechnungsführer der Gemeinde konnten sich nicht einigen, wer wem untergeordnet war, zeitweise gab es zwei gewählte Vorsteher, die Rechnungsführer geben häufig Anlass zu Beschwerden usw.; vgl. ebd., Bl. 28f. Ziel der Bemühungen war der Erlass einer „Synagogenordnung", mit der gleichzeitig die Kontrollrechte der Behörde festgelegt werden sollten. Die Landdrostei hat dieses Verfahren schließlich abgebrochen, weil eine allgemeine Regelung hierzu erlassen werden sollte. Ich danke Alexander Rose für die Transkription der Akte RF 24 Nr. 26.

[40] StaPe RF 28 Nr. 12, Bl. 19f.

Aus Anlass des silbernen Dienstjubiläums überreichte die jüdische Gemeinde 1840 dem Amtmann Ziegler einen Silberpokal, der mit einem Begleitschreiben versehen war, in dem die Gemeinde sich selber wie folgt charakterisierte: „... wir – die ohne Grund von ihren Mitbürgern Ausgeschlossenen". Das Schreiben schloss mit der Formulierung: „[...], auf dass wir wiederum nach einem verronnenen Viertelseculo, und dann vereinigt mit unseren übrigen Mitbürgern, jenen glücklichen Tag desto würdiger begehen mögen"[41]. Es musste der Gemeinde schon sehr dringlich damit sein, die Klage über ihre andauernde Diskriminierung loszuwerden, wenn sie dazu die Gelegenheit eines derart feierlichen Anlasses nutzte. Außerdem ist hierin ein Indiz dafür zu sehen, dass Juden sich in der städtischen Öffentlichkeit auf andere Weise nur sehr schwer Gehör verschaffen konnten.

Kurze Zeit später eskalierte der Kampf gegen den weiteren jüdischen Zuzug und die Gewährung von Handelsrechten in der Form, dass nicht nur häufiger mit antijüdischen Vorurteilen gearbeitet wurde, sondern die Formulierungen auch deutlich an Schärfe zunahmen. Als Katalysator kann hier wiederum die sich verschärfende allgemeine Wirtschaftskrise angenommen werden, die teilweise katastrophale Auswirkungen hatte. 1841 lehnte die Stadt den weiteren Zuzug von Juden mit der Begründung ab, die Juden wollten „die Christen verdrängen"[42] und sprach von der „angeborenen Zudringlichkeit dieser Nation"[43]. Aus demselben Jahr stammt eine öffentliche Äußerung, die erahnen lässt, wie viel Verachtung den Juden in Teilen der Bevölkerung immer noch entgegenschlug. Denn als Isaac Goldschmidt, einer der jüdischen Schlachter für koscheres Fleisch vom Damm, den Antrag stellte, in die Knochenhauergilde aufgenommen zu werden, reagierte der Altmeister der Gilde, Carl Bodenstedt, mit der Bemerkung, wenn Goldschmidt „Meister werden wollte, so könnte jeder Lausebengel aus Bülten kommen, um Meister zu werden"[44].

[41] StaPe Z2-24/113.

[42] StaPe RF 28 Nr. 13, Bl. 20.

[43] StaPe RF 28 Nr. 7, Bl. 46.

[44] StaPe RF 111 Nr. 35.

1843, als erstmals mehr Juden in der Stadt (107) als auf dem Damm (101) wohnten, behauptete der Magistrat, die Juden hätten seit den letzten 25 Jahren nicht nur „festen Fuß" in der Stadt gefasst, sondern auch „den besten Theil des Handels zum Bedrück christlicher Gewerbetreibender an sich gerissen [...], zumal die Vermehrung in den Familien selbst uns schon mit Schrecken erfasst"[45]. Und ein Jahr später verbreitete der Magistrat das Schreckgespenst, dass die „Breite oder Handelsstraße" bald die „Judenstraße" sein werde und die „Juden die herrschende, die Christen die dienende Nation werden", weil die Juden „kastenartig zusammenhalten"[46]. Fast schon resignierend hieß es: „Die Juden wissen nun ein Mal mehr Vortheil aus dem Handel zu ziehen, als die gewöhnlichen christlichen Handeltreibenden."[47] Neben populären antijüdischen Vorstellungen von ungezügelter Vermehrung, unlauterem Geschäftsgebaren und geheimen Plänen zur Umstürzung der bestehenden Machtverhältnisse, spielte bei dem Fremdbild, das der Magistrat hier aufbaute, vermutlich auch Kritik an der eigenen Gruppe eine Rolle, weil die Kaufleute im Angesicht der Krise zunehmend zu einem Kampf Jeder gegen Jeden übergegangen waren, anstatt gemeinsam Lösungsversuche zu erarbeiten.

Die Kaufmannsgilde exponierte sich erst 1848 mit einer dafür dann umso deutlicheren Stellungnahme, als Itzig Wertheimer die Aufnahme in die Gilde beantragte. Die Gilde lehnte den Antrag ab, weil „die Art und Weise, wie die hiesigen Juden größtentheils ihr Geschäft betreiben, ein höchst schmutziges, gesetzwidriges Hausir-Geschäft ist, [...] welches für das Wohl unser Stadt der fressendste Krebs ist. [...] wir haben nur die ganze Corporation der Judenschaft und ihre Handlungsweise im Auge und nur gegen ihre tief eingewurzelte, subtile und unermüdliche Handlungsweise, welche dem Ganzen schadet zu sprechen. Von der beinahe 300 Seelen zählenden hiesigen jüdische Gemeinde, betreibt auch nicht ein Jude ein Handwerk oder lebt vom Tagelohn; ja der arme Israelit, der von seiner Gemeinde mit Almosen unterstützt und unterhal-

[45] StaPe RF 28 Nr. 13, Bl. 37.

[46] StaPe RF 28 Nr. 7, Bl. 30.

[47] Ebd., Bl. 36.

ten wird, lässt die nothwendigen häuslichen Verrichtungen und schweren Arbeiten durch christliche Tagelöhner verrichten; im Schweiße seines Angesichts isst er sein Brod nicht." Daran anschließend werden die bedrängten materiellen Verhältnisse der Christen geschildert und es wird behauptet: „Daran ist eines großentheils das hausirende und wuchernde [meint: Wucher betreibende] Geschäft der Juden und die Concessionsertheilung schuld. Wird man es uns verargen, dass [wir] da, wo wir können, diesen einen Damm entgegensetzen? Wir sind nicht so intolerant um nicht auch die Juden leben zu lassen und gleiche Menschenrechte zu bewilligen; aber erst müssen solche sich auch zeigen, dass sie sich mit den bürgerlichen Verhältnissen und dem Betriebe der Staatsbürger auf eine rechtliche Weise amalgamiren und nicht nur vom Handel mit Hausiren, Wucher, Wechsel, Lotterie und Trödel leben wollen. Wir gleichen dem auf stürmender See dahin wallenden zerrissenen Bote, welches seine eigene Last nicht tragen kann und das den Hülfe suchenden Schiffbrüchigen mit ach! Herzreißendem Jammer und Gefühlen zurückstoßen muss."[48]

Derartige Stellungnahmen prägten auch noch die folgenden Jahre[49]. Erst 1851 beruhigte sich die Situation, nachdem

[48] StaPe RF 103, Nr. 11. Dem Schreiben ist im Übrigen zu entnehmen, dass es zu dieser Zeit 14 jüdische Handelsgeschäfte in Peine gab, die mit „Ellen-Waaren" Handel trieben. Die Angabe von 300 jüdischen Bürgern ist polemisch übertrieben. Tatsächlich zählte die Gemeinde zu der Zeit 189 Seelen, davon 85 in der Stadt und 104 auf dem Damm; vgl. StaPe F 11 Nr. 2, Nr. 6e und Nr. 10. Das Innenministerium in Hannover wies die Ablehnung des Gesuches im Übrigen zurück und beschied, dass Wertheimer unter Befreiung von den zünftigen Lehr- und Wanderjahren und der Prüfung aufzunehmen sei; vgl. StaPe Dep K/17. Ob die Aufnahme tatsächlich erfolgte, kann nicht nachgewiesen werden; lediglich eine Einladung zu einer Gildesitzung vom Januar 1849, auf der über die Aufnahme von Wertheimer beraten werden sollte, ist erhalten; vgl. StaPe Dep K/40, 1849, Bl. 49.

[49] Vgl. z.B. die Ablehnung der Beantragung einer Handelskonzession durch den Baumwollfabrikanten Gottschalk Haas. Der Magistrat wollte die Genehmigung zunächst erteilen, weil Haas nur die Übernahme der bestehenden Konzession seines Bruders Süßel anstrebte, also kein neues Geschäft eröffnen wollte. Die Kaufmannsgilde warf Gottschalk jedoch vor, mehrfach seinen Beruf gewechselt und ein „unstetes Leben" geführt zu haben, bis er durch einen Lotteriegewinn auf die Idee gekommen sei, eine Weberei zu gründen. Auch hier fehlten wieder die üblichen all-



Dr. jur. Salomon Fürst (Stadtarchiv Peine)

immer mehr jüdische Kaufleute in die Gilde aufgenommen worden waren. Bereits für das Jahr 1848 ist die Aufnahme von Bendix Traube nachweisbar[50] und 1851 waren von insgesamt 26 Gildemitgliedern bereits vier Juden[51]. Folgerichtig stellte Bendix Traube Februar 1852 bei der Kaufmannsgilde den Antrag, die Beschränkungen für Juden in den Gildestatuten zu streichen[52]. Nun übernahmen Juden schon herausgehobene Funktionen, nachdem Samson Ascher sich bereits zu einer Zeit gesellschaftlich engagierte hatte, als die Christen den Juden noch unversöhnlich gegenübergestanden hatten[53]. Der Jurist Dr. Salomon Fürst, der 1853 als erster jüdischer Notar im Königreich „nach der für Israeliten bestimmten Form"[54] vereidigt wor-

gemeinen Anfeindungen nicht, wenn es hieß: „Die pfiffigen [?] thätigen oft ungesetzliche Mittel, deren sich die Israeliten bedienen, würde eine Concurrenz hervorrufen, die nur zerstörend für den Handel im Allgemeinen werden kann. [...] Meiner Meinung nach ist besonders hervorzuheben, dass der Israelit in folge der Emancipation und der daraus abgeleiteten Dispensation [Befreiung], als Israelit nicht durchweg das Recht haben kann und soll die Handlungsrechte zu gewinnen. Ist die Tendenz seiner Beschäftigung nicht eine rein commerzielle gewesen, hat er bald diesen, bald jenen Geschäftszweig ergriffen, so kann ihm die Emancipations-Wohlthat nicht zu gute kommen." Hier wurde Gottschalk Haas also auch zum Vorwurf gemacht, dass er flexibel war und immer neue Chancen ergriff. Der Kampf der Gilde richtete sich demnach ebenso gegen die modernere Denkweise von Haas. Die Eingabe der Gilde hatte im Übrigen Erfolg und das königliche Innenministerium sowie die Landdrostei zwangen den Magistrat, die Genehmigung zurückzuziehen; vgl. Sta Pe RF 103 Nr. 14, Dep K/17, Dep K/29, Dep K/30 und Dep K/40.

[50] StaPe Dep K/17, 13. April 1848. Die weiterhin prekäre ökonomische Situation der meisten Gemeindemitglieder geht indirekt aus einer Meldung vom November 1847 über den schlechten Zustand des Gemeindehauses am Damm 12 hervor, in der es heißt, dass bei einer Besichtigung zum Brandschutz „wie vor 11/2 Jahren das Haus der jüdischen Gemeinde" aufgefallen war. „Bei der Brandmauer in der Küche bestehen Putzschäden, sodaß Ständer und Riegel frei liegen. Auch ist der Schornstein im 2. Geschoß sehr schadhaft."; vgl. StaPe RF24 Nr. 30.

[51] Neben Traube Marcus Wertheimer, Hermann Flörsheim und Eduard Blanck; StaPe Dep K/30.

[52] Ebd. Wie der Antrag entschieden wurde, ist nicht überliefert.

[53] Vgl. den Beitrag von Andreas Warmbold zum Peiner Wochenblatt. Ascher hatte 1829 auch wesentlich die Gründung des Bibliotheksvereins mit angestoßen.

den war und seit der Gründung des Bibliotheksvereins in Peine ehrenamtlich als Bibliothekar diente[55], trat 1859 in den Verwaltungsrat und den Aufsichtsrat der Ilseder Hütte ein und Bendix Traube wurde der erste jüdische Funktionär der Kaufmannsgilde, als er 1863 mit großer Mehrheit zum Beisitzer im Vorstand gewählt wurde[56]. Bernhard Spiegelberg wurde 1870 nicht nur in einen Ausschuss der Kaufmannsgilde zur Ausarbeitung neuer Statuten gewählt[57], sondern übernahm im gleichen Jahr auch das Amt des Kassierers im „Verein zur Pflege verwundeter Soldaten"[58]. Selbst im Kriegerverein Peine ist mindestens ein jüdisches Mitglied nachweisbar[59]. Aber es dauerte noch bis zum Jahr 1888, bis der Kaufmann und Bankier Siegmund Seckel zum Bürgervorsteher gewählt wurde und damit erstmals ein Jude in der politischen Vertretung der Peiner Bürger mitarbeiten konnte[60].



Nachruf.

Am 25. August verschied in Hannover

Herr Siegmund Seckel

im Alter von 83 Jahren.

Der Verstorbene gehörte von 1881 bis 1885 und von 1888 bis zu seinem Fortzuge aus Peine (21 März 1906) der Bürgervorsteherschaft unserer Stadt an und bekleidete Jahre hindurch das Amt eines Wortführers.

Der Verstorbene, eine innerlich vornehme Persönlichkeit, hat sich stets mit großer Pflichttreue und Sachkenntnis in uneigennütziger Weise den mannigfachen Aufgaben als Bürgervorsteher gewidmet. Sein segensreiches Wirken zum Wohle der Stadt wird unvergeßlich bleiben.

Ehre seinem Andenken!

Peine, den 27. August 1927.

Der Magistrat. Die Bürgervorsteherschaft.
I. A.: Onken. O. Schulz.

Nachruf der Stadt Peine auf Siegmund Seckel (Peiner Zeitung vom 28. August 1927; Stadtarchiv Peine)

---

54 Obenaus: Peine (wie Anm. 3), S. 1278.

55 Er bekleidete dieses Amt bis zu seinem Tod 1879, also 50 Jahre lang.

56 StaPe Dep K/33, 34 und 42. Als Bendix Traube 1905 starb, wurde er als ältestes Mitglied der Kaufmannsgilde geehrt; StaPe Dep K/62.

57 StaPe Dep K/35.

58 StaPe Dep K/42.

59 Max Mosheim; vgl. den Nachruf anlässlich des Todes von Max Mosheim in der PZ vom 2. Oktober 1933. Hier wurde zum „Antreten zur Beerdigung" aufgerufen, eine bemerkenswerte öffentliche Würdigung über ein halbes Jahr nach dem Machtantritt Hitlers.

60 Er bekleidete dieses Amt bis 1906. Vgl. den Nachruf nach seinem Tod in der PTP vom 28. August 1927. Dort hieß es u.a., dass er „sich wie ein Vater des besten Ansehens in allen Kreisen der Bevölkerung erfreut" und „bestimmenden Einfluß auf die Entwicklung der Stadt Peine ausgeübt" habe. Seckel wurde auch in der Bürgervorsteherversammlung geehrt und Senator Freundel sowie Worthalter Schulz hatten an der Beisetzung in Hannover teilgenommen.

Das alles sind zwar eindeutige Hinweise auf eine weitgehende wirtschaftliche und gesellschaftliche Emanzipation der Juden, dennoch kam es immer wieder vor, dass bei Auseinandersetzungen die Verwaltung mit antijüdischen Vorurteilen argumentierte. Damit deutet sich auch der Übergang vom vorwiegend religiös begründeten Antijudaismus zum rassistisch motivierten Antisemitismus an. 1874 kam es zwischen der jüdischen Gemeinde und der Stadt zu einem Streit über die Stellung des Lehrers der jüdischen Schule. Die Stadt hatte bisher einen finanziellen Zuschuss zum Gehalt geleistet, Synagogengemeinde und Landrabbinat verlangten aber die feste Anstellung an der städtischen Schule, um den Lehrer unabhängiger von der stark schwankenden Zahl und Leistungskraft der Mitglieder der jüdischen Gemeinde zu machen. Die Stadt schrieb in ihrer ablehnenden Stellungnahme: „Die Eingabe des Dr. Guttmann [Landrabbiner in Hildesheim] verfolgt offenbar mit der dem israelitischen Charakter eigenartigen Zähigkeit den Zweck", den christlichen Bürgern Lasten der jüdischen Gemeinde aufzubürden. Der jüdische Lehrer, der zugleich Vorleser der Gemeinde war, könne nicht an der Stadtschule unterrichten, „da viele Eltern Anstoß daran nehmen würden ihre Kinder von einem jüdischen Lehrer unterrichten zu lassen namentlich von einem seminaristisch [an einem speziellen Lehrerseminar für Juden] gebildeten Lehrer, dem zu leicht die Eigenthümlichkeiten des jüdischen Typus ankleben welche bei einem studierten jüdischen Lehrer durch den Gang seiner Ausbildung und das Leben leichter abgeschliffen werden."[61] Folgerichtig wurde der Antrag dann auch abgelehnt. Bereits im folgenden Jahr kam es wieder zum Streit um das Schulwesen, als die Gefahr bestand, dass die für den städtischen Zuschuss zum jüdischen Religionsunterricht nötige Mindestzahl an Schülern unterschritten wird. Die Gemeinde hatte daraufhin zwei auswärtige Kinder in Peine angemeldet, was die städtische Kirchenkommission als „Beginn langer unerquicklicher Streitigkeiten mit der hiesigen Synagogengemeinde" wertete, die von der Gemeinde „mit echt

[61] StaPe AF 152 Nr. 3.

jüdischer Zähigkeit in die Länge gezogen" worden seien und bei denen es ein „jüdisches Handeln und Feilschen" gegeben habe[62].

Organisierter Antisemitismus machte sich zum ersten Mal 1893 bemerkbar, als Georg Weber eine Ortsgruppe des Deutsch-Sozialen Vereins (später Deutsch-Soziale Partei) anmeldete, die ein Jahr später die erstaunliche hohe Zahl von 73 Mitgliedern umfasste[63]. Ein Mitglied, der Arzt Dr. Bock, eröffnete in Peine eine Poliklinik, in der Arme kostenlos behandelt wurden, schloss Juden jedoch von dieser Regelung aus[64]. Der Verein konnte ab 1898 eine ganze Reihe sehr gut besuchter Veranstaltungen in Peine organisieren, die allesamt eine eindeutig antisemitische Stoßrichtung hatten und etwa die Aufhebung der Judenemanzipation forderten[65]. Eine Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes, von der eine Anmeldung überliefert ist, scheint dagegen nur kurz bestanden zu haben.

Dass Antisemitismus aber durchaus einen Resonanzboden in allen Teilen der Gesellschaft haben konnte, bzw. nicht als Hindernis für eine Zusammenarbeit angesehen wurde, zeigt ein Bericht der Peiner Zeitung (PZ) vom 30. November 1913 über eine Protestversammlung der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft (58er Verein und Verband Deutscher Hand-

[62] Ebd. In der Folge konnte die finanzielle Unterstützung der Stadt für die jüdische Schule jedoch auf eine feste vertragliche Basis gestellt werden. Als die Peiner Schulen 1893 in städtische Trägerschaft übergingen, gewährte man auch der Synagogengemeinde einen jährlichen Zuschuss zum Lehrergehalt und zur Unterhaltung des „Schullocals". Außerdem wurden „behuf erstmaliger gründlicher Instandsetzung des Schullocals sowie der Schulgeräthe" ein einmaliger Beitrag in Höhe von 300 Mark geleistet; vgl. StaPe Rep 07/291.

[63] StaPe BF 255 Nr. 72.

[64] Obenaus: Peine (wie Anm. 3), S. 1279. Bock, der auch Reichstagskandidat der Antisemiten gewesen war, sagte sich 1898 in einer anscheinend nicht sehr ernst zu nehmenden Erklärung vom Antisemitismus los. Denn trotz dieser Äußerung blieb Bock Mitglied der Partei und war auch als Redner auf dem kurze Zeit später stattfindenden Parteitag in Kassel angekündigt; vgl.: Im deutschen Reich, H. 10 (Oktober) 1898, S. 522.

[65] StaPe BF 248 Nr. 2 mit den Polizeiberichten über die Versammlungen. Ein weiteres Mitglied des Vereins war der Schuhfabrikant F.W. Giesecke; vgl.: Im deutschen Reich H. 3 (März) 1901, S. 182 und H. 4 (April) 1901, S. 243.

lungsgehilfen Leipzig)" zur Einführung der „völligen Sonntagsruhe". Ihre Zustimmung zu der bei dieser Versammlung verabschiedeten Resolution bekundeten die Ortsgruppe Peine des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes (Herr Tegtmeyer) und die Herren Helbsing[66] und Kasten (für die „gewerkschaftlich organisierten Arbeiter"), obwohl es darin am Schluss hieß: „Zu dem vorliegenden, durchaus unzulänglichen Gesetzentwurf beantragt die Versammlung als am notwendigsten die Streichung der Ausnahmebestimmungen für jüdische Geschäfte und Prokuristen." Die Kaufmannsgilde verfasste dazu am 2. Dezember eine Stellungnahme mit der Forderung: „Für jüdische Geschäfte und Prokuristen keine Ausnahmen."[67]

Symbolhafter Höhepunkt des insgesamt erfolgreichen Kampfes um die Emanzipation im 19. Jahrhundert war die Einweihung der neuen Synagoge 1907[68]. Die jüdische Gemeinde, die 1852 noch 183 Mitglieder umfasst hatte[69], zählte zu dem Zeitpunkt nur noch 133 Mitglieder[70]. Aber ihre Stellung innerhalb der Stadt war gefestigt. Viele Gemeindemitglieder waren ökonomisch erfolgreich, vor allem als Textilkaufmann und Bankier, und bei der Übernahme öffentlicher Ämter gab es kaum noch Beschränkungen oder Anfeindungen aufgrund ihrer Religion. So erscheint die Zeit von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg als Blütezeit der Gemeinde, in der nur wenig auf die heraufziehende Katastrophe hindeutete. Öffentlicher Antisemitismus blieb eine Minderheitenmeinung und wurde von vielen christlichen Führungspersönlichkeiten abgelehnt. Von gewalttätigen Übergriffen in dieser Zeit ist nichts bekannt.

---

[66] Der Kaufmann Walter Helbsing wurde nach dem Ersten Weltkrieg einer der führenden Köpfe des Jungdeutschen Ordens in Peine, einer antidemokratischen und antisemitischen Organisation, die zeitweise beträchtlichen Einfluss in Peine ausüben konnte. Eine genaue Erforschung der Rolle des Ordens in der Stadtpolitik steht noch aus.

[67] StaPe Dep K/56.

[68] Vgl. meinen gesonderten Beitrag zu den Synagogen.

[69] StaPe F 11 Nr. 12.

[70] StaPe Abt. CF 567 Nr. 4.

Vom Ersten Weltkrieg bis 1933

Der Erste Weltkrieg forderte das Leben von vier Mitgliedern der jüdischen Gemeinde. Für sie wurde 1920 ein Gedenkstein auf dem jüdischen Friedhof errichtet, bei dessen Einweihung der Prediger Cöln eine zeitkritische Ansprache mit Anspielungen auf den angewachsenen Antisemitismus hielt[71]. Aber nicht nur durch die Beteiligung am Militärdienst zeigten die Mitglieder der Gemeinde ihr Selbstverständnis als „deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens". So spendeten 1917 neben zahlreichen anderen Peinern auch die Bankiers Sülly Traube und Arthur Wertheimer beträchtliche Summen für das Stadtkrankenhaus[72]. Und 1919 gründete Arthur Wertheimer die nach seinen verstorbenen Eltern benannte „Hermann-und-Anna-Wertheimer-Stiftung", die Arme jeder Konfession unterstützen sollte und mit 10.000 Mark Gründungskapital ausgestattet war.

Aber in der Folge der Niederlage und der ökonomischen Krise der Nachkriegszeit verstärkten sich die antisemitischen Vorfälle, wenn sie auch nicht in offene Gewalt umschlugen. 1920 mietete die Synagogengemeinde für 50 Mark monatlich die Schulräume der Handelsschule in der Echternstraße 28/29 für 2 Tage in der Woche[73]. Daraufhin erschien in der PZ vom 13. Juni eine Anzeige mit folgendem Wortlaut: „Nachdem der Vorstand der Kaufmanns-Gilde den von mir seither benutzten Raum ohne Kündigung und Grund der Gemeinde der Juden überlassen hat, benötige ich zur Fortsetzung meines Unterrichts eines Raumes, leer oder mit einfacher Einrichtung. Angebote von Vermietern nach Echternstr. 5 an Heine." Aus dem Schriftwechsel der Kaufmannsgilde geht hervor, dass Hugo Heine den Schulraum weiter benutzte, obwohl ihm gekündigt worden war. Die Gilde hatte mit Heine besprochen, dass er den Raum nicht weiter benötigt, daher sei er der jüdischen Gemeinde zur Verfügung gestellt worden. Heine behauptete dagegen, dass er mit Herrn Stegen anderes verabredet habe und schrieb,

---

[71] Vgl. den Beitrag von Andreas Warmbold zum jüdischen Friedhof.

[72] StaPe Abt. AF 200. Beide spendeten je 200 Mark.

[73] StaPe Dep K/57 und 67.

er werde sich „von Juden nicht verdrängen lassen". Die Gilde erteilte danach dem Hausmeister die Anweisung, Heine den Zutritt zu verweigern[74]. Eventuell waren es Vorkommnisse dieser Art, auf die sich Prediger Cöln bei der Einweihung des Gedenksteins für die jüdischen Gefallenen des Ersten Weltkrieges bezog.

Insgesamt bildeten die Jahre der Weimarer Republik jedoch noch einmal einen Höhepunkt jüdischen Engagements für die demokratische Bürgergesellschaft. Der Direktor der Simonstiftung trat bei Veranstaltungen der DDP auf[75], ein Israelitischer Frauenverein gründete sich[76] und besonders in der Kaufmannsgilde beteiligten sich viele jüdische Kaufleute an herausgehobener Stelle. So wählte die Gilde Martin Seckel 1923 in den neugebildeten dreiköpfigen Arbeitsausschuss, der die laufenden Geschäfte erledigen sollte[77] und Otto Traube wurde im gleichen Jahr der einzige Vertreter der Gilde im städtischen Festausschuss zur Vorbereitung der 700-Jahr-Feier der Stadt[78].

Über die Entwicklung des Gemeindelebens gibt es dagegen nur spärliche Nachrichten, weil die Eigenüberlieferung der Gemeinde vernichtet ist. Immerhin ist bekannt, dass es 1925 Schwierigkeiten bereitete, die Stelle des „Religionslehrers, Vorbeters und Lehrers" wiederzubesetzen, nachdem der Lehrer David Köln Peine verlassen hatte, obwohl er erst seit 1919 im Amt gewesen war[79]. Jedenfalls erschien

---

[74] StaPe Dep K/67.

[75] Vgl. die Peiner Tagespost (PTP) vom 15. Februar mit einem Bericht über den Vortrag „Erziehung zur Arbeit" von Emil Alexander auf einer Versammlung der DDP.

[76] Die Belege zur Tätigkeit des Israelitischen Frauenvereins sind dünn gesät. In der Werkszeitung der Ilseder Hütte vom 3. November 1923 und der PZ vom 7. November 1930 finden sich Aufrufe zur Durchführung der Volksspeisung, die auch vom Frauenverein unterzeichnet sind. StaPe Dep Grube/1 enthält eine Auflistung der Mitglieder der Unterausschüsse der Wohlfahrtskommission der Stadt, aus der hervorgeht, dass der „jüdische Frauenverein" einen Vertreter in den Arbeitsausschuss des Wohlfahrtsamtes entsenden durfte.

[77] StaPe Dep K/57.

[78] StaPe Dep K/74.

[79] StaPe Rep 06/271 mit der Anstellungsurkunde.

in der Zeitung des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" zweimal eine entsprechende Stellenanzeige mit der die Gemeinde Ersatz suchte. Die erste Anzeige vom 20. Februar hatte Max Mosheim unterzeichnet[80], die zweite vom 24. Juli, also fast ein halbes Jahr später, Emil Alexander[81]. Die schlechte Datenlage erlaubt keine weiteren Aussagen zur zahlenmäßigen oder ökonomischen Entwicklung der Gemeinde. Weiterhin waren die meisten Juden Textilkaufleute, daneben gab es einige Bankiers, Viehhändler und Ärzte. Der Anteil der Juden in Peine lag immer unter 1% der Wohnbevölkerung, so dass sich allein schon daraus ergibt, dass alles Gerede von einem „Judenproblem" nichts Anderes als antisemitische Propaganda war.

Der Antisemitismus äußerte sich in Peine in spezifischen Formen. Er war hier nicht gewalttätig, es gab keine Pogrome, keine eingeschlagenen Schaufensterscheiben oder Angriffe auf besonders exponierte Einzelpersonen. Stattdessen hatte sich etwas etabliert, was man vielleicht eine Variante von „Salonantisemitismus" nennen könnte. Bedeutsam in diesem Zusammenhang ist besonders der bereits erwähnte Jungdeutsche Orden, eine antidemokratische Organisation, deren Satzung einen sogenannten „Arierparagraphen" enthielt. Der Jungdeutsche Orden verfügte in Peine über einen tiefgehenden Einfluss, der bislang noch nicht erforscht ist, sich aber bis heute für Jedermann sichtbar im Schlageter-Denkmal auf dem Luhberg in Stederdorf zeigt, das auf Initiative des Ordens hin errichtet und unter großer öffentlicher Beteiligung eingeweiht wurde. Dem Orden gehörten neben dem bereits erwähnten Kaufmann Walter Helbsing, der zeitweilig der Peiner Ortsgruppe vorstand, Bürgermeister August Wietfeldt und der Architekt Anton van Norden an, der das Schlageter-Denkmal gestaltet hat. Der Jungdeutsche Orden war zwar zweifelsfrei antisemitisch, betätigte sich in Peine jedoch nicht öffentlich in dieser Richtung. Dennoch muss man davon ausgehen, dass der Antisemitismus zu den ideologischen Grundkonstanten der Mitglieder gehörte und

[80] CV-Zeitung 1925, S. 152.

[81] Ebd., S. 522.

wesentlich zum Zusammenhalt des Ordens beitrug. Über den latenten Antisemitismus in anderen Organisationen wie den Kriegervereinen oder dem Königin-Luise-Bund[82] liegen bisher keine Untersuchungen vor.

Daneben gab es einzelne antisemitische Veranstaltungen, die zwar gut besucht waren, aber in der lokalen Presse stets eindeutig ablehnend kommentiert wurden. So fand im März 1922 ein Vortrag einer Frau Andrea Ellendt statt, die angeblich aus Mexiko stammte und zu Wirtschaftsfragen referieren wollte. Schnell stellte sich aber heraus, dass es sich um antisemitische Propaganda handelte, obwohl im Dunkeln blieb, wer den Vortrag organisiert hatte[83]. Beide Lokalzeitungen verurteilten den Tonfall der Rede scharf und beschuldigten die Rednerin der „Verhetzung gegen unsere jüdischen Mitbürger"[84] und die PTP stellte fest: „Mit dem deutschen und christlichen Charakter vereinbart sich diese Judenhetze nicht." Dass diese Meinung nicht allgemein geteilt wurde, zeigte sich, als sich in der Diskussion neben dem kommunistischen Bürgervorsteher Kratz auch der Direktor der Simonstiftung, Dr. Alexander, zu Wort meldete und als Jude zu erkennen gab. Denn sein Beitrag wurde von „Pfui-Rufe[n]" aus dem Publikum begleitet und es erklang sogar der Ruf „Schmeißt ihn hinaus!"[85].

---

[82] Vgl. die PZ vom 10. Oktober 1931 mit der Ankündigung einer Veranstaltung des Königin-Luise-Bundes über „Rassenfragen".

[83] In der Peiner Tagespost (PTP) vom 23. März 1922 hieß es nur, dass sie eine „Agitationsrednerin der antisemitischen Organisation" sei.

[84] Peiner Zeitung (PZ) vom 23. März 1922.

[85] PTP vom 23. März 1922. In der PZ sind diese Vorfälle nicht erwähnt, obwohl die beiden Namen der Gegenredner auch dort aufgeführt sind. Insgesamt ist die Analyse in der PTP differenzierter und tiefergehend, indem sie den Antisemitismus der gesamten antidemokratischen Rechten hervorhebt und z.B. darauf hinweist: „Weite Kreise sind über die Judenfrage, das hat die gestrige Versammlung deutlich bewiesen, absolut falsch unterrichtet; ohne Ueberlegung treiben sie wüste Hakenkreuzpolitik [...]." Wie tief der Antisemitismus in der Mitte der Gesellschaft verankert war, wird auch daran deutlich, dass der ehemalige Peiner Bürgermeister Dr. Meyer im Juni 1926 als Hauptredner auf einer Hetzveranstaltung gegen den jüdischen Philosophieprofessor Theodor Lessing in Hannover auftrat; vgl. Niederdeutsche Zeitung vom 13. Juni 1926. Trotz der unbestreitbaren Verdienste für die Stadt Peine ist es zu überlegen, ob ein Mann, der derart aggressiv antisemitische Positionen vertreten hat, als Namensgeber für unsere Straßen taugt.

Die neue gewalttätige Form des Antisemitismus in Form des Aufstiegs der völkischen Rechten und bald allein der NSDAP zeigte sich in Peine erstmals 1926[86], als der Peiner Kreisleiter der NSDAP, Hanns Kerrl, wegen des unerlaubten Anbringens von Veranstaltungsplakaten angezeigt wurde, auf denen es zum Schluss hieß: „Juden haben keinen Zutritt"[87]. Kerrl, der häufig antisemitische Artikel für den „Niedersächsischen Beobachter", die regionale Variante des „Völkischen Beobachters" verfasste[88], blieb in den folgenden Jahren die bestimmende Figur der NSDAP in Peine. Und trotz seines aggressiv geäußerten Judenhasses wurde Kerrl bald in Koalitionsüberlegungen der Parteien der bürgerlichen Rechten einbezogen, um die Vorherrschaft der Arbeiterparteien zu brechen[89].

---

[86] Die Gründung der Ortsgruppe Peine der NSDAP erfolgte in zwei Schritten: eine erste Gründung im Jahre 1922 löste sich aufgrund des reichsweiten Verbotes nach dem Hitlerputsch 1923 wieder auf. Am 20. April 1925, Hitlers 36. Geburtstag, wurde die Ortsgruppe im Lokal „Blauer Engel" neu gegründet. Gründungsmitglieder waren Hanns Kerrl, Fritz Müller, Otto Knop, der nach 1933 zum Leiter der Peiner Stadtwerke avancierte, Albert Schramm sowie Walter und Wilhelm Wahlenkamp. Seit Oktober 1932 gab es zwei Ortsgruppen im Stadtgebiet: Peine-Nord und Peine-Süd; vgl. Hauptstaatsarchiv Hannover Hann. 310 I A Nr. 85.

[87] StaPe BF 249 Nr. 2.

[88] Vgl. StaPe Rep 6/131 „Zeitungsausschnitte über kommunalpolitische Angelegenheiten"; hier findet sich u.a. ein Artikel aus dem Niedersächsischen Beobachter (Nr. 40 aus dem Oktober 1928) von Hanns Kerrl unter der Überschrift „Euleneier", in der sich Kerrl mit der Hypothekenvergabe durch die Peiner Heimstätte befasst. Der Artikel ist gespickt mit antisemitischen Anspielungen: „Man erzählt, daß David jetzt auch in die brave Schützengilde eintreten will."; „Peine liegt mitten in Deutschland und wie von den Hakennasen die lieben Deutschen sich an ihren eigenen viel kürzeren Nasen herumziehen und nach Strich und Faden ausbeuten lassen, und es gar nicht besser haben wollen, so gings auch in Peine.", „Der Bürgermeister [August Wietfeldt] hatte gelernt, wie es die Juden in Deutschland machen, um die Wahrheit über die Nazi-Sozi zu unterdrücken" usw. Die Frage, inwieweit derartige Veröffentlichungen in Parteiorganen in Peine wahrgenommen wurden, muss noch näher untersucht werden. Aber immerhin findet der Artikel sich in einer Akte der Stadtverwaltung.

[89] Vgl. die Besprechungsprotokolle in StaPe Dep Grube/46, in denen es um die Bildung einer „Rechtsfraktion" im Kreistag Ende 1929 unter Einschluss der beiden nationalsozialistischen Abgeordneten Wehrspaun und Paul geht.

Nationalsozialismus und Vernichtung

Nach der Machtübernahme durch die Regierung Hitler Ende Januar 1933 und insbesondere nach den Reichstags- und Kommunalwahlen im März 1933, die eine dauerhafte Festigung der nationalsozialistischen Herrschaft bedeuteten, kam es darauf an, den Antisemitismus als Leitlinie der Politik im allgemeinen Bewusstsein zu verankern und seine Akzeptanz zu erhöhen. Denn in den Jahren vor 1933, als die NSDAP sich als „Volkspartei" etablieren konnte, war dieses Thema nicht offensiv in den Wahlkämpfen behandelt worden. Zwar fehlte in kaum einer Wahlkampfrede zu wirtschaftlichen Problemen der Hinweis auf die vermeintlich große Macht und verderbliche Rolle der Juden. Doch gleichzeitig war den Wahlkampfstrategen der Partei um Goebbels bewusst, dass ein zu großer Antisemitismus oder gar die Ankündigung von Gewalt von einer Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wurde. Man pflegte seine antisemitischen Vorurteile, wollte jedoch gleichzeitig seine bürgerliche Ruhe nicht gestört wissen.

So entwickelte sich in den nächsten Jahren ein Prozess, bei dem die Öffentlichkeit schrittweise an Gewalt zur Lösung des vermeintlichen „Judenproblems" gewöhnt wurde, während gleichzeitig die umfassende Entrechtung und Ausschaltung der Juden aus dem gesellschaftlichen Leben vorangetrieben wurde[90]. Viele dieser Schritte liefen eher unauffällig auf der Ebene von Verordnungen und Gesetzen ab, zentrale Ereignisse konnten jedoch von Jedem wahrgenommen werden. So wurde auch in Peine am 1. April 1933 ein allgemeiner Boykott jüdischer Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte organisiert, der entsprechende propagandistische Begleitmusik durch die zunehmend gleichgeschaltete Lokalpresse erhielt. Dazu wurden die Namen derjenigen Geschäfte, die nicht betreten werden durften, in der Zeitung veröffentlicht, außerdem hatte man sie nachts mit einer Kalklösung weiß markiert[91]. Begleitet wur-

[90] Vgl. dazu exemplarisch meinen Beitrag zum Kaufhaus „Brunsviga".

[91] Obenaus: Peine, S. 1282. Vgl. die Liste der zu boykottierenden Geschäfte, Rechtsanwälte und Ärzte in der PTP vom 1. April 1933. Dazu hieß es: „SA und SS wird mit Plakaten vor jüdischen Geschäften postiert. Jeder Einzelne, der am Sonnabend, 1. April, nach 10 Uhr vormittags, ein jüdisches Geschäft betritt, wird fotografiert und namentlich in der Zeitung veröffentlicht werden."

de der Boykott von einer „Kundgebung des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes Peine" im „vollbesetzten Kaisersaal", auf der Senator Otto Knop die Maßnahmen propagandistisch einordnete[92]. Er erwähnte „den Kampf der Juden gegen den Nationalsozialismus in seinen Anfängen, besonders gegen den jetzigen Landtagspräsidenten Kerrl". Dann drohte er: „Vorläufig sei den Juden in Peine noch nichts geschehen, man habe ihnen sogar erlaubt, schwarz-weiß-rote Fahnen zu hissen und am Nationalfeiertag im Festzuge mitzumarschieren. Wenn man jetzt dem Judentum den Kampf ansage, so hätten die Peiner Juden das verhindern können, wenn sie von sich aus eine dahingehende Erklärung abgegeben hätten, daß man ihnen kein Haar gekrümmt habe."

Martin Rohde verfasste dazu folgende Tagebucheintragungen: „31.03.1933 (Freitag): Abends jüdische Geschäfte und Privathäuser mit Kalk bespritzt. Sonnabend, 1.4.: Boykott gegen Judengeschäfte wegen der ‚Greuelpropaganda' im Ausland. SA-Posten. Zu der Kalkbespritzung: Dr. Schrader: ‚Es war wie Weihnachten'; Mühlhoff: ‚Der schönste Tag meines Lebens."[93] Die Peiner Tagespost berichtete über den Ablauf des Boykotts in ihrer Ausgabe vom 2. April: „Die Breite Straße und der Markt waren dicht bevölkert, sodaß stellenweise kaum ein Durchkommen war. Die Schaufenster jüdischer Geschäfte waren noch weiß gekalkt. Als 'Neuerscheinung' sah man auf den Fenstern Aufschriften in roter Farbe, die zum Boykott dieser Geschäfte aufforderten. Vor den Eingangstüren standen nationalsozialistische Doppelposten, die die wenigen Passanten, die das Betreten der Geschäfte wagten, entsprechend aufklärten. [...] Verschiedentlich kam es zu Reibereien, da sich rings um den Marktplatz Ansammlungen bildeten. Polizei und Hilfspolizei zerstreute mit Hilfe des Gummiknüppels mehrfach die Menge."

---

[92] Bericht über die Versammlung in der PZ v. 2. April 1933. Otto Knop war langjähriger Vorsitzender des antisemitischen Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes in Peine, bevor er nach 1933 dank seiner Parteimitgliedschaft Senator und Vorsitzender der Stadtwerke werden konnte.

[93] Martin Rohde: Erinnerungen: Ein Leben zwischen den Zeiten, Hankensbüttel 2002. Schrader und Mühlhoff waren Lehrkräfte des Ratsgymnasiums. Ich danke Alexander Rose für den Hinweis auf diese Eintragungen.

Der Boykott sollte als Auftaktfanal wirken und die Gesellschaft darauf vorbereiten, dass Antisemitismus und Gewalt gegen jüdische Bürger nunmehr Grundkonstanten der Politik in allen Bereichen waren. Die Akzeptanz dieser neuen Leitlinie erfolgte bei der Mehrheit erschreckend schnell, weil es sich dabei nur um die Verschärfung einer latent verbreiteten Tendenz gehandelt hat. Sichtbarer Ausdruck der Übernahme der Versatzstücke der nationalsozialistischen Ideologie war die Einfügung sogenannter „Arierparagraphen" in die Satzungen der meisten Verbände und Vereine[94]. Gleichzeitig wurden von der Stadtverwaltung eine Reihe diskriminierender Maßnahmen erlassen, mit denen Bürgermeister August Wietfeldt seine Treue zum neuen System dokumentieren wollte, um seinen Posten zu sichern. So wurde Ende März beschlossen, die Lieferung von Schuhen an Hilfsbedürftige, die bisher „überwiegend" durch die Schuhhäuser Fels und Moses erfolgt war, „gleichmäßiger" zu verteilen[95]. Städtische Aufträge wurden nicht mehr an jüdische Geschäfte vergeben und sie wurden auch bei der Verteilung der neuen Ehestandsdarlehen nicht berücksichtigt[96].

Zwischen 1934 und 1938 fand die Diskriminierung dann wieder mehr auf der rechtlichen Ebene statt, während der offene Terror zurücktrat und sich mehr in unkoordinierten Gewaltaktionen äußerte. So meldet der Tätigkeitsbericht der Polizeiverwaltung für den 8. April 1934 die Störung einer jüdischen Versammlung in der Goetheschänke und des Gottesdienstes durch die HJ[97]. Bei der Versammlung handelte es sich um den Versuch der Gründung des jüdischen Turn- und Sportvereins „Makkabi" in Peine. Hierzu waren Gäste des

---

[94] Bei der Kaufmannsgilde z.B. im März/April 1933; vgl. StaPe Dep K/90 und Rep 6/835; vgl. auch die Satzung des Peiner Schwimmvereins von 1906 e.V. in der Fassung vom 13. April 1940, in die maschinenschriftlich der Passus eingefügt worden war: „Mitglieder können nicht Personen sein, die nicht deutschen oder artverwandten Blutes oder solchen gleichgestellt sind."; wann diese Bestimmung in die Satzung eingefügt worden ist, ist nicht zu ersehen; StaPe Rep 6/987.

[95] StaPe Rep 06/1016; Magistratssitzung vom 27. März 1933.

[96] Obenaus: Peine (wie Anm. 3), S. 1282.

[97] StaPe Rep 6/545.

Turn- und Sportverins „Bar Kochba" aus Hannover angereist. Die Machtverhältnisse gehen aus dem Polizeibericht klar hervor: „Gegen 2,15 Uhr [nachmittags] erschienen im Lokal 'Goetheschänke' einige SA.-Leute in Begleitung des Pg. [Parteigenossen] Peters, der diese vom Schützenhaus nach der Goetheschänke gefahren hatte, und forderten die Vorlage des Erlaubnisscheines. Vorher waren schon die Truppführer Goedecke und Brandes im Lokal gewesen, um sich nach der Art der Veranstaltung zu erkundigen. Während die übrigen SA.-Leute sich mit dem Ergebnis, dass die Veranstaltung polizeilich erlaubt war, zufrieden gaben, blieb einer noch geraume Zeit im Saal, machte seine Pistole zum Schuss fertig und forderte die Aushändigung eines im Saale angebrachten Plakates mit der Aufschrift ‚Makkabi im Vormarsch'. Durch diesen Eingriff wurden die Teilnehmer unruhig und verliessen vorzeitig den Saal, so dass die beabsichtigte Kaffeetafel nicht mehr stattfand. Nach den Angaben des Wirtes, Gottbehüt' ist durch Äusserungen des Pg. Peters im Lokal eine gereizte Stimmung entstanden, die zu Tätlichkeiten ausartete. Es sind jedenfalls zwei Teilnehmer aus Hannover namens Sachs und Meyer so arg bedrängt worden, dass sie einen Handkoffer mit Sportkleidung im Stich liessen und fortliefen."[98]

Selbst die Ortschaften blieben nicht von antisemitischer Gewalt verschont, obwohl es in den Dörfern des Landkreis keine jüdischen Einwohner gab[99]. Aber die umherziehenden jüdischen Händler waren bisweilen tätlichen Angriffen ausgesetzt. So heißt es in der Ortschronik von Abbensen: „22. März 1933: Peiner SS-Leute bei Juden-Schlägerei an Schnierjürgens Ecke bis Kirchhofsmauer. Die Gebrüder Hermann und Julius Cohn, Viehhändler aus Burgdorf, werden unmenschlich geschlagen, finden Zuflucht und Hilfe im Haus des Gemeindevorstehers Th. Weber."[100] Daneben

---

[98] StaPe Rep 06/742. Aufgrund welcher Umstände bei Veranstaltungen mit jüdischer Beteiligung nach 1933 wiederholt die Goetheschänke als Veranstaltungsort auftaucht, ist bisher nicht untersucht.

[99] Eine Ausnahme bildete die Familie Mesritz in Wense; vgl. den Beitrag von Martina Staats.

[100] Friedel Giere: Von Abbenhusen bis Abbensen, o.O. o.J. (1985), S. 419. Ich danke Alexander Rose für diesen Hinweis.

waren Zusätze an den Ortseingangsschildern Alltag: „Wir wollen in Wehnsen keine Juden sehen!"[101]

Die vorherrschende rechtliche und verwaltungsmäßige Diskriminierung äußerte sich nicht nur im Vollzug der reichsweiten antisemitischen Gesetzgebung, sondern zudem in lokalen Maßnahmen, mit denen der Druck auf die Mitglieder der jüdischen Gemeinde stetig erhöht wurde. So richtete der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde im Juni 1936 die Anordnung an alle Ortschaften, dass zu prüfen sei, ob Hermann Marburger und Max Stern die „für das Wandergewerbe erforderliche Zuverlässigkeit besitzen"[102]. Da der Textilhändler Marburger und sein Geschäftspartner Stern ihr Geschäft überwiegend ausübten, indem sie mit dem Fahrrad von Dorf zu Dorf zogen, handelte es sich hierbei um den gezielten Versuch, Marburgers Existenzgrundlage zu zerstören. Jeder war jetzt darüber informiert, dass Marburger im Visier der Obrigkeit war und es gefährlich sein konnte, mit ihm Geschäfte abzuschließen.

Vielfach zeigte sich an dem Eifer, mit dem Bürger sich an der Durchsetzung von Verfolgungsmaßnahmen beteiligten, wie tief der Antisemitismus in das Denken eingedrungen war. Im Herbst 1935 versuchte der Reichserziehungsminister die Juden vollends von den öffentlichen Schulen zu verdrängen, indem er anregte, spezielle jüdische Schulen zu gründen. Dazu musste aber zunächst eine Zählung der jüdischen Schülerinnen und Schüler durchgeführt werden, um zu erfahren, ob die Anzahl zur Gründung einer eigenen Schule ausreicht. Der Rektor der Wallschule, Fitschen, zeigte sich dabei besonders eifrig. Er meldete zunächst: „Unsere Schule wird von 5 Schülern mosaischer Konfession besucht." Anstatt es dabei zu belassen, konnte er sich nicht verkneifen, einen weiteren Schüler durch die Verbreitung von Gerüchten in Gefahr zu bringen: „Ausserdem hat meines Wissens der Schüler [...] einen jüdischen Vater. Ich möchte aber bitten, anderweitig – etwa beim Standesamt – die Tatsache

---

[101] Niedersächsische Tageszeitung vom 6. Nov. 1935. In dem Artikel ging es um die „Verunstaltung" des Schildes durch den „Einwohner Klopp".

[102] StaPe, Abgabe Dungelbeck Juni 2005, unverzeichnet.

positiv festzustellen [...]. Seinerzeit wurde in gewissen Zeitungen die Sache öffentlich unter Namensnennung u. Erörterung näherer Umstände breitgetreten, aber ich kann nicht feststellen, ob es wirklich sich um dies [...] Kind gehandelt hat."[103]

Die Phase der oberflächlichen Ruhe endete abrupt mit der Reichspogromnacht im November 1938[104]. War bis dahin schon eine große Zahl jüdischer Familien emigriert, wurde



Antisemitische Schmiereien an den Schaufenstern des Schuhhauses Fels (Breite Straße 15; vermutl. November 1938; Stadtarchiv Peine)

[103] StaPe Rep 07/27; Schreiben vom 25. Sep. 1935; am Rand ist handschriftlich der Name des mutmaßlichen Vaters vermerkt. Die Errichtung einer jüdischen Schule ist unterblieben, weil man nur 12 jüdische Schülerinnen und Schüler erfassen konnte und damit unter der Richtzahl des Ministeriums von 20 Schülern blieb; Schreiben der Stadtverwaltung an den Landrat vom 26. Sep. 1935; ebd.

[104] Zu den näheren Umständen dieser Nacht vgl. meinen Artikel über die Peiner Synagogen. Ich benutze den Begriff „Reichspogromnacht", weil er sich inzwischen allgemein durchgesetzt hat. Trotzdem beschreibt er den Sachverhalt nicht präzise, weil es sich bei einem Pogrom um eine – wenn auch aufgestachelte – spontane Erhebung breiter Massen handelt, während der November 1938 nach einem zentralen Plan ablief und es sich bei den Tätern fast durchweg um Funktionäre der verschiedenen Gliederungen der NSDAP gehandelt hat.

nun auch den Zögerlichen oder Hoffnungsvollen klar, dass ein Verbleib in Deutschland die unmittelbare Gefährdung des Lebens bedeutete. Durch die verschärften Bedingungen kam die Emigration nun allerdings einer fast vollständigen Enteignung gleich. Nachvollziehen lässt sich dieser Vorgang bei Louis Fels, der 1939 in die Niederlande floh. Er hatte sich bereits 1938 um Möglichkeiten zur Auswanderung bemüht und daher hatte die Überwachungsabteilung der Devisenstelle der Oberfinanzdirektion Hannover bereits Anfang November 1938 verfügt, dass Fels nur mit Genehmigung über sein Vermögen verfügen darf[105]. Im März 1939 gelang es ihm dann schließlich, sein repräsentatives Wohn- und Geschäftshaus in der Breiten Straße 15 für 88.500 RM zu verkaufen. Von der Summe wurde zunächst eine Hypothek von knapp 40.000 RM beglichen. Von dem Rest von etwas über 49.000 RM musste Fels fast 14.000 RM an sogenannter „Reichsfluchtsteuer" bezahlen. Dazu kam die „Judenvermögensabgabe", die von Hermann Göring als sogenannte „Sühneleistung" nach der Reichspogromnacht im November 1938 eingeführt worden war, von knapp 18.000 RM. Der Anteil von Fels an den Abrisskosten der Synagoge betrug 1.000 RM und 75 RM wurden als jüdische Gemeindesteuer abgezogen. Zusätzlich wurde er noch zur Begleichung der Kosten für den an seinem Haus in der Reichspogromnacht entstandenen Schaden herangezogen: „Kosten am Gebäude für Tischler, Schlosser und Maler für Reparaturen, die auf Grund der Beschädigungen anlässlich der Aktion hauptsächlich an und im Laden entstanden sind: 500 RM." Für die Unterstützung seiner Geschwister musste er ebenfalls 500 RM bezahlen. Es handelte sich dabei um seine Schwestern Rosa Kornberg und Johanne Goldschmidt

[105] HstA Hannover Nds. 225 Peine Acc. 2003/110 Nr. 11. Danach auch das Folgende, sofern nicht anders vermerkt. Allg. zu diesem Aktenbestand: Marlis Buchholz, Claus Füllberg-Stolberg u. Hans-Dieter Schmidt: Antisemitische Fiskalpolitik und Verwaltungspraxis im nationalsozialistischen Deutschland. Finanzverwaltung und Judenverfolgung am Beispiel des Oberfinanzpräsidenten Hannover, in: zeitenblicke 3 (2004), Nr. 2 [13.09.2004], URL: <http://www.zeitenblicke.historicum.net/2004/02/buchholz_fuellberg-stolberg_schmid.html> (eingesehen am 12.3.2009).

und seinen Bruder William. Die Witwe Rosa Kornberg war 73 Jahre alt, erblindet und lebte in Ottenstein. Johanne, ebenfalls verwitwet, lebte in Hannover und der 72 Jahre alte William lebte ebenfalls in Ottenstein.

Von den ursprünglich 88.500 RM für sein Haus waren Fels so noch etwas weniger als 15.000 RM geblieben. Doch selbst über diese Restsumme konnte er nicht verfügen. Sie wurde vielmehr an das Finanzamt Berlin Moabit-West überwiesen und dort am 4. August 1939 durch die Staatspolizeistelle Hildesheim aufgrund §1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 sichergestellt. Fels musste mit seiner Familie daher praktisch mittellos emigrieren. Er hat dann 1940 in den Niederlanden Selbstmord begangen, aus „Nahrungssorgen" wie es im „Ehrenbuch für die Peiner Juden" heißt und aufgrund der geschilderten vollständigen Ausplünderung glaubwürdig erscheint. Seine Frau Johanna wurde nach der Besetzung der Niederlande in das KZ Theresienstadt deportiert und dort 1942 ermordet.

Auch am Beispiel von Bertha Sostmann lässt sich die systematische Beraubung als unmittelbare Vorstufe zur Vernichtung dokumentieren[106]. Das Finanzamt hat im Juni 1938 ein Vermögensverzeichnis für sie angelegt, aus dem hervorging, was ihr Mann, der 1932 verstorbene ehemalige Geschäftsführer des Kaufhauses Spiegelberg Bernhard Sostmann, ihr hinterlassen hatte. Demnach besaß sie zwei Häuser: ein Einfamilienhaus im Wert von 32.500 RM im Schwarzen Weg 36, das sie zusammen mit ihrer geistig behinderten Tochter Grete bewohnte und das Wohn- und Geschäftshaus in der Rosenthaler Straße 14 im Wert von 68.400 RM, in dem sich das frühere Kaufhaus Spiegelberg befand, das nun von Peter Winkelmann geführt wurde. Außerdem verfügte Bertha Sostmann über Aktien und Wertpapiere im Gesamtwert von knapp 6.500 RM und hatte Kapitalforderungen an sechs Schuldner in einer Gesamthöhe von knapp 13.500 RM. Daneben war noch an Sachvermögen aufgeführt: „Bestecke aus Silber für 12 Personen, Kaffeekanne, Zucker- und Milchkännchen, Tablett, Brotkorb, Schale, eine alte goldene

[106] Das Folgende nach HstAH Nds. 225 Peine Acc. 2003/110 Nr. 8.

Uhr mit Kette und 2 silberne Leuchter" im Gesamtwert von 750 RM. Das Problem von Bertha Sostmann war, dass sie auf dem Papier sehr vermögend war, aber Schwierigkeiten hatte, Bargeld für die täglichen Ausgaben zu beschaffen, weil ihr Vermögen überwiegend aus Grundbesitz, Wertpapieren oder Forderungen bestand. Zudem hatte bereits 16.000 RM als Reichsfluchtsteuer beim Peiner Finanzamt hinterlegen müssen. Dies hatte sie in Form einer Grundschuldhypothek auf das Haus im Schwarzen Weg 36 (zu der Zeit Adolf-Hitler-Straße) und der Hinterlegung von zwei Schuldbriefen getan.

Ende November 1938 wurde das Vermögensverzeichnis auf den neuesten Stand gebracht. Ihr Gesamtvermögen betrug immer noch 101.279,82 RM. Vermindert worden war es u.a. durch 700 RM, die sie für „Wiederherstellung der Schäden am Haus" infolge der Reichspogromnacht aufbringen musste. Außerdem machte sie geltend: „Einen Teil der Wertpapiere habe ich im Laufe des Jahres verkaufen müssen, um flüssige Mittel zu erhalten, die zum Ankauf eines Gartens verwendet werden sollten. Die Vermögensverminderung ist teilweise darauf zurückzuführen, dass größere Reparaturen an dem Hause Rosenthalerstr. 14 vorgenommen worden sind." In dem Ankauf eines Gartens spiegelt sich das Bemühen, die Lebensmittelversorgung für sich und ihre Tochter zu sichern.

Am 15. Dezember 1938 wurde dann bei Bertha Sostmann die erste Rate der „Judenvermögenssteuer" in einer Höhe von 5.200 RM fällig. Allerdings waren ihre Sparguthaben bereits mit Beschlag belegt, so dass eine Eingabe an die Devisenstelle wegen Freigabe des Geldes gestellt und ihr der Betrag bis zur Freigabe gestundet werden musste. Am 28. Dezember 1938 setzte das Finanzamt Peine die Judenvermögensabgabe für sie fest. Danach musste sie vier Raten zu je 3.700 RM, also insgesamt 14.800 RM zahlen. Im Januar 1939 wurde der Betrag nach einer Neuberechnung ihres Grundvermögens auf 17.200 RM erhöht, zahlbar wiederum in vier Raten. Ihre Tochter Grete musste sogar vier Raten zu 5.100 RM, also insgesamt 20.400 RM zahlen.

Am 2. Mai 1939 wurde die Situation für Bertha Sostmann zunehmend kritischer. Die dritte Rate der Judenvermögens-

abgabe wurde fällig und so musste sie für sich und ihre Tochter insgesamt 9.400 RM aufbringen. Sie beantragte, dafür Wertpapiere verkaufen zu dürfen, weil sich auf ihren Konten nach Begleichung verschiedener Abgaben und Steuern „nur so viel [befindet], wie ich dringend zum Lebensunterhalt benötige". Bertha Sostmann hatte inzwischen das Haus in der Rosenthaler Straße an Peter Winkelmann zum Einheitswert des Jahres 1935, 68.400 RM, verkaufen können. Die Auszahlung der Kaufsumme wurde jedoch verzögert, so dass sie das Geld nicht zur Begleichung der Abgabe einsetzen konnte. Vielmehr mussten von der Summe nach einer Anordnung des Regierungspräsidiums 13.000 RM an das Reich gezahlt werden, während der Rest auf ein Sperrkonto bei einer Devisenbank zu überweisen war. Obwohl Winkelmann also einen reellen Preis gezahlt hatte, konnte Bertha Sostmann nicht über das Geld verfügen. Hier wird einmal mehr die Rolle des Staates als hauptsächlicher Nutznießer der Enteignung der jüdischen Bevölkerung deutlich.

Anfang November 1939 konnte Bertha Sostmann die fälligen Raten wiederum nicht bezahlen. Zur Begründung führte sie an: „Das Privathaus, welches ich, um meine kranke Tochter selbst betreuen zu können, bewohnen muß, bringt mir keine Einnahme und macht mir den Lebensunterhalt teuer, was ich aber leider nicht ändern kann." Sie bat darum, ihr die Bezahlung der Summe zu erlassen, was aber abgelehnt wurde. Sie war darum gezwungen, weitere Wertpapiere zu verkaufen. Ihr fehlten nun endgültig die Mittel zur Auswanderung und sie konnte daher sich und ihre Tochter nicht vor der Deportation und Ermordung retten. Bertha Sostmann wurde im Mai 1944 im Konzentrationslager Auschwitz ermordet, ihre Tochter Grete bereits 1944 im Konzentrationslager Theresienstadt[107].

Den letzten Akt in der Geschichte der jüdischen Gemeinde in Peine bildete Anfang 1942 die Deportation der verbliebenen Juden in die Vernichtungslager in Ostmitteleuropa. Von den knapp 120 Mitgliedern der jüdischen Gemeinde der Vorkriegszeit war nur noch ein Drittel übrig geblieben, meis-

[107] Zu Einzelheiten des Verfolgungsschicksals vgl. den Beitrag von Heidemarie Miehe über das Konzentrationslager Theresienstadt.

te Alte, Kranke oder Arme. Den Auftakt zur Deportation bildete ein ausführliches Schreiben des Kreisleiters der NSDAP Hans Blume[108] an den Gauinspekteur für den Regierungsbezirk Hildesheim, Ludolf Bähre vom 29. Oktober 1941. Einleitend bemerkte Blume, dass er bereits persönlich in Salzdetfurth mit dem Gauleiter über die „Judenwohnungen in Peine" gesprochen hatte, bevor er schrieb: „In letzter Zeit ist in Peine die Erregung über die Judenwohnungen derart groß geworden, daß ein Einschreiten unbedingt erforderlich ist." Er beschrieb den Wohnungsnotstand in Peine und meinte: „Die Erregung der Bevölkerung über die Judenwohnungen ist ganz selbstverständlich, wenn man bedenkt, daß einem Juden hier in Peine noch ca. 30 qm Wohnraum zur Verfügung stehen."[109] Angefügt an seinen Brief waren vier von Stadtbaurat Tänzer zusammengestellte Anlagen, in denen die „noch im Besitz von Juden befindlichen Häuser sowie der darin wohnenden Personen", die „Volljuden, die noch in Privathäusern wohnen", „Grundstücke[,] die im Besitz von Juden sind" und „Grundstücke, die im Besitz von Ariern sind, jedoch zum Teil von Juden bezw. Misch-Ehepaaren bewohnt werden" aufgeführt waren. Blume hatte auch gleich Vorschläge für das weitere Vorgehen parat. Er wollte sechs Wohnungen räumen lassen und deren 17 Bewohnerinnen und Bewohner im Haus Marburger, Damm 37 unterbringen, „so daß bei voller Inanspruchnahme dieses Hauses auf jeden Juden ca. 8 qm Wohnfläche entfallen würden".

Allerdings zog sich das Verfahren hin, bis die Häuser geräumt wurden. Dies geschah in zwei Aktionen am 26. März und 4. Mai 1942. Die Betroffenen erhielten Mitteilungen des Landrates, wonach die von ihnen bewohnten Räume „für anderweite Zwecke in Anspruch genommen" werden. Sie durften „von Ihrem Hausrat Ihre Schlafzimmereinrichtung einschl. etwaiger Nachttischlampen und ihre Kücheneinrichtung" mitnehmen. Alles Übrige „einschl. der Deckenbeleuchtung" hatte „ausnahmslos in den Zimmern zu verbleiben". Während die Opfer der ersten Aktion über Hildesheim nach Hannover deportiert wurden, quartierte man die Betroffe-

[108] Der gesamte Vorgang nach StaPe Rep 06/982.

[109] Hervorhebung im Original.

nen der zweiten Aktion bis Ende Juli 1942 in einer Baracke in der Woltorfer Straße ein. Es handelte sich dabei um Bertha und Grete Sostmann, Minna Mosheim, Martha Freudenthal, Berta Herzog sowie Berta und David de Jonge[110].

In einem Beitrag für den Kreiskalender 1942, der dann aus Papiermangel nicht erschienen ist, schilderte der Parteichronist und kulturelle Multifunktionär Hans Michael Finger den Vorgang nicht ohne Stolz: „Am 1. Juni war die Judenbereinigung in der Stadt beendet. Die männlichen Juden wurden zum Arbeitseinsatz und die Frauen in eine gemeinsame Wohngegend gebracht, nur die älteren Männer und Frauen über 70 Jahre blieben in Peine und wurden wegen Wohnungsmangel in Baracken untergebracht."[111] Finger war es auch, der als Leiter des Heimatmuseums dafür gesorgt hatte, dass aus dem Hause Sostmann ein „Biedermeierzimmer" für das Museum vom Finanzamt angekauft wurde. Er hatte dafür nach einer „persönlichen Aussprache" mit Bürgermeister Dr. Bronleewe extra eine Expertise angefertigt, in der er bescheinigte, dass die Möbel nichts jüdisches an sich hatten, sondern vielmehr ein hervorragendes Beispiel bürgerlicher Wohnkultur darstellten. Es handele „sich um eine handwerklich und kunstgeschichtlich wertvolle Arbeit, die auch nicht für einen Juden angefertigt, sondern bereits von dem Vater des verstorbenen Sostmann [...] aus einem Patrizierhaushalt angekauft worden" war. Die Einrichtung bestand aus einem Tisch, einem Sofa, zwei Sesseln, vier Stühlen, einer Kommode, einem Schrank, einem Spiegel und einem Nähtisch, alle „mit Intarsien". Finger schätzte den Wert auf 1000,- RM. In der Sitzung der Ratsherren am 9. Dezember 1942 entschied Bürgermeister Dr. Bronleewe dann, dass er das Zimmers erst besichtigen wolle, um den „Bedenken gegen den Ankauf" Rechnung zu tragen[112].

---

[110] StaPe Rep 06/982: Schreiben von Stadtbaurat Tänzer an Landrat Dr. Freise vom 30. April 1942. Tänzer nimmt darin Bezug auf eine Besprechung am 29. April mit dem Landrat und listet diejenigen Personen auf, „welche die derzeitigen Wohnungen aufgeben sollen und in einer Baracke in der Woltorferstrasse untergebracht werden können".

[111] StaPe Dep Finger/43; Hervorhebung im Original.

[112] StaPe Rep 06/870. Der Ankauf ist dann tatsächlich erfolgt und die Möbel wurden eingelagert. Nach 1945 kam es zu langwierigen Verhand-

Parallel zur Räumung und Deportation entwickelte sich eine breite Diskussion über die Verwendung des freigewordenen Wohnraumes, aus der ersichtlich wird, dass allgemein bekannt war, dass die Juden nicht wieder nach Peine zurückkehren würden. Eine erste Besprechung in dieser Frage, deren Ergebnisse Stadtbaurat Tänzer in einem Schreiben an den Landrat festhielt, hatte am 29. April 1942 stattgefunden. Danach sollte die Kreisleitung der NSDAP das lukrativste Objekt zugesprochen bekommen, das geräumige Einfamilienhaus der Familie Sostmann im Schwarzen Weg 36. Dazu sollte die „arische" Familie Berger, die den ersten Stock bewohnte, in die Hagenstraße 23 in die Räume der bisherigen Kreisleitung umziehen. Das Haus Rosenthaler Straße 8, das Martha Freudenthal gehörte, sollte zunächst besichtigt werden, bevor über seine weitere Verwendung entschieden wurde. Hier waren neben der Besitzerin zuletzt auch das Ehepaar de Jonge und Berta Herzog untergebracht worden. Das Haus der Familie Herzfeld Am Markt 1 sollte von der Stadt angekauft werden, um es als Verwaltungsgebäude zu nutzen. In diesem Sinne wandte sich die Stadt am 16. Mai an das Finanzamt Peine, um ihren Anspruch zu begründen. Das war notwendig, weil aufgrund der Kriegsfolgen freiwerdender Wohnraum bevorzugt an Privatpersonen abzugeben war. Einleitend hieß es: „Das in Peine am Markt 1 belegene Hausgrundstück, groß 4 ar 95 qm, ist nach Abschiebung des Eigentümers, des Juden Max Israel Herzfeld, in die Verwaltung des Reiches übergegangen." Dann wurde argumentiert, dass die einzelnen Abteilungen der Stadtverwaltung verstreut in verschiedenen Gebäuden lagen und mit der Errichtung des projektierten Rathausneubaus vorerst nicht zu rechnen war. Man wollte daher das Haus von Max Herzfeld übernehmen, weil es in unmittelbarer Nähe zum Rathaus lag und der Zuschnitt der Räume sich gut zur Einrichtung von Büros eignete. Dazu sollte das Kaufhaus „Brunsviga",

lungen mit den überlebenden Mitgliedern der Familie Sostmann, weil die Stadt eine Gebühr für die zwischenzeitliche Lagerung verlangte. Die Überlebenden sollten also diejenigen entschädigen, die sich an ihren ermordeten Verwandten bereichert hatten; die Protokolle der Ratssitzungen, in denen in den Jahren 1951/52 darüber beraten wurde, in: StaPe 08/626.

das seit 1936 von Alfred Hertel geführt wurde[113], geschlossen werden, weil „für das Bestehen eines Einheitspreisgeschäftes in Peine absolut keine Notwendigkeit besteht". Abschließend verwies man auf das „Einvernehmen mit dem Herrn Kreisleiter und dem Herrn Landrat" und beantragte die Übertragung des Grundstückes.

Der Antrag wurde abgelehnt, obwohl das Peiner Finanzamt ihn befürwortet hatte[114]. Am 3. Juni 1942 fasste Stadtbaurat Tänzer den neuen Sachstand zusammen. Er stellte unmissverständlich fest: „Nach den massgebenden Gesetzen dürfen freiwerdende Wohnungen in keinem Fall für Büro- bezw. Betriebszwecke in Anspruch genommen werden."[115] Diese Regelung galt aber nicht für alle: „Die Kreisleitung der NSDAP. hat das Haus Sostmann, Adolf Hitler Strasse käuflich erworben, sodass dasselbe für Wohnzwecke ausfällt. Das Haus Freudenthal, Rosenthalerstr. 8 soll restlos für die Dienststelle der HJ. In Anspruch genommen werden." Dadurch standen nur noch fünf Wohnungen zur Neuverteilung zur Verfügung.

Das weitere Vorgehen wurde auf Einladung von Bürgermeister Dr. Bronleewe einen Tag später, am 4. Juni 1942 bei einer „Besprechung über die Verwendung der von Juden geräumten Wohnungen" im Sitzungszimmer des Rathauses verabredet. Daran nahmen neben Bronleewe und Stadtbaurat Tänzer der Kreisleiter der NSDAP, Hans Blume, Landrat Dr. Freise und Oberregierungsrat von Unger vom Finanzamt teil. Dabei wurde „grundsätzlich eine Entscheidung über die Vergebung der Judenwohnungen herbeigeführt". Kreisleiter Blume hatte für das hochwertige Einfamilienhaus im Schwarzen Weg 36 „entsprechende Wohnräume in der jetzigen Kreisleitung, Hagenstrasse 23" angeboten. Die übrigen Wohnungen sollten entsprechend dem Vorschlag des Stadtbauamtes verteilt werden. Dabei kam ein

[113] Vgl. meinen Beitrag zum Kaufhaus „Brunsviga".

[114] HStAH Nds. 225 Peine Acc. 2003/110 Nr. 2. Dabei fügte man den Argumenten der Stadt weitere hinzu, indem man erwähnte, dass die Schließung der „Brunsviga" auch deshalb geboten ist, „weil die Einstellung des Inhabers zur Partei zu beanstanden sei." Außerdem sei das Grundstück „sehr verbaut" und „in einem stark vernachlässigten Zustand".

„Schwerkriegsbeschädigter" aus Groß Ilsede genauso zum Zuge wie der bisherige Bewohner des Obergeschosses im Hause Sostmann am Schwarzen Weg 36. Bekräftigt wurde die Einrichtung der HJ-Dienststelle im Haus Freudenthaler Rosenthalerstraße 8, während über das Haus Marburger, Damm 37, das Finanzamt entscheiden sollte.

Probleme ergaben sich dadurch, dass mittlerweile die HJ nach einem Gespräch „mit dem Gebietsführer" beabsichtigte, „das gesamte Gebäude in der Hagenstrasse 23" als Dienststelle zu beziehen. Das hatte wiederum zur Folge, dass „für die seitens der Kreisleitung in Aussicht genommene Dienststelle im Wohnhaus Adolf Hitlerstrasse Nr. 36 in keiner Weise Ersatz zur Verfügung steht." Daran nahm Stadtbaurat Tänzer Anstoß: „Mit Rücksicht auf die grosse Wohnungsnot kann m.E. diese Regelung nicht gutgeheissen werden. Die breite Masse würde in keiner Weise Verständnis für diese Regelung haben, zumal ca. 600 Wohnungssuchende im Stadtgebiet Peine vorhanden sind." Tänzer drohte damit, dass die Stadt „die Umwandlung von Wohnungen in Räume anderer Art" genehmigen müsste und die Genehmigung „m.E. mit Rücksicht auf die derzeitigen Verhältnisse" nicht erteilt werden könne. Um seinen Standpunkt zu bekräftigen, verwies Tänzer außerdem auf eine Rede des stellvertretenden Gauleiters August Knop, der in Hannover vor den Mitgliedern des Haus- und Grundbesitzervereins darauf hingewiesen hatte, dass „Behörden [.] auch ihre Aufgaben in Baracken erfüllen" können.

Damit war die Frage der HJ-Dienststelle aber noch nicht endgültig geklärt. Zunächst bekräftigte der stellvertretende Gauleiter Knop seine Auffassung in einem direkten Schreiben an die Kreisleitung Peine der NSDAP. Er meinte, dass die HJ sich momentan mit den Räumen im Haus Freudenthal zufrieden geben müsse, wenn sichergestellt sei, dass sie nach dem Krieg ein „würdiges Dienstgebäude" erhält. „Im Augenblick ist aber eine Inanspruchnahme weiteren Wohnraumes angesichts der im gesamten Gaugebiet herrschenden Wohnungsnot nicht zu verantworten. Der Gauleiter hat diesen Standpunkt auch bei der Freimachung der Judenhäuser in Hannover eingenommen. Die Ortsgruppen- und

übrigen Dienststellen der Partei haben nur dann Diensträume in Judenwohnungen erhalten, wenn sie durch Aufgabe bisheriger Dienststellen in gleichem Umfange Wohnungen freimachten."

Die HJ gab aber noch nicht auf und schickte den Gebietsführer Niedersachsen, Conrad, ins Rennen, der sich in einem dreiseitigen Schreiben ausführlich zu der Problematik äußerte. Er zeigte sich „in Erstaunen versetzt", weil Kreisleiter Blume ihm die alten Räume der Kreisleitung „grosszügig am Tage des Bannaufmarsches" zugesagt hatte. Er hatte „leider kein Verständnis" dafür, dass Blume sich auch noch an den stellvertretenden Gauleiter gewandt hatte. Conrad war davon ausgegangen, dass „die Angelegenheit [.] zwischen uns geregelt" war. Hier scheint die Ämterkonkurrenz innerhalb der NSDAP auf, die keinen monolithischen Block bildete, sondern in eifersüchtig konkurrierende Unterorganisationen zerfiel.

Conrad wies darauf hin, dass die HJ in Peine ihre angestammten Räume bereits für ein „Notlazarett für Bombengeschädigte" hatte abgeben müssen, was zur Folge gehabt hatte, dass „fast sämtliche Möbel [...] irgendwo verschwunden" waren. Er war davon ausgegangen, dass die HJ die Räume der Kreisleitung übernehmen könnte, „damit nicht nur der BDM und die Hitler-Jugend, sondern auch die Hauptstelle II (Sport) einmal alle in einer Dienststelle zusammengefasst werden können". Dann ging er auf den Zustand des Hauses Freudenthal ein: „In dem Judenhaus, welches Sie der Hitler-Jugend angeboten haben, muss das gesamte Treppenhaus und die gesamte Wohnung neu hergerichtet werden. Auch dann wird es immer eine umgebaute Wohnung zur Dienststelle sein aber keine zweckmässige Dienststelle." Außerdem hatte das Haus Freudenthal keinen Telefonanschluss und mit Neuanschlüssen war während des Krieges nicht zu rechnen. Dann äußerte Conrad noch einmal sein Unverständnis über das Vorgehen von Blume: „Ich habe davon abgesehen, diese meine Auffassung dem Gauleiter bezw. dem stellvertretenden Gauleiter mitzuteilen. Ich bedauere es ausserordentlich, dass ich überhaupt noch zu dieser Frage einmal Stellung nehmen muss. Ich lege grössten Wert auf ka-

meradschaftliche Zusammenarbeit mit den Kreisleitern und freue mich, alle Dinge mit ihnen persönlich zu regeln. Es hat mir daher ausserordentlich leid getan, dass Sie nachdem Sie mir Ihr Wort gegeben haben, sich an den stellvertretenden Gauleiter wenden. [...] Ich kann mich mit der von Ihnen jetzt gewünschten Form nicht einverstanden erklären." Conrad wollte die Angelegenheit also unter Umgehung der Dienstwege entgegen der Vorschriften geregelt wissen.

Blume ging aber auf Conrads Ansinnen nicht ein und übersandte lediglich die Stellungnahme des stellvertretenden Gauleiters Knop an Stadtbaurat Tänzer, der gleichzeitig Kreisamtsleiter der NSDAP war, und bat ihn, mit der „Instandsetzung der Dienststelle für die HJ. bei Freudenthal und der anderen Wohnungen zu beginnen". Damit hatte er Fakten geschaffen, bevor er zwei Tage später ein ausführliches Antwortschreiben an Conrad verfasste. Er merkte an, dass ihm während des Bannaufmarsches in Peine die Vorschriften noch nicht bekannt gewesen seien und er nicht „gegen eine reichsgesetzliche Anordnung" handeln könne. Dann zählte er seine Leistungen für die HJ auf, der er vor dem Krieg eine „vorbildliche HJ.-Dienstelle" verschafft hatte. Außerdem hatte er dafür gesorgt, dass „in den Haushaltsplänen des Kreises und der Stadt Peine für die HJ. höhere Summen herausgeworfen wurden, die für andere Gliederungen gedacht waren." Inzwischen hatte sich eine Lösung ergeben, bei der die HJ nicht in das Haus Freudenthal ziehen musste. Vielmehr verzichtete man darauf, HJ und BDM unter einem Dach zu vereinen und konnte dadurch die beiden Parteigliederungen auf die alte Dienststelle und „die jetzt freiwerdende KdF.-Dienstelle verteilen"[116]. In die Wohnung Freudenthal zog dafür nach der Renovierung Mitte Dezember 1942 ein Kriegsbeschädigter aus Recklinghausen ein. Kreisleiter Blume hatte auch ein Eigeninteresse

[115] Hervorhebung im Original.

[116] Wo sich die KdF-Dienststelle zu diesem Zeitpunkt befand und warum sie geräumt wurde, konnte nicht ermittelt werden. Auch Blume war davon anscheinend überrascht, denn er fügte in Klammern hinzu: „Die Räumung der KdF.-Dienststelle ist mir aber erst heute [10. Juli 1942] bekannt geworden."

daran, dass die Verteilung des Wohnraumes einvernehmlich gelöst wurde, denn er bezog die Wohnung im Obergeschoss der neuen Kreisleitung im Schwarzen Weg 36.

So endete die 500jährige Geschichte der jüdischen Gemeinde in Peine in einem unwürdigen Gezerre korrupter Parteibonzen, denen bewusst war, dass die deportierten jüdischen Bürger nicht mehr zurückkehren würden. Denn zu diesem Zeitpunkt „waren generelle Informationen über den Massenmord an den Juden weit verbreitet"[117]. Die nach zähen Auseinandersetzungen gegen Ende des 19. Jahrhunderts erworbene Achtung und Gleichstellung in rechtlicher wie gesellschaftlicher Hinsicht mündete in einen einzigartigen Völkermord, der von der überwältigenden Mehrzahl der Deutschen akzeptiert wurde. Widerstand blieb selbst dann die Ausnahme, wenn man in verschiedenen Funktionen Augenzeuge brutalster Behandlung oder der Ermordung von Frauen und Kindern wurde. Wie eingangs festgestellt wurde, verlief diese Entwicklung nicht zwangsläufig, quasi naturgesetzlich, allein als Folge von Wirtschaftskrise oder Verelendung. Jeder Schritt der Entrechtung der jüdischen Minderheit nach 1933 musste nachvollzogen werden, bei jeder neuen Maßnahme stellte sich die Entscheidung, will ich hier mitmachen oder gibt es für mich eine Grenze. Die Gründe, warum es die Regel wurde, auch die nächste Grenze ohne Zögern zu überschreiten, sind vielfältig, häufig sogar individuell. Sie wurzeln jedoch alle letztendlich in der Akzeptanz der irrationalen Ideologie des Rassismus, die gleichzeitig den Verzicht auf komplexe schrittweise Lösungen bedeutet. Stattdessen verfolgte man den Ausweg der Entrechtung einer als „Volksfeind" deklarierten Gruppe mit einer nicht für möglich gehaltenen Konsequenz. Auch zahlreiche Bürger und Funktionsträger in einer so beschaulichen Kleinstadt wie Peine, die weit ab von den Schauplätzen der Massenverbrechen lag, haben mit unzähligen Schritten dazu beigetragen, dass die Politik der Ausrottung der Juden im Nationalsozialismus beinahe erfolgreich war. Und viele

[117] Peter Longerich: „Davon haben wir nichts gewusst!" Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933-1945, München 2007, S. 240. Zum Kontext vgl. ebd., S. 201-262.

werden geahnt haben, dass ihre anscheinend unbedeutenden Handlungen, die ihnen einen geringen sozialen oder materiellen Vorteil eingebracht haben, Teil eines Menschheitsverbrechens waren, das offenbart hat, was Menschen anderen Menschen anzutun imstande sind.

Michael Utecht

Die Jüdische Gemeinde im Spiegel städtischer Quellen des 17. – 19. Jahrhunderts

Beschwerden gegen jüdische Händler und Kaufleute im 18. und 19. Jahrhundert: „... lieber keinen Toback rauchen als vom Juden solchen zu kauffen"

„Er wolte lieber keinen Toback rauchen als vom Juden solchen zu kauffen" polterte der Peiner H. Grotefend im Jahre 1783[1]. Eine nicht nur für den Zeitgeist des 18. Jahrhunderts bezeichnende Einstellung. Jüdische Händler und Kaufleute waren immer wieder Ziel solcher Attacken. Die Glaubensvorstellungen der Juden spielten dabei eine eher untergeordnete Rolle und dienten nur als Vorwand für ihre hauptsächlich ökonomisch motivierte Diskriminierung und Ausgrenzung. Zwar entstanden bereits im 18. Jahrhundert neben den religiösen auch rassistische Vorurteile, doch sah man jüdische Gewerbetreibende vor allem als unliebsame Konkurrenten, die den eigenen Gewinn schmälerten.

Ohnehin waren die Juden in ihrer rechtlichen Position unterprivilegiert, eine Situation, die sich erst im 19.Jahrhundert allmählich verbesserte. Mit dem von Napoleon 1807 eingerichteten Königreich Westfalen – hierzu gehörte das Gebiet des Hochstifts Hildesheim – erlangten die Juden in der Stadt Peine, bzw. auf dem Damm, die volle persönliche, politische und wirtschaftliche Freiheit[2]. Nach dem Ende der „Franzosenzeit" 1813 kam es zur Rücknahme zahlreicher Reformen, die begonnene Emanzipation der Juden setzte sich jedoch fort.

Insbesondere in intellektuellen Kreisen und bei Aktivitäten im kulturellen Bereich – frei von geschäftlich konkurrierenden Interessen – waren Juden zunehmend beteiligt. So ging die Initiative zur Errichtung des Peiner Bibliotheksvereins

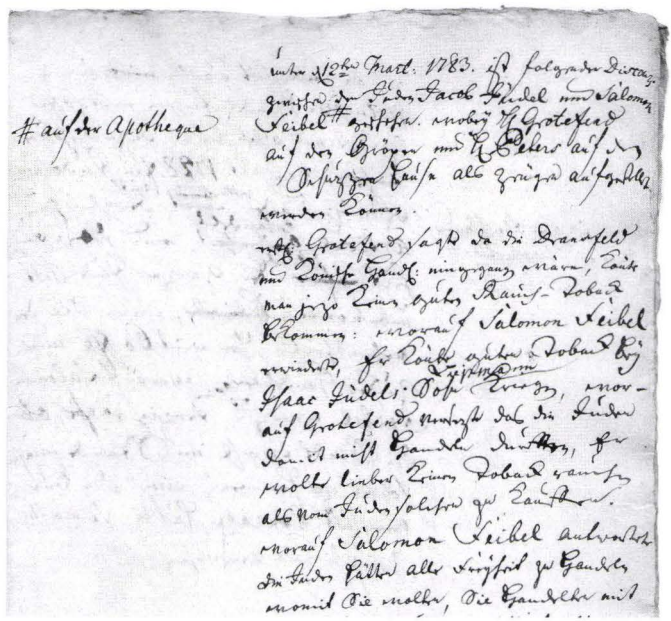
[1] StA Pe, RF 105 / 6.

[2] Vgl. Artur Zechel: Geschichte der Stadt Peine, Bd. 2., Hannover 1975, S. 304.

1829 von dem jungen jüdischen Kaufmann Samson Ascher aus, der wenige Jahre später auch an der Gründung der ersten Peiner Zeitung, dem „Peiner Wochenblatt" 1835 beteiligt war[3].

Doch zurück in das Jahr 1783, zu jener verbalen Auseinandersetzung, die – inklusive eingangs zitiertem Satz – schriftlich festgehalten wurde: *„unter d. 12. Mart: 1783 ist folgender Discours [Gespräch] zwischen dem Juden Jacob Jüdel und Salomon Feibel auf der Apotheque geschehen. Wobey H. Grotefend auf dem Gröpern und H. Peters auf dem Schüzzen Hause als Zeugen aufgestellt werden können."*

Es hatte ganz harmlos begonnen: *„erstl.: Grotefend sagte da die Dransfeld und Könische Handl:[ung] eingegangen wäre, könte man jezo keinen guten Rauch-Toback bekommen: worauf Salomon Feibel erwiederte, Er könte guten Toback bey Isaac Jüdels Sohn Liepmann kriegen."* Eine freundliche Empfehlung, die jedoch ihren Zweck verfehlte und eine herbe Auseinandersetzung nach sich zog: *„Grotefend versetzte das die Juden damit nicht Handeln dürfften, Er wolte*



Protokoll des Streitgesprächs in der Apotheke über die Handelsbefugnisse der Juden (1783; Stadtarchiv Peine)

[3] Vgl. den Beitrag von Andreas Warmbold zum Peiner Wochenblatt.

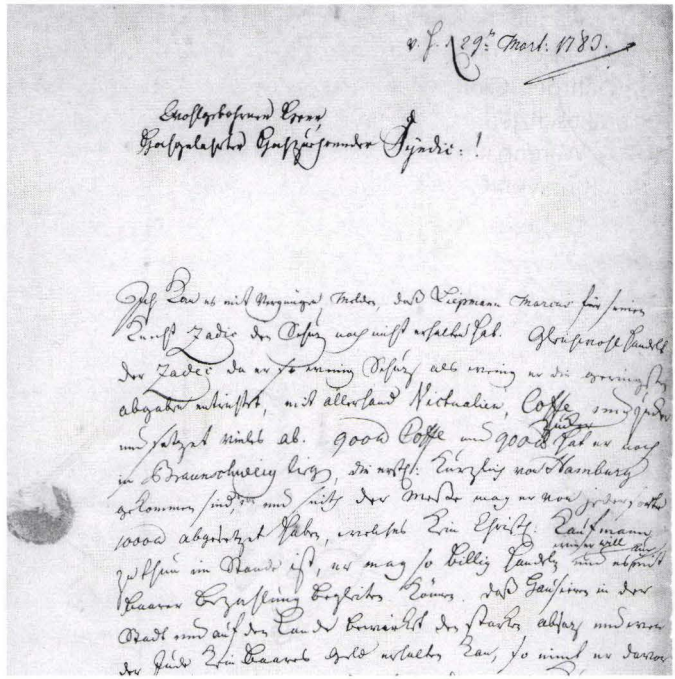
lieber keinen Toback rauchen als vom Juden solchen zu kauffen. Worauf Salomon Feibel antwortete die Juden hätten alle Freyheit zu Handeln womit sie wollten, Sie handelten mit Coffe Zucker und allen Victualien [Lebensmittel], und das könte Ihnen kein Mensch Verbieten."

Das sah Grotefend allerdings völlig anders: *„Es wurde beyden Juden vom Zeugen erwiedert, daß solches niemalen erhöret daß Juden damit Handeln dürften, in alten Zeiten hätten Sie mit nichts andereß als mit alten Kleidern Alt Silber und Gold Handeln dürffen, alleine mit Gold ließe sich alles zwingen:"* – womit er offensichtlich andeuten wollte, dass schon der Handel mit Gold mehr als genug für den täglichen Broterwerb abwerfe.

Jakob Jüdel ließ Grotefends Bemerkung natürlich nicht unkommentiert stehen, sondern entgegnete süffisant: *„freylich könnte man in Hildesheim mit Gold alles zwingen, des Liepmann Marcus sein Knecht Zadec hätte zwar den Schuz noch nicht, gebe aber jährlich 6 rth Concessions-Gelder an die Kammer"* – und traf damit den eigentlichen Kern des Zwistes: Konkurrenzneid. Die Peiner Kaufleute befürchteten, weitere jüdische Einwohner könnten dem Beispiel von Liepmanns Knecht Zadec folgen und sich nach Erlangung des „Schutzes"[4] als Händler am Damm etablieren.

Daher wandte sich die „Kramergilde" an den Syndikus der Stadt, d.h. deren Rechtsbeistand Hübener. Schon zwei Tage nach dem Disput unterzeichneten Friedrich Wilhelm Oncken, Christoph Gottlieb Budde und Johann Friedrich Ludwig Hillicke als Gilde-Deputierte ihren Klagebrief: *„Der Jude Liepmann Marcus ist die ganze Woche in Hildesheim mit seinem Schwieger-Sohn Levi Nathan und seinem Knecht Zadec gewesen und ist noch nicht wieder zu Hause. Die Absicht seines Aufenthalts in Hildesheim ist, dem Zadec den Schuz zu verschaffen welcher bishero als Knecht mit Coffe Zucker etc: gehandelt, und vor die Judenschaft eine Concession [...] zu verschaffen, daß ein jeder Jude einen öffenen*

[4] Um in einer Gemeinde aufgenommen zu werden, musste von den Juden „Schutzgeld" als Abgabe gezahlt werden; diese diente vor allem der Aufbesserung der Finanzen der Stadt, bzw. des Amtes, so dass bevorzugt wohlhabendere Juden zugelassen wurden.



Beschwerde der Kaufmannsgilde über den jüdischen Kaufmann Liepmann Marcus (1783; Stadtarchiv Peine)

Laden haben, und durchgängig einen Gewürz und Victualien Handel führen darf."

Dem wollte man Einhalt gebieten. Doch wie sah die Rechtslage nun tatsächlich aus? Zumindest nicht so eindeutig, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag; denn zweifelsfrei definiert war es keineswegs, womit Juden überhaupt legal handeln durften.

Im Prinzip blieb den Juden zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes nur ein Geschäft: Geldleihe gegen Zins oder Pfand. Ein Feld, das den Christen aus kirchenrechtlichen Gründen verwehrt blieb[5] – und das den Zündstoff für Konflikte mit den Gilden schon in sich trug.

Grundsätzlich sollten die Juden kein neuwertiges Pfandgut, wie z. B. neue Kleidung oder unbenutzte Textilien beleihen. Denn waren die Pfandstücke nach einem Jahr nicht ausgelöst, galten sie als verfallen und konnten von den Juden

[5] vgl.: Aufgebauer: Die jüdische Bevölkerung, in: Nds. Geschichte; S. 221-234.

wieder veräußert werden. Das war bei neuwertigem Gut problematisch; denn dadurch sahen die Gilden ihr Monopol gefährdet. Gleichzeitig war durch den Gebraucht-Handel praktisch jeder jüdische Händler ein Altwarenhändler, dessen Warenpalette alles umfasste, was versetzt werden konnte und von Gold & Silber, über Pferde, Gänse, Hühner & Eier, bis zu Korn, Holz und alltäglichen Lebensmitteln reichte.

Spannungen mit den örtlichen Kaufleuten, die in Ihren Gildestatuten festgelegt hatten, womit sie – und nur sie allein – berechtigt waren zu handeln, waren daher vorprogrammiert. Im Gildebrief der Peiner Kaufmannsgilde vom 3. Juli 1775 sind unter dem Artikel 25 u.a. aufgelistet:

„Faden-Gold und Silber, und was daraus verfertigt wird, als Spitzen, Treßen, Borten, [...] Sammt, Manchester, seiden und halbseiden Waaren, [...] Wollene und [...] Baumwollene Waaren, [...] alle Arten ausländischer Tücher, Strümpfe, Müzen, Handschue, und ausländische Hüte, pp. [...] Zucker, Gewürze, Material Waaren von allen Gattungen, [...] Mahler und Färber Waaren, [...] fremde Zucker Kuchen, allerhand ausländische Gewächse und Früchte, als Reis, Rosinen, Corinthen, Mandeln, Thee, Caffé, Annieß, Feigen, [...] und alle übrigen dergleichen Gewächse [...] Alle Kurze Waaren, [...] Weineßig, Baumoel, [...] Allerhand Kram und solche Eisen-Waaren aus Fabriquen, so von hiesigen Schmieden zum feilen Verkauf nicht verfertiget werden, auch Eisen und Stahl, wie solches alles jetzt im Gange ist, oder künftig noch in Gebrauch kommen mag."[6]

Ein breites Spektrum an Produkten, das – abgesehen von den Erzeugnisse des heimischen Handwerks – kaum Spielraum ließ für einen Handel außerhalb der Kaufmannsgilde. Und hinsichtlich ihrer Statuten war klar: Kaffee, Zucker und Gewürze durften von Juden und anderen Konkurrenten nicht vertrieben werden.

Dagegen berief sich Salomon Feibel auf Gewohnheitsrecht und war überzeugt: *„die Judenschaft könnte einen Victualien Handel führen mit Coffe Zucker und alles was dazu*

[6] StA Pe, Dep K – 113.

gehörte, gestalt 1728. Ein Jude einen öffentl: Laden wo jezo der Fleischhauer Dräger wohnete mit dergleichen Articul gehandelt, und diese Freyheit blieb der ganzen Judenschaft unbenommen, wie Sie denn mehrentheils schon mit Coffe und Zucker handelten pp."

Überhaupt schien Feibel – nach bezeugtem Streitgespräch – von den Vorwürfen zu der praktizierten und geläufig gewordenen Handelsfreiheit weitgehend unbeeindruckt, da er *„ganz Trozig sagte, ob die Stadt wohl im Stande währe solches zu hemmen, wenn die Bürgerschaft Courage hätte, so möchte Sie Ihr Heil versuchen."*

Genau das tat nun die *„Kramergilde"* mit Friedrich Wilhelm Oncken an der Spitze. Laut Oncken wollten Stadt und Damm (bis 1852 eine eigenständige Gemeinde) gleichfalls dagegen vorgehen und in Hildesheim sollte *„dieserwegen Vorstellung bey den gnädigsten Fürsten geschehen"*. Aber es sei *„längstens unter der Judenschaft verrathen"* und die Erfolgsausichten damit reduziert. Für die Gilde Anlass, die Stadtverwaltung in ihre Kritik einzubeziehen: *„So unglücklich ist die Stadt, daß auf den Rathause kein Wort vorfallen kann, daß nicht gleich ausgeplaudert und verrathen wird."*

„... Concession bey den gnädigsten Fürsten zu erschleichen"

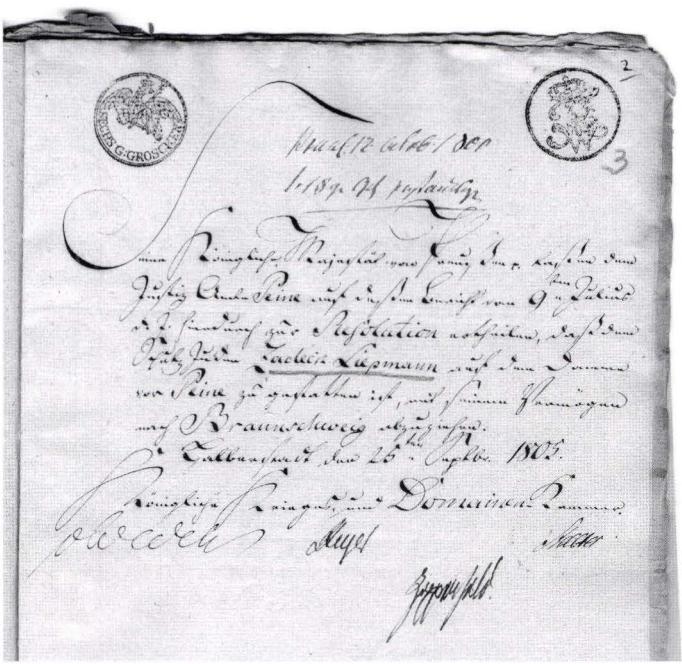
Auch über die Aktivitäten der unliebsamen jüdischen Konkurrenz zeigte sich der Kaufmannsgilde-Vorstand bestens informiert: *„Der Zadec welcher noch bei Liepmann Marcus als Knecht ist, und nunmehro auf dem Damm sich niederlaßen will, Hat das Hoffmannische Haus gemietet, und will einen öffenen Laden darin anlegen, und einen Victualien und Gewürz Handel wie Herr Roerhand, führen, zu welchen Ende Liepmann und sein Schwieger Sohn auch dieser Zadec die ganze Woche in Hildesheim gelegen und Schuz so wohl als Concession bey den gnädigsten Fürsten zu erschleichen."*

Folgt man der Darstellung der Gilde, versuchten die Juden mit List und Tücke ihr Ziel zu erreichen – ein oft strapaziertes Vorurteil. Doch an objektiver Wortwahl war dem Gilde-Vorstand sicher weniger gelegen, umso mehr am direkten

persönlichen Kontakt mit dem Stadtsyndikus, dem bereits im Vorfeld mündliche Zusagen abgerungen worden waren: Hübener hatte *„die Gewogenheit gehabt zu versprechen im Nahmen Herrn Bürgermeisters [...] nicht alleine bey des gnädigsten Fürsten und Herrn wegen der bedruckten Handl: [ung] die nunmehro von den Juden ganz unterdrückt werden soll, nachdrückliche Vorstellung zu thun."* Hübener hatte auch zugesagt, in Hildesheim eine amtliche „Confirmation zu verschaffen", um mit diesem hoheitlichen Beleg dem jüdischen Vorgehen endgültig einen Riegel vorschieben zu können.

Rosig war die wirtschaftliche Lage der Kramer ihren Angaben zufolge zwar nicht, die Mühe des Syndikus sollte allerdings trotzdem belohnt werden, denn der Brief schließt *„mit der versicherung daß löbl.[liche] Kramer-Gilde sich auf die Raisonnableste Weiße danckbahrlich erzeigen wird".*

Am 25. März gab es neue Aktivitäten von Marcus Liepmann zu vermelden, der mit Zadec zwei Tage zuvor, am Sonntag, *„wieder nach Hildesheim gereiset [war], um dasjenige was er voriges mahl nicht erhalten, jezo in erfüllung zu bringen."* Oncken em-



Ausreisegenehmigung nach Braunschweig für den Schutzjuden Zadeck Liepmann (25. September 1805; Stadtarchiv Peine)

pfahl, umgehend *„das nötige von Stadt wegen"* nach Hildesheim zu befördern, *„ehe die Juden et Consorten Ihren Zweck erreichten und zum Nachtheil der Stadt etwas erschlichen"*.

Die Situation blieb im Fluss und entwickelte sich nicht nur zum Vorteil der Gilde, so dass schon zwei Tage später der nächste Brief fällig wurde. Bekundete Friedrich Wilhelm Oncken im ersten Satz noch Erleichterung: *„Ich kann es mit Vergnügen melden, daß Liepmann Marcus für seinen Knecht Zadec den Schutz noch nicht erhalten hat"* – folgten weitere Beschwerden über Zadecs Handelsgebaren auf dem Fuß: Ohne dass er *„die geringsten Abgaben entrichtet"* vertrieb er *„allerhand Victualien, Coffe und Zucker und setzet vieles ab. 900 ℔ Coffe und 900 ℔ Zucker hat er noch in Braunschweig liegen, die erstl. kürzlich von Hamburg gekommen sind, und seit der Meße mag er von jeder Sorte 1000 ℔ abgesetzet haben, welches kein christl. Kaufmann zu thun im Stande ist, er mag so billig handeln wie er will und es auch mit baarer Bezahlung begleiten können, daß Hausieren in der Stadt und auf dem Lande bewirkt den starken absatz und wenn der Jude kein Geld erhalten kann, so nimmt er davor Gern alt Silber oder sonstige dinge davor an. Kurz der Handel ist hier in der Stadt verdorben."*

Tatsächlich zeigten viele Handelsjuden – auch in Peine – eine Flexibilität, mit der die übrigen ortsansässigen Händler offensichtlich nicht mithalten konnten. Sie betrieben überregionale Handelsgeschäfte und „bereisten die Messen von Lübeck, Leipzig und Braunschweig und deckten sich dort mit Waren ein: Pelze, Seidenstoffe, Spitze, Ellenwaren, Leinen, Wolle, Leder und Metallwaren waren die bevorzugten Güter. Für diese wurden Lager angelegt und anschließend erfolgte der Weiterverkauf"[7]. Während solch geschäftliche Mobilität den Wünschen der Konsumenten entgegenkam, stieß sie natürlich auf das Missfallen der Konkurrenz.

In Peine wollten nun auch die Dammbürger *„mit vereinigten Kräften mit der Stadt"* gegen den Händler Zadec Felde ziehen, *„jedoch separat agieren"*, wie Friedrich Wilhelm Oncken ankündigte.

---

[7] Marx, A.: Geschichte der Juden in Niedersachsen, S. 88.

Der weitere Verlauf der Auseinandersetzung wird aus der Akte leider nicht ersichtlich – sie bricht an diesem Punkt ab. Zweifellos dauerten aber die Querelen und Reibereien an. Nicht nur speziell in dieser Angelegenheit, wie verschiedene Akten über Streitfälle zwischen jüdischen und christlichen Kaufleuten und Gilden belegen.

„Beschwerde [...] wegen weggenommenen Fleisches" 1805

So kam es 1805 zu einer *„Beschwerde der Judenschaft auf dem Damme gegen die Knochenhauer der Stadt Peine wegen weggenommenen Fleisches"*[8] – ein aus heutiger Sicht eher grotesk anmutender Vorfall: Die Dienstmagd des Kaufmanns Wesemann – offensichtlich kein Mitglied der jüdischen Gemeinde – hatte sich am 2. Januar jenes Jahres zum Damm begeben und dort Fleisch bei dem jüdischen Schlachter Nathan Joseph eingekauft – ob aus preislichen, qualitativen oder anderen Gründen ist leider nicht überliefert. Sie kam damit jedoch nicht sehr weit. Wie noch am selben Tag im Peiner Rathaus protokolliert wurde, ließ *„die hiesige Judenschaft durch ihren Vorsteher Seelig Isaac anzeigen, daß die hiesige Fleischergilde der Dienstmagd des Kaufmann Wesemanns, welche von ihren Juden-Schlächter Fleisch geholt habe in hiesiger Stadt das Fleisch weggenommen hätte und bäten um einen Befehl an die Gilde das Fleisch dem Wesemann sofort wieder zu geben, weil sie Fleisch in der Stadt zu verkaufen berechtiget wären nach ihren [...] Schutzbriefen".*

Bereits zwei Tage später wurde der Streitfall im Rathaus verhandelt – in Abwesenheit der Juden. Sie hatten auf die Vorladung eigenwillig – anscheinend ohne große Hoffnung auf ein vorurteilsfreies Verfahren – reagiert, wie der Amtsschreiber festhielt: *„die hiesige Judenschaft ließ anzeigen, daß sie nicht zu Rathause kommen würden sondern die Sache gleich höhern Orts melden wollten."*

In der Tat zeigte sich die *„Knochenhauergilde"* von der Rechtmäßigkeit ihres Tuns zutiefst überzeugt. Als deren Vertreter waren *„die Fleischermeister Bartels, Grotefendt, Joseph Mey-*

[8] StA Pe, RF 111 / 6.

er und Balthasar Rebentisch jun." erschienen. Sie gaben an, dass die beiden erstgenannten im Auftrag der Gilde gehandelt hätten, als sie besagter Dienstmagd „*am 2ten dieses [Jahres] des Nachmittags 9 Rindfleisch, welches dieselbe von dem Judenschlächter auf dem Damme geholt, weggenommen, und ihrem Artikel gemäß an die Armen vergeben hätten*".

Auf ihre 1686 confirmierten Gildeartikel hatten sich die Deputierten der Metzgergilde bereits ein Jahr zuvor berufen, denn seitdem schwelte der jetzt offen ausgebrochene Konflikt. In ihrer Beschwerde an den Magistrat betonten sie zunächst, ihnen gehe es vor allem um die Befolgung des „*im vorigen Jahre erlaßenen allerhöchsten Mandate[s]*", wonach „*die Pfuscherei bei sämtlichen Handwerkern eingestellet seyn solle*".

Im weiteren Verlauf des Schreibens wurden sie aber deutlicher: „*Imgleichen sollen die Juden auf dem Damme kein Fleisch rohe oder gahr in die Stadt Peine bringen und verkaufen oder durch andere hereinbringen laßen, widrigenfalls sollen die Meister berechtigt seyn, daßelbe, wo sie es antreffen, wegzunehmen und den Armen zu geben.*"

Zwei christliche auf dem Damm ansässige Metzger wurden bei der Gelegenheit gleich in die Klage einbezogen: Friedrich Meyer und Joseph Dräger, der „*sein Handwerk nicht einmal zunftmäßig erlernt [hat]*". Wie die Gilde betonte war es nicht ihre Absicht, „*diese Leute brodtlos zu machen*", sondern wollte sie sogar in die Innung aufnehmen. Indes weigerten sich die beiden beharrlich: „*In Güte sind sie aber dazu nicht zu bringen.*"

Nun hatte sich seit vier Wochen – seit Anfang März 1804 – ein dritter anscheinend ungemein geschäftstüchtiger jüdischer Konkurrent dazugesellt, der keinesfalls mehr geduldet werden sollte: Nathan Joseph „*aus Boltzum*", der „*groß und klein Vieh, so er selbst schlachtet so wohl aufm Damme als in der Stadt Peine zum feilen Verkauf hat, und nicht wenigen Absatz damit macht. Derselbe hat noch neulich einen halben Ochsen an den Schuster Mohrmann am Markt in Peine verkauft*". Ein Geschäft, das man natürlich gern selbst getätigt hätte.

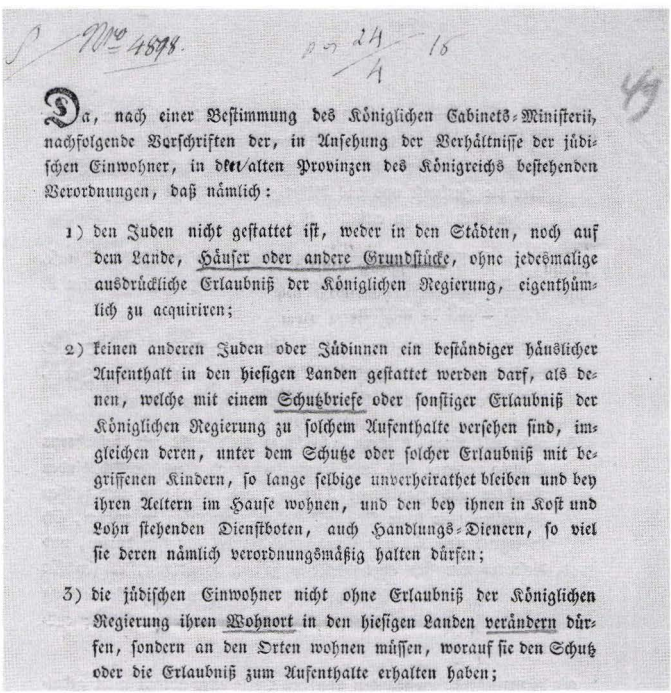
Insofern ist es erklärlich, dass die städtischen Fleischermeister alles daran setzten, Nathan Joseph aus dem Wettbewerb

zu drängen und schließlich, da die schriftliche Beschwerde ohne nachhaltige Wirkung blieb, bei der Fleisch einholenden Dienstmagd handgreiflich wurden.

In der darauf folgenden Rathausverhandlung forderten die Fleischermeister, den *„Judenschlächter Natan Joseph"* nicht nur für das beanstandete Vergehen zu bestrafen, *„sondern denselben in die ihnen verursachten Kosten, welche in ihrer heutigen Versäumniß bestünden, wofür Jeder 12 mgl [Mariengroschen] verlange, zu verurtheilen"*.

Die abschließende Entscheidung ist wiederum nicht in der Akte enthalten, handwerkliche Perspektive und Zukunft des jüdischen Schlachters bleiben daher ungeklärt.

Dagegen wird im selben Jahr ein Auswanderungsgesuch des ehedem mit der Kramergilde in Konflikt geratenen Zadec Liepmann aktenkundig, der den Peinern nun den Rücken kehrte: Die königliche Domainen-Kammer ließ am 25. September 1805 dem *„Justiz Amte Peine [...] zur Resolution ertheilen, daß dem Schutz Juden Zadeck Liepmann auf*



Da, nach einer Bestimmung des Königlichen Cabinets-Ministerii, nachfolgende Vorschriften der, in Ansehung der Verhältnisse der jüdischen Einwohner, in den alten Provinzen des Königreichs bestehenden Verordnungen, daß nämlich:

1) den Juden nicht gestattet ist, weder in den Städten, noch auf dem Lande, Häuser oder andere Grundstücke, ohne jedesmalige ausdrückliche Erlaubniß der Königlichen Regierung, eigenthümlich zu acquiriren;

2) keinen anderen Juden oder Jüdinnen ein beständiger häuslicher Aufenthalt in den hiesigen Landen gestattet werden darf, als denen, welche mit einem Schutzbriefe oder sonstiger Erlaubniß der Königlichen Regierung zu solchem Aufenthalte versehen sind, imgleichen deren, unter dem Schutze oder solcher Erlaubniß mit begriffenen Kindern, so lange selbige unverheirathet bleiben und bey ihren Aeltern im Hause wohnen, und den bey ihnen in Kost und Lohn stehenden Dienstboten, auch Handlungs-Dienern, so viel sie deren nämlich verordnungsmäßig halten dürfen;

3) die jüdischen Einwohner nicht ohne Erlaubniß der Königlichen Regierung ihren Wohnort in den hiesigen Landen verändern dürfen, sondern an den Orten wohnen müssen, worauf sie den Schutz oder die Erlaubniß zum Aufenthalte erhalten haben;

Auflistung der Verordnungen für jüdische Bürger im Königreich Hannover aus dem Jahr 1818 (Auszug; Stadtarchiv Peine)

dem Damme vor Peine zu gestatten ist, mit seinem Vermögen nach Braunschweig abzuziehen".[9]

Es war ein langer Weg bis zur rechtlichen Gleichstellung der Juden. Im Königreich Hannover, zu dem Peine ab 1814 gehörte, veränderte erst das „Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Juden" von 1842 deren Lage, „wenn auch nur durch halbherzige Maßnahmen: Aufhebung des Schutzverhältnisses, Öffnung von Handwerken und Gewerbe, allerdings Beibehaltung des Judenschutzgeldes unter anderem Namen, des Verbots von Grunderwerb und weiterer diskriminierender Vorschriften".[10]

Aufschlüsse über die jüdische Gemeinde vor 1800

Mit dem beginnenden 19. Jahrhundert lassen sich aufgrund der zunehmend dichteren Überlieferung im Stadtarchiv auch lokale Ereignisse und Entwicklungen in der Peiner jüdischen Gemeinde konkreter nachvollziehen. So gibt es neben zahlreichen Konzessions- und Schutzgesuchen, z.B. „Populationslisten" mit differenzierten Angaben über die Zusammensetzung der jüdischen Bevölkerung.

Vor dem Jahr 1800 dagegen sind Quellen höchst spärlich. Meist thematisch unzusammenhängend und zerstreut, finden sich Informationen manchmal eher zufällig und häufig beschränkt auf wenige oder gar einzelne Zeilen, etwa in den ab dem Jahr 1613 im Stadtarchiv vorliegenden Kämmereiregistern. Auch wenn eine Einordnung in allgemeine Zusammenhänge nur schwer möglich ist, werden immerhin vereinzelte Schlaglichter geworfen und sei es, dass „nur" ein jüdischer Name in Verbindung mit einem knappen Vermerk überliefert ist. Auszugsweise sind im Folgenden einige dieser überaus heterogenen „Funde" wiedergegeben.

Einer der ältesten Hinweise findet sich im Kämmereiregister des Jahres 1629 unter dem Titel *„Ausgabe auf geliehenes Geld".* Von 100 geborgten Gulden hatte die Stadt 40 Gulden als erste Rate an *„Salomon dem juden auff damme*

[9] StA Pe, RF 23 / 9.

[10] Schulze, P.: Beiträge zur Geschichte der Juden in Hannover, S.15.

Bezalt", zuzüglich der *„ auff hundert R Capital"* vereinbarten 7 Gulden Zinsen. Die restlichen 60 Gulden erhielt Salomon im darauffolgenden Jahr zurück.

1684 wird ein auf der sogenannten Neustadt – dem Straßenabschnitt zwischen Damm und Rosenthaler Straße – wohnender Jude als Gebührenzahler im Kämmereiregister aufgelistet: *„Jude Hirsch Levi, gibt Jährlichen, wegen des abflußes seines privates [Abort], So in E.E. [Euer Edlen] Rahts jurisdiction, in Hansen Ennemans Hofe in den graben fließt, laut aufgerichteten contracts, pro recognitione – 5 mgr"*; eine Anerkennungsgebühr also in Höhe von 5 Mariengroschen für sein über städtischen Grund fließendes Abwasser.

Unter dem Titel *„Einnahme Brüche"* – Strafgelder für kleinere Vergehen – gibt es im Jahr 1739 den Eintrag: *„Johann Wohlenberg den alten Juden Leiff in H.[errn] Bürgermstr. Stube bey dessen Bart gezogen – 10 Fl p.m. [10 Gulden eigenhändig] an die horst kirche gegeben. Derselbe sich H. Bürgermeister Befehl mit fluchen u. trotzen wiedersetzet – nach abzug der Unkosten - - Straffe - - - - 8 thlr 27mg"*. Eine nicht unerhebliche Geldbuße, sicher auch aufgrund der Tatsache, dass das äußerst ehrenrührige Ziehen am Bart im Haus des Bürgermeisters verübt wurde.

Die *„Contractenbücher"*, gefüllt mit notariell beglaubigten Vereinbarungen und Verträgen, enthalten ebenfalls Vorgänge, an denen Juden beteiligt sind, mitunter vermögende. So *„urkunden und bekennen"* 1766 die *„Eheleute Johann Hinrich Müller, Bürger und Knochenhauer hieselbst und Anna Margareta Bartels [...], daß der Schutz-Jude Hirsch Feibel allhie auf den Damme vor Peine uns bahr in Golde vor geliehen 180 thl schreiben Ein hundert und achtzig Thaler, welche wir zu unsere Hände sicher empfangen"*.[11]

Für die Stadtkasse gab es auch Einnahmen von der jüdischen Gemeinde zu verbuchen, z.B. *„Hud und Weide geld"*: *„1760 d 5 Juny ist mit hießiger Judenschafft auff den Damme vor Peine ein Contract auff 9 Jahre biß 1769 d 1 May getroffen, Ver Möge deßelben die Judenschafft Vor unßer Stadt*

[11] StA Pe, Contractenbücher, Bd. 2, 1758 – 1773.

Pferde Hirten 50 Stück Vor treiben mögen, da Vor die Judenschafft jährlich 25 thlr d 1 May in die Cämmerey bezahlen muß." [12]

Die Nutzung städtischen Weidegrundes war ein überaus strittiges Terrain. Vermutlich hätte die jüdische Gemeinde gern mehr als 50 Pferde weiden lassen, war aber vertraglich an diese Obergrenze gebunden. Nach *„wiederholten Antrag und Bitten"* der Judenschaft hatten sich *„Senatus und Achtmänner endlich gefüget"* und jenen *„Pacht-Contract"* aufgesetzt, der den Juden ermöglichte, *„ihre Reit- auch gegen die Märckte und Braunschweigische Meß-Zeit auf den weitern Verkauff und Absatz zusammen bringende Pferde mit unter die Bürger-Pferde [...] zu treiben"*.[13]

In dem regelmäßig verlängerten Vertrag war präzise festgelegt, dass die Zahl der Pferde *„sich in allen nicht über Fünffzig Stück erstrecke"*. Weitere Tiere auf andere Weideplätze zu verteilen kam nicht in Frage, denn es war *„keinen Juden erlaubt ... ein oder mehr Pferde an besonderen Orten allein zu weiden"*. Im Übrigen musste an den *„Pferde-Hirten"* ein zusätzliches Entgelt pro Tier entrichtet werden: *„Stück vor Stück täglich sechs Pfennig."*

Immerhin waren damit klare Verhältnisse geschaffen. Die Juden mussten nicht länger befürchten, dass ihr Vieh von den Bürger-Wiesen fortgetrieben oder gepfändet wurde, wie ein seit 1758 nachweisbarer Rechtstreit zwischen der Stadt und der jüdischen Gemeinde dokumentiert. Dennoch waren nicht alle Juden des Dammes damit einverstanden, was *„ein paar Juden sich unternommen, ohne Vorwißen und Bewilligung unser der Judenschaft"* – nämlich unautorisiert als deren Sprecher aufzutreten und darüber hinaus eigenmächtig Pachtverträge abzuschließen.

In einer Eingabe an die Stadt brachte man das zum Ausdruck und argumentierte, es sei *„eben so gewiß [...], daß uns die Weide-Gerechtigkeit gleich denen Damm Bürgeren zu stehet"*. Als Beleg waren die Namen achtzehn jüdischer Bürger aufgeführt, darunter zehn, denen als Hausbesitzer eine so-

[12] StA Pe, Kämmereiregister 1761.

[13] StA Pe, RF 248 / 9.

genannte *„28ger Städte"* zugeschrieben wurde. Demzufolge hätten sie – den alteingesessenen „28er" Dammbürgern gleichgestellt – ebenso Anteil an den Gemeinderechten. *„Den Bürgeren gleich"* würden sie *„Contribution und Dienstgeld entrichten müßen, folglich auch bürgerliche Gerechtsahme und Mithude [Bürger- und Hüterechte] haben."*

Die Anerkennung der reklamierten Rechte blieb ihnen aber – wie kaum anders zu erwarten – versagt und auch am Fortbestand des Pachtvertrages unter den o.a. Bedingungen änderte der Widerspruch – zumindest vorerst – nichts.

Soweit die Anmerkungen und kurzen Auszüge aus den wenigen hier vorliegenden Belegen zur älteren jüdischen Geschichte. Es sind allerdings, insbesondere im Landesarchiv Hannover, umfassendere Quellen verfügbar. Leider konnten sie, aufgrund des damit verbundenen zeitlichen Aufwandes, nicht in diese Forschungsarbeiten einbezogen werden, so dass deren Auswertung zukünftigen Projekten vorbehalten bleibt.

Quellen

Stadtarchiv Peine:

RF 105 / 6 – Beschwerde der Kramer-Gilde in Peine gegen den Juden Liepmann Marcus und dessen Knecht Zadec auf dem Damme 1783; pto. des für Zadec zu erwerbenden Schutzes.

RF 111 / 6 – Beschwerde der Judenschaft auf dem Damme gegen die Knochenhauer der Stadt Peine wegen weggenommenen Fleisches 1805.

RF 23 / 9 – Die Auswanderung des Juden Marcus pp., desgleichen den Abzug des Juden Zadeck Liepmann von hier nach Braunschweig 1805.

RF 248 / 9 – Peiner Judenschaft, Hud und Weide 1758 – 1782.

Kämmereiregister 1629 ff.

Contractenücher, Band 2, 1758 – 1773.

Dep K-113: Gildestatuten 1775.

Literatur

Aufgebauer, Peter: Die jüdische Bevölkerung, In: Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997.

Marx, Albert: Geschichte der Juden in Niedersachsen, Hannover 1995.

Schulze, Peter: Beiträge zur Geschichte der Juden in Hannover, Hannover 1998.

Zechel, Artur: Die Geschichte der Stadt Peine, Band 2, Peine 1975.

Andreas Warmbold

Zerstört und wiedererstanden – Der jüdische Friedhof in Peine-Telgte

Zu den wenigen Zeugnissen, die heute noch von der jüdischen Kultur in Deutschland künden, gehören die Friedhöfe. Einige von ihnen, etwa die beiden historischen Grabstätten in Hannover, sind der Öffentlichkeit relativ gut bekannt, zumal es dort wieder eine lebendige jüdische Gemeinde gibt, andere schlummern, weitgehend vergessen und der Öffentlichkeit nicht zugänglich, dahin.

Der folgende Beitrag ist der Erinnerung an einen solchen Friedhof gewidmet, der, umgrenzt von den Anlagen eines Kleingartenvereins, selbst den meisten Einwohnern des Peiner Stadtteils Telgte unbekannt ist.

Dabei soll vorweg etwas gesagt werden über die Besonderheiten jüdischer Friedhöfe und der traditionellen Sterbe- und Begräbnisrituale im allgemeinen, bevor dann im



Der jüdische Friedhof vor 1933 (Stadtarchiv Peine)

Folgenden eingegangen wird auf die Geschichte dieses Peiner Friedhofes, die in so vieler Hinsicht symptomatisch und verwoben ist mit der jeweiligen Zeitgeschichte und den Lebensbedingungen der Peiner Juden.

Die Besonderheiten jüdischer Friedhöfe

Der traditionelle jüdische Friedhof, im Hebräischen Bet Olam („Haus der Ewigkeit") oder Bet ha-Chaim („Haus des Lebens") genannt, unterschied sich bis zum Ende des 19. Jahrhunderts vom christlichen vor allem durch seine Schlichtheit. Der Talmud betont, dass spätestens im Tode alle Menschen gleich sind und daher war jede Art von Luxus verpönt.[1] Blumenschmuck, eingegrenzte Parzellen oder gar repräsentative Prunkgrabstellen waren ursprünglich unbekannt und kamen erst mit dem prosperierenden jüdischen Bürgertum des Fin de Siécle auf.

Der typische Friedhof wird von einer Mauer umgrenzt, die gewöhnlich noch über ein gesondertes Eingangstor verfügt für die Kohaniten, d. h., für die Familien, die sich zu den direkten Nachfahren der Familie Aarons zählten. Sie bildeten eine jüdische Eliteschicht, für die besondere Reinheitsgebote galten. Dazu gehörte u. a., dass sie die Gräber nicht-kohanitischer Familien nicht berühren durften.[2]

Die Grabsteine stehen stets am Kopfende des Grabes, die Füße weisen nach Jerusalem. Selbstmörder wurden als Sünder angesehen und an isolierten Stellen begraben. Dies galt aber nicht für Juden, die sich das Leben genommen hatten, um einer Verfolgung zu entgehen. Sie wurden und werden vielmehr als Märtyrer angesehen und hoch geehrt.

Im Regelfall dürfen Gräber niemals aufgelassen werden, denn ebenso wie das Christentum kennt auch das Judentum eine Wiederauferstehung am Jüngsten Tag wenn der Messias zurückkehrt, wobei sich der jüdische Volksglaube

[1] Vgl.: Bergler, Siegfried: Tod, Begräbnis und Trauer im Judentum, in: Friede über Israel. Zeitschrift für Kirche und Judentum, Beiheft 1, Juni 1989, S. 17-23, hier S. 17.

[2] Vgl.: Hüttenmeister, Frowald: Der jüdische Friedhof, in: Ebd., Seite 1-16, hier S. 1f.

dabei eine durchaus körperliche Auferstehung vorstellt, bei der sich aus einem bestimmten Knochen der Wirbelsäule, dem sogenannten „Unsterblichkeitsknochen", der gesamte Körper regeneriert. Die Erhaltung des Leichnams ist daher von eminenter Bedeutung und in Israel sind bis heute Feuerbestattungen und Organentnahmen umstritten.[3]

Sterben und Trauer

Wie verliefen nun das Sterben, das Begräbnis und die Trauerzeit?[4]

Die Durchführung aller vorgeschriebenen Begräbnisrituale lag in den Händen der Chewra Khaddischa, der Begräbnisbruderschaft, die sich aus den Honoratioren der Gemeinde zusammensetzte und ihre Aufgabe ehrenamtlich erfüllte. Nur der reine Kostenaufwand wurde hinterher den Hinterbliebenen in Rechnung gestellt.

Nach dem Talmud soll der Sterbende einen Tag vor seinem Tod sein letztes Sündenbekenntnis ablegen. Zehn volljährige (mindestens 13-jährige) Männer, der sogenannte Minjan, meistens aus Mitgliedern der Chewra Khaddischa bestehend, hielt in den letzten Stunden Wache beim Sterbenden.

War die Todesstunde gekommen, sprachen die Anwesenden siebenmal die Anfangszeile des jüdischen Glaubensbekenntnisses:
Schmah Jisrael, adonai elohenu, adonai echad – Höre Israel, der Ewige unser Gott, der Ewige ist einzig.
Die letzten Worte „der Ewige ist einzig" sollten dabei auch die letzten Worte des Sterbenden sein.

Die Trauerzeit teilte sich in drei Phasen:
Die erste Phase bis zum Begräbnis wird Aninut genannt.
Für die Hinterbliebenen ist sie die Zeit der spontanen Trauer, die sie durch völliges Fasten und Zerreißen der Kleidung dokumentieren. Die Spiegel werden verhängt und eventuell auch Schalen mit Wasser ausgeschüttet, denn der Volksglaube meinte, dass der Moloch Hamowess, der Todesengel,

[3] Bergler: Tod (wie Anm. 1), S. 18.

[4] Zum Folgenden: Ebd., S. 17ff.

sein Schwert darin gereinigt hätte. Bliebe dieses verunreinigte Wasser im Hause, so könnte er versucht sein, allzu bald zurückzukehren. Für die Chewra Khaddischa ist es die Zeit der Totenwache und der Waschung des Toten, die streng rituell geregelt war, um aus den schon genannten Gründen dem Leib keinen Schaden zuzufügen.

Das Begräbnis erfolgte so bald wie möglich, im Idealfall schon am nächsten Tag, außer, wenn dies ein Feiertag war. Man kleidete den Toten dazu in ein schlichtes Gewand ohne jede Verzierung; Männer bedeckte man darüber hinaus mit ihrem Gebetsschal, dem eine Ecke abgeschnitten war zum Zeichen des abgeschnittenen Lebens. Bei der Beisetzung gab man dem Toten ein Säckchen mit Erde vom Ölberg mit ins Grab. Die Teilnahme an der Beerdigung war für alle Mitglieder der Gemeinde Pflicht, eines der strengsten Gebote, das in seinem Rang noch über den Geboten des Talmud stand.

Dem Begräbnis folgte als zweite Trauerphase die „Schiwa", die Trauerwoche. In dieser Zeit verließen die Hinterbliebenen das Haus nicht, vernachlässigten demonstrativ die Körperpflege und saßen auf unbequemen kleinen Hockern statt auf bequemen Möbeln.

Schließlich folgte als dritte Phase das Trauerjahr. In dieser Zeit gingen die Kinder des Toten wieder ihrer Arbeit nach, trugen aber dezente Kleidung, vermieden den Besuch von Festen und beteten einmal im Monat in der Synagoge den Khaddisch, das traditionelle Totengebet.

Die Trauerzeit endete schließlich am Jahrestag des Todes mit einer Gedenkfeier, bei der dann der Grabstein gesetzt wurde.

Traditionelle Grabsteine folgen in ihrer Beschriftung mehr oder weniger einem einheitlichen Muster, das im Folgenden an einem Beispiel vom Telgter Friedhof verdeutlicht werden soll:

Bibelzitat
Und Schlomo legte sich zu seinen Vätern
Einleitung
Hier liegt begraben
Eloge auf den Verstorbenen
Ein Mann, alt und satt an Tagen,
sündenscheu, rechtschaffen, zuverlässig
und Wohltätigkeit übend.
Name und Abkunft
Der Vorsteher der Gemeinde, der ehrenwerte Herr
Schlomo Salman, Sohn des Ephraim,
sein Andenken sei zum Segen!
Todesdatum nach hebräischem Kalender
Er verschied in gutem Namen am
Heiligen Sabbat, 9. Siwan, und wurde begraben
am Montag, 11. desselben,
im Jahr 595 nach der kleinen Zählung.[5]
Schlusswidmung
Seine Seele sei eingebunden in das Bündel des Lebens.

Einleitung und Schlusswidmung findet man auf fast allen Gräbern wörtlich identisch. Abschließend ist zu diesem Kapitel noch hinzuzufügen, dass hier alte, traditionelle Bräuche beschrieben werden, die sich schon um 1900 zu nivellieren begannen, was sich u.a. darin äußerte, dass auch die Grabsteine zunehmend in deutscher Sprache und nach ortsüblichen Mustern gestaltet wurden.

Der jüdische Friedhof in Peine bis 1933

Der hebräische Friedhof von Peine befindet sich, von drei Seiten umgeben von der Gartenanlage „Friedrichsruh", an der Straße „An der Laubenkolonie" in Telgte auf einem Areal von 3.868 qm, dass heute abgeschlossen und für die Öffentlichkeit nicht zugänglich ist.

---

[5] = 6.Juni 1835. „Kleine Zählung" bedeutet, dass bei der Jahresangabe die Tausenderstellen weggelassen werden, denn eigentlich starb er im Jahre 5595 nach dem hebr. Kalender.



Luftbild des jüdischen Friedhofes, 1920er Jahre (Bildmitte; darüber die Kleingartenkolonie; Stadtarchiv Peine)

Sehr untypisch ist er insofern, als er keine Ummauerung aufweist und es auch keine Hinweise darauf gibt, dass jemals eine bestanden hätte.

Typisch für jüdische Friedhöfe ist er wiederum insofern, als er zu seiner Entstehungszeit weit außerhalb der Ortschaft lag und von den Juden nicht als Grundstück käuflich erworben werden konnte, sondern vom Stift Hildesheim gepachtet werden musste.

Den Studien von Alexander Rose zur Aufklärungszeit im Peiner Raum verdanken wir die Entdeckung zweier Dokumente im Niedersächsischen Haupt- und Staatsarchiv Hannover, die ein etwas helleres Licht auf die realen Probleme werfen, mit denen die Juden bei der Pflege ihres Friedhofes konfrontiert waren. Es handelt sich um Eingaben an die Hildesheimer Landdrostei aus den Jahren 1728 und 1775.

In der ersten werden in drastischen Worten die makaberen Folgen der Platznot auf dem viel zu kleinen Areal beschrieben, verbunden mit der Bitte, ein angrenzendes Stück

brach liegenden Landes zur Erweiterung der Begräbnisstätte freizugeben: „[...] dieser Ort aber nuhnmehro dergestalt mit todten Körpern angefüllet ist, wir zu Zeiten woll Drey biß vier Gräber machen müssen, ehe ein lediger Platz angetroffen wirdt, wie sich dan annoch heut bey Beerdigung des abgelebten Juden Calms zugetragen, dass wir bey die drey Löchen machen müssen, ehe wir ein leeres Plätzgen gefunden, zumahlen wir jederzeit auff die noch nicht mahlverfaulten Särger getroffen:"[6]

Der zweite Aktenfund bezieht sich auf die Folgen einer Friedhofsschändung im Jahre 1775, die damals wahrscheinlich kein Einzelfall war: „Ohngeachtet es nun die Sittlichkeit, ja die Menschlichkeit verabscheuet, die Todten Cörper der Menschen zu mishandeln, und die Kirchhöfe, und Gräber zu ruiniren, so hat dennoch die hiesige Judenschaft des Dammes darrüber härtest- und bittersten Beschwerde zu führen, indehm nicht nur zu ihrer Verachtung und Schaden von bösen, frevelhaften Menschen, den um ihren Gottesacker befindliche Hecken verdorben, und verwüstet, sondern so gar die Leichensteine beschädiget, und die Gräber der Todten in den Grund verdorben wurden, so dass man risquirt, dass die Hunde sich mit den todten Menschen Cörpern zum Spectacel aller Welt, lustig machen mögte, welches die Anverwandte der Todten und die ganze Judenschafft nicht wenig kränken, und nahe gehen muß."[7]

Zur Abhilfe forderte die jüdische Gemeinde die Errichtung eines Pfahles in der Nähe des Friedhofes, auf dem die Strafen für Beschädigungen des Friedhofes verzeichnet sind. Außerdem erachtete man eine exemplarische Bestrafung eines Täters für erforderlich.

Diese Dokumente zum Pachtvertrag sind zugleich als die ältesten urkundlichen Erwähnungen des Friedhofs anzusehen, der aber wesentlich älteren Datums sein muss, da es schon seit 1604 wieder eine jüdische Gemeinde in Peine am Damm gab.

---

[6] Niedersächsisches Haupt- und Staatsarchiv Hannover, Hild Br 1, Nr. 7634. Ich danke Alexander Rose für die Transkription der Quelle.

[7] Ebenda, Hild Br. 1, Nr. 7632. Ich danke Alexander Rose für die Transkription der Quelle.

Tatsächlich dauerte es noch fast zwei Jahrhunderte, bis die Gemeinde das Grundstück dann 1905 käuflich erwerben konnte.[8]

Die Besonderheiten jüdischer Begräbnisbräuche führten Anfang des 19. Jahrhunderts zu Auseinandersetzungen mit der Bürokratie, die auch ein Indiz für die stärkere Überwachung des religiösen Lebens durch die Obrigkeiten sind.

Hintergrund war ein beliebter Albtraum der Menschen jener Zeit, nämlich die Furcht, versehentlich lebendig begraben zu werden. Zur Abwehr dieser Gefahr glaubte die Regierung – es war inzwischen die Hannoversche – etwas tun zu müssen. So geriet die schon erwähnte jüdische Sitte, Tote möglichst schon innerhalb 24 Stunden zu beerdigen, in die Kritik, zumal ein Peiner Verwaltungsbeamter in einem Bericht nach Hannover 1804 sogar behauptet hatte, die Toten würden innerhalb von zwei Stunden (!) begraben.[9] Die langfristige Folge war eine Bekanntmachung der Regierung vom 25. September 1820, „die Bestimmungen der Beerdigungs=Zeit jüdischer Leichen betreffend:

Die Leichen der Juden [...] sollen nicht früher als nach Verlauf von 48 Stunden, von der Stunde angerechnet, in welcher sich der Todesfall ereignet hat, zur Erde gebracht werden." Im Falle des Verstoßes drohten bis zu 50 Taler Geldbuße oder maximal vier Wochen Gefängnisstrafe. „Von den Strafgeldern ist die eine Hälfte dem Denunzianten zuzubilligen und die andere zur Unterstützung armer jüdischer Einwohner des Ortes, wo die Contravention begangen ist, zu verwenden."[10]

Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zeichnete sich schließlich die juristische und partiell auch soziale Gleichstellung der Juden ab. Wenn es ihnen auch nicht gelang, Zugang zum öffentlichen Dienst zu finden, so wurden doch Geschäftsleute und Akademiker zu angesehenen Persönlichkeiten der Stadt.

---

[8] Grundbuch Telgte, Bd. 1, Blatt 17.

[9] StaPe RF 23, Nr. 7, Bl. 7, Vorderseite.

[10] Ebd., Nr. 11, Bl. 53, Rückseite.



Grabstein für Eugen Wertheimer (gest. am 28. Juli 1867; Stadtarchiv Peine)

Eines der Indizien für diesen Assimilierungsprozess war der schon erwähnte Erwerb des Friedhofsgrundstückes als Eigentum 1905. Ein weiteres Dokument dafür und zugleich auch Abschluss und Höhepunkt einer Entwicklung, in der sich die Juden darum bemühten, voll integrierte Deutsche und Peiner Bürger zu werden, war nach dem ersten Weltkrieg, im September 1920, die Einweihung des Kriegerdenkmals für die gefallenen jüdischen Soldaten. Dieses Denkmal, das noch heute auf dem Friedhof zu sehen ist, bekundet sowohl den Assimilierungswillen als auch die prononciert deutsch-national-patriotische Haltung der überwiegend dem gehobenen Bürgertum



Ehrenmal für die jüdischen Gefallenen des Ersten Weltkrieges (Paul Mosheim, Adolf Eichbaum, Paul Weitzenkorn und Fritz Rothfels; Stadtarchiv Peine)

angehörenden Judenschaft. Dem Zeitgeist entsprechend war es nicht im Tenor „Trauer um die Opfer des Krieges" sondern mit der Tendenz „Verehrung der Helden" konzipiert.

Damit geriet die jüdische Gemeinde allerdings schon damals zwischen zwei Fronten: einerseits den linken Pazifisten und andererseits jenen rechten Kräften, die generell antisemitisch eingestellt waren. Angefeindet wurden sie von beiden Seiten, aber es war sicherlich besonders schmerzlich für sie, dass gerade jene bürgerlich-konservativen Kreise, denen sie sich an sich nahe fühlten, in den folgenden Jahren zum Faschismus abwanderten und den Hoffnungen der Juden den Todesstoß versetzten.

Schon 1920 aber, bei der Einweihung des Denkmals, fühlte sich der damalige Peiner Rabbiner Cöln veranlasst, auf die Zerrissenheit der politischen Gruppierungen in Deutschland einzugehen, in deren Fadenkreuz die Juden standen. Während die „Peiner Zeitung" von seiner Rede nur die pathetischen Bekenntnisse wiedergibt, etwa das „Gelöbnis ewiger Dankbarkeit und Treue gegen die fürs Vaterland Gefallenen",[11] zitiert die „Peiner Tagespost" ausführlich die Betrachtungen des Geistlichen über den Zustand des damaligen deutschen Volkes, Worte, die als Abschluss dieses Kapitels unkommentiert stehen bleiben sollen: „Dass auf sozialem Gebiete weitgehende Unterschiede und Missverständnisse herrschen, ist nach der langen Dauer des Krieges und der allgemeinen Verwicklung wohl zu begreifen, obwohl es jeden Vaterlandsfreund schmerzlich berühren muss, dass sich die Verhältnisse so gestalten konnten. Weit schmerzlicher jedoch ist der Geist der Unduldsamkeit und Schmähsucht, die unser Volk zu vergiften droht. Diese ernste Stunde darf ich nicht vorüber gehen lassen, ohne feierliche Verwahrung einzulegen gegen die Art der Verunglimpfung, die selbst vor unseren Gefallenen nicht halt macht [...] Habt Ehrfurcht vor den Toten! Neigt Euch vor der Größe und Erhabenheit des Todes!"[12]

Dass es mit der Ehrfurcht der Christen vor dem jüdischen Friedhof nicht weit her war, zeigt eine Beschwerde des Vor-

[11] Peiner Zeitung, 9. Sept. 1920.

[12] Peiner Tagespost, 8. Sept. 1920.

stehers der jüdischen Gemeinde, Max Mosheim, aus dem Jahr 1923. Er beklagte sich darüber, „daß der Friedhof, der im Telgter Bezirk liegt, von den Pächtern der anliegenden Kleingartenstellen als Bedürfnisamstalt benutzt wird". Mosheim bat um Aufstellung einer provisorischen Bedürfnisanstalt, um Abhilfe zu schaffen. Die Stadt lehnt dies jedoch ab und schlug vor, die schadhaften Stellen der Hecke auszubessern und eine Warntafel aufzustellen. Dann könne niemand mehr auf den Friedhof gelangen, da das Tor ständig verschlossen sei.[13]

Der Friedhof während der NS-Zeit

Die Jahre, die der nationalsozialistischen „Machtergreifung" von 1933 folgten, machten die Hoffnungen der deutschen Juden auf volle gesellschaftliche Integration zunichte.

Schon 1934 gab es erste Vorstöße nationalsozialistischer Bürgermeister, jüdische Friedhöfe schließen und enteignen zu lassen.[14] Doch es bestand bis 1938 kein Sonderrecht für diese Immobilien, so dass entsprechende Anfragen an den Deutschen Städtetag abschlägig beschieden wurden. Zwar spielte es für die Verwaltung keine Rolle, dass nach jüdischer Auffassung ein Friedhof prinzipiell nicht aufgelassen werden darf, doch man verwies auf die Gesetzgebung Preußens, derzufolge ein Friedhof nach seiner Schließung noch einer 40 jährigen Ruhezeit unterlag, um ein ausreichendes Absinken der Särge zu gewährleisten.[15] Aber auch die Schließung als solche war problematisch, solange es in einer Kommune noch eine Jüdische Gemeinde gab. So wurde noch 1941, kurz vor der endgültigen Deportation der letzten Peiner Juden, eine Anfrage des Peiner Bürgermeisters Bronleewe an den Deutschen Gemeindetag über die Möglichkeit „den Friedhof zum Teil einzuplanieren und der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen", mit einer ablehnenden Empfehlung beantwortet: „Falls jedoch noch Juden dort vorhanden sein sollten, muss mit der Notwendigkeit der Bestattung dieser

[13] StAPe Rep 06/271.

[14] Vgl.: Wirsching, Andreas: Jüdische Friedhöfe in Deutschland 1933-1957, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 50 (2002), S. 1-40, hier S. 10.

[15] Ebd., S. 11.

Juden gerechnet werden. [...] Es läge daher meiner Ansicht nach im Interesse der Gemeinde, wenn sie die Schließung des jüdischen Friedhofes nur dann betriebe, wenn mit der Bestattung der Juden nicht mehr gerechnet zu werden braucht."[16] Aus dem Schreiben Bronleewes an den Präsidenten des Gemeindetages geht auch hervor, dass der Verwaltungschef die Möglichkeit erwog, „der Verwaltung des jüdischen Friedhofes", also der jüdischen Gemeinde selbst, die Planierung aufzuerlegen und damit die Juden zu einem Handeln gegen ihren eigenen Glauben zu zwingen.

Als Diktatur zeichnete sich das Dritte Reich allerdings immer durch ein relativ unvermitteltes Nebeneinander von korrektem Verwaltungshandeln und willkürlicher, Rechtsstaatlichkeit verachtender Maßnahmenpolitik aus. Der Hebel, mit dem die Enteignung der Friedhöfe in Deutschland schließlich ins Werk gesetzt wurde, war die „Arisierung" auf der Grundlage der „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3.12.1938", deren § 6 auch den zwangsweisen Verkauf von Grund und Boden ermöglichte.[17]

Die Stadt Peine tat den ersten Schritt dazu am 13. März 1940 mit ihrem Beschluss, zunächst die Straße „An der Laubenkolonie", die als Zugangsweg zum Friedhof ebenfalls Eigentum der jüdischen Gemeinde war, an die Stadt zu übereignen, und zwar kostenlos.[18] Die Juden wandten sich ratsuchend an die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland", eine dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) unterstehende Zwangsvereinigung aller jüdischen Kultusgemeinden. Am 12. April erhielt der Vorsteher der Gemeinde, Emil Goldschmidt, die Antwort: „Andererseits handelt es sich um ein relativ kleines Objekt, so dass es sich nicht lohnt, wenn die Synagogen-Gemeinde dieserhalb mit der Stadt in Schwierigkeiten käme. [...] Falls also eine andere Regelung nicht möglich ist, sind wir mit der kostenlosen Übereignung an die Stadt einverstanden."[19]

---

[16] BArch R 36, Nr. 2101.

[17] Wirsching: Friedhöfe (wie Anm. 13), S. 21.

[18] StaPe Rep 6/984.

[19] Ebd.

Diese „Übereignung", die am 19. Juli 1940 von Landrat Dr. Freise mit explizitem Verweis auf die obengenannte Verordnung genehmigt wurde,[20] war nichts anderes als eine entschädigungslose Enteignung. Die widerstandslose Bereitwilligkeit, mit der sie von der „Reichsvereinigung" akzeptiert wurde, macht deutlich, in welchen Zustand der Resignation gegenüber der Staatsmacht die Juden seit den Ereignissen der Reichspogromnacht bereits verfallen waren.

Nachdem 1942 die letzten Peiner Juden in die Vernichtungslager deportiert worden waren, konnte der Friedhof endgültig enteignet werden. Doch damit kam eine neue Frage auf: Die erwähnte 40jährige Ruhefrist und die Bestimmungen zur Wahrung der Zugänglichkeit der Gräber für Angehörige galten auch weiterhin. Was also durften die Kommunen mit den Grundstücken, die jetzt ihr Eigentum waren, eigentlich tun?[21]

Möglicherweise war dies der Auslöser für eine erstaunliche Entscheidung der Stadt Peine, die in dieser Form in Deutschland einmalig zu sein scheint: Alle Leichname, die noch keine 40 Jahre alt waren, wurden im September 1943 auf ein 800 qm großes Seitenstück umgebettet und auf Kosten der Stadt mit neuen, schlichten Kissengrabsteinen versehen. So wurde der Weg freigemacht für die Zerstörung des eigentlichen Friedhofes.

Die Wiederherstellung des Friedhofes

Nach dem Kriegsende hatte die Stadt Peine naturgemäß zunächst drückendere Prioritäten als die Wiederherstellung des jüdischen Friedhofes und so wurde die Frage der Restauration sowie der dauerhaften Pflege zu einem langwierigen Streit um die Aufteilung der Kosten.

Der Vorschlag des Gartenbauamtes, den Friedhof generell auf die 800-qm-Fläche von 1943 zu beschränken und das übrige Gelände zu verkaufen, wurde von der Jüdischen Gemeinde Hannover, dem neuen Eigentümer, 1950 abge-

[20] Ebd.

[21] Vgl.: Wirsching: Friedhöfe (wie Anm. 13), S. 23ff.

lehnt. „Es hat somit die garten- und friedhofsmäßige Gestaltung beider Friedhofsräume zu erfolgen."[22]

Die hohen Kosten der Wiederinstandsetzung wurden nicht zuletzt bedingt durch die Notwendigkeit, eine im Krieg angelegte Bunkerunterkellerung zu beseitigen. Es dauerte tatsächlich bis 1955, dass sich Stadt und Land auf eine Teilung der Kosten im Verhältnis 5.000,- DM zu 10.000,- DM einigten und der Friedhof wieder hergerichtet wurde.[23]

Noch unerfreulicher war der Zuständigkeitsstreit um die laufende Pflege der Anlagen, der bundesweit ausgetragen wurde. Die Kommunen verwiesen auf die jüdischen Gemeinden; der damalige Bundesfinanzminister Schäffer hingegen betrachtete es als eine kulturpolitische Aufgabe – und somit als Ländersache – und so blieb es schließlich dem damaligen Bundesinnenminister Schröder vorbehalten, den Knoten durchzuschlagen, indem er eine Teilung der Kosten zwischen Bund und Ländern durchsetzte, „und zwar der Bund unter dem Gesichtspunkt der Wiedergutmachung, die Länder unter dem Gesichtspunkt, dass es sich um eine wichtige Kulturaufgabe handelt."[24] Die Durchführung der Pflegearbeiten wurde dabei den Kommunen übertragen.

Heute befinden sich auf dem Gelände neben dem schon erwähnten Denkmal von 1920 und den 27 Kissengräbern von 1943 noch weitere neun Grabsteine. Sieben davon sind in traditioneller Form in hebräischer Schrift gehalten, die anderen beiden sind kleine Kindergrabsteine aus dem frühen 20 Jh. in deutscher Beschriftung.

Vervollständigt wird das Bild des Grundstücks durch eine Gedenktafel für die „Märtyrer der Jahre 1933-1945", die von der jüdischen Gemeinde im Jahre 1957 anlässlich der 50-Jahrfeier der Einweihung der jüdischen Synagoge errichtet wurde.[25] Auf ihr finden sich in hebräischer und deutscher Sprache die Worte aus den Klageliedern des Jeremia, I. Vers

[22] StaPe Rep 08/546, Schreiben vom 15.2.1950.

[23] Ebd., Schreiben vom 16.4.1955.

[24] Zit. n.: Wirsching: Friedhöfe (wie Anm. 13), S. 39.

[25] Vgl.: Staats, Martina, in: Topographie der Erinnerung, Braunschweig 2004, S. 97f.

12: „Blicket her und sehet, ob ein Schmerz ist wie mein Schmerz, der mir angetan worden ist". Dabei ist die Tatsache, dass die Tafel auch in deutscher Sprache gehalten ist, nach den Worten der Historikerin Martina Staats auch als Politikum zu verstehen, als Bekundung des Willens der deutschen Juden, trotz alledem Deutsche sein und bleiben zu wollen.



Gedenktafel für die „Märtyrer der Jahre 1933-1945" aus dem Jahr 1957 (Stadtarchiv Peine)

Da der Friedhof ursprünglich nur eine einfache Maschendrahtumzäunung hatte, gab es in den 50er und 60er Jahren mehrfach Ärger wegen Kindern, die sich auf dem Gelände aufhielten, doch läuft dies eher unter „Dumme-Jungen-Streiche". Eine wirklich gravierende Schändung des Friedhofes ereignete sich jedoch im Dezember 1990, als die Steine teils umgeworfen, teils mit Nazi-Parolen beschmiert wurden. Die Kosten für Reinigung und Restaurierung der Grabsteine wurden zu 2/3 von der Stadt Peine, zu 1/3 von der Jüdischen Gemeinde Hannover getragen.[26]

Ein solcher Vorfall hat sich zum Glück seither nicht wiederholt. So bleibt zu hoffen, dass dieses eindrucksvolle Denkmal jüdischer Kultur in Peine auch weiterhin erhalten bleibt.

[26] Vgl.: Gensrich, Theo: Der Jüdische Friedhof in Telgte, in: Heimatkalender 2001, Seite 35f., hier S. 36.

Literatur

Bergler, Siegfried: Tod, Begräbnis und Trauer im Judentum, in: Friede über Israel. Zeitschrift für Kirche und Judentum. Beiheft 1, Juni 1989, Seite 17-23.

Gensrich, Theo: Der Jüdische Friedhof in Telgte, in: Heimatkalender 31 (2001), Seite 35f.

Hüttenmeister, Frowald: Der jüdische Friedhof, in: Friede über Israel. Zeitschrift für Kirche und Judentum. Beiheft 1. Seite 1-16.

Krebszio, Dieter und Rennes, Hannelore: Stadtbuch Peine. Ein Stadtbegleiter durch das „alltägliche Peine" (Schriftenreihe „Peiner Einblicke", H. 2), hg. vom DGB Peine, Bildungsvereinigung Arbeit und Leben e. V., KAG Peine und Verein Bildung und Wissen in Peine e. V., Peine 1989.

Ortag, Peter: Jüdische Kultur und Geschichte, hg. v. der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, 3. akt. Aufl. 1997.

Schulze, Peter: Mit Davidsschild und Menora. Bilder jüdischer Grabstätten in Braunschweig, Peine, Hornburg, Salzgitter und Schöningen. Ausstellung 1997-2002 (Schriftenreihe „Regionale Gewerkschaftsblätter", hg. vom DGB – Region Südostniedersachsen, H. 18), Hannover 2003.

Staats, Martina: Der Jüdische Friedhof in Peine, in: Topographie der Erinnerung. Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus im Gebiet der Braunschweigischen Landschaft, hg. von der Braunschweigischen Landschaft e. V., Braunschweig 2004, S. 97f.

Wirsching, Andreas: Jüdische Friedhöfe in Deutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, H. 1, 2002, S. 1-40.

Zechel, Artur: Die Geschichte der Stadt Peine, Bd. 2, Hannover 1972.

Alexander Rose

Die Biographie von Jacob Lilie

Wie aus dem Nebel taucht in Peine der Name Lilie auf, um dann wieder zu verschwinden. Die ausführliche Steuerliste von 1816[1] führt unter der Nr. 17 den Pferdehändler Salomon Lilie auf, er ist zum Zeitpunkt der Zählung 45 Jahre alt (also um 1771 geboren) und verheiratet mit Caroline Levi. Berichtet wird weiter, dass es drei Kinder gibt, nämlich

Edel 8 Jahre alt (ca. 1808 geboren)
Jacob 5 Jahre alt (geboren am 7. April 1811)
Jüdel 1 Jahr alt

Die Familie wohnte auf dem Damm. Steuern zahlte der Pferdehändler 1816 nicht, weil sein Einkommen zu gering war. Die Familie war arm. Ob er überhaupt „Schutz" hatte, ist nicht mit Sicherheit zu sagen. Eine der Listen verneint das, eine andere vermerkt: ja, seit 12 Jahren. Im Laufe der Jahre scheint sich die wirtschaftliche Situation etwas zu bessern. In den Jahren 1820-1823[2] zahlte Salomon Lilie 2 Rtlr. Schutzgeld – und damit auch Steuern in gleicher Höhe. Es gab drei Kategorien von Einwohnern: solche, die 6 Rtlr bezahlten – das waren die „Reichen", eine größere Gruppe, die 2 Rtlr zahlte – diese Gruppe war größer und man kann sie als die durchschnittlich Verdienenden bezeichnen, und die Juden, die keine Steuern zahlten. Das waren die Armen, sie bildeten die größte Gruppe. Im Alter war Salomon Lilie wieder von der Steuer befreit. Man muß eigentlich sagen, daß er aus Armut keine Steuern zahlen konnte.

Nur eins der drei Kinder der Eheleute Lilie kommt in einer der Steuerlisten wieder vor. Es ist Jacob. Er wird im Jahre 1839[3] erwähnt. Bei der Spalten „Höhe der Steuer" befindet sich ein Strich. Der junge Mann ist arm, aus anderen Quellen wissen wir, dass er Lehrer an der jüdischen Schule war. Als Lehrer war man arm.

---

[1] StaPe RF 23-11, Bl. 25ff (18.01.1816).

[2] Ebd.

[3] Ebd.

Diesem Jacob wenden wir uns zu, weil sein Leben einen ungewöhnlichen Verlauf nahm. Es gibt Quellen, die uns einen Blick auf einige Stationen seines Lebens gewähren. Im Ehrenbuch der Stadt Peine[4] steht der Hinweis, die kleine jüdische Gemeinde sei aufmerksam geworden auf den klugen, bildungshungrigen und bildungsfähigen Jacob Lilie, Sohn des Pferdehändlers Salomon. In seinem 8. Lebensjahr schickte die Gemeinde den Begabten nach Wolfenbüttel auf die Samsonschule. Ein „reicher Glaubensgenosse" – so das Ehrenbuch – bezahlte den Schul- und Internatsplatz. Die Samsonschule war berühmt für ihr pädagogisches Konzept. Es lohnt sich daher, einige Zeilen dieser Schule zu widmen.

Im Alter von 14 Jahren verließ Jacob Lilie Wolfenbüttel und besuchte für drei Jahre die gerade errichtete Real-Schule. Dieser neue Schultyp legte Wert auf eine naturwissenschaftlich-neusprachliche Ausbildung. Lilie legte seinen Schwerpunkt auf die Sprachen. Danach war er drei Jahre Hauslehrer und gab danach in Hannover Sprachunterricht, um sich das Geld für ein Studium zu verdienen. Diesen Plan verwirklichte er am 23. Mai 1835. In der Universität Berlin trug er sich als Student der Geisteswissenschaften und Literatur ein. Sein Ziel war es, so schreibt er später, „als jüdischer Lehrer, möglichst die Aufklärung unter den Juden befördern zu helfen". Der Begriff „Aufklärung" ist ungewöhnlich. Er wurde in damaliger Zeit auch im Sinne von „Bildung" und Reformfreude gebraucht. So wird man ihn auch bei Lilie verstehen müssen. Der Student muss näheren Kontakt zu einem Prof. Benary gehabt haben. Dabei kam auch das Thema „Übertritt zum Christentum" zur Sprache. Der Student sah sich dazu nicht in der Lage, weil er zu wenig über den christlichen Glauben wisse und zu stark mit seinem jüdischen Glauben verwoben sei.

Am 1. Sept. 1837 beendete Lilie sein Studium und kehrte nach Peine zurück. Man hatte ihm eine Lehrerstelle an der jüdischen Schule angeboten. Er wurde ihr erster wissenschaftlich ausgebildeter Lehrer. Es wird aus den wenigen erhaltenen Quellen nicht recht deutlich, ob mit Lilie ein

[4] Einzusehen im StaPe.

zweiter Lehrer eingestellt wurde. In der Jahresrechnung der jüdischen Gemeinde 1839 kommt nur der Name des Lehrers M. Preuße vor, samt der Benennung seines Jahresgehaltes in Höhe von erbärmlichen 50 Tlr.[5] Sollte sich hinter dem Ausgabenposten von 30 Rthlr. „Für Religionsunterricht der Armen" ein Zuschuß an Lilie verstecken? Der Name des jungen Lehrers wird in der Liste der Mitglieder geführt, die wegen ihres geringen Einkommens keinen Beitrag in die Kasse der jüdischen Gemeinde zahlen können. Diese wenigen Daten könnten zusammen passen.

In seinen Lebenserinnerungen erwähnt Lilie seine Probleme in der Gemeinde und mit der Schule.[6] Seine Versuche, in der offenbar orthodoxen Gemeinde ein paar Neuerungen (die Gebete in deutscher Sprache zu halten usw.) einzuführen, wurden zurückgewiesen. Der Religionsunterricht bestand bisher aus mechanischem Auswendiglernen. Lilie nahm Kontakt auf zu dem Rektor Henseling der Peiner Schule. Von ihm bekam er religionspädagogische Literatur und trat in inhaltliche Gespräche ein. Dabei entfernte er sich immer mehr seinem jüdischen Glauben. In der erwähnten Lebensbilanz 1841 notiert er: „Welcher denkende Mensch nun, frage ich, der wahrhaft Religion hat, wird sich hier [im jüdischen Kultus] befriedigt fühlen können?"

Nach zwei Jahren kam es zum Bruch. Lilie trat von seinem Amt zurück und kam damit einer Kündigung zuvor. Es war höchste Zeit, seine neue Position nach außen deutlich zu machen. Er hatte für sich entschieden, sich taufen zu lassen und damit in die evangelische Kirche einzutreten. Viele Juden, die von den Gedanken der Aufklärung ergriffen waren und sich emanzipieren wollten, ließen sich taufen. Lilie hatte diesen Schritt lange hinausgezögert, weil er wusste, welche Traurigkeit und Ratlosigkeit die alten Eltern befallen würde. Das ist ein Thema im jüdischen Leben und in der jüdischen Literatur jener Zeit. Es gab in christlichen Kreisen bei Taufbegehren von Juden die Frage, ob eine entsprechen-

---

[5] Dazu kommen 100 Rthlr. an Schulgeld; StaPe RF 23-11 (Mai 1839) Bl. 64 ff.

[6] Vgl. Anhang.

de Überzeugung der Auslöser war oder eine nur äußere Anpassung. Lilie begründet seinen Schritt ausführlich – das kann man auch von einem künftigen Theologiestudenten erwarten. Auffällig ist, dass er seinen Schritt nicht christologisch begründet.

Mit seiner Taufe in Göttingen-Geismar nahm Jacob Lilie einen Namenswechsel vor. Er hieß jetzt Julius Adolph Lilie. Einige Woche danach begann er mit dem Studium der evangelischen Theologie in Göttingen. Das hatte er der Kirchenleitung in Hannover mitgeteilt. Sie wollte ihn vor Illusionen oder Enttäuschungen bewahren und bewertete seinen Weg nicht gerade als unmöglich, aber als fast unmöglich. Nach acht Semestern beendete Lilie sein Studium

Von 1852 bis 1856 war Lilie Seelsorger in der Strafanstalt in Hameln.[7] In dieser Zeit heiratete er Henriette Colemann. Er konnte sich offensichtlich schnell einen guten Namen machen. Begabt war er und auch kommunikativ. Das kam ihm zugute, als er sich 1856 auf die Pfarrstelle in Barsinghausen bewarb. Sie war in einer Hannoverschen Zeitung ausgeschrieben worden. Viele Interessenten meldeten sich, denn es war eine bedeutende Pfarrstelle, außerdem war sie gut dotiert.[8] Das Patronat lag beim Kloster Barsinghausen. Noch heute ist es ein evangelischen Damenstift mit einer Äbtissin. Sie hieß 1856 Frau von Klencke. Lilie hatte sich unmittelbar nach der öffentlichen Ausschreibung an einen Oberstleutnant von Klencke gewandt – einen Bruder der Äbtissin. Dabei äußert er sein Interesse an der Pfarrstelle Barsinghausen, verweist auf die guten Zeugnisse des Konsistoriums und betont, nicht aus finanziellen Gründen die Pfarrstelle an der Strafanstalt verlassen zu wollen. Seine Frau habe eine Erbschaft gemacht, die ihnen auch ein auskömmliches Leben bei geringem Gehalt ermöglichte. Das folgende Besetzungsverfahren ist im Klosterarchiv gut belegt. Lilie kam in die engere Wahl und durfte im Winter 1856 eine Probepredigt

[7] Im Ehrenbuch wird gesagt, er sei Nachfolger des Peiners Karl Georg Christian Leverkühn geworden. Das ist nicht korrekt. Vielmehr wurde Leverkühn Nachfolger Lilies.

[8] 1869 betrug das jährliche Einkommen 1.108 Tlr. Vgl.: Philipp Meyer: Die Pastoren der Landeskirchen Hannovers, Bd. I, S.62.

halten. Darauf erhielt die Äbtissin ein anonymes Schreiben[9] mit antijüdischen Äußerungen. Das eigentliche Motiv des einfältigen Briefschreibers ist die Enttäuschung, dass der Mitbewerber Pastor Meyer unterlegen war. Ein Abschnitt dieses Briefes soll hier zitiert werden: „Da man [...] schon etwas bestimmtes über der Wahl muthmaßet, und man einsieht das der Hämelsche Jude dem Sieg gewinnt, so denken Sie aber auch das ein 1848ziger Jahr[10] eintreten wird, um sich aber nich an dem Gebäude zu Rächen, sondern an dem der die Rache über sich geladen hat, und sollte diese Rache nicht von Menschen ausgeübt werden, so erwarten wir Gemeinden (und flehen) nun eine Gerechte Gottes=Rache, welche gewiß nicht ausbleibt denn Sie haben durch eine Juden=wahl 3. Gemeinden unglücklich gemacht, denken Sie mal an Ihren Tod wie werden Sie enden? Wenn Ihr Gewissen durch diese Wahl befleckt worden ist?

Wenn Sie denn in der letzten Stunde Ihres Lebens auch Tausend Kerzen anzünden werden so würde es dennoch finstere Nacht sein, und Angst und Schrecken würde sich Ihrer bemächtigen. Sie würden Solches alles nicht hören können, und hätten Sie tausende von Nonnen und Betschwestern umringt, um den Tod für Ihnen anzuflehen, so würde der Tod Ihnen nicht erhören, denn die ‚durch Sie unglücklich gemachten' 3. Gemeinden schreien zu Gott um Gerechte Rache, und den dermaleinst am Tage des Gerichts wenn wir Alle am Throne Gottes stehen, wo kein Ansehn der Person gillt, dann werden die Gemeinden rufen, Fluch, Fluch, Fluch über diese denn durch sie sind wir Unglücklich geworden, und dann müssen Sie in die Dunckle Finsternis hinab wo Heulen und Zähneklappern sein wird [...]"

Es existiert eine Art Rundschreiben, in dem die meinungsbildenden Personen ihre Wahrnehmung von Lilie eintrugen.[11] Sie fallen so eindeutig positiv für Lilie aus, dass die anonyme

---

[9] Klosterarchiv Barsinghausen, „Besetzung der Patronatspfarrstelle, Nr. 62".

[10] Wegen strittiger Bergbaurechte hatten im Jahr 1848 aufgebrachte Bergleute in Barsingshausen dem Amtmann des Klosters die Fensterscheiben eingeworfen.

[11] Klosterarchiv Barsinghausen, „Besetzung der Patronatspfarrstelle, Nr. 62".

Drohung ohne jede Berücksichtigung blieb. Ein Rektor Palm sagt: Die Predigt von Lilie hat mir sehr gefallen und mich ganz befriedigt. Wenn ich ehrlich meine Meinung sagen soll, so habe ich in der Kirche und nachher Gott gedankt für die Aussicht, mit einem Mann in Verbindung zu stehen, der so zu Herzen spricht. – Julius Lilie konnte am 8. Juni 1856 in die Pfarrstelle eingeführt werden. Seine Ehe blieb kinderlos. Auf seine Amtstätigkeit muss an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden. Erwähnt werden muss aber, dass Lilie alle eventuellen Zweifel und Vorurteile widerlegen konnte. Als es im Jahre 1872 in Barsinghausen zu Streiks der Bergleute kam und die Auseinandersetzung in der staatlichen Zeche eskalierte, wurde er von zwei mit Entlassung bedrohten Bergarbeitern gebeten, Fürsprache für sie einzulegen. Bei dem hart agierenden Leiter der Zeche wurde der Pastor mit einer kurzen Bemerkung abgefertigt. Am nächsten Tage waren die Bergarbeiter entlassen. Lilie riet, „mit Eifer und Fleiß, still und gehorsam“[12] die Arbeit wieder aufzunehmen. Das geschah auch. Den Entlassenen half er, in einem Schreiben an den Handelsminister um eine Wiedereinstellung zu bitten. Den angeblich als „zu den eifrigsten Agenten der Agitationsclique“ der Bergleute Gehörenden bescheinigte der Gemeindepastor stattdessen, die „stillsten, solidesten und nüchternsten Leute“ zu sein. Des weiteren unterstützte er ausführlich die Forderung nach einer deutlichen Erhöhung der Löhne, zumal die private Zeche dies ihren Mitarbeitern längst zugestanden hatte.[13] Lilies Schreiben an den Handelsminister wurde im Hannoverschen Courier (31.08.1872) ausführlich zitiert. Steigerwald vermutet, dass der Barsinghausener Pastor das selbst veranlasst habe, um den Druck auf die Betriebsleitung zu erhöhen. Die Entlassenen wurden aber nicht sofort wieder eingestellt. Nach Auffassung der Obrigkeit musste ja ein Exempel statuiert werden. Sie fanden Arbeit in einer Papierfabrik und nach wenigen Jahren tauchen sie wieder in der Belegschaftsliste und als Knappschaftsmitglieder auf. Es scheint so, als habe Lilies Vermittlung mittelfristig Erfolg gehabt.

[12] Zit. n. Steigerwald.

[13] Ebd.

Julius Lilie ließ sich 1878 beurlauben – das Ehrenbuch nennt als Grund Krankheit – und wurde 1880 Pensionär. Ob Krankheit der entscheidende Grund war, lässt sich nicht belegen. Der nun schon immerhin 69 Jahre alte Pastor tat als „Pfarrverweser" Dienst im Gerichtsgefängnis in Hannover und war Vorsitzender des Pestalozzivereins.[14] Nach schwerer Krankheit klingt das nicht gerade. Nach Philipp Meyer[15] starb Julius Lilie am 31. Mai 1896 in Hannover.

Anhang

Lilies Erklärung fünf Monate vor seiner Taufe vom 12. November 1841[16]

„Im Jahre 1811 in Peine, von armen Ältern geboren, kam ich in meinem 8ten Jahre nach Wolfenbüttel in die Samson'sche – Freischule, von wo ich auch zugleich das Gymnasium daselbst besuchte. Dort blieb ich 6 Jahre und kam dann 14 Jahre alt nach Braunschweig, um daselbst die damals erst errichtete Real=Schule zu besuchen, wo ich 3 Jahre meist nur neue Sprachen trieb. Von da sah ich mich genöthigt, da ich ohne alle Mittel war, die Studien fortzusetzen, in einem Alter von 17 Jahren eine kleine Hauslehrer=Stelle auf dem Lande anzunehmen, die ich 3 Jahre inne hatte. Da ich nun aber danach strebte mich selbst zu vervollkommnen, so ging ich nach Hannover, wo ich mir meinen Unterhalt durch Unterricht, theils im Hebräischen theils auch im Französischen, erwarb. Hier glückte es mir in 3 bis 4 Jahren so viel zu erwerben, daß ich die Universität besuchen konnte. Ich ging also im Jahre 1834 etwa, nach Berlin um dort Humaniora[17] zu studieren, in der Absicht dereinst als jüdischer Lehrer, möglichst die Aufklärung unter den Juden befördern zu helfen. Auf der Universität selbst wurde mir von Prof. Benary und anderweitig der Vorschlag gemacht, ob ich nicht zur christlichen Religion

[14] Ein Hilfsverein zur Unterstützung von Pastorenwitwen und -waisen. Ein weiterer Hinweis auf Lilies soziales Engagement.

[15] Vgl. Anm. 8.

[16] Kirchenkreisarchiv Peine, Gen. 175.

[17] Humaniora – die damalige Bezeichnung für die Fächerkombination Geisteswisschenschaften/Literatur.

übertreten wolle, allein einerseits zu wenig mit den höheren Wahrheiten der christlichen Religion bekannt, konnte ich anderseits die in dem jüdischen Religionswesen und sonstigen Verhältnissen so tief eingerissenen Mißbräuche viel zu wenig, da mein bisheriges Leben, mich noch immer so ziemlich fern davon hält. Nach beendigten Studien wurde mir die Lehrerstelle bei der jüdischen Gemeinde meiner Vaterstadt Peine angeboten, und in der Hoffnung mich gerade hier mich nützlich machen zu können, nahm ich dieselbe an. Allein gleich mein Antritt belehrte mich, mit welchen Schwierigkeiten ich hier zu kämpfen haben würde. Ich fand eine ziemlich verwilderte Jugend vor, ohne die geringste religiöse Bildung, denn ihr ganzer sogenannter Religionsunterricht hatte bisher darin bestanden, daß sie das Hebräische lesen, und einige Capittel der 5 Bücher Moses mechanisch übersetzen lernten. Ich führte nun einen regelmäßigen Religionsunterricht ein, indem ich katechetische Handbücher der christlichen Religion dabei benutzte, z.B. Dinter u.a. denn ein bestimmter Catechismus der jüdischen Religion ist gar nicht vorhanden, und jeder Lehrer bildet sich sein eigenes Religionssystem, welches er lehrt. Auf solche Weise kann natürlich nie eine vernünftige religiöse Bildung zu Stande kommen, da zwei nacheinander folgende Lehrer oft ganz Heterogenes lehren. Gleich anfangs suchte ich es dahin zu bringen, daß statt in der hebräischen Sprache zu beten, die niemand versteht, man doch deutsch beten möchte, und hielt am Neujahrsfeste deshalb über diesen Gegenstand eine eigene Predigt im Tempel, die aber so übel aufgenommen wurde, und mir so viele Unannehmlichkeiten zuzog, daß ich mich genöthigt sah, unter Einsendung der Predigt selbst, der Landdrostei davon Anzeige zu machen, und auf Bestrafung der Ruhestörer anzutragen. Ich gelangte nun selbst bald zu der Einsicht, daß auf diesem Wege nichts auszurichten sei, um die mit der Muttermilch eingesogenen Vorurtheile und Mißbräuche auszurotten, und war von nun an darauf bedacht, wenigstens der Schuljugend bessere Ideen mitzutheilen; allein auch hier gerieth ich beständig mit den Ältern in Collision, die mir vorwarfen, daß ihre Kinder so ganz anti-jüdische Ideen aus der Schule mit nach Hause brächten. Ich selbst als jüdischer Lehrer gleichsam ein inte-

grierender Theil des Cultus war genöthigt jeden Sonnabend mindestens den Tempel zu besuchen; und hier dem Gottesdienste beizuwohnen. Dieser nun besteht in weiter Nichts, als daß einige hebräische Psalmen und derartige hebräische Lobsprüche hergeplappert, meistens mit Geschrei und unanständigen Gebärden begleitet, und dazu einige Abschnitte aus dem Pentateuch vorgelesen werden. Dieses wird nun von den sogenannten frommen Juden tagtäglich wiederholt, und wer nun diese Zusammenkünfte, denn Gottesdienst dieses Geplapper zu nennen, wäre eine Entweihung, am fleißigsten besucht, am meisten plappert und wohl gar am lautesten schreit, der ist ihnen der Frömmste. Von Andacht kann natürlich hier nicht die Rede sein, denn die herrschtauch gewiß nirgend weniger als in einem jüdischen Tempel, wie sich jeder leicht davon überzeugen kann, dazu eine Anzahl drückender Ceremonien, ein wahre Bürde des Lebens. Vielleicht von den Talmudischen deshalb so ins Unendliche vermehrt, um den Umgang mit Andersgläubigen zu erschweren. Nimmt man hierzu noch verschiedene sehr strenge Fasttage, so hat man das ganze jüdische Religionssystem. Das weibliche Personal ist noch übler daran, denn kein Frauenzimmer ist vor ihrer Verheirathung verpflichtet, dem Tempel zu besuchen, und so geschieht es denn auch nicht. So wächst das Mädchen heran, ohne Konntnis von Gott und Religion überhaupt, ja streng genommen, ohne einmal darthun zu können, daß sie irgendeiner bestimmten Religionsparthei angehöre.

Welcher denkende Mensch nun, frage ich, der wahrhaft Religion hat, wird sich hier befriedigt fühlen können? Daher auch eigentlich wahrhafte Irreligiosität nirgends häufiger, als unter den Juden. Denn der auch nur einigermaßen gebildete Jude fühlt leicht, das drückende dieser Ceremonien, und eben so wenig ist er im Stande im Tempel sich zu erbauen. Er vernachlässigt also beides, ohne aber einen Ersatz dafür zu haben, gehört also eigentlich keiner Religion an, oder er übt beides zum Schein, wo es ihm nöthig erscheint, und überredet sich wohl gar selbstzu glauben, was er nicht fühlt, und ist so ein betrogener Betrüger; wie wol viele der neueren Rabbinen.

Da ich nun – daß sei mir Gott Zeuge – Religion habe und ohne dieselbe nicht zu leben vermöchte, so wurde mir die-

ser herzlose jüdische Cultus bald zuwider, ich fing an, so oft es, ohne Anstoß bei meinen Glaubensbrüdern zu erregen, geschehen konnte, die protestantische Kirche zu besuchen, und kehrte von da, immer wahrhaft erbaut, zurück.

Ich fing an, mich mit den Wahrheiten der christlichen Religion durch Schriften, und durch den Umgang mit gebildeten Christen, besonders Theologen, bekanntn zu machen. Vor allem fühle ich mich hier dem Rector Henseling[18] *zum wärmsten Danke verpflichtet, indem er mich im freundschaftlichen Umgange mit den höheren Wahrheiten des evangelischen Glaubens bekannt und vertraut machte, und zwar auf eine so faßliche und meinem Gemüthe zusagende Weise, daß ich mich bald unwiderstehlich zu derselben hingezogen fühlte. Ich erkannte bald, daß die jüdische Religion, selbst in ihrer ursprünglichen Reinheit, wie viel weniger in ihrer in ihrer jetzigen Verdorbenheit, keinem denkenden religiösen Gemüthe mehr genügen könne, und daß nur der erste Keim der wahren Religion in ihr enthalten sei. Erst in der evangelisch christlichen Religion fühlte ich, habe sich der Geist bethätigt, und nur in ihr würde ich die Beruhigung und den Trost finden können, die eben das Hehre [Hehere] und Herrliche der Religion ausmachen. Natürlich konnte ich dem, mir unter solchen Umständen höchst lästigen jüdischen Cultus, nur als Heuchler mich fügen. Und was kann wol drückender sein, als das Edelste des Menschen, das Gefühl für Wahrheit und Recht verleugnen zu müssen. Wollte ich nun mein ganzes Leben hindurch ein Heuchler bleiben, so gab es nur ein Mittel um mir die Ruhe und den Frieden meiner Seele zu erhalten: Ich mußte Christ werden. Ich musste, was ich bereits im Inneren erkannt hatte, auch den Muth haben, öffentlich zu bekennen; denn dem innersten Glauben nach bin ich ja bereits Christ, es fehlt bloß noch auch die öffentliche Aufnahme in die christliche Gemeinschaft, durch den Act der Taufe, um so dem Namen nach zu sein, was ich der That nach längst bin.*

Lange schon trug ich mich mit diesem Entschlusse, bevor ich ihn zur Ausführung zu bringen mich bewogen fühlte. Mich loszureißen von einer Gemeinschaft, mit der ich durch die Bande

[18] Christian Friedrich Henseling, Rektor in Peine, von 1845-1854 Pastor in Woltorf.

des Bluts und die eben so mächtigen der Gewohnheit von Jugend auf verknüpft war, die scheinbare Verletzung der Pietät gegen meine Ältern, die, unfähig diesen Schritt zu begreifen, allerdings hart dadurch berührt werden; Alles dieses wollte doch wohl erwogen sein. Sollte ich aber äußeren Verhältnissen die Ruhe meiner Seele und das wahre Glück meines Lebens opfern? Unglücklich würde ich mich als Jude im Leben wie im Sterben fühlen müssen, und würden, dachte ich bei mir selbst, deine Ältern, wenn sie dich lieben, verlangen, ja nur wünschen können, daß du dein ganzes Leben hindurch mit dir selbst zerfallen, als ein elender Heuchler da stehen solltest; besser der Tod, dachte ich, denn solch ein Leben! So nun gelangte ich zu dem unerschütterlichen und festen Entschlusse, den ich jetzt auszuführen beabsichtige, mich öffentlich und feierlich zur evangelisch christlichen Religion zu bekennen, und zwar frei von allen irdischen Rücksichten. Denn wahrlich es freut mich, daß, wenn meine jetzigen Glaubensbrüder mich dereinst anfeinden sollten, sie doch nicht von mir sagen können: Er hat es aus Eigennutz oder sonst aus rein irdischen Interessen gethan. Denn es ist ja ganz klar, daß mein irdisches Interesse eben von mir fordert, Jude zu bleiben. Um so mehr, da ich gerade in dieser Zeit eine starke Versuchung von mit zu weisen hatte. Es wäre mir nämlich ein Leichtes gewesen, die Lehrerstelle an der jüdischen Gemeinde, mit 400 Rthlr fixum und nur geringer Arbeit, in Hannover zu erhalten, da sie eben jetzt erledigt worden ist[19]*. Allein nicht um das Doppelte und Dreifache könnte ich als Jude verbleiben. Zwar weiß ich wohl, daß ich schwierige Verhältnissen entgegen gehe, und daß es noch viele Mühe und Anstrengung kosten wird, bevor ich meinen jetzigen Lebensplan, Theologie zu studieren, durchzusetzen im Stande sein werde, und daß dann auch noch eine geraume Zeit vergehen werde, bevor ich auf eine Anstellung rechnen kann. Allein mit mir selbst im Reinen, gehe ich dem muthig entgegen, möge Gott mir beistehen auf meinem schönen aber schwierigen Wege! und möge er die Herzen derer lenken, in deren Händen die Vorsehung mein jetziges und künftiges Geschick gelegt hat.*

Julius Lilie"

[19] = frei geworden ist.

Jens Binner

Die Peiner Synagogen

Synagogen gehören zu den zentralen Einrichtungen einer jüdischen Gemeinde und bilden den Mittelpunkt des religiösen Lebens. Ihre Errichtung symbolisiert die Konsolidierung und Verstetigung der Gemeinde. Gleichzeitig lassen sich anhand von Lage, Größe, Baustil und innerer Gestaltung das Selbstverständnis der Gemeinde, ihre Stellung zur Umgebungsgesellschaft sowie interne Entwicklungen des Judentums ablesen. Synagogen besitzen in dieser Beziehung erheblich größere Aussagekraft als etwa jüdische Friedhöfe, bei denen sich anhand der Gestaltung der Grabsteine zwar auch Entwicklungen ablesen lassen, die von der grundsätzlichen Anlage her jedoch durch große Kontinuität gekennzeichnet sind. Entscheidende Punkte in der Geschichte jüdischer Gemeinden sind immer Jahre, in denen die Synagoge erbaut bzw. neu erbaut wird. Vor allem für die Neuzeit gilt, dass Neubauprojekte aufgrund der großen finanziellen Mittel, die sie erforderten, auch immer Momente der Selbstvergewisserung der jüdischen Bevölkerung sind. Der Neubau sollte die gegenwärtige Stellung der Gemeindemitglieder ausdrücken und zugleich auf möglichst große Dauer angelegt sein. Zeitgenössische Tendenzen sollten ebenso erkennbar sein wie die Einbindung in die Tradition des Judentums.

Die Synagoge auf dem Grundstück Damm 12

Die erste Erwähnung einer Synagoge in Peine datiert auf das Jahr 1714[1]. Es handelte sich um einen Neubau im Fachwerkstil im Garten des Hauses Damm 12, der den Betraum in der Schlossstraße ersetzt hat[2]. Bis 1907 lag hier der Mittelpunkt des Gemeindelebens, weil sich das Haus Damm 12 im Besitz der Gemeinde befand und auch der Abhaltung

[1] Artur Zechel: Geschichte der Stadt Peine, Bd. 2, S. 296.

[2] Sibylle Obenaus: Peine, in: Herbert Obenaus (Hg.): Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen und Bremen, 2 Bde., Göttingen 2005, Band 2, S. 1268-1288, hier S. 1271.



Die alte Synagoge im Garten des Hauses Damm 12 (Stadtarchiv Peine)

des Religionsunterrichts diente. Außerdem verfügte es über eine Mikwe zur Durchführung der rituellen Waschungen. Von der Synagoge ist ein Foto des Innenraumes überliefert, auf dem die einfache Art der traditionellen Ausstattung zu erkennen ist. Die versteckte Lage der Synagoge, die von der Straße Damm aus nicht zu sehen war, steht symbolisch für die Situation der jüdischen Bevölkerung bis in das 19. Jahrhundert hinein. Die Ansiedlung durfte nur außerhalb der schützenden Stadtbefestigung erfolgen, Berufswahl und Erwerb von Grundbesitz waren beschränkt. Der Status war der von geduldeten „Schutzjuden", die sich ihr Aufenthaltsrecht erkaufen mussten. Anfeindungen und Verdächtigungen waren an der Tagesordnung und da empfahl es sich, die Religionsausübung nicht allzu öffentlich zu praktizieren, um antijüdische Aufwallungen zu begrenzen.

Wir verfügen kaum über Quellen aus dieser Frühzeit der jüdischen Gemeinde. Die Eigenüberlieferung der Gemeinde ist in der Zeit des Nationalsozialismus vernichtet worden und die Behörden hatten bis zum 19. Jahrhundert keinen Anlass

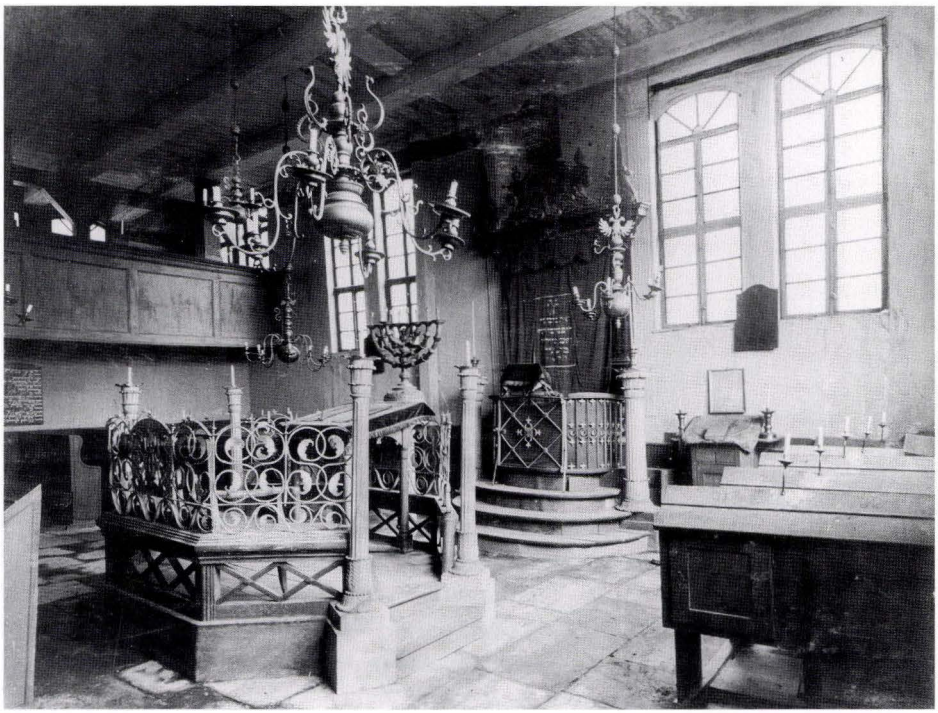
sich um die internen Verhältnisse der Gemeinde zu kümmern, so dass auch hier kaum Quellen entstanden sind. Das Verhältnis von Stadt und jüdischer Gemeinde kommt in dem Generalschutzbrief zum Tragen, der 1764 neu ausgestellt worden ist. Dort heißt es: „Weiteres erlauben und versprechen Wir gnädigst obgenannten vergleiteten Juden, dass sie ihre Schule, oder Synagoge, jedoch ohne Nachtheil Lästerung Beschwerung oder Verkleinerung der Christen und des christlichen Glaubens ohngehindert, und ruhig gebrauchen und frequentieren; ihre Vorsteher Rabiner, Vorsänger, und andere Schulbedienten ihrer hergebrachten Gewohnheit nach so es die Nothdurft erfordert, erwählen, annehmen, auch wieder cassiren und absetzen mögen; Es soll auch die sämtliche vergleitete, und in unseren Schutz genommene Judenschaft Kraft dieses gnädigst, und ernstlich berechtiget sein, ihren erwählten Vorstehern, und Rabinern, was sie nach ihrem Gesetz, und Ordnung, oder sonst rechtmäßigen gebieten, erkennen, entscheiden [?] und verordnen."[3]

Damit war klargestellt, dass die Juden ihre inneren Angelegenheiten ohne Einmischung der Behörden regeln durften. Erkauft wurde die Selbstverwaltung jedoch durch einen weitgehenden Ausschluss aus der Bürgerschaft und damit der Mitsprache in Angelegenheiten des Gemeinwesens.

Im 19. Jahrhundert hatte sich das Verhältnis im Zeichen der heraufziehenden Emanzipation gewandelt. Noch vor dem Emanzipationsgesetz für das Königreich Hannover von 1842 entwickelte sich eine Diskussion über die „Verfassung" der jüdischen Gemeinde, die sich zunächst an der Führung des Synagogenbuches entzündete, in dem Geburten und Sterbefälle eingetragen wurden. Im März 1835 hatte der zuständige Hausvoigt Beimes einen Bericht für das Königliche Amt Peine verfasst, in dem er die mangelhafte Selbstverwaltung der jüdischen Gemeinde umfassend thematisierte[4]: „Wenn nun dieses Buch, bald von den Vorstehern, bald von dem Vorsänger und jetzt von dem jüdischen Schullehrer geführt

[3] StaPe F 340 Nr. 6.

[4] StaPe RF 24 Nr. 26, Bl. 28f. Ich danke Alexander Rose für die Auswertung der Akte.



Innenraum der alten Synagoge (Stadtarchiv Peine)

worden, so ist dadurch nicht allein eine Unordnung entstanden, sondern es sit nach Willkür verschiedene Veränderungen vorgenommen, und benutzt ein jeder derselben das Buch nach seinem Gefallen. Nach den Gebräuchen der Juden erhält jeder Knabe, bey der Beschneidung, seinen Namen und bey den Mädchen wird derselbe 4 Wochen nach der Geburt im Tempel ausgerufen. Diese Vornamen, sind in dem gedachten Buche, bey vielen Personen radirt und dafür beliebige Namen eingetragen." Beimes forderte zur Abhilfe, dass entweder der Bürgermeister vom Damm oder eine bestimmte Person der Gemeinde die Eintragungen vornehmen müsste. Die „vernachläßigte Führung" des Synagogenbuches war für ihn aber nur der Anlass zu einer generellen Kritik der inneren Zustände der jüdischen Gemeinde: „Uebrigens bemerke ich zugleich, daß in der Wahl der Vorsteher und Rechnungsführer eine große Unordnung statt findet und keiner dem andern untergeordnet seyn will. Der Vorsteher wird bisweilen auf ein jahr gewählt, fingirt

auch wohl mehrere Jahre; dann werden auch mahl zwey angenommen, und so trit ein Wechsel ein, ohne zu wissen auf welche Weise. Rechnungsführer sind wiederum Personen zu jeder Branche, es legt keiner gehörig Rechnung und schon oft vorgekommene Beschwerden werden unterdrückt und nicht abgeholfen." Kurzum, es fehlte an klaren Regeln und Transparenz, die nach Ansicht von Beimes am besten unter obrigkeitlicher Kontrolle durchzusetzen waren.

Die Diskussion währte ein Jahr, bevor schließlich Anfang 1836 Hausvoigt Beimes versuchte, eine Entscheidung herbeizuführen. Er hatte sich die Statuten der jüdischen Gemeinde zu Braunschweig aus dem Jahr 1832 verschafft, auf die Peiner Verhältnisse umgeschrieben und der Gemeinde vorgelegt[5]. Hier waren alle Verantwortlichkeiten und Verfahren zur inneren Verwaltung der Gemeinde genau festgelegt und Beimes konnte darauf verweisen, dass die bedeutende jüdische Gemeinde in Braunschweig bereits seit vier Jahren danach arbeitete. Die Gemeinde legte vor allem gegen die Oberaufsicht des Königlichen Amtes Einspruch ein, die bei allen zentralen Entscheidungen vorgesehen war. Beimes entgegnete, dass „die Obrigkeitliche Aufsicht um so mehr nothwendig ist, weil 1.) die Gemeinde eine jährlige Einnahme und Ausgabe von pps. 300 Thlr. Hat; 2.) liegen die Inventarienstükke verstreut umher, ohne solche verzeichnet zu haben; 3.) wird das Armen-Wesen ohne Rechnung verwaltet; 4.) ist, wie schon berichtet, das bei der Preußischen Regierung eingeführte Synagogen-Buch verfälscht und untauglich gemacht. Diese und andere Unordnungen machen eine bessere Einrichtung und Aufisicht nothwendig, wovon der größte Theil der Gemeinde-Glieder auch beseelt ist." Beimes fuhr also schwere Geschütze auf, um sein Interesse an stärkerer Kontrolle der Gemeinde durchzusetzen, das auch von Eigennutz geprägt war, denn für jede Amtshandlung würden in Zukunft Gebühren fällig werden.

Dadurch erklärt sich auch seine überaus wohlwollende Beurteilung der Juden, die er kurze Zeit später in einem

[5] Ebd., Bl. 24-27. Die abgeänderten Braunschweiger Statuten finden sich ebd., Bl. 16-22.

Schreiben an die Landdrostei äußerte, weil seine Vorschläge offenbar abgelehnt worden waren[6]. Die Gemeinde hatte sich vor allem gegen §11 der Statuten gewandt, in dem festgelegt werden sollte, dass die Jahresrechnung dem Königlichen Amt zur Genehmigung vorgelegt werden müsste. Beimes argumentierte dagegen, dass die jüdische Gemeinde eine höhere Stellung beanspruchen könne, als eine „vom Staate sanctionirte Corporation, als eine Privatgesellschaft" und darum auch schon im Eigeninteresse von der Obrigkeit zu beaufsichtigen wäre. Zu dieser Argumentation passte die Hervorhebung des Wohlstandes und der Bedeutung für das Wirtschaftsleben der Stadt.

Die Bemühungen von Beimes blieben jedoch vorerst wirkungslos, weil die Königliche Landdrostei Hildesheim die „Erlassung von Statuten für die Judenschaft in Peine incl. des Dammes" ablehnte[7]. In der Begründung hieß es, dass „das Königliche Ministerium bei einer früher ähnlichen Gelegenheit uns zu erkennen gegeben hat, daß die vollkommene Constituierung von Judengemeinden, welche leicht das Ansehen politischer Gemeinden erhalten können, der gegenwärtigen Legislation über die Verhältnisse der Israeliten zum Staate nicht entspreche und anderentheils es dem Vernehmen nach die Absicht ist, die eben genannte Legislation einer Revision zu unterziehen, woraus eine Modification der bürgerlichen Verhältnisse der Juden sich ergeben könnte, die mit der jetzt beabsichtigten Einrichtung vielleicht nicht übereinträfe." Beimes war einfach zu früh dran, denn in Hannover wurde bereits das umfassende Emanzipationsgesetz vorbereitet, das 1842 in Kraft treten sollte.

In die dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts fallen auch die ersten Hinweise auf eine Umorientierung der Gemeinde von der Orthodoxie zur reformorientierten Richtung des Judentums. Hier machte sich der Einfluss des Landrabbiners Levi Bodenheimer aus Hildesheim geltend, der die Einführung des Choralgesangs durchsetzte, und zwar nicht nur in hebräischer sondern auch in deutscher Sprache[8].

---

6 Vgl. die Zitate in der Einleitung.

7 Ebd., Bl. 37f.

1905 begann das Ende der alten Synagoge. Sie entsprach nicht mehr der Bedeutung der jüdischen Gemeinde für das wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Leben der Stadt. Der Damm war längst nicht mehr das „Judenviertel", weil die Mehrzahl der Juden über die Stadt verteilt wohnte. Es gab nach der rechtlichen Emanzipation, auf die bis zum Ende des 19. Jahrhunderts die weitgehende gesellschaftliche Anerkennung gefolgt war, auch keinen Grund mehr, sich bei hohen Feiertagen im Hinterhof eines Hauses zu verstecken. Es war vielmehr konsequent, dass nach dem Neubau der katholischen und der evangelischen Kirche auch eine neue, repräsentative Synagoge folgen musste. Nachdem der Entschluss zum Neubau gefasst worden war, wurde das Haus Damm 12 einschließlich der Synagoge verkauft. Der neue Besitzer ließ das Gotteshaus abreißen und errichtete unter Verwendung einiger Balken der Synagoge dort einen Schuppen[9].

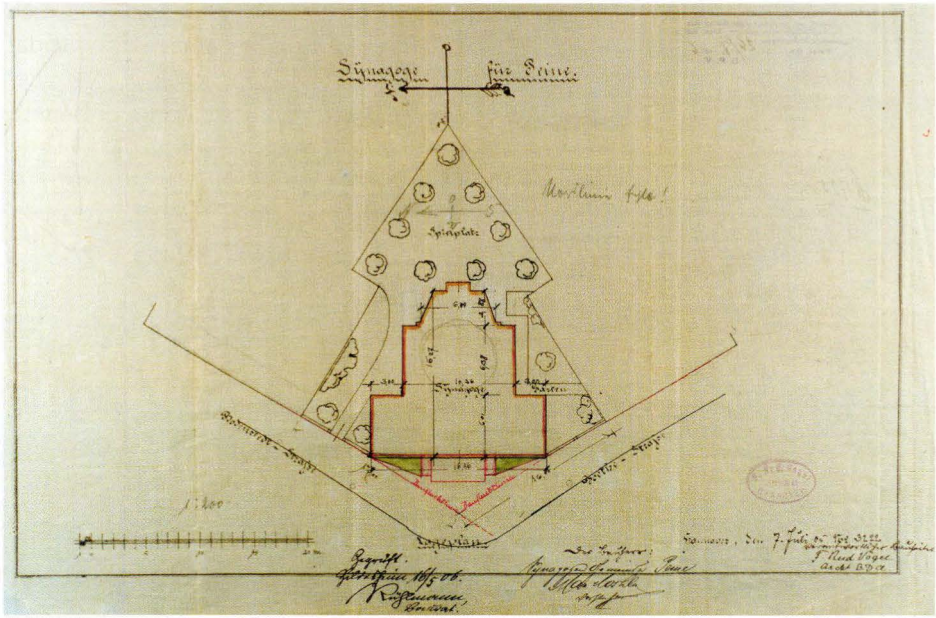
Die neue Synagoge

Im Jahr 1905 fasste die jüdische Gemeinde den Beschluss, eine neue Synagoge zu errichten. Man gründete dafür einen „Synagogenbauausschuss", dem der Bankier Arthur Wertheimer vorstand. Bis zur Einweihung zwei Jahre später waren von der Gemeinde 43.500 Mark für den Kauf des Grundstückes und den Bau des Gebäudes aufgebracht worden. Bereits die Wahl des Bauplatzes war symbolisch. Nicht in einer abgelegenen Ecke der Stadt, sondern im damals neu erschlossenen Hagenviertel, das mit repräsentativen Wohnhäusern und der heutigen Bodenstedtschule eine gefragte und moderne Wohngegend in unmittelbarer Nähe zum Stadtkern bildete. Drei Grundstücke waren in die engere Wahl gekommen: ei-

---

[8] Vgl.: Jörg Schneider: Die jüdische Gemeinde in Hildesheim 1871-1942 (Schriftenreihe des Stadtarchivs und der Stadtbibliothek Hildesheim, Bd. 31), Hildesheim 2003, S. 27-36; die Erwähnung, dass der Choralgesang auch in Peine eingeführt wurde auf S. 30, Anm. 176.

[9] Ein von der Stadt Peine in Auftrag gegebenes bauhistorisches Gutachten hat eindeutig ergeben, dass der Schuppen im Garten des Hauses Damm 12 ein Neubau ist. Aus ihm lassen sich also keinerlei Rückschlüsse über Größe oder Raumaufteilung der alten Synagoge ziehen; das Gutachten ist einzusehen im StaPe.

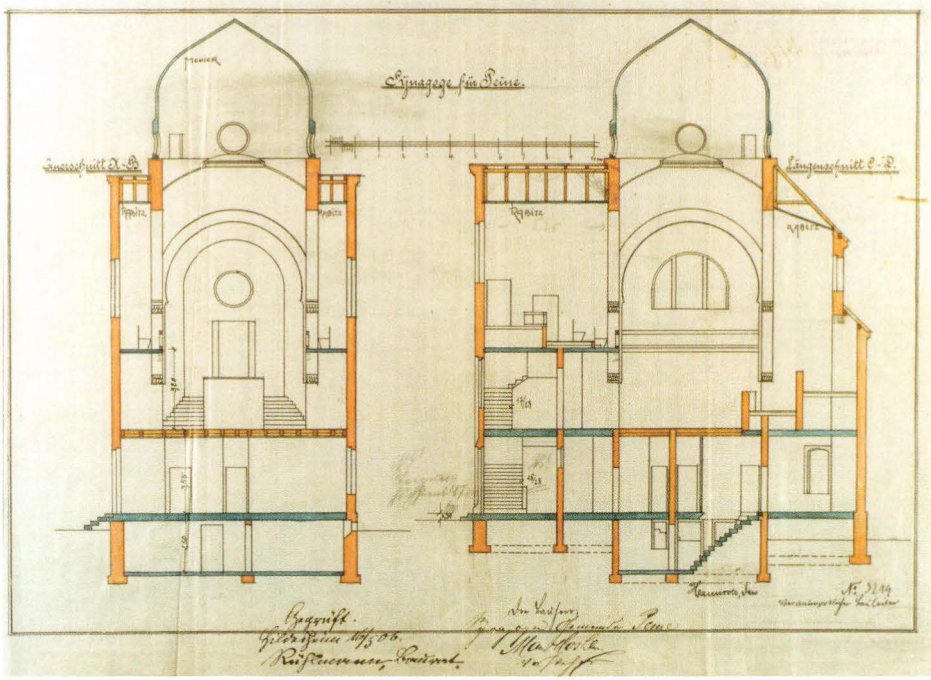


Lageplan des Grundstückes der neuen Synagoge an der Ecke Bodenstedtstr./Goethestr. (Stadtarchiv Peine)

nes direkt am Hagenmarkt, eines am Ende der Goethestraße und das schließlich gewählte an der Ecke Bodenstedtstraße/ Goethestraße. Ausschlaggebend für diese Wahl war eine Kombination aus günstigem Preis und angemessener Lage, weil die Fassade der Synagoge hier von der Breiten Straße aus durch die Hagenstraße gut zu sehen war.

Der Neubau stand für gesellschaftliche Anerkennung und Modernität. Die Größe und die auffällige Lage symbolisierten die Gleichstellung mit den christlichen Kirchen. Gleichzeitig standen die äußere Gestaltung wie der innere Aufbau der Synagoge für Reformfreudigkeit und Orientierung am zeitgemäßen Geschmack. Um diese Ziele umzusetzen, hatte man den bekannten Architekten F. Rudolf Vogel[10] aus Hannover engagiert, der vor allem mit dem ausgiebigen Gebrauch von Jugendstilelementen Modernität wie Zukunftsglaube ausdrückte. Vogel entwarf ein repräsentatives, aber nicht überladenes Gebäude, das eine ungewöhnliche

[10] Vgl. knapp: Helmut Knocke: Vogel, F. Rudolf, in: Dirk Boettcher u.a.: Hannoversches Biographisches Lexikon. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Hannover 2002, S. 371.



Querschnittszeichnung der neuen Synagoge (Stadtarchiv Peine)

architektonische Bereicherung des Stadtbildes darstellte. Die dreistöckige Synagoge mit Teilunterkellerung wurde optisch von der hoch aufragenden Mittelkuppel dominiert. Ungewöhnlich war die Geschossaufteilung. Während sich im Erdgeschoss nur die geräumige Wohnung für den Lehrer, zu diesem Zeitpunkt Josef Italiener, befand, lagen der Altarraum und das Schulzimmer im ersten Stock[11]. Darüber lag das Emporengeschoss, das auch Raum für das Harmonium bot. Leider existieren keine Innenaufnahmen der Synagoge, so dass wir uns mit einem Satz aus der Baubeschreibung des Architekten begnügen müssen: „Das Innere wird einfach, aber würdig ausgestattet."[12] Darüber hinaus ist nur bekannt, dass das Innere der Mittelkuppel als „Sternenhimmel" ausgestaltet war und die Innenwände teilweise „durch Inschriften in hebräischen Lettern verziert" waren[13].

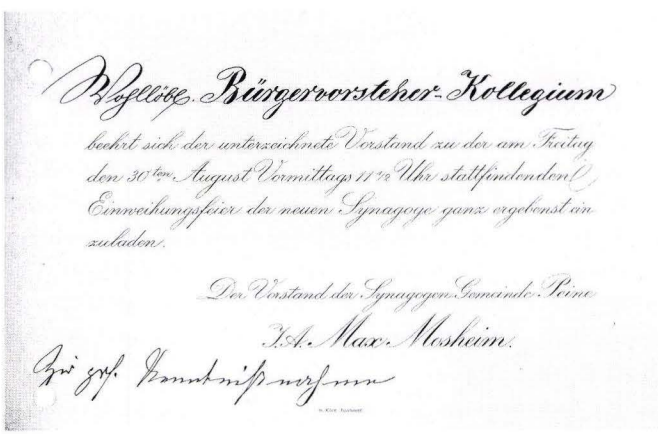
[11] Vgl. StaPe Bauakte Bodenstedtstr. 18 (Az. 63.20).

[12] Ebd.

[13] Peiner Tagespost (PTP), 1. September 1907.

Von außen erinnerte die Synagoge in vielen Elemente an eine Jugendstilvilla. Die Fassade war durch farbige Ziegelmuster gegliedert, und rechts und links vom Eingang befanden sich zwei überdimensionierte geschwungene Handläufe. Die Fenster auf der linken Seite deuteten mit ihrer Abstufung das dahinter liegende Treppenhaus an. Über dem Portal waren die Gesetzestafeln Moses' angebracht, auf denen in „goldenen hebräischen Lettern" die zehn Gebote prangten[14]. In der PTP hieß es zusammenfassend: „Ein wahrhaft selbstbewußter Bau ist erstanden, frei von überflüssiger Ornamentik, einzig wirkend durch die Proportionalität und Stilreinheit seiner Formen. [...] Der Baustil paßt sich der modernen Auffassung an, hat jedoch die morgenländischen Formen beibehalten. Die Aufgabe, die im Prinzip alte Bauart der modernen Richtung anzupassen, hat in der neuen Synagoge eine vorzüglich gelungene praktische Lösung gefunden."[15] Ein zeitloses Urteil, denn auch heute noch gilt die Peiner Synagoge als „eine der kunstvollsten Synagogen, die in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg gebaut wurden"[16].

Die Feier zur Einweihung der Synagoge am 30. August 1907 geriet zur eindrucksvollen Demonstration der inzwischen


Wohllöbl. Bürgervorsteher-Kollegium
beehrt sich der unterzeichnete Vorstand zu der am Freitag
den 30ten August Vormittags 11½ Uhr stattfindenden
Einweihungsfeier der neuen Synagoge ganz ergebenst ein
zuladen.
Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde Peine
I.A. Max Mosheim

Einladung zur Einweihung der neuen Synagoge am 31. August 1907 (Stadtarchiv Peine)

[14] Ebd.

[15] Ebd.

[16] Hans-Peter Schwarz (Hg.): Die Architektur der Synagoge, Frankfurt a.M. 1989, S. 259.

erreichten Normalität in den Beziehungen zwischen Juden und Christen[17]. Versammelt hatten sich neben der „gesamten jüdischen Gemeinde", die „auch zahlreichen Besuch von auswärtigen Glaubensgenossen erhalten" hatte, Vertreter aller maßgeblichen öffentlichen Institutionen. Dazu zählten der Stellvertreter des „königlichen Landrats", die drei städtischen Senatoren, „die Mehrzahl der Bürgervorsteher", die Rektoren der Volksschulen und „Oberlehrer Finger von der höheren Mädchenschule". Außerdem war die „evangelische und katholische Geistlichkeit [.] vollzählig erschienen." Zum Auftakt überreichte „Fräulein Martha Herzfeld" den Schlüssel der Synagoge auf einem „weißen Kissen" und „mit den Worten eines Schlüssel-Gedichts", dessen acht Zeilen in der PZ vollständig abgedruckt waren, an Baumeister Kruse, der den erkrankten Architekten vertrat. Kruse reichte das Kissen an den Vorsteher der jüdischen Gemeinde, Max Mosheim, weiter und versicherte, „den Bau nach bestem Wissen und Gewissen vollendet zu haben".

Mosheim hielt eine kurze Ansprache mit Begrüßungs- und Dankesworten. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass „das Gotteshaus seine Bestimmung, der Pflege der Religion, der Nächstenliebe und der Treue zu Kaiser und Reich zu dienen, fortan erfüllen möge". In der Anwesenheit der Honoratioren sah er „einen neuen Beweis des harmonischen Zusammenlebens der gesamten Bürgerschaft ohne Unterschied der Konfession". Schließlich übergab er den Schlüssel an Senator Voges als höchsten Vertreter der Stadtverwaltung, der die Synagoge „eine Zierde für unsere liebe Vaterstadt" nannte. Dann erhielt Landrabbiner Dr. Lewinsky aus Hildesheim den Schlüssel und öffnete das Gebäude. Die Eintretenden wurden von den Klängen des Harmoniums empfangen, das von dem evangelischen Lehrer Friedrich Quast gespielt wurde.

Die Zeremonie im Altarraum leitete der Kultusbeamte, Lehrer und Kantor der Gemeinde, Josef Italiener, ein. Danach ent-

[17] Schilderung der Feierlichkeiten nach PTP v. 1. und 3. Sep. 1907 und Peiner Zeitung (PZ) v. 31. August u. 3. Sep. 1907. Die Einladung der Synagogengemeinde an das Bürgervorsteherkollegium findet sich in: StaPe Rep 06/233.

zündete Landrabbiner Dr. Rülfs aus Braunschweig das Ewige Licht. Das anschließende Ausheben der Thorarollen „aus der von der alten Synagoge übernommenen, reichgeschmückten, über dem Altar in die Wand eingelassenen Bundeslade" wie auch der „Umzug mit den heiligen Rollen, die von 5 Geistlichen getragen wurden, war begleitet von dem Gesange des Oberkantors Linhard – Hannover, sowie vom Chorgesang". Die Leitung des Chores hatte der evangelische Musiklehrer Gustav Wundenberg. „Es folgte ein Solo-Gesang von Frau Wertheimer mit der Melodie des Largo von Händel. Die einschmeichelnde Melodie, welche von der stimmbegnadeten Sängerin vorzüglich interpretiert wurde, festigte die weihevolle Stimmung der Andächtigen und bereitete auf die weitere Abwicklung des Festprogramms vor." Die „Weihe- und Festpredigt" hielt Landrabbiner Dr. Lewinsky. Ausgehend von den Worten des Propheten Jesaia „Mein Haus soll ein Bethaus genannt werden für alle Völker" ermahnte er die Gemeinde, die enge „Verbindung zwischen Gottesdienst und praktischem Leben stets im Auge zu behalten und Letzteres durch das Erstere zu weihen, zu veredeln und zu befruchten". Er erinnerte daran, dass das „jüdische Volk ein kleines Volk sei, daß es aber doch überall da zu finden sei, wo es gelte, Werke der Nächstenliebe, Kultur und Veredelung der Menschheit zu erstreben und daß die Israeliten bei ihren Festen stets für alle Kinder dieser Erde, als die Kinder eines Schöpfers, beten". Lewinsky weihte die „heilige Lade, die Stätte, von der das Wort Gottes erschallen soll, den Pult, auf dem die heiligen Rollen des Wortes Gottes ausgebreitet werden, alle Plätze, die geschaffen sind, gläubige Beter aufzunehmen" und sprach „den Segen über die Gemeinde".

Zum Schluss betrat der 63jährige Landrabbiner Dr. Selig Gronemann aus Hannover die Kanzel, „um mit erhebenden Gebetsworten für den Kaiser und sein Haus, für das Vaterland, seine Minister und Räte, die Regierungen und Behörden den Segen Gottes zu erflehen". In der PZ hieß es: „Es war ein bewegender Moment, als dieser ehrwürdige Vertreter des jüdischen Glaubens auch für die vor ihm stehenden Geistlichen der evangelischen und katholischen Kirche um den Segen Gottes betete und um die Erhaltung steten Friedens und

die Eintracht zwischen den Angehörigen der verschiedenen Glaubensbekenntnisse in hiesiger Stadt, die doch alle Kinder eines Vaters seien." Die Einweihung endete mit dem Chorlied „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre".

Es folgte eine weltliche Feier am Samstagabend im Saal der Schützengilde, die um 17.00 Uhr begann und „bis zum hellen Morgen dauerte". Im Mittelpunkt stand dabei ein Theaterstück des Schriftstellers Gustav Karpeles[18] mit dem Titel „Israels Sendung", das im Anschluss an einen von „Fräulein Hedwig Seckel" vorgetragenen „Festprolog" begann. „Hauptdarsteller" waren Klio als Muse der Geschichte (Frau Wertheimer), die Gegenwart (Frau Seckel) und die Zukunft (Frau Dr. Freudenthal). Nachdem sich Klio „halb wehmütig klagend, bald hoffnungsfroh über Schicksal und Bestimmung des jüdischen Volkes" geäußert hatte, fiel ihr die „Vergangenheit" ins Wort, „um mit künstlerisch geklärtem Temperament und der wahren Kunst einer Tragödin die Geschicke des Volkes Israel



Die neue Synagoge, 1920er Jahre (Postkarte; Stadtarchiv Peine)

[18] Gustav Karpeles (1848-1909), jüdischer Schriftsteller, Literaturhistoriker und Publizist; u.a. Herausgeber der „Allgemeinen Zeitung für das Judentum", die für Emanzipation und innerjüdische Reformen eintrat.

zu schildern, vom Anfang der Geschichte an". Nachdem die „Gegenwart" die „heutige Lage des Volkes Israel" dargelegt hatte, gab die „kränzeflechtende Zukunft" der Hoffnung „auf das Wiedererstehen der Herrlichkeit des Tempels in Jerusalem und der Wiedervereinigung des Volkes" Ausdruck.

Eine weitere Darbietung gab in „lebenden Bildern", die nach Originalen des Malers Moritz Oppenheim[19] gestaltet waren, Einblick in das „religiöse und Familienleben gläubiger Juden". In sieben Szenen wurden der „Freitag Abend, der Sabbath-Anfang, der Sabbath-Ausgang, das Verhören, der Osterabend, der Baumizweihvortrag[20] und das Laubhüttenfest" dargestellt. Die Vorführungen wurden mit dem „fidelen Schwank" „Othellos Erfolg" beendet, das eine „komische Parodie auf Shakespeare's Mohr von Venedig" war und unter der Regie von Arthur Wertheimer stand. Namentlich erwähnte Mitwirkende waren Siegfried Brandt, Grete Herzfeld, Sophie Wertheimer, Emmy Schwarz und Olga Israel. Danach begann „in vorgerückter Stunde endlich der Ball, der bis zum hellen Morgen dauerte". Resümierend schrieb die PZ: „Die prächtige Feier wird allen Teilnehmern unvergessen bleiben."

Die Einweihung der neuen Synagoge kann zweifellos als Höhepunkt jüdischen Lebens in Peine betrachtet werden. Sie ist Ausweis der weitgehenden Emanzipation und gleichberechtigten Anerkennung. Der Gemeinde selber wiederum war es wichtig, ihre Staatstreue unmissverständlich auszudrücken und so wurde nicht nur ein Hoch auf Kaiser und Reich ausgebracht, sondern diese Ehrung wurde bis auf Minister und Räte ausgedehnt. Man kann in dem wiederholten Bekenntnis zum Deutschen Reich und

---

[19] Moritz Daniel Oppenheim (1800-1882); deutsch-jüdischer Porträt- und Historienmaler; setzte sich speziell mit jüdischen Themen auseinander; fertigte zahlreiche Porträts bürgerlich-emanzipierter Juden an. Die Bilder, die als Vorbild für die dargestellten Szenen dienten, werden behandelt in: Ruth Dröse u.a.: Der Zyklus „Bilder aus dem altjüdischen Familienleben" und sein Maler Moritz Daniel Oppenheim, Hanau 1996. Der vollständige Zyklus ist einzusehen unter >http://www.cocon-verlag.de/books/juden/openheim.htm< (eingesehen am 25. März 1009).

[20] Richtig: Bar-Mizwa-Vortrag.

seinen Repräsentanten sowie in der Beschwörung des konfliktfreien Zusammenlebens der Religionen aber auch das Bewusstsein für die Fragilität dieser Koexistenz erblicken. Der jüdischen Gemeinde standen die zähen Konflikte vor Erreichen der Emanzipation ebenso vor Augen wie die neue Gefahr des Rassenantisemitismus, der sich seit Ende des 19. Jahrhunderts verbreitet hatte. So sind die Bemerkungen von Landrabbiner Dr. Lewinsky über die Gleichberechtigung aller Religionen und über den „einen Vater", von dem alle Religionen ausgehen, auch als Versuch zu sehen, antisemitischen Verschwörungstheorien zu begegnen.

Die Selbstverständlichkeit des Zusammenlebens zeigte sich während der Einweihungsfeierlichkeiten auch daran, dass der Chor von dem evangelischen Musiklehrer Gustav Wundenberg geleitet wurde. Diese Art der Zusammenarbeit fand weiterhin regelmäßig statt, denn die jüdische Gemeinde drückte ihre Verbundenheit mit dem Reformjudentum zwar durch die Verwendung von Chorgesang und Harmoniumspiel während der Gottesdienste aus, verfügte aber selbst anscheinend nicht immer über geeignete Musiker. So richtete noch im August 1929 der Seminardirektor a.D. Emil Alexander ein Gesuch an die „städtische Schuldeputation" und bat „namens und im Auftrage des Vorstandes der Synagogengemeinde" darum, dem Lehrer Faber von der Wallschule „auch fernerhin die Ausübung seines Dienstes bei uns zu gestatten". Faber hatte nämlich an „Feiertagen das Harmonium" in der Synagoge gespielt und nun der Gemeinde mitgeteilt, dass „ihm nahegelegt sei, diesen Dienst fernerhin bei uns nicht zu leisten, da seine Klasse darunter leiden soll". Dagegen führte Alexander aus, dass es „aber außerordentlich schwer [ist], hier in Peine einen geeigneten Ersatz für Herrn Faber zu bekommen". Faber selbst hatte eine Stellungnahme verfasst, in der er ausführte, dass der „Organistendienst in der Synagoge [.] nur an den großen jüdischen Festtagen im Frühjahr und Herbst in Tätigkeit" tritt und daher nur ausnahmsweise in der Schulzeit zu leisten ist. Er hatte vereinbart, dass Konrektor Funke künftig „die wenigen Unterrichtsstunden" vertreten wird, in denen sein Organistendienst in die Schulzeit fällt. Dann beantragte er unter Verweis auf die hohen Ausgaben



Luftbild des Hagenviertels aus dem Jahr 1930 (Ausschnitt; in der Bildmitte die neue Synagoge; Stadtarchiv Peine)

durch seine drei Kinder, ihm weiterhin diese Nebenbeschäftigung zu gestatten. Die Stadtschuldeputation folgte denn auch seinem Antrag[21]. Unklar bleibt, warum die Ausübung des Organistendienstes in der Synagoge in Frage gestellt worden ist. Handelte es sich hier um eine Initiative der Schulleitung oder hatte es Beschwerden von Eltern gegeben?

Das Selbstbewusstsein der jüdischen Gemeinde zeigte sich in den Jahren nach der Einweihung der Synagoge, als die Stadt 1910 darauf drang, die Mittelkuppel „zur Verschönerung des Stadtbildes" mit Kupfer abzudecken. Diese Maßnahme sollte laut Kostenvoranschlag 3177 Mark kosten und die Gemeinde erklärte, sie sei dazu nur in der Lage, wenn die Stadt einen Zuschuss leistet. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, wies der Vorsitzende des Synagogenbauausschusses, der Bankier Arthur Wertheimer, darauf hin, dass 1905 nach dem Ankauf des Grundstückes von der Stadt neben dem Kaufpreis in 4500 Mark noch Kosten in Höhe von 3000 Mark entstanden waren, da aufgrund des

[21] Der gesamte Schriftwechsel in StaPe Rep 07/24.

schlechten Baugrundes umfangreiche Fundamentierungsarbeiten notwendig geworden waren. Wertheimer, der hier anscheinend dem Gefühl der jüdischen Gemeinde Ausdruck verlieh, beim Grundstückskauf übervorteilt worden zu sein forderte einen Zuschuss von 1500 Mark. Die Verhandlungen zogen sich über zwei Jahre hin und endeten letztlich ergebnislos. Der Magistrat wollte zunächst „aus prinzipiellen Gründen" überhaupt kein Geld gewähren, entschloss sich aber 1912 zu einem Zuschuss in Höhe von 500 Mark. Da er damit immer noch weit unter den Vorstellungen der Synagogengemeinde geblieben war, unterblieb die Abdeckung der Kuppel schließlich[22].

In der Folge bildete die Synagoge den Mittelpunkt jüdischen Lebens in Peine. Hohe Feiertage wurden nun öffentlich im Herzen der Stadt begangen und nicht mehr versteckt in einem Garten, den man von der Straße nicht einsehen konnte, wie jahrhundertelang in der Synagoge am Damm. Weiterhin konnte die Gemeinde hier auch ihre Verbundenheit mit dem allgemeinen bürgerlichen Leben der Stadt demonstrieren. Ein Beispiel ist der Trauergottesdienst, der in der Synagoge zeitgleich mit den christlichen Kirchen anlässlich der Besetzung des Ruhrgebietes im Januar 1923 begangen wurde[23].

Die Synagoge steht aber auch für den Beginn der endgültigen Vernichtung der jüdischen Gemeinde nach 1933. Während über Beschädigungen der Synagoge weder vor noch nach 1933 etwas bekannt ist, bedeutete die Reichspogromnacht im November 1938 mit dem Niederbrennen der Synagoge auch in Peine den Übergang von administrativem Druck zur Auswanderung zu nacktem Terror. Die von Goebbels befohlenen reichsweiten Pogrome gegen die Synagogen wurden als Rache für das Attentat des Juden Herschel Grynszpan gegen den Legationssekretär vom Rath in Paris am 7. November 1938 ausgegeben[24]. In Peine wurden die

[22] StaPe Bauakte Bodenstedtstraße 18 (Az. 63.20).

[23] PZ v. 16. Januar 1923.

[24] Auf die allgemeinen Zusammenhänge kann hier nicht näher eingegangen werden; vgl. ausführlich: Saul Friedländer: Das Dritte Reich und die Juden. Verfolgung und Vernichtung 1933-1945. Erster Band: Die Jahre der Verfolgung 1933-1939 (aus d. Engl. v. Martin Pfeiffer) (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 565), Bonn 2006, S. 288-328.



Rückseite der brennenden Synagoge am 10. November 1938 (heimlich fotografiert aus der Goethestraße; Stadtarchiv Peine)

Gewalttätigkeiten von dem 32jährigen Wolfenbütteler SS-Untersturmführer Paul Szustak geleitet, der als Angehöriger des Stabes des SS-Oberabschnitts Mitte in Braunschweig den Auftrag dazu direkt vom SS-Obergruppenführer Friedrich Jeckeln erhalten hatte[25]. Szustak stürmte gemeinsam mit anderen SS-Angehörigen aus Braunschweig und Peiner Parteimitgliedern die Wohnungen der jüdischen Familien und die Geschäfte mit jüdischen Inhabern[26]. Die Wohnungen und Geschäfte wurden verwüstet. Nach den in Peine umlaufenden Gerüchten hatte man im Hause Herzfeld Am Markt 1 ein Radio in eine Standuhr geworfen und Bertha

[25] Vgl.: Dietrich Kuessner: Die Pogromnacht im Land Braunschweig (Vortrag im November 1988).

Sostmann soll gefleht haben: „Lassen Sie doch bitte unsere Sachen heil. Wir können doch nichts dazu."[27] Man hatte in Peine allerdings keine Sachen aus den Wohnungen auf die Straßen geworfen, dafür aber auch nicht nur die „Ladeneinrichtungen, sondern auch die Wohnungseinrichtungen zerschlagen"[28].

Die jüdischen Männer wurden verhaftet und zum Amtsgericht gebracht, wo Haftbefehle gegen sie erlassen wurden.



Klassenfoto mit Hans Marburger (oben rechts vergrößerter Ausschnitt; Stadtarchiv Peine)

[26] Die genaueste Darstellung der Ereignisse dieser Nacht findet sich in einer leider ungedruckt gebliebenen Arbeit: Bernd Mau u. Christiane Schikora: Die Geschichte der Peiner Juden unter besonderer Berücksichtigung der Zeit von 1933 bis 1945, Peine 1979 (Ms.; einzusehen im StaPe). Mau/Schikora haben m.W. als bisher einzige die Akten des Nachkriegsprozesses gegen den Haupttäter Paul Szustak ausgewertet.

[27] Vgl. „Schreiben, wie es wirklich war..." Die Aufzeichnungen Karl Dürkefäldens aus der Zeit des Nationalsozialismus, bearb. u. Komm. v. Herbert u. Sibylle Obenaus, Hannover 1985, S. 91 u. 96. Hier ist von einer kranken fast 90jährigen Frau Spiegelberg die Rede, deren Mann vor einigen Jahren gestorben sei und die mit ihrer Tochter in der Hohenzollernstraße wohnte. Dabei muss es sich um Bertha Sostmann handeln, die mit ihrer geistig behinderten Tochter Grete im Schwarzen Weg 36 (damals Adolf-Hitler-Straße) wohnte. Ihr Mann Bernhard Sostmann, der ehemalige Geschäftsführer des Kaufhauses Spiegelberg war 1932 gestorben. Ich danke Alexander Rose für den Hinweis auf diese Veröffentlichung.

[28] Ebd., S. 96.

Anschließend erfolgte der Transport zur Gestapo nach Hildesheim. Nur der 17jährige Hans Marburger blieb zurück, weil der Amtsrichter ihn wegen seiner Jugend nicht in Haft nehmen wollte. So wurde Marburger mit zur Synagoge geschleppt und dort im Altarraum von Paul Szustak erschossen. Anschließend wurde die Synagoge in Brand gesteckt. Das Feuer wütete verheerend, doch wie an anderen Orten auch, wurde die Peiner Feuerwehr an einer effektiven Brandbekämfung gehindert. Im offiziellen Brandbericht ist nachzulesen, dass der Einsatz von 10.15 Uhr morgens am 10. November bis 21.30 Uhr am gleichen Tag dauerte. Die Synagoge stand also den ganzen Tag über in Flammen und zog dementsprechend viele Schaulustige an. Die Feuerwehr begründete die halbherzigen Löschversuche mit dem „stark verqualmten und durch Zufuhr frischer Luft zu großer Stärke entfachten Feuers". Man beschränkte sich daher auf den Schutz der Nachbargebäude, von denen besonders das Haus Goethestraße 11 durch Funkenflug bedroht war „als in den Nachmittagsstunden der ganze Dachstuhl der Synagoge brannte". Erst jetzt stand die Synagoge vollständig in Flammen, während bis dahin durch eine effektive Brandbekämpfung das Feuer vermutlich hätte gelöscht werden können. Dem Bericht ist im Übrigen auch zu entnehmen, dass „sämtliche Türen verschlossen waren" und erst ein herbeigerufener Schlosser die Türen öffnen konnte. Da man sich aber dann dazu entschied bzw. dazu angewiesen wurde, keinen Innenangriff vorzunehmen, konnte auch die Leiche von Hans Marburger nicht entdeckt werden. Abschließend meldet der Brandbericht: „Da ein Eindringen in das brennende Gebäude nicht möglich war, konnte auch die Brandursache nicht geklärt werden. Der Herr Landrat, der Herr Bürgermeister der Stadt Peine[29], der Kreisleiter Blume und Stadtbaumeister Tänzer, sowie auch der Kreisfeuerwehrführer Schröder erschienen zur Besichtigung an der Brandstelle und waren mit den getroffenen Maßnahmen zufrieden."[30]

[29] Zu dieser Zeit noch kommissarisch Dr. Wiard Bronleewe für den kurz zuvor tödlich verunglückten Erich Krüger.

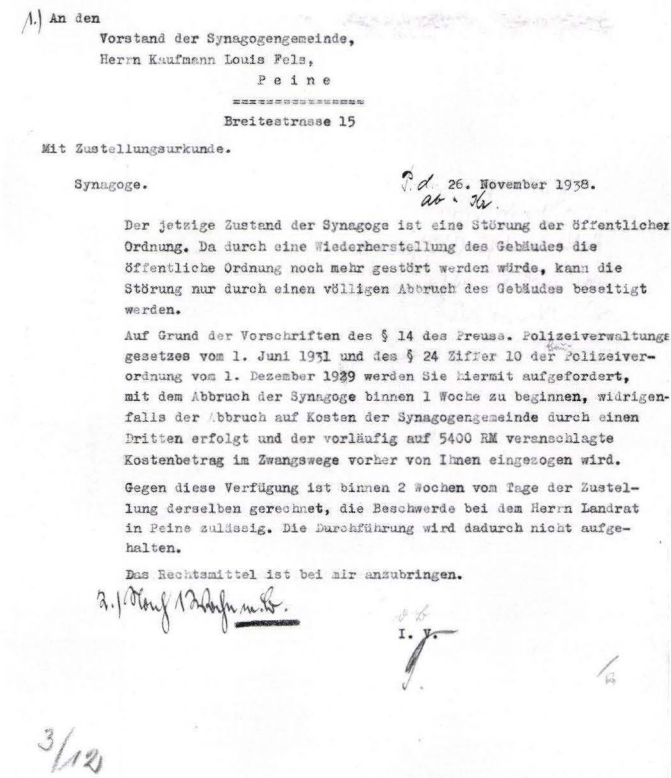
[30] Erstmaliger Abdruck des Brandberichts in: 150 Jahre Freiwillige Feuerwehr in Peine-Kernstadt. 1852-2002, Peine 2002. Dort auch die Bewertung des Berichts als „offensichtlich geschönt".



Die ausgebrannte Synagoge (vermutl. 11. November 1938; Stadtarchiv Peine)

Der Brand hatte für großes Aufsehen in der Stadt gesorgt und es war absehbar, dass sich auch in den Folgetagen große Menschenaufläufe bilden würden. Daher wurde die Leiche von Hans Marburger in der Nacht vom 10. auf den 11. November in einen Teppich gewickelt aus der ausgebrannten Synagoge geborgen und im Mittellandkanal versenkt.

In der Folge der Pogromnacht stellte sich die Frage, was mit der ausgebrannten Synagoge geschehen soll. Denn das Gebäude war nicht völlig niedergebrannt, vor allem die Mittelkuppel als tragendes Element hatte den Flammen ebenso standgehalten wie die Fassade. Für die führenden Nationalsozialisten der Stadt kam dennoch nur ein Abriss in Frage. Vorher mussten aber die Bedingungen geklärt werden, unter denen die Kosten des Abrisses der Synagogengemeinde auferlegt werden konnten. Dazu erstellte das städtische Rechtsamt ein scheinlegales Gutachten, dessen zentrale Sätze wörtlich in den Bescheid des Stadtbauamtes an den Vorsteher der Synagogengemeinde, Louis Fels, übernommen wurden: „Der jetzige Zustand der Synagoge ist eine Störung der öffentlichen



1.) An den
Vorstand der Synagogengemeinde,
Herrn Kaufmann Louis Fels,
P e i n e
Breitestrasse 15

Mit Zustellungsurkunde.

Synagoge. 26. November 1938.

Der jetzige Zustand der Synagoge ist eine Störung der öffentlicher Ordnung. Da durch eine Wiederherstellung des Gebäudes die öffentliche Ordnung noch mehr gestört werden würde, kann die Störung nur durch einen völligen Abbruch des Gebäudes beseitigt werden.

Auf Grund der Vorschriften des § 14 des Preuss. Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 und des § 24 Ziffer 10 der Polizeiverordnung vom 1. Dezember 1939 werden Sie hiermit aufgefordert, mit dem Abbruch der Synagoge binnen 1 Woche zu beginnen, widrigenfalls der Abbruch auf Kosten der Synagogengemeinde durch einen Dritten erfolgt und der vorläufig auf 5400 RM veranschlagte Kostenbetrag im Zwangswege vorher von Ihnen eingezogen wird.

Gegen diese Verfügung ist binnen 2 Wochen vom Tage der Zustellung derselben gerechnet, die Beschwerde bei dem Herrn Landrat in Peine zulässig. Die Durchführung wird dadurch nicht aufgehalten.

Das Rechtsmittel ist bei mir anzubringen.

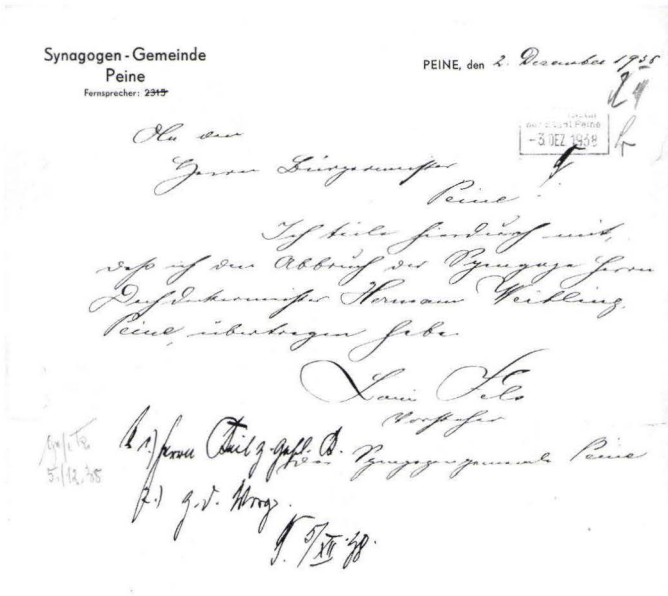
I. V.

3/12

Abrissverfügung der Stadt Peine; unterschrieben von Stadtbaumeister Tänzer (Stadtarchiv Peine)

Ordnung. Da durch eine Wiederherstellung des Gebäudes die öffentliche Ordnung noch mehr gestört werden würde, kann die Störung nur durch den völligen Abbruch des Gebäudes beseitigt werden." Außerdem wurde Fels per Polizeiverfügung vom 26. November 1938 aufgefordert, binnen einer Woche mit dem Abbruch zu beginnen. Fels konnte hier in realistischer Abschätzung der neuen Situation nur kapitulieren: „An den Herrn Bürgermeister Peine. Ich teile hierdurch mit, daß ich den Abbruch der Synagoge Herrn Dachdeckermeister Hermann Weitling, Peine, übertragen habe."[31]

[31] Der gesamte Schriftwechsel zum Abbruch in: StaPe Bauakte Bodenstedtstraße 18 (AZ 63.20).



Synagogen-Gemeinde
Peine
Fernsprecher: ~~2315~~

PEINE, den 2. Dezember 1938

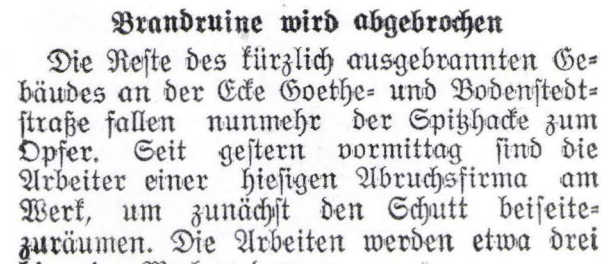
An den
Herrn Bürgermeister
Peine

Ich teile hierdurch mit, daß mir der Abbruch der Synagoge vom Dachdeckermeister Hermann Weitling, Peine, übertragen ist.

Louis Fels
Vorsteher

Mitteilung des Vorstehers der Synagogengemeinde, Louis Fels, dass er den Abriss bei Dachdeckermeister Hermann Weitling in Auftrag gegeben hat (2. Dezember 1938; (Stadtarchiv Peine)

Am Montag, den 5. Dezember stellte ein Mitarbeiter des Stadtbauamtes namens Keil jedoch fest: „Mit den Abbrucharbeiten ist noch nicht begonnen." Daraufhin wurde ohne Nachfrage noch am selben Tag von der Stadt der zwangsweise Abbruch auf Kosten der Synagogengemeinde verfügt. Der Abriss zog sich dann jedoch noch über mehrere Monate hin, weil vor allem das Niederlegen der Mittelkuppel erhebliche Probleme verursachte. Endgültig beendet waren die Arbeiten erst am 6. Juli 1939. Bis dahin bildete die Baustelle eine ständige Erinnerung an die Ereignisse der Reichspogromnacht. Die ausgebrannte Synagoge



Brandruine wird abgebrochen

Die Reste des kürzlich ausgebrannten Gebäudes an der Ecke Goethe- und Bodenstedtstraße fallen nunmehr der Spitzhacke zum Opfer. Seit gestern vormittag sind die Arbeiter einer hiesigen Abruchsfirma am Werk, um zunächst den Schutt beiseitezuräumen. Die Arbeiten werden etwa drei bis vier Wochen dauern.

Zeitungsmeldung über Abriss der Synagoge unter der Überschrift „Brandruine wird abgebrochen" (Peiner Zeitung vom 7. Dezember 1938; Stadtarchiv Peine)

bildete anscheinend noch eine ganze Weile Gesprächsstoff in Peine, denn die Stadtverwaltung sah sich gezwungen, in der PZ vom 7. Dezember 1938 eine Meldung darüber zu veröffentlichen: „Brandruine wird abgebrochen. Die Reste des kürzlich ausgebrannten Gebäudes an der Ecke Goethe- und Bodenstedtstraße fallen nunmehr der Spitzhacke zum Opfer. Seit gestern vormittag sind die Arbeiter einer hiesigen Abruchsfirma [!] am Werk, um zunächst den Schutt beiseitezuräumen [!]. Die Arbeiten werden etwa drei bis vier Wochen dauern."

Die Genugtuung der nationalsozialistischen Kreise über die Verwüstungen der Reichspogromnacht drückte der ehemalige Studienrat des Lyzeums und Geschäftsführer des Heimatvereins, Hans Michael Finge, in seinem „Bericht über die Tätigkeit des Heimatvereins und die Heimatforschung im Kreise Peine im Jahre 1938" mit den Worten aus: „Der Baupflege wurde große Aufmerksamkeit zugewandt; besonders wurden alle von den Resten jüdischer Geschäfte noch vorhandenen Schilder etc. entfernt."[32]

Dem Haupttäter, Paul Szustak, wurde nach dem Krieg der Prozess gemacht. Er sagte aus, dass er zunächst die Teppiche und herabgerissenen Gardinen in der Synagoge in Brand gesetzt habe. Dann sei Marburger mit einem Küchenmesser auf ihn losgegangen, eine Version, die bereits in der zeitgenössischen Presse als unglaubwürdig eingestuft wurde[33]. Szustak, für den die Staatsanwaltschaft die Todesstrafe beantragt hatte, wurde wegen „Verbrechens gegen die Menschlichkeit, Freiheitsberaubung, Brandstiftung und Totschlags zu lebenslänglichem Zuchthaus und der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt"[34]. Die erstaunliche Verurteilung wegen Totschlags und nicht wegen Mordes, begründete das Gericht

[32] StaPe Rep 06/964. Zu Finger als nationalsozialistischem Multifunktionär in Kulturangelegenheiten vgl.: Jens Binner: „... bis wir den Sieg errungen haben." Die Dungelbecker Kriegschronik von Schulleiter Georg Bösche 1939-1945, eingel. u. komm. v. Jens Binner (Quelleneditionen aus dem Stadtarchiv, Bd. 1), Peine 2005, S. 3f.

[33] Hannoversche Presse (HP) v. 10. März 1949.

[34] HP v. 17. März 1949. Danach auch das Folgende.

so: „Sämtlichen Angeklagten[35] wurde zugute gehalten, daß sie durch die nationalsozialistische Propaganda gegen die Juden aufgehetzt worden waren und außerdem auf höheren Befehl gehandelt hatten."

Nach 1945 entwickelte sich eine jahrelange Diskussion um die zukünftige Gestaltung des Synagogenplatzes, der sich seit 1942 im Eigentum der Peiner Heimstätte befand. Der Platz sollte zunächst als Gartenanlage inklusive Sandkasten hergerichtet werden. Erst nach Protesten der jüdischen Organisationen machte man sich Gedanken über die Gestaltung als Erinnerungsort, die schließlich in der Aufstellung einer Gedenkstele mündeten. Seitdem wird dort jedes Jahr am 9. November mit einer feierlichen Kranzniederlegung an die Ereignisse gedacht. Im August 2007 hat die Stadt vier Informationstafeln, die vom Kreisheimatbund gestaltet worden waren, in die Neugestaltung der Anlage integriert, um das Gedenken mit konkretem Wissen zu verbinden.

[35] Als Mittäter wurden Friedrich Werthmann zu sechs Monaten und Helmut Henze zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Andreas Warmbold

Publizistik im Vormärz

Samson Ascher und das „Peiner Wochenblatt"

Anlässlich des 175jährigen Jubiläums der Peiner Stadtbücherei im Jahre 2004 erschien das Archiv Sonderblatt 3/2004, das die Gründung des Bibliotheks-Vereins im Jahre 1829 beschreibt.

Die Namen der damals Beteiligten machen uns wieder einmal deutlich, welche Bedeutung jüdische Mitbürger damals für das Kultur- und Geistesleben der Städte hatten. Besonders ragt in Peine dabei der Name des Kaufmanns Samson Ascher hervor, der nicht nur den Aufruf zur Gründung der ersten Bibliothek verfasste, sondern auch neben dem Theologiestudenten H. Kupfer Mitherausgeber der ersten Peiner Zeitung, des „Peiner Wochenblattes" war, das vom 28. Mai 1835 bis zum 7. Juli 1836 erschien.

Im folgenden Beitrag soll zunächst über das geistige Milieu gesprochen werden, aus dem heraus Ascher und andere Juden ihre kulturellen Aktivitäten entfalteten.

Anschließend beleuchten wir die rechtlichen Rahmenbedingungen unter denen die Zeitung entstand, um uns schließlich dem Charakter und den Inhaltsstrukturen des Blattes zu widmen.

Das „Publikum"

Schon im 18. Jahrhundert hatte das Bürgertum ein neues Selbstbewusstsein entwickelt, mit dem es sich zunehmend an die Seite des Adels stellte, sich auf der Basis von Bildung, feinen Benimmregeln und Lebensgewohnheiten diesem ebenbürtig fühlte und auch die Nähe des Adels im gesellschaftlichen Leben suchte. So entstand der Begriff des „Publikums", der die gesamte alte und neue Oberschicht umfasste. Ernst Schubert schreibt dazu: „Bis in die dreißiger

Jahre des 19. Jahrhunderts hinein war den Zeitgenossen der Begriffsinhalt vertraut als Umschreibung des Personenkreises gebildeter Menschen. Gegenüber ständischer Hierarchie, selbst gegenüber beruflichem Ansehen war der Begriff weitgehend indifferent; er konnte den Forstadjunkt ebenso einschließen wie den Superintendenten, den angesehenen Adligen ebenso wie seinen Rentmeister. Präzise ist der Begriff allerdings in dem, was er ausschließt: den Bauern, das niedere Volk und natürlich die Schicht, vor der dieses Publikum sich mit Schaudern abwendet, den Pöbel."[1]

Wie weit konnten nun Juden Eingang finden in dieses Publikum?

Obgleich sie eine zum Teil verachtete und rechtlich diskriminierte Gruppe waren, scheint gerade die Betonung der Bildung das Entree für die Juden in diese Gesellschaftsschicht gewesen zu sein. Die Chronik des damaligen Geisteslebens verweist auf die literarischen Salons der Dorothea Mendelsohn, der Henriette Herz oder Rahel Varnhagen, geb. Lewin, und ihre Bedeutung als Treffpunkte der gehobenen Gesellschaft.[2] Wenn wir Peine betrachten, so finden wir unter den Unterzeichnern des Gründungsaufrufs für die Peiner Bibliothek gleichermaßen Juden und Christen und ihr erster Bibliothekar, Salomon Fürst, war Jude.

So befanden sich die Juden in dem Widerspruch, zugleich ein anerkannter Teil des „Publikums" zu sein und ein diskriminierter Teil der Gesellschaft ohne Wahlrecht und ohne Zugang zu öffentlichen Ämtern.

In diesem Zwiespalt stand sicherlich auch Samson Ascher.

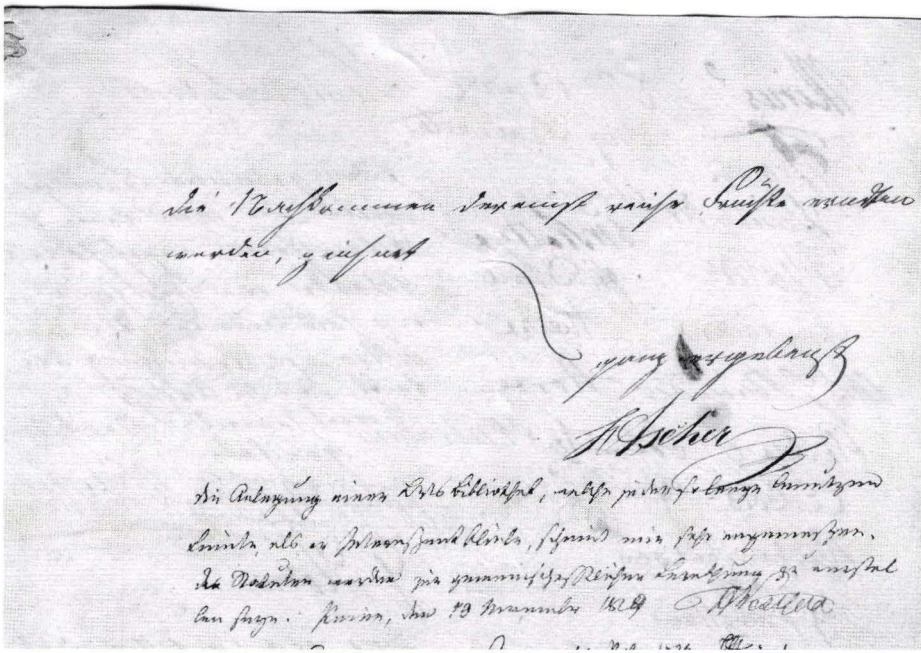
Doch wissen im Grunde nicht viel von ihm.

Schon sein Vorname ist schwer zu ermitteln. In fast allen überlieferten Dokumenten nennt er sich nur „S. Ascher"

---

[1] Schubert, Ernst: Verfassung und Verfassungskämpfe im frühen 19. Jahrhundert, in: Hucker, Bernd-Ulrich; Schubert, Ernst und Weisbrod, Ernst (Hg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 419-479, hier S. 421f.

[2] Vgl. dazu: Silbermann, Alphons: Vom Beitrag der Juden zum Kultur- und Geistesleben, in: Deutschland. Porträt einer Nation, Bd. 4, Gütersloh 1986, S. 31-36.



Aufruf aus dem Jahr 1829 zur Gründung eines Bibliotheksvereins mit Unterschrift von Samson Ascher (Stadtarchiv Peine)

und in den Akten über die Lizenzerteilung für das „Peiner Wochenblatt" ist amtlicherseits stets nur von dem „Israeliten Ascher" die Rede.[3] Die Aschers waren als Familie über mehrere Generationen in Peine ansässig, doch die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, dass von Samson, dem Sohn des Salomon Ascher die Rede ist. In einem Verzeichnis aus dem Jahre 1816 wird er als 8 jähriger Sohn des Salomon aufgeführt.[4] Er wäre demnach 1808 geboren und passt als einziger altersmäßig in die betreffende Zeit. Sein Todesdatum kennen wir nicht; dass er Kaufmann war, steht zu vermuten, denn die Aschers waren über Generationen eine Kaufmannsfamilie.

Es ist natürlich schwer zu sagen, wie er seine Rolle innerhalb der Peiner Gesellschaft gesehen und wie weit er unter der obengenannten Diskrepanz gelitten hat. Aber es fällt schon auf, dass er seinen Vornamen stets abgekürzt schrieb. Vielleicht hat Michael Utecht, der Leiter des Pei-

[3] Vgl.: StaPe Abt. B, Fach 258, Nr. 2 „Gründung der Peiner Zeitung".

[4] StaPe RF 23, Nr. 11, Blatt 25ff.

ner Stadtarchivs, nicht ganz unrecht, wenn er vermutet, dass er sich in gewisser Weise für seinen allzu jüdischen Namen geniert hat.

Die Rahmenbedingungen der Zeitungspublikation

Das Erscheinen der Zeitung fällt in jene berüchtigte Restaurationszeit, die gekennzeichnet war durch drückende Zensur und Bespitzelung auf der Grundlage der „Karlsbader Beschlüsse" des Deutschen Bundestages von 1819 und die beiden Peiner Autoren, die sich bisher mit dem „Peiner Wochenblatt" befasst haben, betonen deshalb auch die Einschränkungen, denen das Blatt ausgesetzt war. Artur Zechel etwa betitelt in der „Geschichte der Stadt Peine" den entsprechenden Abschnitt „Unter dem Druck der Zensur".[5] Ähnlich Richard Drobek, der einen Rückblick auf die Zeitung in den „Peiner Nachrichten" unter der Überschrift „Erlaubt waren Erbauliches und Familiäres" verfasste.[6]

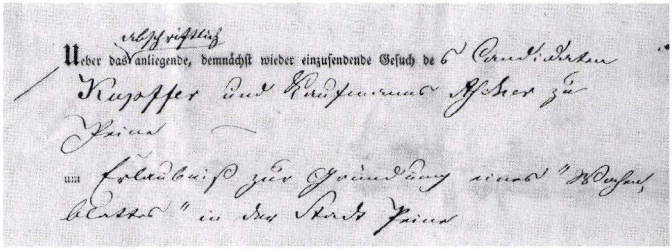
Dennoch müssen einige Einschränkungen gemacht werden. Anders als Preußen und Österreich galt das Königreich Hannover nicht als Hochburg der Zensur. Ernst Schubert weist darauf hin, dass „im Königreich Hannover die ‚Preßgesetze' der berüchtigten Karlsbader Beschlüsse von 1819 [...] nur sehr oberflächlich verwirklicht und befolgt worden sind. Es entsprach sicherlich nicht dem Ernst, mit dem in Karlsbad unter österreichischer und preußischer Führung allen deutschen Bundesstaaten eine Kontrolle der öffentlichen Meinung vorgeschrieben wurde, [...] wenn das Amt des Zensors nur ehrenamtlich ausgeübt wurde, und wenn schließlich die Anfrage ängstlicher Beamter nach eindeutigen Zensurrichtlinien lapidar damit beantwortet wurde, dass es solche Richtlinien gar nicht gäbe, weil man sich auf die Umsicht der Beamten zu verlassen gedenke".[7]

---

[5] Zechel, Artur: Die Geschichte der Stadt Peine, Bd. 3: Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Hannover 1982, S. 134.

[6] Drobek, Richard: Erlaubt waren Erbauliches und Familiäres, in: Braunschweiger Zeitung / Peiner Nachrichten, Heimatseite, 15. Febr. 1990.

[7] Schubert: Verfassung (wie Anm. 2), S. 426.



Gesuch des „Candidaten Kupffer" und des „Kaufmanns Ascher" um „Erlaubnis zur Gründung eines ‚Wochenblattes' in der Stadt Peine" (1835; Stadtarchiv Peine)

Angesichts dieser Auffassung eines sehr laxen Charakters der Zensur wundert man sich allerdings doch über die Vielzahl von Auflagen, die die Landdrostei Hildesheim mit der Erteilung der Konzession verband.

Es wird kein politisches Wochenblatt erlaubt, sondern nur eine Art lokales Mitteilungsblatt. Verboten sind Artikel politischen oder literarischen Inhalts. Letzteres gilt aber nur für Kommentare und Kritiken über Literatur, während Romanabdrucke im Gegenteil einen großen Teil der Zeitung ausmachen.

Ferner sind erlaubt: private Mitteilungen, amtliche Bekanntmachungen der Stadt und des Amtes (diese müssen sogar unentgeltlich abgedruckt werden), amtliche Bekanntmachungen der königlichen Regierung und schließlich „gemeinnützige Vorschläge und Bemerkungen, Mitteilungen neuer Entwicklung, Anzeigen neuer Bücher, indes ohne kritische Bemerkung". Mit der Zensur wurde das Amt Peine, also Johann Friedrich Ziegler, betraut und die Landdrostei behielt sich das Recht vor, jederzeit ohne Angabe von Gründen die Konzession wieder zu entziehen.[8]

Wie vertragen sich diese restriktiven Maßnahmen mit dem oben von Schubert Gesagten?

Die Tatsache, dass es keine klaren Richtlinien für die Zensur gab, führte offensichtlich dazu, dass die damit befasste Bürokratie umso willkürlicher damit umging. Je nach allgemeiner Grundstimmung konnten die Beamten betont wohlwollend reagieren oder auch besonders scharf. Dass die staatliche Politik weitgehend tabu war, entsprach dem in Hannover damals herrschenden Usus. Die bei-

[8] StaPe Abt. B, Fach 258, Nr. 2 „Gründung der Peiner Zeitung".

den Kammern des Parlaments tagten nichtöffentlich und Staatsangelegenheiten galten als „Arkana (Geheimnisse) des Staates".

Aber beim Erscheinen des Peiner Wochenblattes kam wohl noch etwas anderes zum Tragen. Die Unruhen des Jahres 1830, die etwa Karl II. von Braunschweig seinen Thron gekostet hatten, lagen erst kurz zurück und in Hannover hatte sich nach Unruhen in Göttingen und längeren Machtkämpfen erst 1833 ein neues „Staats-Grundgesetz" durchgesetzt, das dem Parlament die Kontrolle über das gesamte Budget des Landes verlieh und von dem die Beamtenschaft noch nicht genau wusste, welche Kontrollmaßnahmen für sie selbst zu erwarten waren. In diesem Klima reagierte die Beamtenschaft offensichtlich besonders ängstlich und empfindlich auf jede neue Quelle potentieller Unruhe.

Gleichwohl: die Tatsache, dass dem Wochenblatt „gemeinnützige Vorschläge" und „Mitteilungen neuer Entwicklung" erlaubt waren, wurde für Ascher und Kupfer zum Schlüssel, um zumindest auf der lokalen Ebene politische bzw. politisch relevante Themen zu behandeln, denn Schubert weist mit Recht darauf hin, dass „Verbesserungsvorschläge für die Landwirtschaft, statistische Nachrichten über Bevölkerung und Zustände in den einzelnen Ämtern [...] bisweilen eine verschlüsselte Zustandskritik darstellen" können.[9]

Themen und Inhalt des „Peiner Wochenblattes"

Das Wochenblatt erschien zweimal wöchentlich, Montag und Donnerstag, und das Vertriebssystem war denkbar einfach: Selbstabholung bei einem Bürger namens A. Barnecke, über den auch die Bezahlung abgewickelt wurde. Laut Auskunft in der ersten Ausgabe gab es beim Start etwas mehr als 100 Abonnenten, aber „da immer mehrere Exemplare, als verteilt werden, im Druck erscheinen, so werden auch einzelne Nummern dieses Blattes zu 1 ggr. von uns abgelassen".[10]

[9] Schubert: Verfassung (wie Anm. 2), S. 422.

[10] Peiner Wochenblatt, Ausgabe 1, S. 2.

Gewöhnlich bestand die Zeitung aus einem Bogen Papier, der, zusammengefaltet, vier Seiten ergab, die jeweils zweispaltig bedruckt waren. Von Fall zu Fall wurde die Zeitung erweitert durch ein eingelegtes Blatt, Beilage genannt. Diese stellt aber keine besondere Rubrik dar, etwa im Sinne einer Wochenendbeilage, sondern dient nur ganz allgemein der Erweiterung der Zeitung.

Richard Drobek hat es dankenswerterweise unternommen, die ersten 100 Ausgaben des Blattes vom 28. Mai 1835 bis zum 5. Mai 1836 in gebundener Form herauszugeben, warum er aber in seinem Beitrag in den Peiner Nachrichten aus dem Jahr 1990 die Ausgabe 100 als die Letzte bezeichnet, ist unklar.[11] Tatsächlich liegen dem Peiner Stadtarchiv noch weitere Ausgaben in ungebundener Form vor, nämlich die Ausgaben 101, 104, 106-108, 113, 115 und schließlich eine letzte Ausgabe, die auf den 7. Juli 1836 datiert ist, aber die Nummer 2 trägt. Über eine Erklärung dafür lässt sich nur spekulieren: da zwischen den letzten erhaltenen Ausgaben Lücken liegen, könnte es sein, dass die Zeitung zwischenzeitlich schon einmal eingestellt wurde und die Nr. 2 Ergebnis eines kurzlebigen Versuches war, sie noch einmal wiederzubeleben.

Was lässt sich nun über den Inhalt sagen?

Politische Nachrichten und Kommentare waren, wie gesagt, verboten. An ihre Stelle rücken aber in großem Umfang Erörterungen über kommunale Fragen, die oft sehr umfangreich sind und manchmal in Fortsetzungen über mehrere Ausgaben reichen. Dazu gehört ein mehrteiliger Beitrag von H. Kupfer über die Notwendigkeit eines zu schaffenden Wochenmarktes in Peine (Ausgabe 2 und 3), ergänzt durch ein fiktives Gespräch zweier Peiner Bürger, in dem der eine vom anderen schließlich von dieser Notwendigkeit überzeugt wird. Es finden sich auch Beiträge über die hygienischen Vorteile einer Badeanstalt in Peine (Nr. 3), Kritik am angeblichen „Aufblasen des Fleisches" durch die Schlachter (Nr. 8) usw.

Besonders am Ende der Zeitung nehmen Beiträge des allgemeinen Interesses, die nicht direkt Peine betreffen,

[11] Drobek: Erbauliches (wie Anm. 7).



Wochenblatt
der Stadt Peine.

No. 10. Peine, Donnerstag den 25sten Juni 1835.

Peina's Vorzeit.

Den Lesern dieses Wochenblattes wird es nicht unbekannt sein, daß Peina (Castrum Boynum nach Hübner's Staats- und Zeitungs-Lexikon) im Mittelalter ebenso allmein als Festung anerkannt war, wie z. B. jetzt Königsstein, Ehrenbreitenstein u. s. w.

breitenden Moore, und wohl ihm, wenn er früh schon umkehrte, und dann glücklich die festen Moorhaufen wieder traf, welche als verführerische Brücke seinen Füßen gedient hatten! Suchte er aber verwegen auf diesem schlüpfrigen Pfade vorzudringen, so sahe er sich bald gezwungen, von einer über das Moor sich erhebenden Stelle zur andern

„Wochenblatt der Stadt Peine" vom 25. Juni 1835 (Ausschnitt des Titelblattes; Stadtarchiv Peine)

einen immer größeren Raum ein. In Nr. 101 geht es um die Zuckergewinnung aus Runkelrüben, in Nr. 106 um die Hannoverschen Eisenbahnpläne und die Herstellung von Champagner und in Nr. 113 um Mittel, Wunden und Brand der Bäume zu heilen.

Amtliche Mitteilungen des Amtmannes Ziegler und des als kommissarischer Bürgermeister fungierenden Amtsassessors Trampe, stets mit Namen gezeichnet, sind fester Bestandteil jeder Ausgabe. Darüber hinaus finden sich regelmäßig private Anzeigen und Werbung.

Einen erstaunlich großen Anteil, in der Anfangszeit oft mehr als die Hälfte der Zeitung, machen Beiträge unterhaltender Art aus. Das reicht von Fortsetzungsromanen bis zu historischen Beiträgen über die Geschichte „Peyna's" oder über Abraham á Santa Clara (Nr. 10) und die Schlacht bei Sievershausen (Nr. 11). In den späteren Ausgaben werden Charaden, also Rätsel in Gedichtform, und Glossen sehr

beliebt. Zu letzteren gehört eine Erläuterung über das Ideal des „Allerweltsmannes" (Nr. 107) und über die Gemeinsamkeiten von Büchern und Frauen (Nr. 113), von denen der Verfasser zu berichten weiß, dass „öfter nur die äußere Ausstattung" zählt.

Ab Ausgabe 101 kommen die „Notizen" hinzu, von denen Artur Zechel meint, sie hätten wohl zum Verbot der Zeitung geführt. Sehr wahrscheinlich ist das nicht, denn die „Notizen" waren in Wahrheit nur belanglose Gesellschaftsnachrichten, übernommen von anderen Journalen, kurz in der Form und meist harmlos, wie die Meldung, ein Tischler in Oxford habe einen 26 Pfund schweren Hecht gefangen und dem Herzog von Wellington zum Geschenk gemacht (Nr. 106) oder auch skurril, wie die Meldung, im russischen Unamarsch würden Frauen als Geld verwendet: „Man gibt deren eine, zwei, drei oder vier, je nachdem Werte des erhandelten Gegenstandes."(Nr. 101)

Um einen Eindruck von der Gewichtung des Zeitungsinhaltes zu gewinnen, d. h., welche Genres nahmen wie viel Raum in der Zeitung ein, wurde eine quantitative Inhaltsanalyse vorgenommen. Dabei sollte auch der Frage nachgegangen werden, ob es zu einer Veränderung des Zeitungsinhaltes zwischen der Anfangs- und der Endphase der Zeitung gekommen ist. Zechel unterstellt ja, sie sei ein Opfer der Zensur geworden: „Die Zensur des Vormärz hatte zugeschlagen, das Blatt musste sofort sein Erscheinen einstellen."[12] Er gibt dafür aber keine Quelle an, auch im Stadtarchiv findet sich kein Dokument über einen Lizenzentzug. Gesetzt, Zechel hätte Recht: hat es eine Politisierung der Zeitung gegen Ende ihres Erscheinens gegeben? Da ihr vordergründig politische Artikel verboten waren, verbargen sich politisch relevante Fragen natürlich vor allem in Beiträgen, die Themen des allgemeinen Interesses berührten, zumal die Grenze zur Politik hier oft kaum zu ziehen ist. Konkret heißt die Frage also: hat sich der Anteil von Beiträgen des öffentlichen Interesses gegen Ende der Zeitung deutlich erhöht?

[12] Zechel: Geschichte (wie Anm. 6), S. 136.

Zu diesem Zweck wurden zwei Stichproben von je zehn aufeinanderfolgenden Ausgaben ausgewertet, eine aus der Anfangs- und eine aus der Spätzeit. Da die Pilotnummer noch viele allgemeine Informationen und Grußworte an die Leser enthält, also ganz untypisch ist, wurde das erste Vergleichssample mit der Ausgabe 2 begonnen. Die Nr. 5 fiel aus wegen Pfingsten, die Folgeausgabe trägt aber schon die Nr. 6, daher reicht das erste Sample bis zur Nr. 12.

Das zweite Sample umfasst die letzten zehn – uns erhaltenen – Nummern, also 99-101, 104, 106-108, 113, 115 und 2.

Sämtliche Beiträge der erfassten Ausgaben wurden in acht Genre-Kategorien eingeteilt:

Allgemeines Interesse – regional (Al-reg)
Dies umfasst Erörterungen und Leserbriefe, die Forderungen nach bestimmten Neuerungen (Markt, Badeanstalt etc.), Kritik an Zuständen (z. B. der Straßen) oder Darstellungen, die gesellschaftliche Zustände und technisch-wissenschaftliche Entwicklungen zum Ausdruck bringen, soweit sie die Region Peine betreffen.

Allgemeines Interesse – überregional (Al-üreg)
Ebenso, soweit die Meldungen sich nicht auf Peine beziehen, ferner die Rubrik „Notizen" mit ihren Gesellschaftsnachrichten.

Amtliche Mitteilungen – regional (AM-reg)
Diese beziehen sich in der Regel auf Gerichtstermine oder Versteigerungen und sind stets mit „Ziegler" oder „Trampe" gezeichnet.

Amtliche Mitteilungen – überregional (AM-üreg)
Diese Kategorie wurde aufgenommen, weil bei der Konzessionsvergabe auch erlaubt worden war, Gesetzesveröffentlichungen der Regierung sowie Berichte über Beförderungen und ähnliches zu veröffentlichen. Es wurde davon allerdings kaum Gebrauch gemacht. Außer zwei Ankündigungen zur Industriemesse in Hildesheim blieb diese Kategorie praktisch unbelegt.

Private Anzeigen
Familienanzeigen und Ankündigungen zum Freischießen.

Werbung

Unterhaltung
Dies umfasst Fortsetzungsromane, Glossen, historische Abhandlungen, die Rubrik „Vermischtes" mit Witzen und Anekdoten sowie gereimte Charaden.

Sonstiges
In diese Kategorie fallen Richtigstellungen, Getreidepreise, Mahnungen über zahlungssäumige Abonnenten und ein Hinweis auf das Kalenderdatum eines jüdischen Feiertages im laufenden Jahr, übrigens der einzige Hinweis auf jüdische Belange, der sich in der Zeitung finden lässt.

Für jede dieser Kategorien wurde erfasst:

1. Wie viele Beiträge dieser Kategorie enthält die jeweilige Ausgabe (Tab. 1a und 2a)?
2. Wie viel Raum in qcm nimmt die Kategorie in der jeweiligen Ausgabe ein (Tab. 1b und 2b)?
3. Wie groß ist der prozentuale Anteil der Kategorie in der jeweiligen Ausgabe (Tab 1c und 2c)?

Die Tabellen mit den einzelnen Werten finden sich im Anhang.

Aus den Tabellen 1c und 2c ergeben sich schließlich als arithmetisches Mittel die durchschnittlichen Anteile der einzelnen Kategorien für das erste bzw. das zweite Sample. Dies ermöglicht uns den Vergleich zwischen der Inhaltsstruktur der Zeitung in ihrer Früh- und der Spätzeit.

Das Ergebnis im Einzelnen:

Tab. 1a: 1. Sample									
Anzahl der Beiträge der einzelnen Genres									
Ausgabe	**AI-reg**	**AI-üreg**	**AM-reg**	**AM-üreg**	**Priv. Anz.**	**Werbung**	**Unter-haltung**	**Sonstiges**	**Gesamt**
2	2	1	1	-	2	2	1	-	9
3	1	-	2	-	-	8	2	1	14
4	2	-	1	-	3	2	2	1	11
5/6	1	-	2	-	3	4	2	-	12
7	1	-	2	-	-	3	1	-	7
8	2	-	2	-	3	2	2	-	11
9	1	-	3	-	2	1	2	-	9
10	1	1	1	-	1	-	2	-	6
11	1	-	1	-	1	1	4	1	9
12	-	-	1	-	1	2	4	-	8

Tab. 1b: 1. Sample									
Umfang der einzelnen Genres in qcm									
Ausgabe	**AI-reg**	**AI-üreg**	**AM-reg**	**AM-üreg**	**Priv. Anz.**	**Werbung**	**Unter-haltung**	**Sonstiges**	**Gesamt**
2	343	269,5	119	-	126	42	28	-	927,5
3	154	-	83	-	-	290,5	346,5	21	895
4	266	-	42	-	161	126	301	28	924
5/6	196	-	168	-	289	168	434	-	1255
7	147	-	231	-	-	59,5	448	-	885,5
8	329	-	133	-	119	70	469	-	1120
9	203	-	175	-	70	42	402,5	-	892,5
10	308	-	49	-	21	-	532	-	910
11	161	252	49	-	35	21	325,5	14	857,5
12	-	-	143,5	-	63	45,5	644	-	896

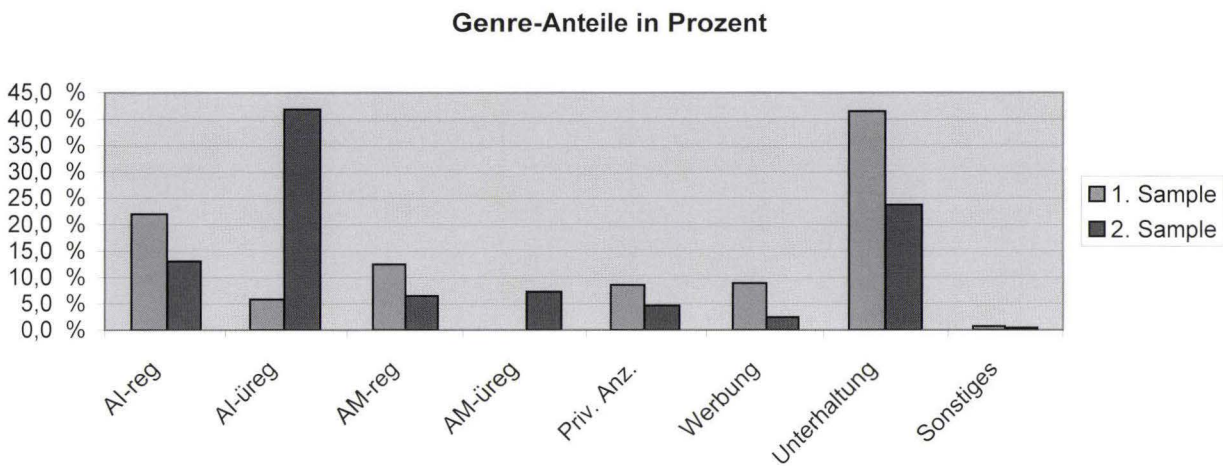
Tab. 1c: 1. Sample									
Prozentualer Anteil der einzelnen Genres									
Ausgabe	**AI-reg**	**AI-üreg**	**AM-reg**	**AM-üreg**	**Priv. Anz.**	**Werbung**	**Unter-haltung**	**Sonstiges**	**Gesamt**
2	37,0 %	29,1 %	12,9 %	-	13,6 %	4,5 %	3,0 %	-	100 %
3	17,2 %	-	9,3 %	-	-	32,5 %	38,7 %	2,4 %	100 %
4	28,8 %	-	4,6 %	-	17,4 %	13,6 %	32,6 %	3,0 %	100 %
5/6	15,6 %	-	13,4 %	-	23,0 %	13,4 %	34,6 %	-	100 %
7	16,6 %	-	26,1 %	-	-	6,7 %	50,6 %	-	100 %
8	29,4 %	-	11,9 %	-	10,6 %	6,3 %	41,9 %	-	100 %
9	22,8 %	-	19,6 %	-	7,8 %	4,7 %	45,1 %	-	100 %
10	33,9 %	-	5,4 %	-	2,3 %	-	58,5 %	-	100 %
11	18,8 %	29,4 %	5,7 %	-	4,1 %	2,5 %	38,0 %	1,6 %	100 %
12	-	-	16,0 %	-	7,0 %	5,0 %	71,9 %	-	100 %
Durchschnitt	22,0 %	5,8 %	12,5 %	-	8,6 %	8,9 %	41,5 %	0,7 %	100 %

Tab. 2a: 2. Sample									
Anzahl der Beiträge pro Ausgabe									
Ausgabe	**AI-reg**	**AI-üreg**	**AM-reg**	**AM-üreg**	**Priv. Anz.**	**Werbung**	**Unter-haltung**	**Sonstiges**	**Gesamt**
99	-	-	1	1	1	1	1	-	5
100	-	-	-	-	2	1	2	-	5
101	1	8	3	-	-	-	2	1	15
104	2	8	4	-	1	1	-	-	16
106	1	13	2	-	-	1	1	1	19
107	-	8	-	-	-	2	1	-	11
108	-	10	2	1	-	6	2	-	21
113	-	11	1	-	3	-	1	-	16
115	1	3	1	-	1	-	-	-	6
2	-	5	1	-	1	-	1	-	8

Tab. 2b: 2. Sample									
Umfang der einzelnen Genres in qcm									
Ausgabe	**AI-reg**	**AI-üreg**	**AM-reg**	**AM-üreg**	**Priv. Anz.**	**Werbung**	**Unter-haltung**	**Sonstiges**	**Gesamt**
99	-	-	42	549,5	154	56	63	-	864,5
100	-	-	-	-	63	21	966	-	1050
101	238	665	147	-	-	-	374	21	1445
104	182	434	126	-	28	21	-	-	791
106	133	406	112	-	-	21	108	21	801
107	-	392	-	-	-	31,5	420	-	843,5
108	-	903	80,5	133	-	98	189	-	1403,5
113	-	560	63	-	91	-	231	-	945
115	1064	308	28	-	28	-	-	-	1428
2	-	721	56	-	77	-	108	-	962

Tab. 2c: 2. Sample									
Prozentualer Anteil der einzelnen Genres									
Ausgabe	**AI-reg**	**AI-üreg**	**AM-reg**	**AM-üreg**	**Priv. Anz.**	**Werbung**	**Unter-haltung**	**Sonstiges**	**Gesamt**
99	-	-	4,9 %	63,6 %	17,8 %	6,5 %	7,3 %	-	100 %
100	-	-	-	-	6,0 %	2,0 %	92,0 %	-	100 %
101	16,5 %	46,0 %	10,2 %	-	-	-	25,9 %	1,5 %	100 %
104	23,0 %	54,9 %	15,9 %	-	3,5 %	2,7 %	-	-	100 %
106	16,6 %	50,7 %	14,0 %	-	-	2,6 %	13,5 %	2,6 %	100 %
107	-	46,5 %	-	-	-	3,7 %	49,8 %	-	100 %
108	-	64,4 %	5,7 %	9,5 %	-	7,0 %	13,5 %	-	100 %
113	-	59,3 %	6,7 %	-	9,6 %	-	24,4 %	-	100 %
115	74,5 %	21,6 %	2,0 %	-	2,0 %	-	-	-	100 %
2	-	75,0 %	5,9 %	-	8,0 %	-	11,2 %	-	100 %
Durchschnitt	13,1 %	41,9 %	6,5 %	7,3 %	4,7 %	2,5 %	23,8 %	0,4 %	100 %

	AI-reg	AI-üreg	AM-reg	AM-üreg	Priv. Anz.	Werbung	Unter-haltung	Sonstiges
1. Sample	22,0 %	5,8 %	12,5 %	-	8,6 %	8,9 %	41,5 %	0,7 %
2. Sample	13,1 %	41,9 %	6,5 %	7,3 %	4,7 %	2,5 %	23,8 %	0,4 %



Dabei ist Folgendes festzustellen:

Wenn man die Durchschnittswerte des ersten Samples mit denen des zweiten vergleicht, so fällt auf, dass sowohl der Anteil der privaten Anzeigen zurückgeht (von durchschnittlich 8,6 % auf 4,7 % im zweiten) wie auch der der Werbung (von 8,9 % auf 2,5 %). Das deutet auf ein nachlassendes Leserinteresse hin. Auch dies könnte der Grund für das Ende der Zeitung sein, zumal die letzten drei Ausgaben gar keine Werbung mehr enthalten.

In Bezug auf die Frage nach der Politisierung der Zeitung lässt sich feststellen, dass es eine deutliche Verlagerung des Schwerpunktes gibt: im ersten Sample war noch der Bereich „Unterhaltung" der eindeutig dominierende mit durchschnittlich 41,5 %, wobei sich Spitzenwerte in den Ausgaben Nr. 10 (58,5 %) und Nr. 12 (71,9 %) ergeben. Die Unterhaltung bildet hier also das Rückgrat der gesamten Zeitung.

Dieser Anteil sinkt im zweiten Sample deutlich auf 23,8 %.

Umgekehrt dazu steigt der Anteil des Bereichs „Allgemeines Interesse". Nimmt man „regional" und „überregional" zusammen, so steigt er von 27,8 % auf 54,9 % im zweiten mit deutlicher Gewichtsverlagerung von regionalen Themen hin zu überregionalen. Hier kommt in der Tat ein „Erwachsen werden" der Zeitung zum Ausdruck.

Was aus dieser Analyse nicht hervorgeht: Die Ausgabe 115 zeichnet sich durch einen umfassenden, mit „H. R." signierten, Beitrag zur damals aktuellen Diskussion über die Reform des Zivilrechts aus: „Soll Peine seine bisherige Selbständigkeit behalten?" Es geht darin um die Frage, ob die Stadt sich weiterhin ein eigenes Amtsgericht leisten kann.

Diese Indizien für eine Politisierung der Zeitung sind allerdings kein Beweis für ihr Verbot. Es existiert darüber, wie gesagt, kein Dokument und eine weitere Frage bleibt offen: wenn der Artikel so brisant war, warum ließ Amtmann Ziegler als zuständiger Zensor, dem doch jede Ausgabe vor Drucklegung vorgelegt werden musste, diesen Beitrag passieren?

Fazit

Das „Peiner Wochenblatt" war kurzlebig, wie die meisten Publikationen jener Zeit. Sein Ende bleibt rätselhaft. Wurde es als Opfer der Zensur verboten, wie Zechel meint? Eine gewisse Wahrscheinlichkeit spricht dafür. Aber denkbar sind auch andere Gründe, finanzielle bei der geringen Auflage oder rein persönliche, denn Kupfer und Ascher waren Herausgeber im Nebenberuf, an dem sie sicher nichts verdienten.

Und damit sind wir wieder bei Samson Ascher.

Es fällt auf, dass die Zeitung so gut wie keine jüdischen Themen bringt. Alphons Silbermann merkt zum Begriff „Beitrag" der Juden zum Kultur- und Geistesleben an: „Ein aufgeklärter Mensch wüsste von Integrations-, Assimilierungs- und Integrationsprozessen der Person in die Kultur einer Gesellschaft zu sprechen, um auf Einbürgerungen ursprünglich ethnisch fremder Bevölkerungsschichten hinzuweisen, wissend, dass diese von der gesellschaftlichen Entwicklung abhängig sind; vom Verhältnis zur nationalen Kultur, vom Verhältnis zum vaterländischen Gedanken, vom nationalen Willen."[13]

Es ist bekannt, dass die Assimilierungs- und Emanzipationsbestrebungen des jüdischen Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert von einem hohen Maß an Bereitschaft zur Identifikation mit der deutschen Kultur und Nation geprägt waren.

So ist die weitgehende Verdrängung seines Judentums, der sich Ascher in der Zeitung unterwirft, wohl symptomatisch für eine Zeit, in der die Juden noch auf der Suche nach ihrer Position in der Gesellschaft zwischen bürgerlicher Aufklärung und religiösen Traditionen waren, in denen sie häufig nur noch ein gesellschaftliches Hindernis sahen und deshalb oft zu sogenannten „3-Tages-Juden" wurden (die nur noch an den drei höchsten Feiertagen in der Synagoge erschienen)[14] oder ganz zum Christentum konvertierten.

---

[13] Silbermann: Beitrag (wie Anm. 2), S. 31.

[14] Vgl.: Pollatschek, Iris; Schmidt, Wolf-Rüdiger: Der brennende Dornbusch. Glanz und Elend der Juden in Europa, mit einem Essay von Michael Brenner, Gütersloh 2004, S. 60.

Literatur:

Archiv Sonderblatt 3/2004. Herausgegeben vom Stadtarchiv Peine: Gründung des Bibliotheks-Vereins 1829.

Drobek, Richard: Erlaubt waren Erbauliches und Familiäres, in: Braunschweiger Zeitung / Peiner Nachrichten. Heimatseite vom 15. Febr. 1990.

Engelsing, Rolf: Massenpublikum und Journalistentum im 19. Jahrhundert in Nordwestdeutschland, Berlin 1966.

Husung, Hans-Gerhard: Protest und Repression im Vormärz. Norddeutschland zwischen Restauration und Revolution, Göttingen 1983.

Marx, Albert: Geschichte der Juden in Niedersachsen. Herausgegeben von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 1995.

Meyer, Hans-Friedrich: Zeitungspreise in Deutschland im 19. Jahrhundert und ihre gesellschaftliche Bedeutung, Diss. Münster, 1969.

Koszyk, Kurt: Deutsche Presse im 19. Jahrhundert, Berlin 1966.

Obenaus, Sibylle: Literarische und politische Zeitschriften 1830-1848, Stuttgart 1986.

Pollatschek, Iris und Schmidt, Wolf-Rüdiger: Der brennende Dornbusch. Glanz und Elend der Juden in Europa. Mit einem Essay von Michael Brenner, Gütersloh 2004.

Prutz, Robert E.: Geschichte des deutschen Journalismus, Hannover 1845.

Schubert, Ernst: Verfassung und Verfassungskämpfe im frühen 19. Jahrhundert. In: Hucker, Bernd-Ulrich; Schubert, Ernst und Weisbrod, Ernst (Hg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997. Seite 419-479.

Siemann, Wolfram: Ideenschmuggel. Probleme der Meinungskontrolle und das Los deutscher Zensoren im 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift 245 (1987), S. 71-106.

Silbermann, Alphons: Vom Beitrag der Juden zum Kultur- und Geistesleben, in: Deutschland. Porträt einer Nation, Gütersloh 1986, S. 31-36.

Zechel, Artur: Die Geschichte der Stadt Peine, Bd. 3: Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Hannover 1982.

Alexander Rose

Einzelschicksale von Peiner Juden in der Literatur

Die jüdische Geschichte in Peine endet nicht mit dem Jahr 1942. Bereits 1948 hatte die „Vereinigung Verfolgter des Naziregimes" (VVN) sich für eine Gedenkstätte am alten Standort der Synagoge eingesetzt. Die Stadt hält am Tag der Reichspogromnacht Gedenkfeiern am Standort der zerstörten Synagoge ab und hat zwei Hinweistafeln auf dem Damm aufgestellt. Bernd-Detlef Mau und Christiane Schikora sind im Rahmen einer Examensarbeit den Spuren jüdischen Lebens nachgegangen. Jens Binner hat vor einigen Jahren begonnen, Einzelschicksale zu untersuchen und mehrere Stadtrundgänge zum Thema durchgeführt. Im Jahr 2005 wurden auf Initiative des „Peiner Bündnisses für Zivilcourage und Toleranz" erstmals Stolpersteine verlegt. Dies ist nur eine kleine und unvollständige Aufzählung. – Das jüdische Leben in Peine ist nicht zu Ende, weil Angehörige der Generation der bis 1942 in Peine lebenden Juden den Kontakt mit Peine suchten, hier für einige Tage weilten und auch Material für eine historische Aufarbeitung übergaben. – Das jüdische Leben in Peine ist nicht zu Ende, weil Menschen der Stadt die Erinnerung an den NS-Terror und die NS-Morde wachhalten wollen.

Auch die drei literarischen Werke über Peiner Juden (zwei davon sind recht unbekannt geblieben), gehören zur Erinnerungskultur. Sie sollen hier dargestellt werden.

Sally Perel: Ich war Hitlerjunge Salomon

Sally (Salomon) Perel wurde am 21. April 1925 als Sohn des jüdischen Kaufmanns Israel und seiner Ehefrau Sarah Perel in Peine geboren. In seinem Buch „Ich war Hitlerjunge Salomon"[1] beschreibt Sally (Salomon) Perel seinen Kampf

[1] Sally Perel: Ich war Hitlerjunge Salomon. Er überlebte in der Uniform seiner Feinde – ein erschütterndes Schicksal, Wilhelm Heyne Verlag München ^{20}2005. Im Jahr 1990 war die französische Erstausgabe erschienen, zwei Jahre später die deutsche.



Sally Perel vor der Informationstafel am Haus Damm 1, die anlässlich der Verleihung des Ehrenringes der Stadt Peine im Jahr 2000 angebracht wurde (Foto: Stadt Peine)

um das Überleben in der Nazi-Diktatur. Dieser eigentlich unmögliche Kampf gelang. Perel beschreibt dieses Wunder mit einem Bild: Das Schaf überlebte in der Höhle des Löwen (S. 31).

Die Familie Perel war im Jahre 1918 von Russland nach Peine emigriert. Sie wohnte auf dem Damm 1. Der Vater eröffnete in der Breiten Straße ein Schuhgeschäft. Argwöhnisch betrachteten die Mitglieder der jüdischen Gemeinde die kaufmännischen Aktivitäten des „armseligen Ostjuden" (S.7).

Perel bezeichnet seine Kindheit in Peine als eine glückliche Zeit. Er lebte ein richtiges Jungen-Leben, bestaunte mit

Freunden die Autos, konnte an keinem dieser Autos vorbeigehen, ohne die „schwarze Birne" – die Hupe – zu drücken. Er stellte sich auf die Fußgängerbrücke in den Rauch der vorbeifahrenden Lokomotiven. Die politischen Unruhen der Weimarer Republik mit den Straßenkämpfen zwischen SA und linken Parteien beunruhigten nicht, auch nicht Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933. Der Spuk würde bald vorbei sein. Es wird keine 80 Tage dauern, meinte der Vater.

Unter der zunehmenden Bedrohung durch SA und Polizei beschloss die Familie im Jahr 1935, nach Łodz auszuweichen. Dort waren die Perels innerhalb der jüdischen Gemeinde die „Deutschen". Das typische Schicksal von Emigranten, Außenseiter zu sein, wollte nicht enden. – Sally hatte seine Volksschulzeit 1939 beendet. Geplant war nun der Besuch des Hebräischen Gymnasiums. Dazu kam es nicht mehr, weil im Sommer 1939 die Deutsche Wehrmacht in Polen einfiel und die Schule geschlossen wurde. Der Antisemitismus brach offen aus. Das Gerücht war im Umlauf, alle Juden sollten in einem Ghetto eingesperrt werden. Die Eltern gaben dem ältesten Sohn David (26 Jahre alt) den Auftrag, zusammen mit Sally nach Ostpolen zu fliehen, das durch den Hitler-Stalin-Pakt an die Sowjets gefallen war. Die Söhne wurden mit allem Lebensnotwendigen ausgerüstet, der Vater sprach seinen Segen und die Mutter gab ihnen mit auf den Weg: „Ihr sollt leben" (S. 12). Perel verstand diesen Satz der Mutter später als „Befehl". Im Sprachduktus der hebräischen Bibel (dem Alten Testament) kann man diese drei Worte aber auch als eine Verheißung ansehen – im Sinne: „Ihr werdet leben".

Salomon P. kam in einem Waisenhaus in Grodno im heutigen Weißrussland unter. Es wurde sein Zuhause; langsam zog Ruhe in sein Leben ein. Er war ein fleißiger Schüler, auch im Fach Marxismus/Leninismus. Er wurde zu „einem überzeugten Klassenkämpfer für die bessere Zukunft der Menschheit" (S.20)

Im Sommer 1941 befahl Hitler, die Sowjetunion zu erobern. Die jüdischen Kinder des Waisenhauses sollten den deut-

schen Truppen entkommen. Das gelang nicht. Sally P. wurde zusammen mit Soldaten der Roten Armee gefangen genommen. Er gab sich als Volksdeutscher aus, um einer drohenden Exekutierung zu entgehen. Dafür dachte er sich spontan den Namen Josef Perjell aus. Er blieb bei einem deutschen Panzerregiment, weil man ihn als Dolmetscher gut gebrauchen konnte. Nun trug er die Uniform seines Feindes. Das stürzte ihn in innere Konflikte. Aber er lernte schnell, sich auf neue Situationen einzustellen, um zu überleben. Ein Freund gab ihm den Spitznamen „Jupp". In Zukunft war Jupp der Soldat, der sich auf die Situation einstellte, der mitmachte, der um alles in der Welt überleben wollte. Gleichzeitig gab es in ihm den Sally, den Sohn seiner Eltern, den Juden, den in seinen Werten Verletzten, den unter den Unmenschlichkeiten Leidenden Er wohnte gleichzeitig in den Personen Jupp und Sally. Die lebensnotwendige Verdrängung war gleichzeitig eine Bewusstseinsspaltung.

Anfang 1943 wurde Sally P. nach Braunschweig geschickt – man hatte ihn auserkoren, in einer HJ-Schule zum „Führer" (für Führungsaufgaben in der NSDAP) ausgebildet zu werden. – Die ständige Bedrohung, die inneren Konflikte, die Anmaßungen und Verwicklungen der Zeit können hier nicht dargestellt werden. Sein Ausbruch „Macht die Provokation vor nichts halt?" (S. 162) deutet die verzweifelte Lage an.

Anfang 1945 wurden die Insassen der HJ-Schule (offenbar als HJ-Gruppe) an die Westfront geschickt. Kampfhandlungen werden in dem Buch nicht erwähnt. Die Gruppe wird von den amerikanischen Soldaten aus dem Schlaf geweckt. Das war also das Kriegsende für Perel. Das war das Ende des „Tausendjährigen Reiches". Sally hat überlebt. Er möchte es seinen Eltern zurufen, aber er weiß nicht, ob sie noch leben. Er weiß nicht, wo er hingehört. Er kann nicht entspannen. Als die HJ-Gruppe von den Amerikanern nach Hause geschickt wird, entschließt sich Sally, nach Braunschweig zu gehen. Die HJ-Schule war unterdessen mit ehemaligen „Ostarbeitern" belegt worden, so zog er in deren ursprüngliches Quartier ein. Hier in Braunschweig gab es die erste Begegnung mit einem befreiten KZ-Insassen, der über diese Orte des Todes berichtet. Ein wichtiger Schritt für die eigene Identität

war der Entschluss, in Peine eine Geburtsurkunde für Sally Perel zu beantragen. Viele Menschen nahmen erstaunt war: Einer hat überlebt. Beim „Hilfskomitee für die Opfer des Nationalsozialismus" wurde er neu eingekleidet (Abschied von der HJ-Uniform!) und wurde aufgefordert, im Komitee mitzuarbeiten. Lange blieb Perel nicht in Peine. Er suchte seine Familie. Langsam ergab sich, dass beide Brüder überlebt hatten, die Eltern im Ghetto gestorben und die Schwester auf einem Todesmarsch erschossen worden waren. –

Perels Lebensbericht hat eine ungeheure Spannung, weil die Bedrohungen nicht aufhören, sich in immer neuen Formen aufbauen. Diese Spannung entsteht durch äußere Ereignisse: Er wird von einem Kameraden als Jude identifiziert; er bekommt die behördliche Aufforderung, eine Geburtsurkunde aus dem von ihm angegebenen (falschen) Geburtsort zu beschaffen; er soll in der HJ-Schule die Gründe für die (nach nationalsozialistischer Ideologie) Minderwertigkeit der jüdischen „Rasse" entwickeln; er fährt nach Łodz, um seine Eltern zu suchen. Daneben gibt es eine innere Dramatik, die man als Identitätskrise beschreiben kann. Jupp und Sally lebten in einer Brust. Dieser Konflikt wurde bei dieser Darstellung bisher weitgehend ausgeblendet. Das ist geschehen, weil in dem Lebensbericht nicht so sehr auf die Entwicklung der Identitätskrise Wert gelegt wird. Perel beschreibt vor allem die Höhepunkte der Verzweiflung, des Glücks oder der Verdrängung. Es geht ihm um das krasse, übergangslose Nebeneinander von Geborgenheit und Lebensbedrohung. Ich habe den Eindruck, der vorliegende Text sei in einem Zuge niedergeschrieben worden. Das macht ihn spannend, lebendig, authentisch. Die Beschreibung der inneren Entwicklung wird dabei vernachlässigt. Ich will das an einigen Kurzzitaten belegen.

Perel hat seinem Buch ein Vorwort vorangestellt. Er geht auf die erwartete oder wohl auch schon ausgesprochene Frage ein, warum er denn erst jetzt seine Erlebnisse der Öffentlichkeit übergibt. Seine Antwort gibt uns Auskunft über die israelische Gesellschaft. Er sagt zuerst, er habe verdrängen und vergessen wollen. Das sei ihm aber nicht gelungen. Er ist unsicher, ob er sich mit den Überlebenden des Holocaust vergleichen bzw. in ihre Reihe einordnen kann. Gab es nicht

jüdische Widerstandskämpfer, die ihre Identität bewahrt haben? In ähnlicher Form haben junge Israeli Überlebende der KZ gefragt, warum sie sich als Todgeweihte nicht gewehrt hätten? Diese Diskussion ist noch nicht abgeschlossen. Vielleicht ist sie eine Art Generationenkonflikt. Perel bezeichnet die nun vorhandene Möglichkeit zu schreiben, als eine Befreiung, „damit meine schmerzlichen Erinnerungen wachgerufen werden". (S. 6) Also: Er möchte den Schmerz nicht mehr verdrängen, sondern wahrnehmen.

Die Taschenbuchausgabe des „Hitlerjungen"[2] wurde durch ein Nachwort erweitert. Hier geht Perel einige Schritte weiter: Er sucht mit dem Buch und den dadurch ausgelösten Fragen eine „Selbsttherapie". Manche wollen sich mit ihren Lebenserinnerungen „etwas von der Seele schreiben". Das ist ein berechtigtes Anliegen, wenn auch der Leser davon etwas hat. Und er hat etwas davon! Perel will das Gedächtnis an die ermordeten Menschen und an die ideologischen Grundlagen des Holocaust wach halten. Und er möchte der Gefahr eines auflebenden Neonazismus vorbeugen helfen.

Die 20. Auflage bei Heyne liegt im Dezember 2005 bei 200.000 Exemplaren.[3]

Die pädagogische Absicht des Buches wurde bereits erwähnt. Sie wird im besonderen Maße deutlich durch Sally Perels Vortragstätigkeit. Die Peiner Allgemeine Zeitung schreibt am 4. November 2005 anlässlich seines Besuches in Peine, dass Perel in „weit mehr als 3000 Veranstaltungen [...] rund 500.000 Menschen" erreicht habe. Er erzählt in den Veranstaltungen von seinen Erfahrungen in der Hitlerzeit und nimmt sich anschließend viel Zeit für das Gespräch. Er möchte besonders Jugendliche erreichen und sie sensibel machen für die Gefahren, die durch eine Neuauflage der nationalsozialistischen Ideologie entstehen können. Sally Perel arbeitet in der Friedensbewegung seines Landes Israel für ein friedliches Zusammenleben von Israelis und Palästinensern.

Das Buch „Ich war Hitlerjunge Salomon" wurde auch sehr erfolgreich verfilmt.

---

[2] 1993 im Heyne Verlag.

[3] Mitteilung des W. Heyne Verlages vom 07.12.2005.

Ein Hörspiel von Shulamit Arnon

„Die Reise nach Peine", ein Hörspiel von Shulamit Arnon, gesendet 1988 im Süddeutschen Rundfunk, Sendedauer 45 Minuten.

Shulamit Arnon ist 1929 in Königsberg geboren, sie verbrachte ihre Kindheit in Berlin und emigrierte (vermutlich mit ihrer Familie) 1939 nach Palästina. Sie schreibt Hörspiele und arbeitet für das arabische Fernsehen.

Das Hörspiel fordert den Hörer. Die Möglichkeiten dieser Literaturgattung werden ausgeschöpft. Dialoge, innere Monologe, Hörszenen, die in der Gegenwart oder in der Vergangenheit spielen, wechseln ständig. Personen erscheinen, die nicht erst langatmig eingeführt werden. Sie sind plötzlich da. Der Hörer ist aufgefordert, sie selber als Nachbarn oder Bürger der Stadt zu identifizieren.

Ruth Herzfeld erwägt, nach Peine zu fahren. Dort verbrachte sie als Kind ihre Ferien bei der Großmutter, die am Markt 1 einen „Kramladen"[4] führte. Der Freund der Ruth Herzfeld ist skeptisch. „Ich bitte dich, Ruth, wer fährt denn nach Peine?" Er hält ihr vor, dass dort nichts mehr ist, wie es war. Die Linde wird nicht mehr im Hof stehen, ganz zu schweigen von den Menschen. Die alte Welt ist tot. Auf diese Einrede antwortet Ruth: Ich möchte der Erinnerung nachgehen. Meine Mutter ist dort aufgewachsen. Ich muss mich dort wohl gefühlt haben. Es war eine Art Heimat für mich. Der Freund ist nicht zu überzeugen. Unnütz findet er diese Reise, gar gefährlich.

Eine Sphärenmusik leitet die neue Szene ein. Man meint, an einer Touristenführung teilzunehmen. Hans-Dieter Grohl, Syndikus und Kulturdezernent der Stadt Peine, referiert die Geschichte der Stadt. Von guten Zeiten weiß er, wo die kleine Stadt der Ackerbürger, Handwerker und Händler der großen Nachbarstadt Braunschweig Kredite gewährte. Die Hildesheimer Stiftsfehde wird erwähnt und die Eule, die auf einem Kanonenrohr ein Nest gebaut hatte und es selbst in den Kriegshandlungen nicht verließ.

[4] Es handelte sich um das Kaufhaus „Brunsviga" von Hermann Herzfeld; vgl. dazu den Beitrag von Jens Binner.

Der Touristenführer, der bei seinem Vortrag nichts als seine Stadt vor Augen hat, lobt den Gemeinsinn und die Geborgenheit der Bürger. Der Freund der Ruth wird ungeduldig. Kriege, Zahlen – das interessiert doch niemanden. Gibt es Überlieferungen von Menschen? Tagebücher? Anekdoten? Der Syndikus spricht vom Dreißigjährigen Krieg und wird unterbrochen von dem Skeptiker: So wird es in jeder deutschen Stadt gewesen sein. Er fragt nach bedeutenden Söhnen der Stadt, nach Dichtern, Schriftstellern, berühmten Professoren. Grohl kann damit nicht dienen, er nennt Philipp Spitta und Friedrich von Bodenstedt, wofür er aber nur ein spöttisches Lachen erntet. Grohl zitiert ein Gedicht von Bodenstedt über seine Geburtsstadt:

„Ich kam in eine kleine Stadt
die manche böse Zunge hat
und über alles, über jeden
hört' ich

Die Leute schimpften ganz unsäglich
und lebten miteinander ganz erträglich."

Wichtig ist dem Syndikus der Wahlspruch der Peiner. Nun schaltet sich Ruth Herzfeld in das Gespräch ein und erzählt selbst von der Eröffnung der Bahnstrecke Hannover – Braunschweig. Kinder sollten den ersten Zug mit einem eigens komponierten Lied begrüßen: „Peine bricht sich, Peine bricht sich, Peine bricht sich ..." – noch ehe sie ihr „Peine bricht sich endlich Bahn" zu Ende gesungen hatten, war der Zug mit den Festgästen durchgefahren. Der Syndikus wundert sich sehr, dass eine Fremde diese Geschichte kennt, geht dem aber nicht weiter nach. Seine aufkommende Empörung ist ihm wichtiger: Überall wird diese Geschichte aus und über Peine zum allgemeinen Gelächter erzählt. Wieder muss der Freund der Ruth bissige Bemerkungen machen.

Grohl erwähnt die Kriegstoten. Nun beteiligt sich Ruth wieder an dem Gespräch und fragt nach der Familie Mosheim. Kennen sie den Namen? Der Syndikus überlegt: Ach ja, das war doch ein angesehener jüdischer Bürger. Er erzählt nun von der Synagoge, dem jüdischen Friedhof. Man habe die

jüdischen Bürger geachtet. „Ich habe nur das Beste gehört." Das bleibt alles sehr allgemein, der Freund will es genauer wissen. Er fragt ungeduldig, scharf: Wo sind diese jüdischen Bürger geblieben? Sind sie nach dem Osten ausgewandert – wie man damals zu sagen pflegte? Grohl: Ich kenne die Zeit nicht aus eigener Anschauung. Diese Zeit ist ausgemerzt. – Der Freund der Ruth reagiert bitter und ironisch. Er kommt aus einer anderen Welt. Er sieht die Idylle skeptisch. Für ihn persönlich ist das Schicksal der Juden in der Nazizeit nicht eine Episode unter anderen, sondern von zentraler Bedeutung.

Wirst du morgen fahren? Erst hier bemerkt der Hörer, dass der Vortrag Grohls gar nicht stattgefunden haben kann – höchstens in der Fantasie der Ruth Herzfeld und ihres skeptischen Freundes. Wirst du morgen fahren?

Ja!

Während Ruth vom Bahnhof aus in die Stadt geht, erfährt der Hörer ihre Eindrücke und Gedanken – dargestellt als einen ruhig gesprochenen inneren Monolog. Der Bahnhof ist nicht mehr der Alte. Sie nimmt eine Großmutter wahr, die auf ihren Enkel aufpasst. Die Juden sind weg, Türken sind jetzt da. Ruth geht durch die Straßen, liest die alten Hausprüche auf den Fachwerkbalken, bleibt am Markt 1 stehen. Auf den Scheiben des Geschäftes der Großmutter steht jetzt „EDEKA". Aber das zweite Stockwerk ist wie früher. Die Häuser sind noch da, nur die Menschen verschwinden.

Eilige Schritte sind zu hören. Martha, die Mutter der Ruth Herzfeld, eilt nach Hause. (Also Rückblende in die Kindheit der Mutter!). Sie hat sich verspätet und wird mit vorwurfsvollen Fragen von der Mutter gestellt. Wo warst du so lange? Was habt ihr gemacht? Was, gebettelt habt ihr? Brot mit Blutwurst hast du gegessen? Die Mutter ist entsetzt: Wir haben das größte Geschäft, und du bettelst. Das Kind wird auf sein Zimmer schickt und soll – bis zum Ins-Bett-gehen – vor sich hersagen: Betteln tun nur die Armen und die Faulen. – Diese Szene spielt in der Zeit um 1908.

Ein kurzer Einschub: Ruth und ihr Freund sind in einem Hotelzimmer in Peine. „Hier wurde seit 1908 nicht mehr

gelüftet." Der Freund findet die Enge bedrückend. Warum musstest du nach Peine fahren?

Die Szene mit Martha – der Mutter von Ruth – wird wieder aufgenommen. Martha wird dem Augenarzt vorgestellt. Sie schielt und hat nun Angst, eine Brille zu bekommen. Sie weint und bittet: keine Brille, keine Brille. Der im Umgang mit Kindern nicht geübte Arzt meint, eine Augenklappe und das Abschneiden der Stirnhaare würden ausreichen. Als wenn das für das Kind eher akzeptabel wäre. Sie, die im Vergleich mit ihrer Schwester immer als die hässlichere angesehen wird, bekommt nun den Spott der Kinder zu hören. Im Chor singen sie:

Herzfeld hat'n Haarbüschel,
Herzfeld hat'n Haarbüschel,
tut nur schielen,
kann nicht spielen,
ziehst jetzt eine vier,[5]
ach, du armes Tier.

Martha fragt: Mama, sind wir Juden? Warum sind wir Juden? Ist Weihnachten ein jüdisches Fest? Nein, Weihnachten feiern wir, weil wir Deutsche sind und in die Synagoge gehen wir, weil wir Juden sind. Darauf kommt die Frage: Sind wir denn Deutsche? Empört muss sich die Mutter anhören, dass der Lehrer merkwürdige Theorien über die Juden seiner Klasse vorgetragen hatte. Martha, die so aufgegangen war in ihrer Welt, erfährt zum ersten Mal, was es heißt, fremd zu sein.

Ein trauriges Lied wird eingeblendet. Innerer Monolog der Martha: Die französischen Kriegsgefangenen singen wieder. Sie sitzen auf dem Markt. Ich darf da nicht hingehen. Pierre ist dabei, meine erste Liebe. Ich bin Jüdin – er ist Protestant. Ich bin Deutsche – er ist Franzose. Ich werde studieren – er ist Bergarbeiter. Der Gesang klingt aus.

Martha und Pierre gehen durch die Wiesen, Hand in Hand. „In uns war ein Klingen wie von tausend Geigen. Mir war, als wäre der Mittelpunkt der Welt in uns. Nur wir waren da, zu lieben und zu leiden."

---

[5] Bezieht sich offenbar auf die guten Schulnoten der Martha. Mit der Augenklappe hat sie nun auch ihre schwache Seite.

Ruth wird von ihrem Begleiter gefragt: Siehst du nicht die Hakenkreuzfahnen? Hörst du nicht das Horst-Wessel-Lied? Nein, ich höre nur den Wind.

Ein Zug kommt an. Martha ist auf der Durchreise. In den fünf Minuten Aufenthalt spricht sie mit ihrem Bruder Max. Sie fragt: Wollt ihr nicht weg? Er: nein, wir bleiben. Die Peiner waren immer anständig zu uns. Sie: Kannst du dich darauf verlassen? – Eine Fanfare erklingt. Massen schreien „Heil, Heil, Heil!"

Bürger unterhalten sich. Was wurde aus Max Herzfeld? Was aus Martha? Kamen sie nach Theresienstadt oder nach Auschwitz? Was wurde aus der von Martha aufgeschriebenen Geschichte der Stadt Peine? Alles verbrannt. Alles.

Der Freund zu Ruth: „Es dämmert, bald geht unser Zug, Ruth."

„Die Stillschweigs" – ein Erinnerungsbuch

Erwin Rehn und Marie-Elisabeth Rehn: Die Stillschweigs – Von Ostrowo über Berlin und Peine nach Heide in Holstein bis zum Ende in Riga, Theresienstadt und Auschwitz. Eine jüdische Familiensaga 1862-1944, Konstanz 1998, 216 Seiten.

Erwin Rehn und seine Tochter Marie-Elisabeth haben sich auf Spurensuche begeben. In ihrer Heimatstadt Heide in Holstein gab es „einen Juden", Samuel Stillschweig mit Namen. Sie möchten die Erinnerung an diesen Juden aus Heide und seine Familie wach halten und haben deshalb aus dem aufgefundenen Material eine „Familiensaga" geschrieben. Eben dieser Samuel Stillschweig ist in den Jahren 1887/88 Kaufmannsgehilfe in Peine gewesen. In dem Buch der beiden Rehns füllt dieser Lebensabschnitt 36 Seiten!

Das besprochene Buch ist in mehrfacher Hinsicht erstaunlich. Bereits im Vorwort heißt es, dass es kaum noch Spuren von der jüdischen Familie gibt. Eckdaten des Lebens, die sich in amtlichen Dokumenten niederschlagen, wurden gefunden: die Eintragungen in Standesamt-Registern, Meldekarte, Steuerlisten, Eintragungen in Adressbüchern, eine

Zeitungsanzeige. Wie kann daraus eine Familiengeschichte werden? Die Verfasser ziehen alles an Informationen heran, was im weitesten Sinn zur Situation der Juden, zu den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Geschehen der Zeit zu sagen ist und leiten daraus eine mögliche Familiengeschichte ab.

Samuel Stillschweig wurde am 6. Dezember 1862 in Ostrowo geboren. Der Vater David hatte in der kleinen Grenzstadt in der Nähe von Posen eine Schneiderei. Also wird nun berichtet über die drei Bevölkerungsgruppen: die Deutschen, die Polen und die Juden. Es gab nur wenig Kommunikation zwischen diesen Gruppen. Eine wirtschaftliche Perspektive war für die ärmeren Menschen nicht erkennbar. In diese allgemeinen Beschreibungen wird immer stärker die Familiengeschichte eingewoben, die Brüder des David Stillschweig werden erwähnt, die in Ostrowo als Schneidermeister oder Kürschner arbeiten und leben. Alle sieben Geschwister ziehen mit ihren Familien am 1880 nach Berlin. Die deutsche Hauptstadt wirkte wie ein Magnet auf die Ostjuden. Wer vorankommen wollte, „ging" nach Berlin.

Der Verfasser Erwin Rehn lässt in seiner Erzählung den David Stillschweig allein nach Berlin fahren. Er findet Quartier bei einer jüdischen Witwe, geht durch die Stadt und betrachtet die Geschäftsauslagen der zukünftigen Konkurrenten. Mehrmals erwähnt Marie-Elisabeth Rehn, dass dies alles Ausschmückungen ihres Vaters seien. Wie er es erzählt, könnte es gewesen sein. Könnte! So gerät ihr Buch unter der Hand zu einer allgemeinen Schilderung jüdischen Lebens in Berlin (Ende des 19. Jahrhunderts) und der Problematik der osteuropäischen Juden, die in einer fremden Welt sich wirtschaftlich durchsetzen und dabei ihre Identität als orthodoxe Juden bewahren möchten.

In den Jahren 1887/88 war Samuel Stillschweig bei Kaufmann Behr in der Breiten Straße angestellt. Belege dafür sind eine Eintragung in der städtischen Steuerliste und in einer Liste der jüdischen Gemeinde. Im vorliegenden Buch wird geschildert, wie die Familie den nach Peine Reisenden auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin verabschiedet, wie er

in das Abteil „Reisende mit Traglasten" mit seinem großen Reisekorb einsteigt. Seine Mitfahrer werden beschrieben: ein jüdischer Hausierer, drei Handwerksburschen, eine alte Bäuerin. Auch gehen die Gedanken an seine neue Arbeit; man erfährt, dass der Reisende von seiner Familie ein besonders schmackhaftes Vesperbrot mitbekommen hatte. „Nach dem Halt in Oebisfelde wird Samuel aus seinen Tagträumen gerissen, als ein leichter Stallgeruch in seine Nase dringt." Genau so aufdringlich wie der Geruch ist der dazu gehörige Mann, ein Bauer, der laut und polterig seinen Nachbarn ins Gespräch zieht und ihm bald alle wichtigen Informationen entlockt hat. Willem Düwel nennt sich der Mitreisende, Bauer in Groß Bülten. Er kann dem Mitreisenden gleich ein paar Informationen über die Stadt Peine geben. „So, Paine, dat is ain faines Städtken, woll." Rehn hat sauber recherchiert: Groß Bülten – da wird ostfälisches Platt gesprochen, mit dem typischen Laut „ai". Damit ist das von ihm dem Bauern in den Mund gelegte Platt noch nicht das südlich von Peine gesprochene. Wenn schon genau, dann richtig, möchte man als Peiner sagen. Aber so wichtig ist dieses Detail dann nun auch nicht. – In Lehrte steigt Stillschweig um, Düwel verabschiedet sich, weil er noch gleich mal seine Schwester besuchen möchte. – So könnte es gewesen sein.

Nun breitet Erwin Rehn in seinem Buch seine Vorstellungen über Peine aus, über ein jüdisches Bekleidungsgeschäft und das Leben in der kleinstädtischen jüdischen Gemeinde. Wie das Morgengebet gehalten wird, wie ein jüdischer Geschäftsmann Regelungen schafft, dass am Sonnabend (am Sabbat) sein Geschäft geöffnet ist, er aber nicht arbeiten muss, wie schließlich zu damaliger Zeit in den jüdischen Gemeinden eine Hochzeit vorbereitet und gefeiert wird – das alles erfährt der Leser, vermutlich ganz zutreffend, weil das überall so Brauch und Sitte war. Einige harte Fakten hat das Peiner Stadtarchiv beigetragen: Das Baujahr der kleinen Synagoge auf dem Damm und die Namen der Vorsteher werden erwähnt.

Samuel Stillschweig eröffnete am 1. Juli 1888 in Heide (Holstein) ein Geschäft für Bekleidung, Schuhe und Haushaltswäsche. Bald darauf heiratete er. Auch in Heide finden

sich kaum Auskünfte zur Biografie. Die „Familiensaga" wird nun angefüllt mit Schilderungen über die Kriegsfolgen (1. Weltkrieg), die Wirtschaftskrisen, das Erstarken der NSDAP und die Nazi-Zeit. In dem Lebensentwurf von Erwin Rehn kommt es zu einem schweren Zerwürfnis zwischen Vater und Sohn. Der in der orthodoxen Tradition lebende Samuel Stillschweig kann nicht zustimmen, dass der Sohn eine „Christin" heiratet. Es ist der typische Konflikt, über den es eine eigene Literaturgattung gibt: Die sich an die Umwelt anpassenden Kinder lassen bei ihren Entscheidungen verbitterte und einsam werdende Eltern zurück. Wie schon gesagt: So könnte es gewesen sein.

Samuel Stillschweigs Ehefrau stirbt 1923, er überlebt sie um 12 Jahre. Die vier Kinder werden in Auschwitz umgebracht.

Um noch einmal auf das „Erstaunliche" zurückzukommen. Das Buch kann den Leser schnell fesseln. Es ist gut geschrieben. Es gibt eine gute Einführung in das jüdische Leben im ausgehenden 19. und in der erste Hälfte des Zwanzigsten Jahrhunderts. Sein Ziel ist es, die Erinnerung wach zu halten an Menschen, die als Fremde kamen und oftmals auch fremd bleiben wollten. Sie waren schließlich einem irrationalen Hass der Nationalsozialisten ausgeliefert, der das Ziel hatte, diese einer „Rasse" zugeordneten Menschen umzubringen, zu ermorden. Besonders gut haben sich die Verfasser eingefühlt in die Fremdheit der orthodoxen Juden in der deutschen Wirklichkeit und in den häufig aufkommenden Familienkonflikt, der immer dann entstand, wenn die Kinder der Ostjuden sich assimilierten, sich an die vorherrschende Kultur angleichen wollten.

Das Buch ist kein historischer Bericht. Marie-Elisabeth Rehn sagt, es sei eher ein Roman. Wäre es ein Roman, dürfte es nicht die Exkursionen geben, z.B. über den Antisemitismus am Ende des Kaiserreiches, über jüdische Kaufhäuser und die Berliner Textilwirtschaft. Auch ist der Anhang mit den Faksimiles von verschiedensten Dokumenten in einem Roman unpassend. Man kann das Buch nicht in bekannte Kategorien einordnen. Wir lassen es so, wie es ist: ein Erinnerungsbuch.

Eine kleine Passage aus dem Buch möchte ich erwähnen, weil sie mich stark berührt. Nachdem Samuel Stillschweig gestorben ist, bleibt die Tochter Gertrud in Heide zurück. Sie gibt das Geschäft auf und beklebt die Schaufenster von innen mit Packpapier. Sie verlässt kaum das Haus, nur abends kauft sie das Nötigste an Nahrung ein. Wer wollte, konnte in dem Packpapier ein kleines Loch entdecken, durch das die Letzte der Stillschweigs manchmal auf den Heider Marktplatz blickte und so am Leben ihrer Heimatstadt teilnahm.

Jens Binner

Ausgrenzung, Entrechtung, Vernichtung: Die Familie Herzfeld und das Kaufhaus „Brunsviga"

Einleitung

Die Verdrängung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben bildete einen der Handlungsschwerpunkte nationalsozialistischer Politik nach der sogenannten „Machtergreifung". Die reichsweiten und zentral organisierten Boykottaktionen im April 1933 ließen hieran keinen Zweifel. Auf den ersten Blick wirkt der frühe Zeitpunkt dieses international Aufsehen erregenden Boykotts überraschend, doch ist inzwischen die Bedeutung dieser Maßnahmen im Prozess der nationalsozialistischen Herrschaftskonsolidierung umfassend herausgearbeitet worden. Durch die „Neuformierung der Öffentlichkeit"[1] sollte der totale Machtanspruch der NSDAP manifestiert und der Boden für eine allgemein akzeptierte Politik des Antisemitismus bereitet werden. Gerade im lokalen Rahmen war es dabei wichtig, an vorhandene Stimmungen und Interessenbündnisse anzuknüpfen, um bei den bürgerlichen Eliten ein Denken in rassistischen Kategorien durchzusetzen.

Obwohl der Bereich der „Arisierung"[2] als gut erforscht gelten kann, fällt es vor allem in kleineren Städten schwer, die Verdrängungsmaßnahmen lückenlos nachzuvollziehen, da die entsprechenden Akten der lokalen Behörden genauso wie die Unterlagen der regionalen Parteiorganisation in

---

[1] Peter Longerich: Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München/Zürich 1998, S. 34.

[2] Zum Begriff vgl. Frank Bajohr: „Arisierung" als gesellschaftlicher Prozeß. Verhalten, Strategien und Handlungsspielräume jüdischer Eigentümer und „arischer" Erwerber, in: „Arisierung" im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, hg. im Auftrag des Fritz Bauer Instituts v. Irmtraud Wojak und Peter Hayes (Jahrbuch 2000 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust), Darmstadt 2000, S. 15-30, hier S. 15-17.

aller Regel gezielt vernichtet worden sind. Dies trifft auch für die Stadt Peine zu[3]. Auffallend ist hier aber, dass in den wenigen erhaltenen Akten, die antisemitische Vorgänge dokumentieren, besonders häufig das Einheitspreisgeschäft „Brunsviga" des jüdischen Kaufmanns Max Herzfeld im Mittelpunkt steht. Darauf lässt sich die Vermutung stützen, dass diese Überlieferungssituation nicht zufällig ist, sondern die gegen die „Brunsviga" gerichteten Maßnahmen zentrale Bedeutung für die Akzeptanz antisemitischer Politik in der Stadt Peine besaßen[4]. Die Akten des Bestandes Rep 06 (Stadtverwaltung Peine 1900 – 1945) liefern allerdings nur ein punktuelles Bild und behandeln vor allem polizeilich relevante Dinge, wie Boykotte und Sachbeschädigungen. Eine genaue Nachforschung ergab nun, dass sich in den älteren Akten der Gewerbepolizei der umfangreiche Vorgang „Ausschank von Kaffee, Limonaden pp. im Hause Am Markt 1" erhalten hat[5]. Eine Durchsicht im Vergleich mit ähnlichen Akten zeigt, dass hier auch mehrere Vorgänge aus der Zeit nach 1933 abgelegt worden waren, die sich mit dem Kaufhaus „Brunsviga" befassten. Da der Bestand Rep 05 offenkundig nicht von der Aktenvernichtung im Rahmen der Verwischung der Spuren nationalsozialistischer Verbrechen betroffen war, blieb der Vorgang erhalten und ermöglicht in Zusammenhang mit den schon bekannten Überlieferungen eine weitgehend lückenlose Darstellung des Kampfes gegen die „Brunsviga".

Aus mehreren Gründen ist die detaillierte Nachzeichnung der jahrelangen Auseinandersetzungen um die „Brunsviga" bedeutsam. Zunächst wird deutlich, dass das Ziel der Ausschaltung dieses jüdischen Kaufhauses von vornherein feststand und von den Entscheidungsträgern in Partei und

---

[3] Vgl. die wenigen Einträge zu Vorgängen, die Juden betreffen in: Stadtarchiv Peine. Bestandsverzeichnis. Rep 06, Stadtverwaltung Peine 1900-1945, Peine 2001 (Mschr.).

[4] Es handelt sich im Stadtarchiv Peine (künftig: StA Pe) um Akten der Bestände Rep 05 „Stadtverwaltung Peine 19. Jh. – ca. 1925" und Rep 06 „Stadtverwaltung Peine 1900 – 1945". Wenn nicht anders angegeben, stammen die benutzten Archivalien aus dem StA Pe.

[5] Rep 05, Abt B, Fach 347, Nr. 96 „Ausschank von Kaffee, Limonaden pp. im Hause Am Markt 1", Laufzeit 1931 – 1935.

Stadtverwaltung über einen längeren Zeitraum konsequent verfolgt wurde. Man wollte an diesem Objekt ein Exempel statuieren und bediente sich dazu einer flexiblen Taktik, die abwechselnd mit offenem Terror und repressiven Verwaltungsmaßnahmen arbeitete. Doch handelten Partei und Stadtverwaltung nicht alleine. Vielmehr lassen sich durch die Vollständigkeit des Vorgangs auch andere Einzelpersonen und Gruppen identifizieren, die das Kaufhaus von Max Herzfeld nach Kräften bekämpften und sich so zu Trägern nationalsozialistischer Politik machten. Antijüdische Politik wird hier als „politisch-gesellschaftlicher Prozeß"[6] fassbar, der große Teile der Bevölkerung einbezog. Deutlich wird aber auch, dass Max Herzfeld nicht gewillt war, kampflos aufzugeben. Vielmehr schöpfte er alle rechtlichen Möglichkeiten bis auf Reichsebene aus und flüchtete sich schließlich in eine Scheinarisierung, nachdem er wohl die Aussichtslosigkeit seines Widerstandes einsehen musste.

Die jüdische Kaufmannsfamilie Herzfeld vor 1933

In der Peiner Zeitung (PZ) vom 16. März 1886 gab Hermann Herzfeld die Eröffnung eines Geschäftes unter dem Namen „Hamburger Engros-Lagers" in der Breiten Straße 2[7] bekannt. Im folgenden Jahr erfolgte seine Aufnahme in die Kaufmannsgilde[8]. Herzfeld, 1860 in Mecklenburg-Schwerin geboren und seit 1908 preußischer Staatsangehöriger[9], handelte mit Manufakturwaren und Textilien, unterschied sich von seinen Konkurrenten aber dadurch, dass er durch den „gemeinschaftlichen Einkauf mit ca. 150 gleichen Geschäften in Deutschland"[10] günstigere Preise bieten konnte.

---

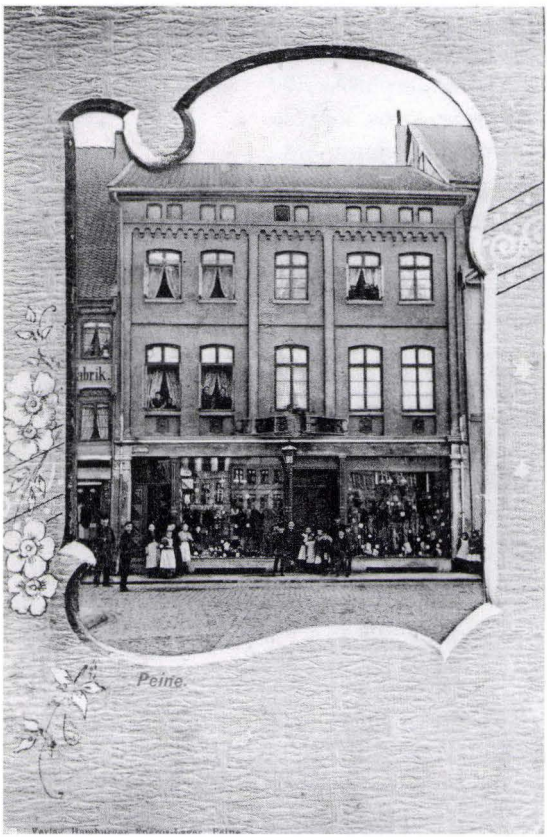
[6] Bajohr: „Arisierung" (wie Anm. 2), S. 17.

[7] 1897 erwarb Herzfeld das gegenüberliegende Haus Am Markt 1, wo sich von da an sein Geschäft befand (Häuserchronik Nr. 358).

[8] Der genaue Zeitpunkt der Aufnahme ist nicht bekannt. Im August 1887 wird er erstmals in einem Dokument der Kaufmannsgilde als Mitglied genannt (Dep K/37) und in der Gilderechnung für das Jahr 1887 ist seine Aufnahmegebühr verbucht (Dep K/44).

[9] Rep 06/300 „Aufnahme in den preußischen Staatsverband auch Entlassung aus demselben".

[10] Peiner Zeitung (PZ), 16. März 1886.



Das Gebäude am Markt 1 um 1900 (Stadtarchiv Peine)

Er befand sich dadurch von Beginn an in Opposition zu den übrigen Peiner Einzelhändlern, die mit Textilwaren handelten und von denen ein nicht geringer Prozentsatz jüdischer Religionszugehörigkeit war[11]. Bereits im September 1896 richtete die „Commission zur Ueberwachung des unlauteren Wettbewerbs" der Kaufmannsgilde, der Theodor Behrens, Heinrich Stegen, Adolf Marck, F. C. Grotefendt und C. H. Voges jun. angehörten, eine Beschwerde an das Königliche Amtsgericht I in Peine. Sie monierten, die Firmenbezeichnung „Engros-Lager" erzeuge beim „kaufenden Publicum leicht den Irrthum, als ob das Herzfeld´sche Geschäft eine Art Filiale des Hamburger en gros Geschäfts von M. J. Emden Söhne sei und erweckt den Anschein eines besonderen günstigen Angebots, verstößt also gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb". Dabei sei die Hamburger Firma lediglich mit Kapital an dem Geschäft von Herzfeld beteiligt, der außerdem auch von anderen Lieferanten Ware beziehen würde. Sie forderten daher, Herzfeld „durch Ordnungsstrafe anzuhalten, den Zusatz ‚Hamburger en gros Lager' aus der Firma löschen zu lassen"[12]. Ähnliche Verfahren gegen vermeintliche Filialisten des Geschäfts der Familie Emden

[11] Im „Adressbuch der Stadt Peine 1888. Nach der Personenstands-Aufnahme vom Jahre 1887 bearbeitet vom Polizei-Commissar Gärtig" sind insgesamt 31 Kleider-, Manufaktur- und Modewarenhändler verzeichnet. Davon waren 18 Christen und 13 Juden. Der Bevölkerungsanteil der Juden betrug zu dieser Zeit ca. 0,6 %.

[12] Dep K/59.

liefen auch in anderen Städten[13]. Im März 1897 wurde das Verfahren gegen Herzfeld schließlich niedergeschlagen und die Firma durfte ihre Bezeichnung behalten, weil übergeordnete Verbände der Kaufmannsgilde keine Aussichten auf ein juristisch erfolgreiches Vorgehen machen konnten.

Herzfeld hatte drei Kinder, von denen der 1890 geborene Max das Geschäft 1920 drei Jahre nach dem Tod seines Vaters übernahm. Die Firma hatte den Ersten Weltkrieg gut überstanden[14], hatte aber seit 1920 Schwierigkeiten, mit der Konkurrenz mitzuhalten[15]. Bereits bei der Lösung dieser Krise zeigte sich, dass Max Herzfeld in der Lage war, radikaler und weitsichtiger zu denken, als die Masse der Peiner Kaufleute. Ein Wesenszug, der uns später immer wieder begegnet, der aber auch dazu beitrug, ihn in der kleinstädtischen Geschäftswelt zu isolieren. Spätestens 1924 hatte Herzfeld sein Geschäft dem „Großeinkaufskonzern Rud. Karstadt AG"[16] angeschlossen, um seine Waren billiger anbieten zu können. Während die anderen Einzelhändler vor allem mit der Qualität und der großen Auswahl in ihren Geschäften warben, setzte Herzfeld auf die Attraktivität niedriger Preise.

Die Wirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre traf das Geschäft dennoch hart. Im Dezember 1928 begründete Max Herzfeld[17] einen Antrag auf Niederschlagung der Hauszinssteuer damit, dass bereits im Vorjahr „angesichts meiner geschäftlichen Notlage und angesichts mangelnder Ausnutzung

---

[13] Schreiben des „Vereins gegen Unwesen in Handel und Gewerbe Hamm" mit Angaben zu der dortigen Filiale des Hamburger Engros-Lagers und des Besitzers Aronstein vom 25. Feb. 1897 in: Ebd.

[14] Von den 43 Steuerpflichtigen der jüdischen Gemeinde zahlten 1917 nur 9 mehr Einkommensteuer als Hermann Herzfeld, darunter die Bankiers Arthur Wertheimer und Martin Seckel sowie der praktische Arzt Dr. Freudenthal; vgl. Rep 06/270 „Verteilung der zur Landrabbinatskasse aufzubringenden Beiträge".

[15] Im Jahr 1918 war die Witwe Emma Herzfeld noch die siebtstärkste Steuerzahlerin der jüdischen Gemeinde. 1920 wird erstmals Max Herzfeld als Steuerzahler genannt. Bei der Addition seines Beitrages mit dem seiner Mutter nehmen sie nur noch Platz 14 ein; ebd.

[16] Geschäftsanzeige in der vom PZ, 30. November 1924.

[17] Max Herzfeld war zu diesem Zeitpunkt Geschäftsführer. Inhaberin war noch seine Mutter Emma. Vgl. Rep 06/200. Danach auch das Folgende.



Postkarte mit Blick vom Marktplatz in die Breite Straße; rechts das Kaufhaus „Brunsviga" (ca. 1930; (Stadtarchiv Peine)

unserer gewerblichen Räume", die Steuer stark ermäßigt worden sei und im laufenden Jahr sich der Geschäftsbetrieb noch einmal erheblich verschlechtert habe. Vor dem Ersten Weltkrieg waren zehn Angestellte beschäftigt worden, jetzt nur noch vier. Das ehemals als Lagerraum dienende Hinterhaus und die Personalräume wurden bereits zu Wohnzwecken genutzt und das Geschäftsjahr 1927 war bei einem Umsatz von knapp 65.000 RM mit einem Verlust von über 3300 RM abgeschlossen worden. Im folgenden Jahr trennte Herzfeld sich wieder von der Rud. Karstadt AG und veranstaltete einen „Totalausverkauf wegen Auseinandersetzung"[18].

Im Jahr 1931 sah Herzfeld keine andere Möglichkeit mehr, als seine Selbständigkeit aufzugeben. Er erweiterte trotz der bedrängten Lage seine Geschäftsräume und wurde im Mai Konzessionsnehmer der „Brunsviga Einheitspreisgesellschaft mit beschränkter Haftung", deren Gesellschafter die beiden jüdischen Kaufleute Gustav Forstenzer und Herbert Frank aus Braunschweig waren[19]. Gegenstand des Unternehmens war der Handel mit „Artikeln aller Art zu Einheitspreisen".

[18] Peiner Tagespost (PTP) vom 4. Juli 1929.

Damit hatte ein neues Verkaufskonzept in Peine Einzug gehalten, mit dem Herzfeld seine Niedrigpreisstrategie konsequent fortsetzte[20]. Von den angestammten Kaufleuten wurde er damit mehr denn je als Bedrohung empfunden.

Wie an anderen Orten auch, war der Anlass für den Beginn der offenen Auseinandersetzungen ein Antrag der Brunsviga an den städtischen Magistrat vom 6. Mai 1931 auf Genehmigung zum Ausschank alkoholfreier Getränke. Daraufhin fand ein Unterredung zwischen Forstenzer und Bürgermeister Wietfeld statt, in der das Stadtoberhaupt die Bedenken der örtlichen Kaufleute darlegte. Die Brunsviga sah sich allerdings durch die – wie sie meinte – „von interessierter Seite geschürte unberechtigte Erregung der Konkurrenten" nicht dazu veranlasst, den Antrag zurückzuziehen und berief sich auf die gültige Rechtslage. Die Geschäftsleitung kündigte an, den Verkauf von „Esswaren, Backwaren, Suppen und Mittagessen [...] unter allen Umständen" aufzunehmen, da dieser nicht genehmigungspflichtig sei. Abschließend verwies man auf den Nutzen des Geschäftes für die Stadt durch die „Beschäftigung vieler arbeitsloser Arbeiter und Angestellten aus Peine"[21] und die „Befriedigung des Bedarfs weiter Bevölkerungskreise zu billigsten Preisen"[22].

Obwohl die Stadt daraufhin mitteilte, dass „nach Lage der Umstände kaum mit einer Genehmigung [...] gerechnet werden kann", stellte Max Herzfeld am 26. Juni 1931 den Antrag auf „Genehmigung zur Eröffnung eines Erfrischungsraumes, verbunden mit dem Ausschank alkoholfreier Getränke" im Zuge der bevorstehenden Wiedereröffnung seines Kaufhauses als Einheitspreisgeschäft. Da ihm die Einwände der Kaufmannschaft und der Gastwirte bereits bekannt waren,

[19] Abschrift aus dem Handelsregister in: Rep 05, Abt B, Fach 347, Nr. 96. Zu Forstenzer und Frank vgl.: Braunschweigisches Biographisches Lexikon. 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. Horst- Rüdiger Jarck und Günter Scheel, Hannover 1996, S. 182f. Autor beider Artikel ist Hans-Jürgen Derda.

[20] Zu den Einheitspreisgeschäften vgl.: Heinrich Uhlig: Die Warenhäuser im Dritten Reich, Köln/Opladen 1956.

[21] Bei der Eröffnung im Juli waren 46 Personen bei der Brunsviga angestellt.

[22] Rep 05, Abt B, Fach 347, Nr. 96 „Ausschank von Kaffee, Limonaden pp. im Hause Am Markt Nr. 1". Danach auch das Folgende.

verwies er auf den Nutzen seines Geschäftes für die Stadt, „insofern sie [die Einheitspreisgeschäfte] ein Kaufzentrum bilden helfen, das auch den übrigen Geschäften der Stadt zugute kommt". Ländliche Käuferschichten würden dadurch angelockt, die bisher ihren Bedarf nicht in der Stadt gedeckt hätten. Um diesen Zweck zu erreichen, sei ein Erfrischungsraum aber Voraussetzung. Eine Konkurrenz zum „hiesigen Gastwirts- oder Konditorgewerbe" sei nicht gegeben, da Speisen und Getränke bei der Brunsviga nur stehend eingenommen werden konnten. Als Anlage hatte Herzfeld seinem Antrag mehrere Gutachten der Großhandelsgesellschaft Leipzig[23] beigefügt, die seine Position stützten und besagten, dass eine Genehmigung im Regelfall nicht versagt werden kann.

Der Magistrat leitete den Antrag an die Polizeiverwaltung und das Jugendamt zur Stellungnahme weiter. Beide konnten ihn nicht befürworten, weil angesichts der in der Nähe des Marktplatzes liegenden Schankwirtschaften kein Bedürfnis vorhanden sei. Mit Datum vom 25. August 1931 wurde der Antrag daher abgelehnt, obwohl das Geschäft bereits am 3. Juli wiedereröffnet worden war[24]. Der Fall wurde daraufhin am 7. September vor dem Magistrat verhandelt, wobei zwischen der Brunsviga und der Polizeiverwaltung die bekannten Standpunkte ausgetauscht wurden. Als besonderen Trumpf konnte Herzfeld aber nun schon mit konkreten Zahlen aufwarten, da der Geschäftbetrieb ja bereits lief und zwar keine Getränke aber Speisen verkauft wurden. Er verwies darauf, dass an „einem Tage 1400 Würstchen verabreicht worden seien, und daß sich in eine ausgelegte Liste an einem Tage 189 Personen eingetragen hätten, die eine Tasse Kaffee gewünscht hätten"[25]. Der Magistrat musste zugeben,

[23] Die GROHAG war ebenfalls ein Unternehmen in jüdischem Besitz

[24] Rep 08/41 „Jüdische Gemeinde". Vgl. die Notiz in der PTP vom 4. Juli 1931 über die Eröffnung. Hervorgehoben wurden die wesentliche bauliche Erweiterung der Verkaufsräume, sowie die Helligkeit und Übersichtlichkeit des Geschäfts, das zu diesem Zeitpunkt 55 Verkäuferinnen beschäftigte. Ein Reflex auf die Kritik an den Warenhäusern ist vermutlich, dass in dem Zeitungsartikel hervorgehoben wird, dass die Umbauten durch heimische Bauarbeiter ausgeführt wurden und auch die Verkäuferinnen aus Peine stammten.

[25] Rep 05, Abt B, Fach 347, Nr. 96 „Ausschank von Kaffee, Limonaden pp. im Hause Am Markt Nr. 1".

dass man sich bei näherer Prüfung der Rechtslage den Argumenten Herzfelds nicht verschließen konnte und erteilte die beantragte die Genehmigung. Man gab damit zu, dass man sich bei der ersten Prüfung allein nach den Interessen der Kaufleute und Gastwirte gerichtet hatte, ohne die rechtlichen Grundlagen genügend zu berücksichtigen.

Nach diesem juristischen Erfolg konnte Herzfeld nicht mehr auf Entgegenkommen seitens der Stadt hoffen. Seine Bemühungen, den Konzessionssteuerbescheid in Höhe von insgesamt 210 RM anzufechten, blieben erfolglos. Die Stadt hatte bereits 9 Tage nach der Genehmigung des Ausschanks durch den Magistrat den Steuerbescheid zugestellt und war dabei offenbar von optimalen Voraussetzungen für das Geschäft ausgegangen. Herzfeld zahlte den vollen Betrag, legte aber gleichzeitig Einspruch ein, weil die Stadt von einem Ertrag von jährlich 2000 RM durch den Verkauf von Speisen und Getränken ausgegangen war. Nach den Erfahrungen des Kaffeeverkaufs in den ersten drei Wochen des Ausschanks, in denen außer 1000 Tassen Kaffee kaum Speisen und Getränke nachgefragt worden waren, errechnete Herzfeld dagegen einen Jahresertrag von lediglich 624 RM im Jahr. Der Einspruch wurde bei einer mündlichen Verhandlung auf dem Rathaus zurückgewiesen, wobei sich die Stadtverwaltung auf die „189 Personen" berief, die von Herzfeld als Unterzeichner einer Liste während der Verhandlung am 7. September angeführt worden waren, während Herzfeld mit den realen Verkäufen argumentierte[26]. Herzfeld gab daraufhin seinen Widerstand auf und konzentrierte sich auf die parallel laufenden Verhandlungen zu Höhe der Körperschafts-, Gewerbe- und Einkommenssteuer. Hier gelang ihm zumindest ein Teilerfolg: Weder er noch sein Mutter mussten 1931 Einkommenssteuer zahlen. Wie wichtig die Ausschankerlaubnis für das Einheitspreisgeschäft war, zeigte sich dann 1932, als die Kundenzahl der Imbissecke erstaunliche 88.751 betrug[27].

In der Folge zeigte sich in verschiedenen Vorgängen, wie isoliert Herzfeld in der Peiner Kaufmannschaft war. Als er

[26] Ebd.

[27] Ebd.

im September 1931 beantragte, die hinter seinem Geschäft liegende Straße Pulverturmwall auszubauen, damit die Hauptverkehrsstraße Breite Straße entlastet wird, sprachen sich die Anlieger gegen diese Maßnahme aus und die Kaufmannsgilde beauftragte den Rechtsanwalt Paul Fellmann, gegen das Projekt „energisch Stellung zu nehmen"[28]. Besonders tat sich dabei der Kaufmann Hermann Meyer hervor, der direkt neben der „Brunsviga" ein Betten- und Wäschegeschäft betrieb und einen Monat später auch eine Beschwerde der Gilde an die Polizeiverwaltung initiierte, die sich gegen „widerrechtlich abgestellte Fahrräder" von Kunden der „Brunsviga" richtete[29]. Meyer, der zum 1. Mai 1933 in die NSDAP eintrat[30], versuchte auch einen Boykott zu organisieren. Mitte Dezember 1931 beschwerte sich Herzfeld bei der Kaufmannsgilde darüber, dass Meyer seinem „Personal bei Strafe der sofortigen Entlassung verboten" hätte, bei „Brunsviga" einzukaufen. Der Vorstand der Gilde lehnte dazu knapp jede Stellungnahme ab, „da keinerlei Äußerungen in der Richtung, die Sie annehmen, gefallen sind. Sie sind unseres Erachtens falsch unterrichtet"[31].

Dass Herzfeld in der Peiner Kaufmannschaft keinen Rückhalt hatte, zeigt auch ein Schreiben der Kaufmannsgilde an den Einzelhandelsbund Niedersachsen, in dem es um die Winterhilfe 1931/32 ging. Die Gilde, die Herzfeld Anfang 1930 wegen nicht bezahlter Mitgliedsbeiträge aus ihrem Verzeichnis gestrichen hatte[32], plädierte dafür, kein Bargeld auszuzahlen, sondern Gutscheine auszugeben, die nur bei Gildemitgliedern eingelöst werden konnten, damit „kein Einkauf beim Konsumverein bezw. [...] den Epa-Geschäften und dergl."[33] erfolgen konnte.

---

[28] Dep K 16/3.

[29] Ebd. Das Antwortschreiben der Polizeiverwaltung ist nicht überliefert, lediglich eine Notiz der Kaufmannsgilde vom 11. November 1931 an Meyer, dass die Antwort eingegangen ist.

[30] Siehe seine Personalakte in Rep 06/1001 „Beigeordnete, Ratsherren und Beiräte".

[31] Dep K 16/3.

[32] Dep K/68; Schreiben vom 2. Januar 1930.

[33] Dep K/87; Schreiben vom 9. Oktober 1931.

Um seinen Kritikern weniger Angriffsfläche zu bieten, wurde die „Brunsviga" Anfang 1932 umbenannt. Statt „Einheitspreis GmbH" firmierte die Firma jetzt nur noch als „Kaufhaus GmbH"[34]. Tatsächlich sind aus dem Jahr 1932 auch keine Auseinandersetzungen zwischen Herzfeld und der Stadt oder der Kaufmannsgilde mehr bekannt. Aber die örtliche NSDAP hatte bereits erkannt, dass sich die Agitation gegen das Kaufhaus „Brunsviga" dazu eignete, bürgerliche Schichten mit antisemitischen Argumentationen vertraut zu machen. So erschien am 8. Dezember 1932 in der Peiner Beilage der Parteizeitung Niedersächsische Tageszeitung (NTZ) ein Artikel, der sich mit den ungewöhnlichen Werbemaßnahmen der „Brunsviga" beschäftigte. Anlass war ein Kasperle-Theater, das Herzfeld in einem Schaufenster aufgebaut hatte und das anscheinend so beliebt war, dass es zu Verkehrsbehinderungen führte. Die NSDAP wandte sich dagegen, dass „unser größtes deutsches und christliches Fest, Weihnachten, immer wieder von jüdischen Krämerseelen zu einer aufdringlichen und marktschreierischen Geschäftsangelegenheit [gemacht] wird". Man verurteilte „diese jüdischen Hahnjökeleien" unter Berufung auf die Gefährdung des Verkehrs, forderte ein Verbot „dieses jüdischen Kasperletheaters" und schloss mit dem gesperrt gedruckten Satz: „Unsere Hauptgeschäftsstraße darf kein Ghetto werden!"[35].

---

[34] Rep 05, Abt B, Fach 347, Nr. 96 „Ausschank von Kaffee, Limonaden pp. im Hause Am Markt Nr. 1"; Handelsregisterauszug vom 28. April 1932.

[35] NHStAH, Hann. 310 I A Nr. 85. Der Autor des Artikels ist nicht angegeben. Allerdings war der Kreisleiter der NSDAP Peine, der damalige Landtagsabgeordnete und spätere Reichskirchenminister Hanns Kerrl, zu dieser Zeit regelmäßiger Autor der NTZ und auch des Niedersächsischen Beobachters (NB), so dass zu vermuten ist, dass der Artikel von ihm stammt. Vgl. auch den Artikel von Kerrl im NB aus dem Jahre 1928, in dem er unter Überschrift „Peiner Euleneier" mit antisemitischen Anspielungen arbeitet, wenn er bemerkt, dass „David jetzt auch in die brave Schützengilde eintreten will"; Rep 06/131. Eine umfassende Charakterisierung der Rolle Kerrls in Peine steht allerdings noch aus. Vgl. die knappen Angaben in: Heike Kreutzer: Das Reichskirchenministerium im Gefüge der nationalsozialistischen Herrschaft (Schriften des Bundesarchivs 56), Düsseldorf 2000, S. 100-108. Vor allem die Frage, wie weit Kerrl die Vorgehensweise der NSDAP in Peine beeinflussen konnte, obwohl er in Berlin weilte, muss einstweilen unbeantwortet bleiben. Den Unterlagen im Stadtarchiv Peine nach zu urteilen, war sein Einfluss aber bedeutender, als von Kreutzer eingeschätzt.

Nach der „Machtergreifung"

Die Durchsetzung des Antisemitismus als politische Leitlinie stand nach der Konsolidierung der nationalsozialistischen Herrschaft auf kommunaler Ebene im Gefolge der Märzwahlen 1933 neben der Bekämpfung politischer Gegner in Gestalt der Parteien und Organisationen der Arbeiterbewegung im Mittelpunkt des Handelns der neuen Machthaber. In der als „rot" verschrieen Stadt Peine hatte dabei der Kampf gegen SPD, KPD und Gewerkschaften zunächst Vorrang, um das Patt zwischen bürgerlichen und sozialistischen Kräften in der Stadtverwaltung, das sich in den Jahren der Weimarer Republik herausgebildet hatte, endgültig zu beseitigen[36]. Offene antisemitische Vorgänge waren dagegen außerhalb der zentral angeordneten Maßnahmen, wie dem Aprilboykott 1933, zunächst selten. Es gab allerdings eine Ausnahme: das Kaufhaus „Brunsviga" am Marktplatz. Die Beseitigung dieses Kaufhauses bildete vom Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft an ein strategisches Ziel der örtlichen Parteiführung. Zwar betrafen viele Verordnungen und Gesetze alle Juden, doch wenn Initiativen lokaler Funktionsträger erkennbar sind, stand in der Regel Max Herzfeld mit seiner Firma im Mittelpunkt.

Ausschlaggebend für diese ungewöhnliche Konzentration auf ein Geschäft waren mehrere Aspekte. Wie in anderen Städten auch, wandte man sich vor allem größeren Kaufhäusern zu, während jüdische Einzelhändler nach der Beendigung des Aprilboykotts 1933 weitgehend unbehelligt blieben. Man erreichte so größere Akzeptanz bei der eingesessenen Kaufmannschaft und konnte an vorhandene Ressentiments anknüpfen. Die Partei hatte offenbar genau verfolgt, wie isoliert Herzfeld dastand, zumal der schärfste Gegner von Herzfeld, sein Nachbar Hermann Meyer, Parteimitglied und auch Führer des Kreiseinzelhandelsbundes Pei-

[36] Eine befriedigende Darstellung der Stadt Peine in den Jahren des Nationalsozialismus existiert bisher nicht. Vgl. meine kurze Charakterisierung in: Jens Binner: „Feind bleibt Feind" – Lebens- und Arbeitsbedingungen ausländischer Zwangsarbeiter, in: Ders. (Hg.): „... und trug das Zeichen OST." Zwangsarbeit in Stadt und Landkreis Peine (Schriftenreihe des Kreisheimatbundes Peine e.V., Bd. IV), Peine 2002, S. 13-60, hier S. 33-41.

ne wurde. Dazu kam die prominente Lage des Geschäftes. Größere Parteiveranstaltungen fanden in der Regel auf dem Marktplatz statt, an dem auch das Rathaus und das „Haus der Frau" der NS-Frauenschaft lagen, so dass im Hintergrund immer der Schriftzug der „Brunsviga" zu sehen war und bis Anfang 1936 den erfolgreichen Widerstand gegen die totale Durchsetzung nationalsozialistischer Politik symbolisierte. Angesichts der visuellen Orientierung der propagandistischen Inszenierungen ein wichtiger Grund, mit allen Mitteln gegen Herzfeld vorzugehen. Man benötigte diesen Erfolg auch dringend als Nachweis nationalsozialistischer Tatkraft, denn bereits im Juni 1933 sah man sich genötigt, im Kaisersaal der Hagenschänke – dem traditionellen Versammlungslokal der nationalistischen Verbände und Parteien, das gleichzeitig NSDAP-Parteizentrale war – eine öffentliche gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Bürgervorsteherkollegium (BV) abzuhalten, auf der man sich vor 500 Zuhörern für die geringen sichtbaren Erfolge rechtfertigen musste[37].

Der Aprilboykott betraf alle jüdischen Geschäfte, Rechtsanwälte und Ärzte gleichermaßen, die in einem Aufruf „zur Bildung einer Abwehrfront gegen die ausländische Greuelhetze" in der Lokalpresse aufgeführt waren. Im Vergleich mit anderen Städten verlief die Aktion in Peine fast gewaltfrei, nur eine Sachbeschädigung bei dem Rechtsanwalt Dr. Manasse ist bekannt[38]. Bei einer Veranstaltung des örtlichen Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand am Abend

[37] Rep 06/814 „Gemeinsame Sitzungen des Magistrats und des Bürgervorsteherkollegiums". Bei dieser Gelegenheit bat der Nationalsozialist und Direktor der städtischen Licht- und Wasserwerke Otto Knop in einer mehr als einstündigen Rede unter anderem um Verständnis dafür, dass „erst allerlei Einarbeitung nötig [sei], um überhaupt erst einmal einen Überblick über die ganze Kommunalverwaltung und den Kommunalbetrieb zu bekommen".

[38] Schilderung der Ereignisse bei: Bernd-Detlef Mau u. Christiane Schikora: Die Geschichte der Peiner Juden unter besonderer Berücksichtigung der Zeit von 1933 bis 1945, Peine o. J. (ca. 1980), S. 49-53 (Mschr.). Die Arbeit ist im Stadtarchiv Peine einzusehen. Hier fehlen allerdings auf S. 49f. bei der Abschrift des Boykottaufrufs die Geschäfte „Brunsviga" und Preiß, die im Original enthalten sind; vgl. Peiner Tagespost (PTP) vom 01. April 1933. Siehe auch: Bernd Mau: Die jüdische Gemeinde in Peine, in: Niedersachsenbuch 2000 Peine, hg. v. Nieders. Innenministerium u. der Stadt Peine, Hameln 2000, S. 159-167, hier S. 163.

des 1. April, auf der die Boykottaktion begründet wurde, standen dagegen Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte im Mittelpunkt. Der Senator und spätere Geschäftsführer der städtischen Licht- und Wasserwerke Otto Knop als Vorsitzender des Kampfbundes, drohte den Juden dabei, dass es an ihrem eigenen Verhalten läge, ob sie unversehrt blieben oder man ihnen den Kampf ansagen müsse[39].

Nach dem offiziell verkündeten Endes des Boykotts waren die Peiner Juden zwar von der allgemeinen antisemitischen Gesetzgebung betroffen, Ziel besonderer behördlicher Maßnahmen wurden sie aber nur, wenn sie von sich aus in Verkehr mit den Behörden treten mussten, etwa bei Ausverkäufen oder Zwangsversteigerungen. Hier bemühte man sich darum, die Bedingungen möglichst nachteilig für die jüdischen Kaufleute zu gestalten[40]. Nur gegen die „Brunsviga" von Max Herzfeld wurde die Stadtverwaltung selber aktiv. Man probierte in der Folge alle Facetten behördlichen Handelns aus, um Herzfeld zur Aufgabe zu zwingen und orientierte sich dabei offenkundig an Maßnahmen, die in anderen Städten bereits angewendet worden waren. Als Ergebnis entstand ein dauernder Druck auf das jüdische Einheitspreisgeschäft, bei dem sich Anordnungs- und Radauantisemitismus abwechselten. Umso erstaunlicher, dass Herzfeld nicht nur bis Anfang 1936 durchhielt, sondern sich bis dahin auch noch recht effektiv zu wehren wusste.

Den Anfang machte, wie anderenorts bereits seit Ende März veranlasst[41], ein ohne Aussprache angenommener Dringlichkeitsantrag der NSDAP-Fraktion in der gemeinsamen Sitzung von Magistrat und BV am 11. April 1933, in dem unter anderem den städtischen Bediensteten verboten wurde, in Warenhäusern und Einheitspreisgeschäften einzukaufen[42].

---

[39] PZ vom 2. April 1933.

[40] Rep 06/464 „Versteigerungen und Ausverkäufe".

[41] Vgl. Longerich: Vernichtung (wie Anm. 1), S. 40f.

[42] Rep 06/814 „Gemeinsame Sitzungen des Magistrats und des Bürgervorsteherkollegiums". Der Magistrat hatte bereits vor der Machtergreifung, am 17. Oktober 1932, beschlossen, keine öffentlichen Einkäufe mehr bei „Filialgeschäften", zu denen die „Brunsviga" gerechnet wurde, zu tätigen; Rep 06/1016.

Vorsitzender der Fraktion war der stellvertretende Kreisleiter Bernhard Schneider, der vor Ort die Geschäfte für den dauernd abwesenden Kreisleiter Hanns Kerrl führte. Schneider wird uns immer wieder als Motor und Organisator der gegen die „Brunsviga" gerichteten Aktionen begegnen und auch bei ihm spielten als Inhaber eines kleinen Manufakturwarenhandels ökonomische Interessen eine Rolle.

Am 22. Mai ging es dann um das Thema, dass bis Mitte 1935 die Auseinandersetzung zwischen Herzfeld und den öffentlichen sowie Parteistellen bestimmen sollte: auf Antrag der NSDAP-Fraktion im BV – wiederum begründet von Schneider – wurde die „Brunsviga" aufgefordert, „die Abteilung für Lebensmittel sowie die sogenannten Imbissecken aufzugeben"[43]. Zeitgleich bemühte man sich darum, Herzfeld die Kapitalzufuhr abzuschneiden, indem man intern die sogenannte „Hypothekenangelegenheit Brunsviga" thematisierte. Dabei nutzte man die Tatsache, dass der „Brunsviga" Mitte 1932 von der Stadtsparkasse eine Hypothek über 10.000 RM gewährt worden war, dazu, Bürgermeister August Wietfeldt unter Druck zu setzen und das Misstrauen ihm gegenüber als „Märzgefallenem"[44] zu demonstrieren. Wietfeldt verteidigte sich damit, dass er an der entscheidenden Abstimmung nicht teilgenommen habe, es aber bekannt gewesen sei, dass er „grundsätzlich gegen[45] die Begebung dieser fraglichen Hypothek war", da er erkannt habe, dass „es sich hier nicht allein um eine wirtschaftliche Angelegenheit, sondern um eine solche großer politischer Tragweite handelte"[46]. Er habe

[43] Rep 06/46 „Bürgervorsteherkollegium, Sitzungsprotokolle".

[44] Eintrittsdatum in die NSDAP: 1. Mai 1933. Wietfeldt war in den Jahren der Weimarer Republik zunächst Mitglied der DDP, dann der Staatspartei. Nach seiner Ablösung als Bürgermeister im Oktober 1934 wechselte er als Landgerichtsdirektor nach Berlin und war danach als Abteilungsleiter in Görings Vierjahresplanbehörde tätig, bevor er Oberbürgermeister zunächst in Iserlohn und dann in Witten (Ruhr) wurde. Nach dem Krieg war er bis zu seinem Tod im Jahr 1964 als freier Rechtsanwalt tätig. Ich danke Frank Wolf vom Stadtarchiv Witten für die Mitteilungen über Wietfeldts biographische Stationen.

[45] Wort im Original unterstrichen.

[46] Rep 06/596 „Niederschriften der gemeinschaftlichen Sitzungen der städtischen Körperschaften" u. Rep 06/814 „Gemeinsame Sitzungen des Magistrats und des Bürgervorsteherkollegiums"; Sitzung am 23. Juni 1933.

dann bei nächster Gelegenheit die Kündigung der Hypothek ausgesprochen. Gemeinsam mit einem Senator mahnte er abschließend die Vertraulichkeit von Kreditgeschäften an, da die NSDAP das Thema zunächst auch auf die Tagesordnung der erwähnten öffentlichen Sitzung im Kaisersaal setzen wollte, die sechs Tage später stattfand. Man entschied sich aber dafür, diese Angelegenheit dort nicht zu behandeln, wohl weil man kritische Nachfragen befürchten musste. Denn man hatte hier noch keine sichtbaren Erfolge vorzuweisen und konnte auch den Bürgermeister nicht öffentlich bloßstellen, der Parteimitglied war und trotz seiner Amtsführung in der „Systemzeit" nicht abgesetzt worden war. Außerdem hatte man den städtischen Gremien bereits klargemacht, dass eine künftige Kreditvergabe an Herzfeld ausgeschlossen war und Konsequenzen nach sich ziehen würde.

Im Übrigen knüpfte die NSDAP mit der Kritik an der Kreditvergabe an Debatten an, die bereits vor 1933 ausgebrochen waren. So gab es seit Mitte 1931 Auseinandersetzungen um den öffentlichen Kredit für Herzfeld, allerdings vorzugsweise als Ausdruck der allgemeinen Ablehnung von Warenhäusern, die als Bedrohung des örtlichen Einzelhandels aufgefasst wurden. So hielt Hans Michael Finger, einflussreicher Kommunalpolitiker und nach 1933 „Alleinherrscher" im Kulturbereich, auf einer Sitzung des Bürgervereins Anfang Juni 1931 eine Rede, in der er die Kreditvergabe scharf kritisierte. Er wies sogar darauf hin, dass der NSDAP-Kreisvorsitzende Kerrl alle Kunden der Sparkasse dazu aufgerufen hatte, ihre Konten aufzulösen[47]. Man übte also bereits hier den Schulterschluss und störte sich nicht an der antisemitischen Argumentation der NSDAP, die Ende Mai 1931 eine öffentliche Versammlung abgehalten hatte, auf der Kerrl als Redner „gegen Negersteuer und jüd. Warenhausrummel"[48] auftreten sollte. Auch in der Lokalpresse war die NSDAP schon als politische Kraft akzeptiert, denn die Peiner Ta-

[47] PTP v. 3. Juni 1931. Vorsitzender des Bürgervereins war der Rechtsanwalt Paul Adolf Dieckhoff, der nach 1933 Leiter der Peiner Ortsgruppe des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes und einer der exponiertesten Vertreter der Deutschen Christen wurde.

[48] PTP v. 30. Mai 1931.

gespost (PTP) druckte eine Entschließung der NSDAP-Versammlung ab, in der es anklagend hieß, dass „Senator van Borstel und der Sparkassenausschuss mit dem Spargroschen der Peiner Handwerker, Gewerbetreibenden usw. Warenhäuser"[49] finanziert.

Das Ergebnis der angeführten Maßnahmen bis Mitte 1933 war, dass die Geschäftsgrundlage der „Brunsviga" stark beeinträchtigt war. Die Schließung der Imbissecke als zentralem Bestandteil des Warenhauskonzeptes, minderte die Attraktivität des Geschäftes, das Verbot des Einkaufs für städtische Angestellte schmälerte die Kundenbasis und der faktische Entzug der Kreditvergabe erhöhte die Krisenanfälligkeit des Unternehmens. Aber Herzfeld wusste sich zunächst noch wirkungsvoll zu wehren. In einem Schreiben vom 30. November 1933 an das Zentralbüro der „Brunsviga" in Braunschweig, schilderte er ein Gespräch mit dem Stadtobersekretär Hintze, der ihn zum Rathaus bestellt hatte, um ihm den Antrag der Polizeiverwaltung Peine auf Entzug der Konzession zum Ausschank von Kaffee und anderen alkoholfreien Getränken zu eröffnen. Hintze hatte dabei zunächst versucht, damit zu argumentieren, dass die Firma ihren Namen geändert hätte und damit auch die Konzession „hinfällig" geworden sei. Herzfeld wies darauf hin, dass die Umbenennung schon vor über einem Jahr wirksam geworden wäre und nannte dies treffend einen „hergesuchten Grund". Dann drohte er mit der Entlassung von mindestens drei Angestellten bei Entzug der Konzession. Hintze regte dann an, „zu überlegen, ob wir auf die Konzession nicht freiwillig verzichten würden, um allen unangenehmen Schreibereien damit aus dem Wege zu gehen". Der Eindruck, dass Hintze nicht die treibende Kraft hinter diesem Antrag war, der sich aufgrund seiner ungeschickten und merkwürdig defensiven Argumentationsweise ergibt, wird von Herzfeld bestätigt. Er merkt an, dass Hintze „die Sache in durchaus höflicher und liebenswürdiger Form mit mir besprochen hat". Der zuständige Gewerbepolizeibeamte habe dagegen bei anderer Gelegenheit geäußert, „dass er alles, was er dazu tun könnte, um die Imbiss-Ecke zu schliessen,

[49] PTP v. 2. Juni 1931.

tun würde"[50]. Die Zentrale in Braunschweig antwortete daraufhin, dass man bereit sei, „unter allen Umständen" den Rechtsweg zu beschreiten und bis zur endgültigen Entscheidung drei Angestellte entlassen werde.

Am 18. Dezember gingen dann zwei Anträge bei der Stadt ein, die beide den Entzug der Ausschankkonzession forderten. Der eine Antrag stammte vom Kreisführer des Kreiseinzelhandelsbundes Peine, dem uns bereits bekannten Hermann Meyer, der andere vom Führer der Kreisverwaltung Peine des Reichseinheitsverbandes des Deutschen Gaststätten- und Fremdenverkehrsgewerbes, dem Gastwirt Wilhelm Schollbach. Meyer bezog sich knapp auf das Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes zum Schutz des Einzelhandels vom 15. Juli 1933 und führte ein fehlendes Bedürfnis als Begründung für den Entzug der Konzession an. Schollbach argumentierte ähnlich und schilderte die existenzielle Not der Peiner Gastwirte. Beide Schreiben waren vermutlich „Auftragsarbeiten"[51], die im Hinblick auf den von der „Brunsviga"-Geschäftsleitung angedrohten Rechtsstreit verfasst worden waren. Die Stadt konnte jetzt vorbringen, dass in breiten Kreisen der Gewerbetreibenden der Wunsch nach Entzug der Konzession besteht.

Gestützt auf diese beiden Anträge stellte dann die Ortspolizeibehörde bereits zwei Tage später den Antrag, die „Konzession zum Ausschank alkoholfreier Getränke und Verabreichung zubereiteter Speisen" zurückzuziehen. Man argumentierte, dass schon bei der Erteilung der Konzession kein Bedürfnis vorhanden gewesen sei und „die öffentliche Stimmung gegen diese Genehmigung [...] nunmehr immer stärker" würde, wobei man sich auf die beiden Anträge vom 18. Dezember bezog. Bezüglich der drohenden Entlassung

[50] Rep 05, Abt B, Fach 347, Nr. 96 „Ausschank von Kaffee, Limonaden pp. im Hause Am Markt Nr. 1"; danach auch das Folgende.

[51] Dieser Eindruck wird bei dem Schreiben von Meyer dadurch bestätigt, dass es sehr kurz gehalten ist und es darin heißt: „Es wird sich wohl erübrigen, hierzu noch nähere Ausführungen zu machen." Das heißt, wichtig war allein, dass ein entsprechendes Schriftstück präsentiert werden konnte. Schollbach nutzte die Gelegenheit, um an einige andere laufende Anträge seines Verbandes zu erinnern, die noch nicht entschieden waren; beide Schreiben ebd.

von drei Mitarbeitern, die sich im folgenden als Haupthindernis für einen Entzug der Konzession herausstellte, wies man darauf hin, dass durch das Fortbestehen des Ausschankes in den umliegenden Gaststätten weit mehr Arbeitsplätze gefährdet seien. Bürgermeister Wietfeldt sah allerdings die nötige Rechtssicherheit noch nicht als gegeben an und bat die Industrie- und Handelskammer für Südhannover um ein Gutachten. Dort hieß es, dass die Verordnung vom 15. Juli 1933 im Falle der „Brunsviga" nicht greift, da es sich nicht um einen Ausschank sondern lediglich um einen Verkauf handelt. Gleichzeitig bot man eine alternative Argumentation an, indem man die „Imbissecke" als reines „Werbemittel" einstufte, da mit ihr bei den zugrunde liegenden Preisen kein Gewinn erzielt werden könne und sie daher nur den Zweck habe, Kunden anzulocken. Dies sei allerdings ein „nicht übliches Werbemittel", weil dadurch andere Unternehmen, nämlich die Gaststätten, direkt geschädigt würden und daher könne die Anwendung dieses „unüblichen Werbemittels" untersagt werden. Vorsorglich erklärte man auch, dass durch den Entzug der Konzession keine Existenzgefährdung des Betriebes eintreten könne, da die Imbissecke nur zu gut 4% zum Gesamtumsatz des Unternehmens beitragen würde und ja nach Ansicht der IHK auch kein Gewinn damit erzielt werden könne. Abschließend regte man an, dass vor der Schließung des Imbisses dafür gesorgt werden sollte, die drei von Entlassung bedrohten Arbeitnehmer in anderen Betrieben unterzubringen, um einem entscheidenden Argument Herzfelds die Zugkraft zu nehmen.

Man nahm diese Anregung der IHK unverzüglich auf und bereits Anfang Februar 1934 konnte Wilhelm Schollbach melden, dass sich drei Betriebe gefunden hätten, die bereit seien, die Angestellten zu übernehmen. Danach sollte die Aufwäscherin vom „Schützenhaus", das Büffetfräulein vom Hotel „Peiner Hof" und die Köchin vom „Deutschen Haus" oder vom „Braunen Haus" („Hagenschänke") übernommen werden. Schollbach betonte, dass man so schnell gehandelt habe, weil man „alles tun werde, um den Erfrischungsraum endlich seinem Ende entgegenzuführen". Daraufhin fühlte Bürgermeister Wietfeldt sich genug gerüstet und stellte am

16. Februar über den Landrat an den Regierungspräsidenten in Hildesheim den Antrag auf Entzug der Konzession, wobei er sich auf die vorstehend geschilderten Schreiben und Gutachten bezog. Der Regierungspräsident in Hildesheim folgte dem Antrag und entzog Herzfeld „mit sofortiger Wirkung" die Konzession, wobei er auf die Möglichkeit der Beschwerde vor dem Reichswirtschaftsgericht hinwies, aber einschränkend hinzufügte, dass sich diese Beschwerde, die im übrigen aufhebende Wirkung hatte, nur auf die Gefährdung der Wirtschaftlichkeit des Gesamtbetriebes beziehen dürfe.

Max Herzfeld nutzte umgehend sein Beschwerderecht und erteilte dazu dem Rechtsanwalt Dr. Paul Goldschmidt III aus Hannover Vertretungsvollmacht. Goldschmidt führte drei Beschwerdegründe an. Zunächst sei es nicht möglich, wie in der Verfügung des Regierungspräsidenten geschehen, auch die Konzession zum Verkauf zubereiteter Speisen zu entziehen, da eine solche Konzession niemals erteilt worden sei. Die „Brunsviga" habe für diesen Verkauf keine Konzession beantragt, weil die „Abgabe von Speisen zur Verzehrung an Ort und Stelle im geringen Umfang" nicht konzessionspflichtig sei. Weiter wurde darauf hingewiesen, dass die „Brunsviga" kein Einheitspreisgeschäft mehr sei, sondern inzwischen als Kaufhaus geführt werde und von daher andere Voraussetzungen für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit der Konzession vorlägen[52].

Der Hauptgrund der Beschwerde war aber der dritte: die Gefährdung der Wirtschaftlichkeit des Gesamtunternehmens. Goldschmidt bestritt die Kalkulation der Stadt und nannte dabei Geschäftszahlen, aus denen Bedeutung des Unternehmens für die Stadt hervorging. Er führte die bereits genannte Zahl von 88.751 Kunden der Imbissecke im Jahr 1932 an und schätzte, dass jeder dieser Kunden zwei bis drei Einkäufe in den anderen Abteilungen des Kaufhauses

[52] Die Tatsache der Umbenennung im April 1932 hatte auch im Antrag der Ortspolizeibehörde vom 20. Dezember 1933 eine Rolle gespielt. Dort wurde zugegeben, dass in der „Brunsviga" nunmehr keine „Einheitspreiswaren [mehr] feilgeboten" würden, das Geschäft in der öffentlichen Wahrnehmung aber immer noch als Einheitspreisgeschäft gelte.

getätigt hat. Durch den Fortfall dieser „etwa 89.000 Kunden" sei die „Rentabilität [...] zum mindesten gefährdet [...], wenn [sie] nicht überhaupt fortfällt". Daher sei der Erhalt der Imbissecke eine „Lebensfrage" und die Existenz der „45 Angestellten" sei auf das Höchste bedroht. Ein Bedürfnis sei offensichtlich vorhanden, wenn in einer „Kleinstadt von ca. 18 000 Einwohnern" so viele die Imbissecke nutzten. Die Gastwirtschaften seien nicht betroffen, da es nur um den Ausschank alkoholfreier Getränke gehe.

Die Stellungnahme von Bürgermeister Wietfeldt zur Beschwerde von Herzfeld ist relativ knapp gehalten, weil die Argumente der Stadt im wesentlichen bereits bekannt waren. Er erwiderte zur Frage der Bezeichnung des Geschäftes, dass das Unternehmen „nach aussen [...] nur die Bezeichnung ´Brunsviga` [führt], also ohne den Zusatz Kaufhaus G.m.b.H. Das wird hier als irreführend angesehen." Die behauptete Gefährdung der Wirtschaftlichkeit des Gesamtunternehmens wird als „unberechtigte Schutzbehauptung" angesehen. Insgesamt, urteilte er, „tritt hier ganz deutlich die Eigenart des fremdrassigen Kaufmanns hervor, welcher jede Gelegenheit ausnutzt, Geschäfte zu machen, ohne Rücksicht auf die übrige Geschäftswelt". Damit hatte Wietfeldt in diesem Verfahren erstmals offen antisemitisch argumentiert, nachdem vorher immer nur kommentarlos die Tatsache angeführt worden war, dass Herzfeld ein „jüdischer Kaufmann" war. Wietfeldt zeigte dadurch seine Ungeduld mit dem rein juristischen Verfahren, das sich bereits über ein Jahr lang hinzog, ohne dass ein Erfolg sichtbar war und versuchte, den Gang der Dinge zu beschleunigen.

Mit einer schnellen Entscheidung des Reichswirtschaftsgerichtes war aber nicht zu rechnen und man versuchte daher, mit anderen Maßnahmen den Druck auf Herzfeld aufrecht zu erhalten. Im Juli 1934 wurde in den Geschäftsräumen eine „gewerbliche Revision"[53] durchgeführt, wobei bemängelt wurde, dass für „36 weibliche Personen" „nur eine Klosettanlage vorhanden" war. Herzfeld wurde aufgegeben, mindestens eine weitere Toilette für das weibliche Personal

[53] Ebd.

einzubauen. Dazu waren allerdings größere Umbauten nötig und Herzfeld konnte weitere Maßnahmen nur dadurch verhindern, dass er bis zur Fertigstellung des Umbaues Anfang April 1935 seine private Toilette zur Verfügung stellte.

Im September 1934 kam durch einen Kompromissvorschlag von Rechtsanwalt Goldschmidt neue Bewegung in das beim Reichswirtschaftsgericht anhängige Verfahren. Die Firma „Brunsviga" sei bereit, die Entziehung der Konzession für die Abgabe von Getränken zu akzeptieren, wenn der Verkauf von zubereiteten Speisen erlaubt bleibe. In diesem Falle sei man auch bereit auf die Entlassung des Personals zu verzichten. Abschließend verwies Goldschmidt auf ähnlich gelagerte Fälle, wo im Sinne der Beschwerdeführer entschieden worden sei, unter anderem im „Falle Karstadt". Bürgermeister Wietfeldt beharrte allerdings kompromisslos auf seinem Standpunkt und forderte weiterhin das Verbot des Verkaufs von Getränken und Speisen. Argumentationshilfe erhielt er vom Führer der Kreisverwaltung Peine des Reichseinheitsverbandes des deutschen Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, Hermann Geue, der die Peiner Festsäle am Wilhelmsplatz betrieb. Er schickte im Dezember 1934 zwei Auflistungen mit Präsedenzfällen von Schließungen von „Warenhaus-Erfrischungsräumen" zu, die mit Bemerkungen zum Stand der Verfahren und den Begründungen für die beantragten Schließungen versehen waren.

Als klar wurde, dass sich das Verfahren vor dem Reichswirtschaftsgericht weiter in die Länge zog, setzte der offene Terror wieder ein. Am 2. November 1934 kam es zunächst zu einer anscheinend ungeplanten Aktion dreier alkoholisierter Parteifunktionäre. Sie waren gegen 2 Uhr nachts bei der Kontrolle der Polizeistunde aus dem Lokal Härkes Bierstube am Gröpern verwiesen worden und zogen daraufhin randalierend die Breite Straße entlang. Nachdem sie bei dem Schuhgeschäft Fels und der „Brunsviga" nichts ausrichten konnten, weil die Schaufenster durch Eisengitter gesichert waren, begaben sie sich auf den Damm und traten dort die Schaufensterscheibe des Textilwarenhändlers Hermann Marburger ein. Nach kurzer Verfolgung konnten alle drei festgenommen und verhört werden. Es handelte sich um Fritz Zühlke, Bü-

roangestellter der Deutschen Arbeitsfront und Sturmmann der SA, Willi Frühling, ebenfalls Büroangestellter der Deutschen Arbeitsfront sowie Kreispropaganda- und Pressewart der NSBO[54] und Albert Dettmer, Kreisjugendwalter der Deutschen Arbeitsfront. Während Dettmar die Tat abstritt, räumten Zühlke und Frühling die Delikte ein, beriefen sich aber auf ihren alkoholisierten Zustand. Frühling äußerte: „Ich sehe meine verwerfliche Tat ein und bitte, die Sache keinesfalls politisch auslegen zu wollen, denn wir hatten uns nicht verabredet, ausgerechnet die Schaufensterscheibe in einem jüdischen Geschäft einzutreten."[55] Der ermittelnde Beamte, Kriminalassistent Kruse, kam allerdings zu einer anderen Einschätzung: „Zweifellos dürfte die von den Tätern begangene Sachbeschädigung politischen Hintergrund haben, denn sie haben ausgerechnet jüdische Geschäfte aufgesucht."[56] Außerdem berichtete er, dass Dettmer ihn bedroht hatte: „Herr Kruse lassen sie die Finger von dieser Sache, es könnte böse für sie ausfallen, denn ich bin der persönliche Adjutant des Kreisleiters Schneider."[57] Und in der Tat richtete Schneider bereits einen Tag später ein Protestschreiben gegen die Verhaftung der drei Parteigenossen an den Bürgermeister. Zwar forderte er, die Verdächtigen „doppelt schwer zu bestrafen", weil sie „mein besonderes Vertrauen besassen und da sie dasselbe gebrochen haben", verlangte aber gleichzeitig, dass bei der Polizeiverwaltung in „Zukunft ein anderer Geist einzieht", denn es sei bisher versäumt worden, „die Polizeibeamten im richtigen Geist zu unterrichten". Im übrigen seien die Beschuldigten bei der Vernehmung geschlagen worden[58].

---

[54] Die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) war als Ersatz für die zerschlagenen freien Gewerkschaften gegründet worden.

[55] Rep 06/742 „Bekämpfung politischer Ausschreitungen und allgemeine politische Angelegenheiten".

[56] Ebd.

[57] Ebd.; im Original unterstrichen. Bernhard Schneider war zwar nur stellvertretender Kreisleiter, führte aber die Geschäfte für den dauernd abwesenden Hanns Kerrl.

[58] Rep 06/747 „Beiakte zur Personalakte des Polizeikommissars Alfred Richter". Richter, Leiter der Polizeiverwaltung Peine, war kurzzeitig SPD-Mitglied gewesen und stand daher unter besonderer Beobachtung der Nationalsozialisten. Schneider bezeichnete Frühling auch als „Kreiswalter der NSG ´Kraft durch Freude` ".

Bürgermeister Erich Krüger, der im Oktober 1934 August Wietfeldt abgelöst hatte, musste daraufhin einen vierseitigen Bericht an den Regierungspräsidenten in Hildesheim verfassen, in dem er den Vorwurf widerlegen wollte, dass „die Polizeibeamten der Stadtverwaltung Peine den Juden jetzt besondere Sympathien entgegenbringen"[59].

Im Dezember 1934 sah sich Max Herzfeld dann einer Reihe organisierter Störungen gegenüber, die insbesondere den Zweck verfolgten, sein Weihnachtsgeschäft zu mindern. Für den 1. Dezember meldet der „Tätigkeitsbericht der Schutzpolizei" einen „Auflauf vor der Brunsviga", ohne auf die Gründe einzugehen[60]. Höhepunkt war dann eine Boykottaktion am 9. Dezember, als deren Organisator der bereits erwähnte stellvertretende Kreisleiter Bernhard Schneider erscheint. Im Bericht der Schutzpolizei heißt es, dass es an diesem Tage „gegen 16.30 Uhr" vor der „Brunsviga" „anlässlich des Weihnachtsverkaufs zu Ansammlungen" gekommen sei. „Schüler der hiesigen Obergruppenschule rotteten sich zu Gruppen zusammen und stellten sich mitten auf dem [sic] Bürgersteig, wodurch der Passantenverkehr erheblich gestört wurde. Ausserdem wurde in den Geschäftsräumen eine stark riechende Flüssigkeit von unbekannten Tätern ausgeschüttet. Auf Grund dessen wurde das Geschäft um 18,30 [sic] Uhr[61] von dem Inhaber geschlossen."[62]

Dass in dieser Darstellung wesentliche Geschehnisse weggelassen wurden, um die Tat wie einen Schülerstreich erscheinen zu lassen, wird an der Schilderung der Ereignisse deutlich, die der Anwalt von Herzfeld, Dr. jur. Paul Goldschmidt III aus Hannover, am 10 Dezember in seiner Beschwerde

---

[59] Ebd.

[60] Rep 06/545 „Pressesachen der Polizeiverwaltung". Es handelt sich lediglich um eine knappe Auflistung der polizeilichen Einsätze.

[61] Ungefähr eine Stunde vor dem regulären Geschäftsschluss.

[62] Rep 06/742 „Bekämpfung politischer Ausschreitungen und allgemeine politische Angelegenheiten". Danach auch das Folgende. Der offizielle Lagebericht an den Landrat meldete für den Monat Dezember 1934 in politischen Angelegenheiten „Fehlanzeige". Nur aufgrund der Beschwerden von Herzfelds Anwalt bei der politischen Abteilung im Regierungspräsidium Hildesheim wurde der Schriftwechsel dieser Akte zugeordnet.

an den Regierungspräsidenten in Hildesheim gibt. Denn die Obergruppenschüler der SA, die auf dem Gelände der ehemals jüdischen Simonstiftung am Stadtrand von Peine untergebracht waren, waren nicht die Initiatoren der Aktion. Goldschmidt schreibt: „Gegen 16½ Uhr erschien der stellvertretende Kreisleiter der NSDAP in Uniform vor dem Geschäftseingang und blieb bis zum Ladenschluss stehen. Er fixierte die eingehenden Kunden scharf, so dass sich die Käufer zum grössten Teil nicht mehr getraut haben, das Lokal zu betreten." Erst später seien die Obergruppenschüler dazugestoßen, „so dass sich nunmehr eine grosse Menschenmenge im weiten Kreise um das so bewachte Haus der Antragstellerin versammelte". Herzfeld hatte darauf hin die Polizei alarmiert, die dann die Anwesenden zum Weitergehen aufforderte. Die Schüler leisteten dem auch Folge, Schneider blieb dagegen vor dem Eingang stehen. Außerdem bemerkten die Angestellten gegen 18 Uhr einen üblen Gestank im Geschäft, der ihnen schon gut bekannt war, da „bereits vor einigen Wochen im Geschäft ein Sabotageakt dadurch verübt war, dass im Lokal eine ausserordentlich übelriechende Flüssigkeit, nämlich Saprol ausgeschüttet war". Und auch diesmal fand man „vor der Konfitürenabteilung wieder eine zerbrochene Flasche mit Saprol vor".

Danach gab Herzfeld auf und schloss sein Geschäft „Eine Dame hörte, wie Herr Schneider hierauf bemerkte: ´Das wollte ich gerade, deswegen habe ich mich hierhin [sic] gestellt.`" Goldschmidt verwies dann auf eine Verfügung des Reichswirtschaftministeriums, nach der eine „Störung des Weihnachtsgeschäftes unter allen Umständen unterbleiben soll". Dass er gleich an das Regierungspräsidium schrieb, begründete Goldschmidt damit, dass er sich zunächst an die Stadt als Ortspolizeibehörde gewandt hatte, wo es aber hieß, dass Bürgermeister Krüger zur Zeit verreist sei und durch Schneider vertreten würde, „der seitens der Antragstellerin natürlich nicht um Abhilfe gegen sein eigenes Vorgehen angegangen werden kann." Bereits einen Tag später beschwerte sich Goldschmidt erneut bei der politischen Abteilung des Regierungspräsidiums, da Schneider seine Aktion wiederholt hatte. Und in der Nacht vom 14. auf den

15. Dezember wurde schließlich eine Schaufensterscheibe der „Brunsviga" „mittels eines halben Ziegelsteines eingeworfen". Obwohl die Kriminalabteilung der Polizei vermutete, „dass ein Angehöriger der hiesigen Gruppenschule als Täter in Frage kommt, welcher am Freitag von der Schule entlassen worden ist", verzichtete Herzfeld auf eine Strafanzeige. Er hatte vermutlich verstanden, dass er innerhalb Peines nicht mehr auf Unterstützung rechnen konnte, sondern nur noch Beschwerden, bei denen übergeordnete Stellen zuständig waren, Aussicht auf Erfolg hatten.

Bürgermeister Krüger wurde daraufhin vom Landrat beauftragt, eine schriftliche Stellungnahme von Schneider einzuholen. In dem Bericht des Bürgermeisters hieß es hierzu, dass Schneider sich derzeit aufgrund von Arbeitsüberlastung nicht schriftlich äußern könne. Er habe aber mit ihm Rücksprache gehalten. Dabei hatte Schneider zugegeben, nicht nur am 9. Dezember sondern auch an den folgenden Tagen „vor dem Geschäftshaus auf und ab gegangen" zu sein. Er habe aber niemanden am Betreten des Geschäftes gehindert, sondern habe sich dort nur aufgehalten, um festzustellen, ob „Parteigenossen in Uniform oder mit nationalsozialistischen Abzeichen – trotz des bekannten Verbots des Führers und seines Stellvertreters" das Geschäft besuchen. Krüger meinte daher, dass Schneider sich „in jeder Beziehung einwandfrei" verhalte und er daher nicht gegen ihn einschreiten müsse. Es hätte sich auch niemand anders als Herzfeld beschwert. Am 15. Dezember sei dann noch aus Braunschweig Gustav Forstenzer als einer der Inhaber der „Brunsviga" bei ihm erschienen, um das Verhalten Schneiders zu kritisieren.

Krügers Schilderung des Gesprächs mit Forstenzer vermittelt einen guten Eindruck davon, in welch defensiver Lage sich jüdische Antragsteller bereits zu diesem Zeitpunkt befanden. Forstenzer beschwerte sich zwar über den Aufenthalt von Schneider vor dem Geschäft, fügte aber hinzu, dass „die Inhaber des Geschäftes selbst in keiner Weise an dem Verhalten des Herrn Schneider Anstoß nehmen, und dass sie sich auch in keiner Weise durch sein Verhalten geschädigt fühlen", obwohl Schneiders Aktionen zweifellos zu enormen

Umsatzeinbußen geführt hatten, womit auch Goldschmidt in seinen Beschwerden an den Regierungspräsidenten argumentiert hatte. Im weiteren Verlauf des Gesprächs behauptete Forstenzer dann noch, dass die Behörde das Geschäft boykottiere, was ja aufgrund der Beschlüsse vom Oktober 1932 über das Verbot der Vergabe öffentlicher Aufträge an Filialgeschäfte und vom April 1933 über das Einkaufsverbot der städtischen Angestellten in Warenhäusern kaum zu bestreiten war. Krüger wertete diese Äußerung trotzdem als Beleidigung, woraufhin Forstenzer sofort „erklärte, er wolle das in keiner Weise behaupten, er habe sich lediglich falsch ausgedrückt und er bitte um Entschuldigung". Krüger kündigte trotz dieser Entschuldigung aber eine Strafanzeige an. Sein Schreiben an den Landrat schloss Krüger damit, dass er wiederholte Sachbeschädigungen einräumte, Schneider aber nicht als Mittäter sondern im Gegenteil als jemanden bezeichnete, der solche Taten verhindern wolle. Daher bilde sein Aufenthalt am Marktplatz auch einen Schutz für Herzfelds Geschäft. Dann dreht er den Spieß um und äußerte: „Ich habe den Eindruck, dass es sich bei dieser ganzen Beschwerde nur um eine Maßnahme handelt, die darauf hinausgehen soll, die Stellung des Geschäftsinhabers in der hiesigen Geschäftswelt zu verbessern und bei der urteilslosen Käuferschaft den Eindruck eines besonderen staatlichen Schutzes und einer besonderen Anerkennung seiner Leistungen zu erwecken." Dies, obwohl er ja umfassend in den Rechtsstreit über die Schankkonzession verwickelt war, in die auch das Regierungspräsidium involviert war[63].

Gleichzeitig mit der Beschwerde bei den örtlichen Stellen, hatte die „Brunsviga" auch über die Großhandelsgesellschaft Leipzig noch am 10. Dezember das Reichswirtschaftsministerium benachrichtigt, das daraufhin über den Oberpräsidenten in Hannover auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen drang, die eine Beeinträchtigung nichtarischer Geschäfte im gesamtwirtschaftlichen Interesse

[63] Rep 06/458 „Konzessionen für Gast- und Schankwirtschaften und den Kleinhandel mit Branntwein". Hierin Notiz vom November 1934, dass sich die Schankkonzession der „Brunsviga" in einer Beschwerdesache beim Regierungspräsidium befinde.

untersagten[64]. Aufgrund der Wiederholung von Schneiders Handlungen, wandte sich das Reichswirtschaftsministerium am 15. Dezember dann telefonisch direkt an die Stadt und erklärte: „Diese Handlungsweise ist ungesetzlich und mit allen Mitteln zu unterbinden. Gegen Saboteure ist strengstens vorzugehen. Es ist unbedingt Sorge zu tragen, dass der Verkauf in Ruhe von statten [sic] geht." Am 21. Dezember lag Bürgermeister Krüger dann schließlich die schriftliche Stellungnahme von Schneider vor und Krüger sah sich dadurch in seiner Position gestärkt, dass die „gehässigen Anschuldigungen [...] auf keinen Fall zutreffen". Er forderte sogar strafrechtliche Konsequenzen für Herzfeld, denn „es dürfte keinesfalls angängig sein, dass ein jüdischer Geschäftsmann in so leichtfertiger Weise unwahre Anschuldigungen erheben darf, um so seinen Verdienst vergrößern zu wollen".

Nachdem durch diese Maßnahmen das wichtige Weihnachtsgeschäft für Herzfeld fast ganz ausgefallen war, wurde er gleich zum Jahresbeginn 1935 erneut unter Druck gesetzt. Am 3. Januar 1935 meldete Kurt Dalüge, der Führer der DAF in Peine, telefonisch, dass „in der Brunsviga Bienenstich und Windbeutel verkauft sein sollen [sic], welche bereits dem Verderben ausgesetzt waren"[65]. Ein Polizist erwarb daraufhin sofort eine Probe Bienenstich zur weiteren Untersuchung, wobei er feststellte, dass „die vorhandene Sahne für Windbeutel [...] frisch und unverdorben" war. Auch die nachfolgende Untersuchung durch die Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt Hildesheim ergab keine Beanstandungen, aber vermutlich war der Zweck der Anzeige bereits damit erfüllt, dass ein Uniformierter im Geschäft eine Probe kaufte und die Lebensmittel in Augenschein nahm. In einer Kleinstadt wie Peine wird sich dieser rufschädigende Auftritt schnell herumgesprochen haben.

Nach diesem Intermezzo offenen Terrors und versuchter Beeinträchtigung des Geschäftsbetriebes, kam ab Februar 1935 neue Bewegung in die Auseinandersetzung um die Schankkonzession der „Brunsviga". Nachdem Anfang

[64] Rep 06/742 „Bekämpfung politischer Ausschreitungen und allgemeine politische Angelegenheiten". Danach auch das Folgende.

[65] Rep 06/470 „Untersuchung von Lebensmitteln".

Dezember ja bereits die Kreisverwaltung Peine des Reichseinheitsverbandes des deutschen Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes der Stadt Argumentationshilfe geleistet hatte, äußerte sich nun wieder Hermann Meyer, diesmal als Führer der Zweigstelle Peine der Industrie- und Handelskammer für Südhannover, unter Anführung der bekannten Argumente in ähnlicher Weise. Bürgermeister Krüger forderte daraufhin mit dem Hinweis auf den Runderlass des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Inneren vom 19. Januar 1935 über „Erfrischungsräume in Warenhäusern"[66] abermals den sofortigen Entzug der Schankkonzession. In diesem Erlass war unter Berufung auf das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz des Einzelhandels vom 13. Dezember 1934 die Beweislast umgekehrt worden. War vorher als Regelfall von einem Bedürfnis für Erfrischungsräume in Warenhäusern ausgegangen worden und eine Schließung nur bei nachgewiesener Schädigung der anderen Kaufleute und der Gastwirte durchsetzbar, wurde nunmehr die Frage des Bedürfnisses grundsätzlich verneint. Der Geschäftsinhaber musste damit ein besonderes Bedürfnis nachweisen, um seine Konzession zu behalten. Das Regierungspräsidium entzog danach die Konzession mit Wirkung zum 1. Juli 1935 und verbot die „Abgabe zubereiteter Speisen" mit sofortiger Wirkung, worauf Dr. Goldschmidt III wieder umgehend Beschwerde beim Reichswirtschaftsgericht einlegte und auf das schwebende Verfahren aus dem Jahr 1934 verwies. Aufgrund der geänderten Gesetzeslage stand Herzfeld inzwischen aber auf verlorenem Posten und folgerichtig informierte der Vorsitzende des zweiten Senats des Reichswirtschaftsgerichtes, Dr. Schreiner, am 25. Mai die Prozessparteien darüber, dass das Verfahren eingestellt worden war. Schreiner wies dabei vorsorglich darauf hin, dass die Beschwerdeanträge der „Brunsviga" auch „keine Weiterbehandlung durch den Reichswirtschaftsminister als Ausnahmeanträge" finden können. Damit hatte dieses langwierige Verfahren sein endgültiges Ende gefunden und

[66] Erlass enthalten in: Rep 05, Abt B, Fach 347, Nr. 96 „Ausschank von Kaffee, Limonaden pp. im Hause Am Markt Nr. 1"; Auszug aus dem Ministerialblatt für die innere Verwaltung Nr. 5 vom 30. Januar 1935, Teil I; Danach auch das Folgende.

Herzfeld musste den Anordnungen nachkommen. Der Versuch, die nationalsozialistische Verfolgung juristisch zu stoppen, war damit gescheitert, hatte den Gang der Dinge aber lange verzögern können und das Ansehen der Gegenseite geschwächt, weil die lokale Parteiführung in dieser Sache keine schnellen Erfolge vorweisen konnte.

Trotz des anhaltenden Kesseltreibens zeigte sich Herzfeld nicht eingeschüchtert. So meldete er am 11. Juni 1935 bei der Schutzpolizei, „dass es im Hause Am Markt 2 (frühere Landratswohnung) sehr viele Ratten gebe. Die Ratten kämen schon durch die Wand auf sein Grundstück."[67] Zwar dauerte die Bearbeitung dieser Meldung vier Wochen und damit erheblich länger als bei ähnlichen Verfahren, aber schließlich wurde der NS-Frauenschaft, die das Gebäude inzwischen übernommen hatte, doch aufgetragen, für die Bekämpfung der Ratten zu sorgen.

Den ganzen Sommer über gab es immer wieder Störungen des Geschäftsbetriebes der „Brunsviga", über die zwar keine Einzelheiten vorliegen, deren Ausmaß aber indirekt aus der Beschwerde eines Bewachungsdienstes hervorgeht. Am 15. August 1935 wandte sich der Geschäftsführer der Firma „Peiner Heimschutz – Schwarze Husaren" an den Bürgermeister und berichtete darüber, dass sein Inspektor in Peine ihm berichtet hätte, „dass in Peine infolge der Vorkommnisse in letzter Zeit die Judenfrage verschärft ist"[68]. Er erwähnt die Anbringung von Schildern „Juden nicht erwünscht" an den „Ein- und Ausgängen der Dörfer" und außerdem seien „auch Stimmen laut geworden gegen den Peiner Heimschutz als ´Judenbewacher`. Unter anderem soll der Wachmann, der bei der Firma ´Brunsviga` den Bewachungsbeitrag in Uniform kassierte, fotografiert worden sein." Einige christliche Kunden hätten mit der Zurückziehung von Aufträgen gedroht. Um deutlich zu machen, dass es ihm nur um geschäftliche Angelegenheiten geht, schob er dann

[67] Rep 06/934 „Ungezieferbekämpfung". Klammern im Original; makabererweise befindet sich in dieser Akte auch ein Rundschreiben der Firma BAYER IG Farbenindustrie AG, in dem unter anderem für die „Zyklon - B– Durchgasung" zur Schädlingsbekämpfung geworben wird.

[68] Rep 08/458 „Bewachungsgewerbe".

folgenden Absatz ein: „Als rein arischer Volksgenosse bin ich selbstverständlich in der Judenfrage mit den Massnahmen der Regierung voll und ganz einverstanden und kann ich es sehr gut verstehen, dass diesen rassefremden Elementen das unsaubere Handwerk gelegt wird." Aber er sei auch auf die jüdischen Aufträge angewiesen, zumal gültige Verträge existieren würden, wollte aber auch nicht als „Judenknecht" abgestempelt werden. Darum bat er den Bürgermeister um eine Auskunft, wie er sich verhalten sollte. Vermutlich hatte er gehofft, dass Bürgermeister Krüger ihm zur Kündigung der Verträge raten und dafür finanzielles Entgegenkommen, etwa in Steuerfragen, signalisieren würde. Doch Krüger zeigte sich kurz angebunden. In seiner Antwort[69] erklärte Krüger sich zunächst für nicht zuständig, wies ihn aber darauf hin, dass er „als deutscher[70] Unternehmer selbst wissen [müsse], wie Sie sich zu dieser Äußerung des allgemeinen Volkswillens zu verhalten haben". Der Vorgang beleuchtet trotz fehlender Details schlaglichtartig das Klima der Denunziation und Verdächtigung, dem sich jeder ausgesetzt sah, der weiterhin Geschäftsbeziehungen mit Juden pflegte.

Nachdem man Ende Mai 1935 endgültig die Schließung der Imbissecke erreicht hatte, bediente man sich ab August des Jahres eines anderen Instruments, um auch den behördlichen Druck auf Herzfeld aufrecht zu erhalten. Bereits im Juni 1933 war ein Erlass[71] über die „Bezugsstellen für die verbilligten Speisefette" erschienen, der Warenhäuser grundsätzlich als Bezugsstellen zuließ, Einheitspreisgeschäfte dagegen regelmäßig ausschloss. Anlass zur Aufnahme dieses Vorganges war die Beschwerde eines Konkurrenten von Herzfeld, des Kolonialwarenhändlers Fritz Rauls, Rosenhagen 48, der anzeigte, dass Angestellte der „Brunsviga" behauptet hätten, nur sie könnten aufgrund der Größe ihrer Vorräte die Versorgung mit verbilligter Haushaltsmargarine

[69] Ebd. Es ist nur der Entwurf des Antwortschreibens überliefert, der aber einen „Erledigt"-Vermerk trägt.

[70] Wort im Original unterstrichen.

[71] Rep 05, Abt B, Fach 347, Nr. 96 „Ausschank von Kaffee, Limonaden pp. im Hause Am Markt Nr. 1"; Auszug aus dem Ministerialblatt für die innere Verwaltung vom 14. Juni 1933.

sicherstellen, wogegen die anderen Bezugsstellen dazu nicht in der Lage wären. Diese Äußerungen wurden als strafbarer „unlauterer Wettbewerb" gewertet, weshalb Ermittlungen aufgenommen wurden. Bei der Vernehmung erklärte Frau Rauls, die vornehmlich das Geschäft führte, dass es ihr unerklärlich sei, dass die „Brunsviga" immer ausreichende Mengen Haushaltsmargarine am Lager hätte, obwohl doch die Zuteilungen erst nach Einreichung der Abschnitte der Bezugsberechtigten erfolgen sollte. Dies sei nur möglich, wenn die „Brunsviga" die Margarine bereits vor Einreichung der Abschnitte erhalte. Trotz jahrelanger offener Verfolgung hielt sich anscheinend hartnäckig das Gerücht einer Bevorzugung des jüdischen Kaufhauses. Stadt- und Parteiführung wurde klar, dass nur die endgültige Schließung der „Brunsviga" Kritik an mangelnder Durchsetzungsfähigkeit in der „Judenfrage" beseitigen konnte.

Bürgermeister Krüger stellte daraufhin beim Regierungspräsidium in Hildesheim den Antrag auf Ausschluss der „Brunsviga" als Bezugsstelle für verbilligte Speisefette. Zur Begründung berief er sich auf den Erlass vom Juni 1933, wonach die Zulassung unrechtmäßig erfolgt sei. Außerdem sei es „im nationalsozialistischen Staat [...] auch nicht mehr angängig, dass ein jüdisches Unternehmen [...] an den getroffenen Maßnahmen der Reichsregierung [...] beteiligt werde". Der Regierungspräsident verwehrte zunächst den Ausschluss unter Berufung auf die inzwischen erfolgte Umwandlung der „Brunsviga" von einem Einheitspreisgeschäft in ein Kaufhaus. Krüger reichte daraufhin die Stellungnahme der Kreisamtsleitung der NS-Hago ein, nach der „das Geschäft ´Brunsviga` nach wie vor den Charakter eines Einheitspreisgeschäftes hat" und schloss sich dieser Einschätzung ausdrücklich an. Daraufhin wurde Herzfeld am 2. Oktober 1935 die Zulassung zum Verkauf von verbilligten Speisefetten entzogen. Der von der Zentrale der „Brunsviga" in Braunschweig gegen diesen Bescheid eingelegte Einspruch, in dem Geschäftsführer Forstenzer unter Berufung auf die Zweckvereinigung Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel in Berlin, nochmals den Charakter als Kaufhaus begründet hatte, wurde am

11. Februar 1936 „als unbegründet zurückgewiesen", nachdem sich auch die Industrie- und Handelskammer der Ansicht von Bürgermeister Krüger angeschlossen hatte.

Zwischenzeitlich war ein weiteres Verfahren gegen Herzfeld eröffnet worden. Am 21. Oktober 1935 war auf eine Denunziation des bei Herzfeld angestellten Hausdieners Wilhelm Weinrich hin durch den Treuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Niedersachsen in Hannover eine Betriebsbesichtigung durch die DAF RGB Handel in Hannover vorgenommen worden[72], bei der zahlreiche Verstöße gegen die Vorschriften zum Umgang mit Lebensmitteln festgestellt worden waren. So sei die Waschküche gleichzeitig als Lagerraum für Lebensmittel genutzt worden, Behälter für Speiseöl, Essig und Himbeersaft seien nicht ordnungsgemäß verschlossen gewesen, ebenso wie zwei Fässer „Fischmarinaden". Säcke mit Hülsenfrüchten und Zucker seien in einem feuchten Keller gelagert worden und der Dachboden sei mit feuergefährlichen Materialien, wie Textil-Gummi und Lederwaren „angefüllt" gewesen. Außerdem seien „angeschimmelte Bücklinge mit Speiseöl abgerieben worden", um sie wieder frisch aussehen zu lassen und noch verkaufen zu können. Unverkäufliche Bücklingen seien „des öfteren [...] kistenweise verbrannt" worden, Sauberkeit, Anstrich und Putz der Lagerräume ließen allgemein „zu wünschen übrig". Anscheinend lag aber auch ein Gutachten vor, das keine Beanstandungen zeigte, denn es wurde angemerkt: „Unverständlich bleibt das Urteil des Gerichtschemikers Dr. Paul Nehring, Braunschweig, zumal dieser sonst als sehr zuverlässig bekannt ist."

Interessant ist die Auflistung der Personen, die die Betriebsbesichtigung durchgeführt hatten: Hermann Meyer begegnet uns hier wieder in seiner Eigenschaft als „Kreisbetriebsgemeinschaftswalter" und Kurt Dalüge, der es ja bereits im Januar 1935 mit einer Anzeige wegen angeblich verdorbener Lebensmittel versucht hatte, war als „Abteilungsleiter der Kreisverwaltung" aufgeführt. Außerdem waren der Kreisfachgruppenwalter „Einzelhandel", Hansen, und der Kreisfachwart der Rekofei, Schaper anwesend. In

[72] Ebd.

den folgenden Vernehmungen von Herzfeld und denjenigen seiner Angestellten, die im Lebensmittelbereich tätig waren, bekräftigte nur Weinrich die Vorwürfe. Die übrigen Angestellten räumten dagegen nur kleinere Vergehen ein, für die aber Weinrich selbst die Verantwortung trage. Eine erneute Besichtigung am 7. November 1935 durch zwei Polizeibeamte und Kreismedizinalrat Dr. Möller bestätigte nur wenige der massiven Vorwürfe des Parteigutachtens. Die Lagerung der Lebensmittel sei einwandfrei, es sei lediglich zu bemängeln, dass sowohl Herzfeld als auch der Geschäftsführer der Lebensmittelabteilung, Heinz Last aus Braunschweig – ebenfalls Jude – aus der Textilbranche kämen und von daher nicht mit den Vorschriften des Lebensmittelrechts vertraut seien. Auch träfen die Feststellungen zur „Überlagerung des Dachbodens" zu.

Die Hintergründe dieses Vorganges werden in der Stellungnahme von Max Herzfeld deutlich, die er an die städtische Gewerbepolizei gerichtet hatte. Er betonte, „diese ganze Angelegenheit ist meiner Ansicht nach wieder durch Denunziation unseres Hausdieners, des Herrn Weinrich aufgerührt worden, welcher es durch seine dauernden gehässigen Anzeigen darauf anlegt, unser Geschäft bewusst zu schädigen. So jagt von seiner Seite eine unwahre Anzeige die andere. Kürzlich bedrohte er mich[73], wir würden von seiner Seite in einiger Zeit noch ganz was anderes erleben." Zur Bekräftigung seiner Aussage konnte er auf mehrere schriftliche Anweisungen der Geschäftsführung verweisen, in denen auf die Notwendigkeit des ordnungsgemäßen Umgangs mit Lebensmitteln hingewiesen worden waren und die von den betreffenden Angestellten, darunter auch Weinrich, abgezeichnet worden waren. Die Angaben von Herzfeld wurden durch eine Beurteilung der Persönlichkeit Weinrichs durch die Peiner Kriminalpolizei bestätigt. Weinrich sei „in den Jahren 1917 bis 1922 wiederholt strafrechtlich in Erscheinung getreten". Aufgrund seiner „zügellosen Lebensweise" musste er in Fürsorgeerziehung untergebracht werden, „doch scheint eine nachhaltige Wirkung, namentlich auf seine Charaktereigenschaften, nicht eingetreten zu sein". Dies zeigten „die dauernden gehässigen

[73] Im Original ab Satzanfang unterstrichen.

Anzeigen, die er im Laufe der letzten Jahre nicht nur gegen Arbeitskameraden, sondern auch gegen seine Verwandten machte, die sich später als haltlos und unzutreffend herausstellten". Bei den Anzeigen habe er versucht, seine Zugehörigkeit zur NSDAP auszunutzen, um „seine Umgebung in Angst und Schrecken" zu versetzen. Seine Wahrheitsliebe sei „nicht allzugross" und ihm sei es am wichtigsten, sich „in den Vordergrund der Geschehnisse zu stellen". Er habe dadurch den „schlechtesten Eindruck hinterlassen" und sei „mit Rücksicht auf sein unkameradschaftliches Verhalten [...] Mitte Oktober d. J. [1935] aus der Partei ausgeschlossen" worden, „eine Maßnahme, die im Interesse der Sauberkeit der Parte nur zu begrüssen sein dürfte". Das Verfahren wegen „Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften des Lebensmittelgesetzes" wurde dennoch weiterverfolgt und Last und Herzfeld wurden im Januar 1936 von der Peiner Polizeibehörde mit „einem Zwangsgelde von je 50,- RM" belegt.

Herzfeld sah nun doch keine andere Möglichkeit mehr, als sein Geschäft an einen Nichtjuden zu verkaufen. Er war jedoch noch in der Lage, sich den Käufer auszusuchen und die Bedingungen der Übergabe zu bestimmen. So übernahm Anfang April 1936 der Kaufmann Alfred Hertel aus Plauen das Geschäft, um das „Kaufhaus Brunsviga unter Beibehaltung der jetzt geführten Artikel und des Personals unverändert"[74] fortzuführen. Haus und Grundstück blieben allerdings im Besitz von Max Herzfeld und Hertel mietete die Geschäftsräume nur an. Am 1. Mai 1936 wurde das Kaufhaus wiedereröffnet und Hertel verkündete in einer großformatigen Anzeige, dass „das Geschäft [...] damit in rein arischen Händen"[75] lag. Trotzdem ist dieser Vorgang eher als „Scheinarisierung" aufzufassen, denn Hertel wurde am 24. April 1945 von der britischen Militärregierung zum ersten Nachkriegsbürgermeister der Stadt Peine ernannt[76].


Dem verehrten Publikum von Peine und Umgegend
zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich ab 1. Mai 1936 das
Kaufhaus „Brunsviga" G.m.b.H.
käuflich erworben habe.
Auf Grund des Einzelhandelschutzgesetzes wurde zu dieser
Geschäftsübernahme die Ausnahmegenehmigung erteilt.
Das Geschäft liegt damit in rein arischen Händen
Alfred Hertel

Anzeige der Übernahme des Kaufhauses „Brunsviga" durch Alfred Hertel (Peiner Zeitung; Stadtarchiv Peine)

[74] Ebd.

[75] PTP v. 04. Mai 1936.

Er war in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg als Kaufmann im europäischen Ausland tätig, bevor er ab 1919 eine Stelle als Fabrikdirektor in Plauen übernahm. Nach der Schließung des Kaufhauses „Brunsviga" 1943 arbeitete er für die Reichswerke „Hermann Göring". Er hatte weder der NSDAP noch einer anderen Partei angehört und erschien der Militärregierung als unbelastet und angesehen genug, um die Nachkriegsverwaltung zu übernehmen, bis Wahlen erfolgen konnten. Außerdem erwarb er im Jahre 1953 das Grundstück Am Markt 1 von Hans-Hermann Herzfeld, dem 1939 ausgewanderten[77] Sohn von Max, für die hohe Summe von 155.000 Mark[78], die auch als Wiedergutmachung anzusehen ist.

Während die meisten jüdischen Kaufleute nach den Ereignissen der sogenannten „Reichskristallnacht" 1938 die Auswanderung betrieben, blieb das Ehepaar Herzfeld bis zur Deportation 1942 im Haus Am Markt 1 wohnen. Sie hatten aus der Beendigung der individuellen Verfolgung nach dem Verkauf des Geschäftes wohl tragischerweise zunächst den Schluss gezogen, dass die Zeit des Nationalsozialismus trotz der gewalttätigen Ereignisse des November 1938 in Deutschland überdauert werden könnte. Aufgrund ihrer besonderen Verfolgungsgeschichte bis 1936 hatten sie einen anderen Erfahrungshorizont als die übrigen Gemeindemitglieder. Sie stellten nach 1936 ein Nachlassen des Druckes fest und interpretierten daher den November 1938 als einmaliges Ereignis ähnlich dem Aprilboykott 1933, während die anderen jüdischen Kaufleute in der „Reichskristallnacht" den Beginn des offenen Terrors sahen, nachdem sie in den Jahren davor nur vereinzelt direkt von antisemitischen Maßnahmen betroffen waren. Sie erkannten richtig, dass sich der Terror zur Hoff-

[76] Rep 08/16 „Niederschriften über die Sitzungen des Gemeinderates".

[77] Vgl. Mau/Schikora: Geschichte, S. 78.

[78] Ich danke Heide Helbsing für den Hinweis auf diesen Kauf. Heide Helbsing ist die Tochter des Notars August Reinicke, der den Grundstückskaufvertrag abgewickelt hat. Ein Exemplar des Vertrages befindet sich noch in ihrem Besitz. Das Grundstück war nach der Deportation der Familie Herzfeld Anfang 1942 vom Deutschen Reich übernommen worden und Henry Howard – wie Hans-Hermann Herzfeld sich seit der Flucht nach England nannte – war nach 1945 dieses Grundstück im Rahmen eines Wiedergutmachungsverfahrens zugesprochen worden; vgl. Mau/Schikora: Geschichte, S. 78.



Käte, Hans Hermann und Max Herzfeld in ihrer Wohnung (ca. 1935/36; Privatarchiv Susan Hamlyn)

nungslosigkeit steigerte und sahen daher nur noch die Flucht als Reaktionsmöglichkeit, während Herzfeld die antisemitischen Aktionen wohl eher als Wellenbewegung sah, die auch wieder abflauen würden. Als Herzfeld sich ab Mitte 1939 dann doch intensiver um eine Möglichkeit zur Emigration nach England bemühte, war es zu spät, um noch ungehindert ausreisen zu können. So gehörte das Ehepaar Herzfeld zu den wenigen Peiner Juden, bei denen zum Zeitpunkt der Deportation 1942 nicht objektive Gründe wie Alter, Krankheit oder Armut die vorherige Emigration verhindert hatten[79].



Käte und Hans Hermann Herzfeld mit Emma Herzfeld, der Mutter von Max Herzfeld (von rechts; ca. 1924; Privatarchiv Susan Hamlyn)

[79] Bei der Deportation Anfang 1942 war Max Herzfeld 52 Jahre alt, seine Frau Käthe 44 Jahre.



Hans Hermann Herzfeld mit seinem Großvater Louis Rothschild (ca. 1925; Privatarchiv Susan Hamlyn)

Immerhin war das Ehepaar Herzfeld über die Situation so beunruhigt, dass sie ihren einzigen Sohn Hans Hermann, der 1924 geboren worden war, mit einem Kindertransport nach England schickten, wo er am 3. April 1939 ankam. Er lebte zunächst in Westgate-on-Sea bevor er im Januar 1940 bei einem Möbeltischler in High Wycombe unterkam. Ab Mai 1940 war mit anderen jüdischen Flüchtlingen, die der Spionage verdächtigt wurden, auf der Isle of Man interniert. 1944 konnte er in die britische Armee eintreten und wurde als Befrager in Kriegsgefangenenlagern eingesetzt. Dem Umstand, dass Hans Hermann Herzfeld nach England flüchten konnte, verdanken wir eine für die Peiner jüdische Gemeinde einzigartige Quelle. Denn er hat Briefe aufgehoben, die seine Eltern in den Jahren 1939/40 an ihn geschickt hatten und die bisher die einzigen Selbstzeugnisse von Peiner Juden aus den Jahren der Verfolgung sind[80]. Aus den Briefen geht nicht direkt die zunehmend aussichtsloser werdende Lage der Zurückgebliebenen hervor, weil der Sohn nicht über Gebühr beunruhigt werden sollte. Dennoch enthalten die Briefe bei genauem Studium wertvolle Informationen über das Leben in Peine im Zustand des „sozialen Todes"[81]. So begründet Max Herzfeld im Juni 1939 seine Unwissenheit über Vorkommnisse in Peine damit, dass er Heuschnupfen hatte und darum

[80] Ich danke der Tochter von Hans Hermann Herzfeld, Susan Hamlyn, die uns die Briefe und Fotos ihres Vaters überlassen hat. Von ihr stammen auch die biographischen Informationen zu Hans Hermann Herzfeld. Die Briefe und Fotos werden im Stadtarchiv Peine verwahrt. Die Briefe werden an dieser Stelle nur sehr kursorisch ausgewertet und sind es wert, in ihrer Gesamtheit ediert zu werden. Dazu wäre allerdings auch eine umfangreiche Kommentierung notwendig.

seine Wohnung nicht verlassen konnte[82]. Aus einem anderen Brief geht jedoch hervor, dass Herzfelds aus Angst ihre Wohnung vorzugsweise nur noch abends verließen, vermutlich aus Angst vor Anfeindungen[83]. Die Briefe enthalten auch Mitteilungen, die aufgrund der Aktenvernichtungen durch die behördliche Überlieferung nicht mehr verifiziert werden können. So erwähnt Max Herzfeld im August 1939: „Ich bin hier auch drauf und dran, wieder Gottesdienste einzurichten, die Genehmigung habe ich schon nachgesucht."[84] Es kann nicht entschieden werden, ob Herzfeld fast ein Jahr nach der Reichspogromnacht wirklich einen derart aussichtslosen Antrag gestellt hat oder ob er nur seinem Sohn eine Normalität vorgaukeln wollte, die längst illusorisch geworden war. In demselben Brief berichtet Käte Herzfeld auch von der bedrängten Wohnsituation, die inzwischen den Alltag der Juden in Peine prägte: „Heute Nachmittag war ich mit Fr. Marburger bei Meta [Klestadt] + Frau Herzog, die wohnen bei Fr. Freudenthal in 1 Zimmer, scheußlich fand ich es da, das Haus sieht furchtbar aus, auch von innen."[85] Im Herbst 1939 wird die Situation immer bedrängter. Zwar kann das

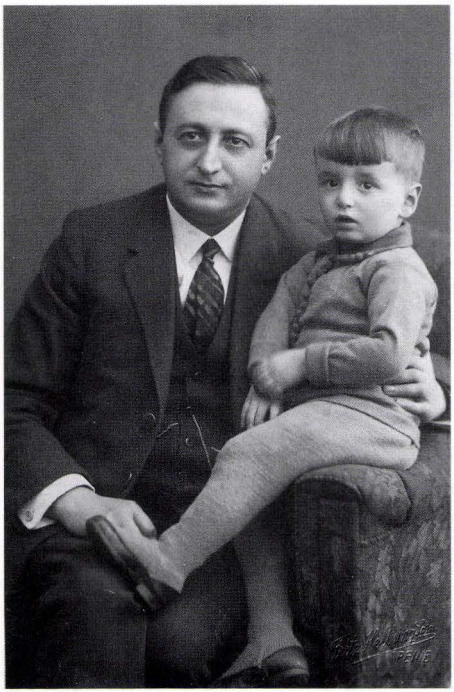
[81] Der Begriff stammt von Orlando Patterson: Slavery and Social Death: A Comparative Study, Cambridge (MA) 1982. Ursprünglich vor allem auf die afrikanischen Sklaven in den Südstaaten der USA bezogen, wird er auch häufig verwandt, um die Situation von Konzentrationslagerhäftlingen im nationalsozialistischen Deutschland zu charakterisieren. Er bezeichnet aber auch treffend die Situation der deutschen Juden zwischen Reichspogromnacht und Deportation.

[82] Brief vom 18. Juni 1939, S. 2.

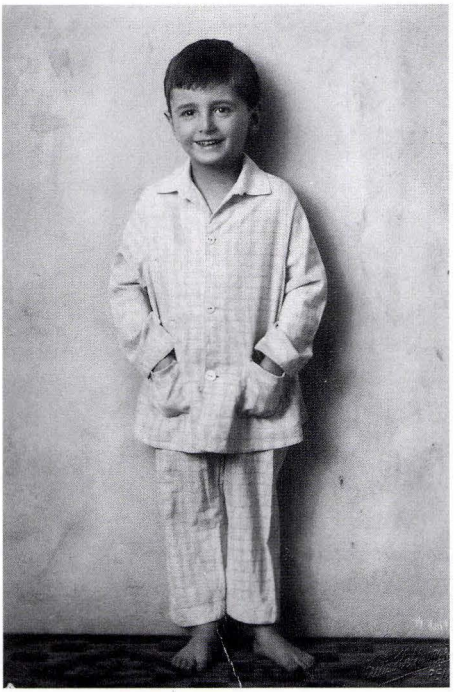
[83] Brief vom 24. Juli 1939, S. 4. Ähnlich im Brief vom 17. September 1939, S. 2: „Sonst gibt es nichts Neues. Wir kommen auch mit Niemandem zusammen. Mein alltäglicher Gang ist nach Marburgers [...]." Im Selben Brief berichtet Käte Herzfeld aber auch, dass sie bei Dr. Tobben zur Behandlung befand und dieser sich sogar nach Hans Hermann erkundigt hätte. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass diese Mitteilung erfunden war, um dem Sohn zu vermitteln, dass seine Eltern ein weitgehendes Leben führen konnten. Explizit ausgesprochen wird diese Vorstellung im Brief vom 5. Oktober 1939, S. 2: „Wir führen ein ganz gemütliches und friedliches Leben, wir können uns gegenseitig nicht eine Stunde entbehren, und das ist doch schön." Aber auch hier klingt an, dass das Ehepaar weitgehend auf sich selbst zurückgeworfen war und soziale Kontakte nur noch – wie aus den anderen Briefen hervorgeht – zu anderen Juden aufrechterhalten konnte.

[84] Brief vom 19. August 1939, S. 1.

[85] Ebd., S. 2. Im Brief vom 14. Februar 1940 berichtet Max Herzfeld: „Eichbaums müssen auch umziehen, - sie ziehen zu Marburgers, sind sich aber noch nicht über die Zimmer einig."



Max und Hans Hermann Herzfeld (ca. 1926/27; Privatarchiv Susan Hamlyn)



Hans Hermann Herzfeld (ca. 1929; Privatarchiv Susan Hamlyn)

Ehepaar Herzfeld noch zu besonderen Gelegenheiten nach Hildesheim oder Hannover reisen, aber der Alltag war der Aufenthalt in der eigenen Wohnung ohne Kontakt nach außen: „Im Übrigen sind wir hier sehr einsam, wir gehen fast gar nicht aus dem Hause und sehen und h ö r e n nichts aus der Welt, aber wir sind dabei wohl und munter [...]"[86]

Der Versuch Herzfelds, sich mit dem Verkauf des Geschäftes aus dem Blickfeld der NSDAP zu bringen, hatte zu großen Teilen Erfolg. Als Ende 1941 von der Kreisleitung Peine in einem

[86] Max Herzfeld im Brief vom 5. Oktober 1939. Sperrung im Original. Im folgenden Brief heißt es: „[...] wir vertragen uns gut und gehen kaum aus dem Hause. Wir möchten ja so gerne heraus kommen und von hier aus können wir nichts ohne Geld erreichen." Diese letzte Bemerkung zielt auf die zunehmend verzweifelter werdenden Bemühungen um Auswanderung, die aufgrund Geldmangels nicht voran kamen; vgl. den Brief vom 26. März 1940: „Kannst du niemand auftreiben, der uns das Auswanderungsgeld zur Verfügung stellt? dann [!] könnten wir auch auswandern."



Seite aus einem Fotoalbum von Anna Rothschild, der Mutter von Käte Herzfeld
(links: Käte und Max Herzfeld; rechts oben: unbekannter Besuch in der Wohnung von Max Herzfeld; unten: Max Herzfeld im Gespräch mit einem Unbekannten in seiner Wohnung; Porträt: Hans Hermann Herzfeld; Privatarchiv Susan Hamlyn)

Schreiben an den Gauinspekteur für den Regierungsbezirk Hildesheim, Ludolf Bähre, die Forderung erhoben wurde, die noch im Besitz von Juden befindlichen Wohnungen und Häuser zwangsweise zu räumen, ging Kreisleiter Blume sogar davon aus, dass Alfred Hertel Besitzer des Hauses war. Max Herzfeld sollte demnach aus seiner Wohnung vertrieben werden, aber für die Räume wurden keine Nutzungsvorschläge gemacht, weil man von einem arischen Besitzer ausging[87]. Im April 1942 hatte man die Besitzverhältnisse aber geklärt und beansprucht nun das Grundstück dem Landrat gegenüber für die Stadt Peine, wobei das Vorkaufsrecht von Alfred Hertel geklärt werden müsse. Die mit dem exponierten Grundstück verfolgten Pläne machte die Stadt in einem Schreiben an die Oberfinanzdirektion Hannover deutlich, da das Grundstück „nach Abschiebung des Eigentümers, des Juden Max Israel Herzfeld, in die Verwaltung des Reiches übergegangen"[88] war. Weil der geplante Bau eines neuen Rathauses während des Krieges nicht realisierbar erschien, beabsichtigte man, städtische Dienststellen in dem in Sichtweite des Rathauses gelegenen Gebäude unterzubringen, obwohl das Grundstück „stark verbaut" und „in einem stark vernachlässigten Zustand" war[89]. Das von Hertel betriebene Einheitspreisgeschäft sollte geschlossen werden, da „für das Bestehen eines Einheitspreisgeschäftes in Peine absolut keine Notwendigkeit"[90] bestand, „zumal die Einstellung des Inhabers [Hertel] zur Partei zu beanstanden sei"[91]. Darum lehnte die Stadt auch einen Kauf des Grundstückes durch den Pächter Hertel ab. Das Geschäft wurde dann Mitte März 1943 behördlicherseits geschlossen und in der Folge von der Firma Bettenheuer aus Hannover als Lagerraum genutzt[92].

Dem stand allerdings die Anweisung der Parteileitung gegenüber, dass im Krieg freiwerdender Wohnraum nicht für Büro-

---

[87] Rep 06/982 „Jüdische Gemeinde". Die Einschätzung als in arischem Besitz befindliches Grundstück beruhte auf einer Aufstellung des Stadtbauamtes vom Oktober 1941.

[88] Ebd.

[89] Hauptstaatsarchiv Hannover: Nds. 225 Peine Acc. 2003/110 Nr. 2.

[90] Rep 06/982 „Jüdische Gemeinde"

[91] Hauptstaatsarchiv Hannover: Nds. 225 Peine Acc. 2003/110 Nr. 2.

[92] Ebd.

zwecke genutzt werden sollte, so dass bei einer Besprechung der beteiligten Behörden und Parteistellen im Juni 1942 vorgesehen war, die Wohnung entweder einem Bewohner einer Wohnung aus einem Haus in jüdischem Besitz, das inzwischen von der Kreisleitung angekauft worden war, oder dem Bannführer der Hitlerjugend, Hauptstammführer Weth, zuzuteilen. Inwieweit diese Planungen verwirklicht wurden, lässt sich nicht mehr zweifelsfrei klären. Die „Brunsviga" scheint 1943 wirklich geschlossen worden zu sein, allerdings nicht wegen Hertels „bekannter Anti-Nazi-Einstellung" – wie Hertel 1945 gegenüber der britischen Militärregierung angab[93] – sondern wegen seines Charakters als Einheitspreisgeschäft. Das Grundstück befand sich bei Kriegsende noch längere Zeit im Besitz der öffentlichen Hand[94], bevor es im Rahmen eines Wiedergutmachungsverfahrens Hans Herrmann Herzfeld zugesprochen wurde[95], der es – wie erwähnt – an Hertel weiterverkaufte.

Max Herzfeld wurde gemeinsam mit seiner Frau Käthe im April 1942 verhaftet und in das Warschauer Ghetto deportiert. Beide wurden dort oder in einem der Vernichtungslager in Osteuropa ermordet[96]. Für die Angabe bei Mau/Schikora, dass Max Herzfeld nach seinem Rückzug vom Geschäftsleben und vor seiner Deportation in Peine zur Zwangsarbeit in der Landwirtschaft verpflichtet wurde, findet sich kein quellenmäßiger Beleg[97].

---

[93] Rep 08/16 „Niederschriften über die Sitzungen des Gemeinderates"; Lebenslauf von Bürgermeister Hertel vom April 1946.

[94] 1952 wurde als Besitzer das Niedersächsische Landesamt angegeben; vgl. Adressbuch für den Kreis Peine sowie der benachbarten Gemeinden Arpke, Duttenstedt, Essinghausen, Immensen, Meerdorf, Siersse, Sievershausen und Sophiental 1952 nach amtlichen Unterlagen, hg. v. Verlag Rothstock, Hänigsen 1952, S. 75.

[95] Mau/Schikora: Geschichte, S. 78.

[96] Mau/Schikora erwähnen Berichte, nach denen die Herzfelds nach Theresienstadt oder Riga weiterverschleppt wurden; ebd. Im „Ehrenbuch für die Peiner Juden" ist dagegen vermerkt: „Ihr Tod erfolgte im Ghetto von Warschau." Das „Ehrenbuch" wurde nicht gedruckt und liegt daher nur als unpaginiertes Manuskript im Stadtarchiv Peine vor. Vgl. auch: Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945, bearb. v. Bundesarchiv und dem Internationalen Suchdienst, 2 Bde., Koblenz 1986. Danach gelten Max und Käthe Herzfeld als „verschollen" mit letztem Aufenthaltsort Warschau; Bd. 1, S. 559.

[97] Mau/Schikora: Geschichte, S. 78; an dieser Stelle erfolgen leider keine Quellenhinweise.

Schluss

Ist die Strategie der NSDAP in Peine aufgegangen? Mit der Konzentration auf die „Brunsviga" hatte man neben der Umsetzung einer Kernforderung der nationalsozialistischen Ideologie auch mehrere funktionale Ziele verfolgt: Generell sollte die gesamte Öffentlichkeit an den Antisemitismus als vorrangig und kompromisslos verfolgtes Politikfeld gewöhnt werden. Die alten Eliten sollten in die verbrecherischen Maßnahmen eingebunden werden, indem man die vorhandenen antisemitischen Ressentiments bevorzugt mit wirtschaftlichen Argumentationen verknüpfte. Gleichzeitig sollte mit der Bekämpfung dieses exponierten Objektes die Tatkraft der Partei demonstriert werden und dieser Eindruck der Entschlossenheit sollte zeigen, dass Widerstand gegen Maßnahmen von Partei und Staat sinnlos war.

Wenn man dieses Zielbündel in Rechnung stellt, muss man konstatieren, dass die nationalsozialistische Politik nur zu geringen Teilen erfolgreich war, auch wenn Max Herzfeld und seine Frau Käthe ihren Widerstand mit dem Leben bezahlt haben. Herzfelds Strategie, die Auseinandersetzung mit den Behörden und Parteistellen auf rechtlichem Wege zu führen, hatte zum Ergebnis, dass die Streitigkeiten sich über Jahre hinzogen, ohne dass sich äußerlich große Veränderungen zeigten[98]. Man verfügte mit der „Brunsviga" zwar über ein Objekt, dass sich gut für symbolische Aktionen mit großer Öffentlichkeitswirksamkeit eignete, wie etwa die Boykottaktionen im Dezember 1934 gezeigt hatten. Aber ebenso blieb nicht verborgen, dass das große Ziel – die Schließung des Kaufhauses – nicht erreicht werden konnte. Der Ansehensverlust der Partei, der sich in der erwähnten öffentlichen Ratssitzung Ende 1933 ausdrückte, konnte erst 1936 aufgefangen werden, nachdem Herzfeld scheinbar aufgegeben hatte.

Auf anderem Gebiet konnte sich die NSDAP dagegen bestätigt fühlen: die Verbindung mit den alten Eliten klappte reibungslos, niemand ergriff für Herzfeld Partei. Die Kauf-

[98] So findet sich noch in der PZ vom 31. August 1934 eine Lebensmittelwerbung der „Brunsviga".

mannschaft und die Gastwirte hatten keine Skrupel, ihre Geschäftsinteressen mit der antisemitischen Politik der Nationalsozialisten zu verquicken. Die in diesem Prozess erfolgte Gewöhnung an die öffentliche Diskriminierung der Juden führte auch zum Hinnehmen und Unterstützen der offenen Terrormaßnahmen ab 1938.

Martina Staats

Die jüdische Familie Mesritz – eine Spurensuche

Vorbemerkung

„Wenn jemand von ihnen überlebt hätte, sie wären wenigstens einmal zurückgekommen", so die Äußerungen einer Zeitzeugin aus Wense.

Niemand der sechsköpfigen Familie Mesritz hatte die Verfolgungen im Nationalsozialismus überlebt, niemand konnte zurückkommen.

Niemand erinnerte an ihr Leben und an ihr Sterben.

Wie nähert man sich diesem Schicksal? Kann man Lebensgeschichten von Toten erzählen, von denen es keine autobiographischen Erinnerungen gibt?

In meinem Aufsatz versuche ich auf Grund der vorhandenen, wenigen Informationen und Akten Lebensstationen der Familie Mesritz und ihr weiteres Verfolgungsschicksal darzustellen.

Familie Mesritz – ihr Leben in Wense

Im Jahr 1909 siedelte sich der Viehhändler Arend Mesritz[1], genannt Albert, in Peine an. Das Land Braunschweig und

[1] Nachweise in: Gedenkbuch für die jüdischen Mitbürger aus Niedersachsen, die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland wurden. Bd. 1: Verzeichnis aller im heutigen Niedersachsen geborenen oder wohnhaft gewesenen jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. Bearb. vom Niedersächsischen Landesverwaltungsamt Hannover. Nachgewiesen sind auf S. 93 Benno, Erich, Heinz und Sitta Mesritz.

Nachweise in: Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945, 2., wesentl. erw. Aufl. Koblenz 2006. Bd. III: Benno, Erich, Heinz und Sitta Mesritz, S. 2360.

Nachweise in: In Memoriam – Nederlandse oorlogsslachtoffers. Nederlands Oorlogsgravenstichting, Den Haag 1995, S. 497f.

Im Archiv des Pfarramtes Wipshausen finden sich keine Hinweise auf die Familie Mesritz, auch nicht in den Unterlagen der Schule in Rüper.

die Provinz Hannover waren abgesehen von den großen Städten überwiegend agrarisch geprägt.

Peine hatte eine eigene Synagogengemeinde, die wiederum zum Landesrabbinatsbezirk Hildesheim gehörte. Die Jüdische Gemeinde in Peine bestand im Jahr 1913 aus 116 Mitgliedern.[2]

Arend Mesritz war am 15. Juni in Meppel in den Niederlanden geboren worden, als Sohn eines Textilhändlers. Geheiratet hatte er Pauline Weinstein.[3] In Peine wurden ihre Kinder Sitta, 24.12.1910, und Erich, 3.01.1913, geboren. Arend Mesritz kämpfte als Soldat im Ersten Weltkrieg.

Im Bestand BArch/R 1509 Reichssippenamt – Ergänzungskarten für Angaben über Abstammung und Vorbildung (Volkszählung vom 17. Mai 1939) konnten keine Mitglieder der Familie Mesritz ermittelt werden. Vgl. Schreiben Bundesarchiv, Frau Sawan, an die Verf. 12.12.2005.

Im Sonderstandesamt Bad Arolsen konnte lediglich der Sterbefall des Heinz Mesritz ermittelt werden. Vgl. Schreiben vom Sonderstandesamt Bad Arolsen, Herr Butterweck, an die Verf. 18.11.2005.

Schreiben von United States Holocaust Memorial Museum, 17. 11.2005. Dort wurde eine umfangreiche Recherche in USHMM.org/namesearch, Allview, USHMM library, USHMM Library Collection, USHMM Archives Collection durchgeführt.

Nachweise in The Central Database of Shoah Victims' Names, Yad Vashem.

Kein Eintrag oder Hinweis auf die Familie Mesritz in der Datenbank www.jewishgen.org.

Eine Anfrage beim International Tracing Service (ITS) in Arolsen bestätigte die bis November 2005 bekannten Daten, führte darüber hinaus jedoch zu keinen weiteren neuen Erkenntnissen. Schreiben von Gabriele Wilke, Archiv, ITS, an die Verf., 5.12.2007.

Eine Anfrage wurde durchgeführt bei Herinneringscentrum Kamp Westerbork. Schreiben von Jose Martin, Herinneringscentrum Kamp Westerbork, Hooghalen an die Verf., 7.9.2004.

Eine Aktenanfrage in der Gedenkstätte Auschwitz verlief ohne weitere Hinweise. Alle sechs Familienmitglieder der Wenser Familie Mesritz werden nicht in den „Sterbebüchern von Auschwitz" aufgeführt. Vgl. auch: Sterbebücher von Auschwitz. Hrsg. Vom Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau. München u.a. Bd. 3: 1995.

[2] Handbuch der jüdischen Gemeinde-Verwaltung. 1913. Sonderabdruck in: Asaria, Zvi: Die Juden in Niedersachsen, Leer 1979, S. 676.

[3] Laut Zeitzeugin war Pauline Mesritz, geb. Weinstein „Halbjüdin".

Spätestens im Jahr 1915, wahrscheinlich bereits im Jahr 1913[4], siedelte die Familie nach Wittingen um, wo sie in der Spittastrasse 35 wohnte.

Die jüdische Gemeinde in Wittingen gehörte zur Synagogengemeinde Uelzen im Landrabbinat Hannover. In der Stadt Wittingen gab es nur sehr wenige jüdische Einwohner. So hatte Wittingen im Jahr 1925 2.892 Einwohner, worunter nur 5 Juden waren.[5] Auch in Wittingen arbeitete Arend Mesritz als Viehhändler.[6] Dort wurden die Söhne Heinz, 18.06.1915, und Benno, 28.08.1921, geboren.[7]

Anschließend lebte die Familie zumindest im Jahr 1925 in Gliesmarode bei Braunschweig, worauf ein Grundbucheintrag hinweist.[8]

Im Jahr 1925, spätestens im Monat November, zog sie zurück in die Synagogengemeinde Peine[9]. In dem Zeitraum 1927 bis 1932 war Familie Mesritz nachweislich in dem

---

[4] 1913 ist keine Familie Mesritz im Adressbuch der Stadt Peine gemeldet.

[5] Obenaus, Sibylle: Hankensbüttel, Bodenteich, Wittingen, in: Obenaus, Herbert (Hrsg.): Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen und Bremen. Bd. 1., Göttingen 2005, S. 721-726. Die Familie Mesritz wird nicht erwähnt.

[6] Vgl. Schriftverkehr mit der Stadt Wittingen. Die Meldeunterlagen sind während des Zweiten Weltkrieges verloren gegangen. Informationen sind im Standesamt der Stadt Wittingen vorhanden. Schreiben von Helga Löffler, Stadt Wittingen, an die Verf., 7.9.2004.

[7] Standesamt der Stadt Wittingen, Schreiben von Helga Löffler, Stadt Wittingen, an die Verf., 7.9.2004 .

[8] Als 3. Last wurde am 30. September 1925 „Eine Vormerkung zur Sicherung der Aufzucht und Auflassung für den Viehhändler Arend genannt Albert Meseritz in Gliesmarode und seine Rechtsnachfolger. Eingetragen am 30. September 1925" in das Grundbuch des Hauses Wense, Nr. 26 eingetragen.

[9] Vgl. StaPe Rep 06/266 Jüdische Synagogen- und Schulangelegenheiten. Die Familie gehörte am 13. November 1925 zur Synagogengemeinde Peine. 1925 lebten in Peine 17.363 Menschen, davon 124 Juden. 1933: 17.763 Einwohner, einschließlich 103 Juden. 1939 gab es 18.235 Bürger, darunter 32 Juden, d. h. 2/3 der als „Glaubensjuden" gemeldeten lebten nicht mehr in Peine. Vgl. Obenaus, Sibylle: Peine, in: Obenaus, Herbert (Hrsg.): Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen und Bremen. Bd. 2, Göttingen 2005, S. 1268-1288. Eine Familie Mesritz wird nicht erwähnt.

kleinen Dorf Wense gemeldet.[10] Es ist anzunehmen, dass sie bis zum Jahr 1935/36 in Wense wohnten.

Jüdisches Leben auf dem Land im Landesrabbinatsbezirk Hildesheim war bisher kaum Gegenstand von wissenschaftlichen Untersuchungen.[11] Daher ergänze ich meine Spurensuche um die Erinnerungen einer Zeitzeugin aus dem Dorf Wense.[12]

Familie Mesritz wohnte in Wense zur Miete im Haus Nr. 26, welches seit 1924 dem Landwirt Albert Brennecke gehörte. 1927 erwarb der Anbauer Heinrich Kleemeyer das Haus. Die Eigentumsverhältnisse änderten sich 1931 als Frida Gartung, geb. Kleemeyer, die Ehefrau des Arbeiters Theodor (schlecht lesbar) Gartung, als Eigentümerin im Grundbuch vermerkt wurde.

Im Juli 1932 erwarb der Kaufmann Louis Vorlop aus Peine das Haus Nr. 26, der bis 1939 Eigentümer bleibt.[13]

Es ist anzunehmen, dass Familie Mesritz zusammen mit Heinrich Wilhelm Klemeyer das Haus bewohnt. Dieser stirbt mit 76 Jahren am 17. Oktober 1935 in Wense, Nr. 26.[14]

In dem kleinen Dorf Wense war die Landwirtschaft der wichtigste Erwerbszweig.

Arend Mesritz arbeitete wieder als Viehhändler, einem traditionell jüdischen Beruf.[15] Die Bauern kauften und verkauften ihre Kühe und Rinder häufig an einen Viehhändler, der als Mittler fungiert. Dieser Beruf wurde im 19. Jahrhundert

---

[10] Vgl. Adressbuch der Stadt Peine. 1927, Peine 1930. Die Familie ist auch nachgewiesen in der Liste der Gemeindemitglieder im Jahr 1932. Vgl. StaPe/Akte: Liste der Gemeindemitglieder. 1932. Nicht nachgewiesen im Jahr 1933. Ebenso Fehlanzeige im Adressbuch der Stadt Peine für das Jahr 1937.

[11] Obenaus, Herbert (Hrsg.): Landjuden in Nordwestdeutschland (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen. 224), Hannover 2005.

[12] Bei der Zeitzeugin handelt es sich um E. F.

[13] Vgl. Grundbuch von Wense, Blatt Nr. 25, Haus Nr. 26 zu Wense.

[14] Archiv Pfarramt Wipshausen, Todesschein.

[15] Vgl. Marx, Albert: Geschichte der Juden in Niedersachsen, Hannover 1995, S. 190.

und bis in die 1930er Jahre des 20. Jahrhunderts oft von Juden ausgeübt. Viehhändler fungierten durch ihre Reisetätigkeit oft auch als Nachrichtenübermittler und manchmal im Notfall auch als Kreditgeber.

Viehhandel war Vertrauenssache, bei der die Viehhändler die Bauernfamilien gut kennenlernten.[16]

Pauline Mesritz wird als „groß und schlank, aus vornehmer Familie stammend" beschrieben. Sie führte einen Kolonialwarenladen und arbeitete als Näherin.

Da Pauline Mesritz zusätzlich zu ihrem Betrieb des Kolonialwarenladens auch als Näherin arbeitete, dürften die Einkünfte aus dem Ladengeschäft nicht sehr hoch gewesen sein. Die wenigen Einwohner des Dorfes Wense[17] und die überwiegende Selbstversorgung der Bauernhaushalte sind Indizien für ein eher geringes Einkommen aus dem Ladengeschäft.

Von der sechsköpfigen Familie Mesritz gibt es nur von dem jüngsten Kind Benno eine Fotografie, ein Ausschnitt aus dem Klassenfoto.

Die Familie Mesritz wird als assimiliert beschrieben, die „von ihrer Religion nichts mehr wissen wollte", so die Aussagen der Zeitzeugin.

Arend Mesritz war patriotisch eingestellt und stolz darauf, für Deutschland im Ersten Weltkrieg gekämpft zu haben. „Hermann, ich habe den Weltkrieg mitgemacht", so äußerte er sich gegenüber einem Wenser Einwohner.

Inwieweit die Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden sich bereits zur Zeit der Weimarer Republik verschlechtert und es gesellschaftliche Ausgrenzungstendenzen gegenüber der Familie Mesritz gegeben hatte, bleibt ein Desiderat.[18]

---

[16] Vgl. auch: Kögel, Eberhard: „Habt ihr scho gedeild?" Erinnerungen an den jüdischen Viehhandel in Esslingen, Esslingen 2006.

[17] Wense hatte im Jahr 1901 30 Häuser mit insgesamt 172 Einwohnern. Später stieg die Einwohnerzahl auf über 200.

[18] Vgl. Hecht, Cornelia: Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik (Politik und Gesellschaftsgeschichte. 62), Bonn 2003.

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler als Führer der größten Reichstagsfraktion Reichskanzler. Die Nationalsozialisten übernahmen nun die Machtpositionen im Deutschen Reich.

Am 1. April 1933 setzte der Boykott jüdischer Geschäfte ein. Auch die jüdischen Geschäfte in der Wense am nächst gelegenen Stadt Peine wurden boykottiert. Ob auch der Kolonialwarenladen von Pauline Mesritz Ziel von Boykottmaßnahmen wurde, ist anzunehmen, bisher aber nicht nachweisbar. Inwieweit der Aufruf zum Boykott des Weihnachtsgeschäfts im Jahr 1934 auch den Kolonialwarenladen von Pauline Mesritz betraf, konnte nicht geklärt werden.

Auch wie lange Arend Mesritz weiter Viehhandel treiben konnte, ist ungewiss.

Sein weiteres Schicksal ist unbekannt: Eine Zeitzeugin vermutet, dass er während der Weimarer Zeit in Deutschland gestorben ist. „Als Jude vielleicht deportiert worden"[19] ist dagegen in den Unterlagen des International Tracing Service vermerkt worden.

Zuletzt wohnte nur noch Pauline Mesritz mit dem jüngsten Kind Benno in Wense.

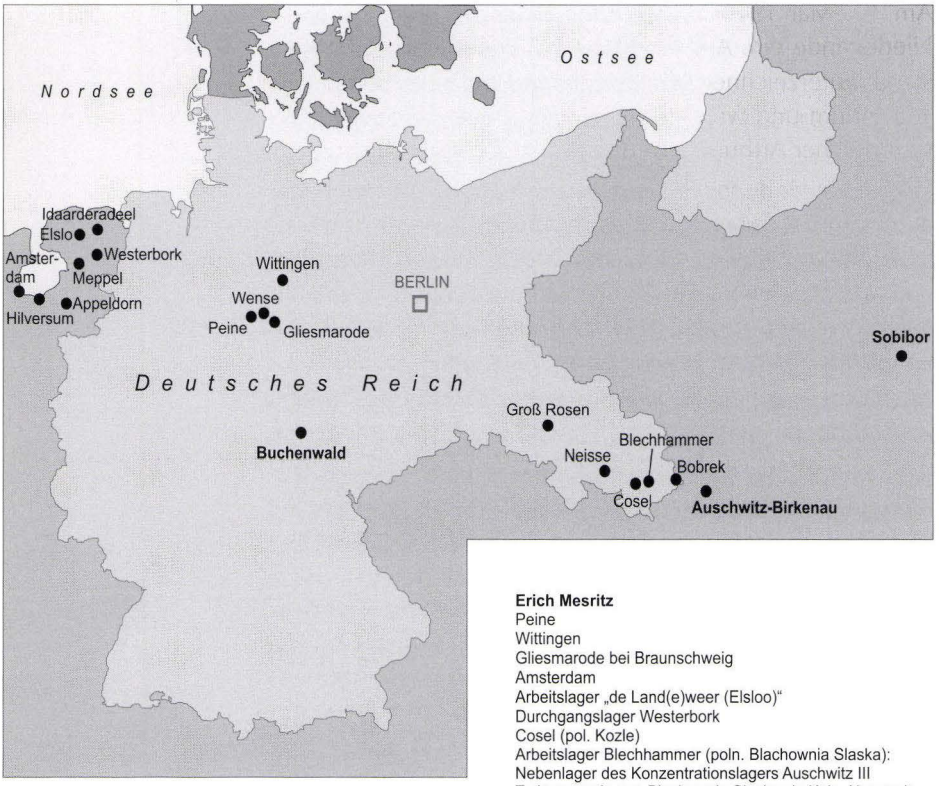
Wohin und an welchem Tag Pauline Mesritz aus dem Deutschen Reich emigrierte und wann und wie sie starb, ist nicht bekannt.

Rettung durch Emigration?
Die Niederlande als Zufluchtsort für deutsche Juden

In den 1930er Jahren emigrierten mehr als 6.000 deutsche Juden in die Niederlande. Aufgrund des aufkommenden Antisemitismus wollten viele Juden Deutschland verlassen. Die Niederlande ließen aufgrund ihrer Nähe zu Deutschland und der Hoffnung, nach kurzer Zeit die niederländische Sprache verstehen zu können, die Emigration auch für nicht wohlhabende Juden zu. In den Niederlanden wurden die „armen Bettler" von niederländischen Institutionen und von US-amerikanischen Hilfsorganisationen unterstützt.

---

[19] ITS M-155 über Yad Vashem, Reference and Information Service.



Lebenswege der Familie Mesritz

Arend Mesritz
Meppel
Peine
Wittingen
Gliesmarode bei Braunschweig
Wense

Pauline Mesritz
Peine
Wittingen
Gliesmarode bei Braunschweig
Wense
Niederlande

Benno Mesritz
Wittingen
Gliesmarode bei Braunschweig
Wense
Hilversum
Durchgangslager Westerbork
Von Westerbork transportiert per Bahn: Wegstrecke über
Hannover und Breslau nach
Vernichtungslager Sobibor

Erich Mesritz
Peine
Wittingen
Gliesmarode bei Braunschweig
Amsterdam
Arbeitslager „de Land(e)weer (Elsloo)"
Durchgangslager Westerbork
Cosel (pol. Kozle)
Arbeitslager Blechhammer (poln. Blachownia Slaska):
Nebenlager des Konzentrationslagers Auschwitz III
Todesmarsch: von Blachownia Slaska via Kole, Neustadt,
Glucholazy, Neisse, Otmuchow, Zabkowice Slaskie,
Schweidnitz, Strzegom zum
Konzentrationslager Groß-Rosen
Konzentrationslager Buchenwald

Heinz Mesritz
Wittingen
Gliesmarode bei Braunschweig
Wense
Meppel
Idaarderadeel in Friesland
Dordrecht
Durchgangslager Westerbork
Cosel (pol. Kozle)
Zwangsarbeiterlager Bobrek (Oberschlesien)

Sitta Mesritz
Peine
Wittingen
Gliesmarode bei Braunschweig
Wense
Hannover
Meppel
Amsterdam
Apeldorn
Durchgangslager Westerbork
Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau

Am 10. Mai 1940 marschierten deutsche Truppen in die Niederlande ein. Am 15. Mai 1940 wurde ein Waffenstillstand unterzeichnet, die Niederlande waren okkupiertes Territorium und wurden unter Zivilverwaltung gestellt. Der Österreicher Arthur Seyß-Inquart wurde Reichskommissar.

Die niederländische Zivilbevölkerung, zunächst mit einer abwartenden, pragmatischen Haltung, nahm ab Herbst 1940 eine ablehnende Grundeinstellung zur deutschen Okkupation ein.

In den Niederlanden lebten über 140.000 Juden, davon besaßen über 7.000 nicht die niederländische Staatsbürgerschaft. Gegenüber allen in den Niederlanden lebenden Juden wurde die nationalsozialistische Rassenideologie angewandt. Sie wurden zunehmend aus dem gesellschaftlichen Leben verdrängt, isoliert, gettoisiert und schließlich deportiert. Deutsche Besatzungspolitik bedeutete somit letztlich Verfolgung und Mord.

Im Oktober 1940 wurden zunächst im Rahmen einer Ausgrenzungspolitik Juden aus dem öffentlichen Dienst entlassen, ab Januar 1941 wurde ihre Registrierung eingeführt, Kinobesuche wurden verboten, der Besitz von Radioempfängern wurde verboten, der Schwimmbadbesuch wurde verboten, der Schulbesuch wurde verboten u.a. In Amsterdam wurde ein „Joodsche Raad" (Jüdischer Rat) eingerichtet, der die deutschen Anordnungen umsetzen musste. Ab dem 3. Mai 1942 mussten alle Juden ab dem Alter von 6 Jahren einen gelben Stern tragen.

Ab Juni 1942 wurde die vollständige Entfernung der Juden aus den Niederlanden erklärtes Ziel der deutschen Besatzungsmacht. Die Deportationen begannen am 15. Juli 1942 aus dem Durchgangslager Westerbork mit dem Ziel der Ermordung in den Vernichtungslagern Auschwitz oder Sobibor.[20]

---

[20] Vgl. Benz, Wolfgang: Okkupation und Repression, in: Benz, Wolfgang und Distel, Barbara (Hrsg.): Geschichte der Konzentrationslager 1933-1945. Bd. 5: Terror im Westen. Nationalsozialistische Lager in den Niederlanden, Belgien und Luxemburg 1940-1945, Berlin 2004., S. 9-24. Vgl. auch Pflock, Andreas: Auf vergessenen Spuren. Ein Wegweiser zu Gedenkstätten in den Niederlanden, Belgien und Luxemburg, Bonn 2006, S. 7ff.

Westerbork

Westerbork wurde im Oktober 1939 als zentrales Flüchtlingslager für jüdische Flüchtlinge aus Deutschland durch die niederländische Regierung abgelegen in der Provinz Drenthe errichtet. Nach der Okkupation wurde Westerbork „Polizeiliches Judendurchgangslager". Zwischen dem 15. Juli 1942 und dem 13. September 1944 wurden in 93 Transporten 100.657 Menschen in Vernichtungs- und Konzentrationslager nach Deutschland und in das besetzte Polen deportiert. In das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz wurden 58.380 Menschen verschleppt, 854 überlebten. In das Vernichtungslager Sobibor wurden 34.313 Menschen gebracht, wovon nur 19 überlebten.[21]

Deportation bedeutete in der Regel Ermordung. Daher versuchten die Häftlinge möglichst lange in Westerbork zu bleiben. So gab es zumindest vorübergehende Ausnahmen von der Deportation und damit höhere Überlebenschancen: Es konnte ein Vermerk „Sperren" für Häftlinge ausgestellt werden. „Sperren" boten für die Häftlinge die Sicherheit, zunächst von der Deportation zurückgestellt zu werden und eventuell nicht in die Vernichtungslager Auschwitz oder Sobibor, sondern in das Konzentrationslager Bergen-Belsen oder Konzentrationslager und Ghetto Theresienstadt verlegt zu werden.

Die Lebensbedingungen in Westerbork: Die meisten Lagerinsassen bewohnten die „großen Baracken". Da in den Baracken keine Schränke vorhanden waren, bewahrten die Häftlinge ihr Eigentum in Koffern auf. Essen wurde von der zentralen Küche in großen Eimern in die Speisesäle gebracht und dort ausgeteilt. Am Morgen erhielten die Insassen einen Schöpflöffel voll Grütze „Pap" und ein Stück Brot. Zum Mittagessen gab es in der Regel etwas Warmes, meistens Kartoffeln.

---

[21] Hájkova, Hanna: Das Polizeiliche Durchgangslager Westerbork, in: Benz, Wolfgang und Distel, Barbara (Hrsg.): Geschichte der Konzentrationslager 1933-1945. Bd. 5: Terror im Westen. Nationalsozialistische Lager in den Niederlanden, Belgien und Luxemburg 1940-1945, Berlin 2004, S. 217ff., besonders S. 243. Vgl. auch: Mulder, Dirk: Kamp Westerbork. Voorportaal van de vernietiging, Hooghalen 1991, S. 25. Zu den genauen Deportiertenzahlen vgl. Pflock, Andreas: Auf vergessenen Spuren. Ein Wegweiser zu Gedenkstätten in den Niederlanden, Belgien und Luxemburg, Bonn 2006, S. 66.

Leben in den Niederlanden, Verfolgung, Deportation, Ermordung

Auch Familienmitglieder der Wenser Familie Mesritz sahen die Niederlande als Zufluchtsort an und emigrierten zu ihren Verwandten väterlicherseits nach Meppel.

In Meppel lassen sich zwei Familienzweige der Familie Mesritz nachweisen:

Elias Mesritz und Zwaantje Bargeboer aus Winschoten heirateten und bekamen sieben Kinder. Eines dieser Kinder war vermutlich Arend, ein anderes Coene (Coenraad) Mesritz, geboren 12.5.1879. Coene Mesritz heiratete Hanna van der Kaars. Zusammen bekamen sie drei Kinder (Louis, Mauritz Leonhard und Eli). Die Familie Coene Mesritz hatte ein Textilgeschäft in der Molenstraat 19 in Meppel. Zusätzlich fuhr Coene Mesritz mit dem Fahrrad über Land und verkaufte so Waren in der Umgebung von Meppel. Sein Geschäft musste am 25. Juni 1942 geschlossen werden. Coene Mesritz musste am 31. Juli 1942 im Arbeitslager Orvelte Zwangsarbeit leisten. Von dort kam er am 3. Oktober 1942 nach Westerbork. Dort traf er seine Frau wieder. Beide wurden am 5. Oktober 1942 nach Auschwitz transportiert und dort am 8. Oktober 1942 vergast. Auch ihre Kinder wurden ermordet.[22]

Coene war sehr wahrscheinlich der Bruder von Arend Mesritz.

Der andere Familienzweig der Familie Mesritz waren die Schwestern Henriette (geb. 21.3.1866) und Susanne Mesritz (geb. 2.1.1870). Sie wohnten in der Emmastraat 22. Ihr Vater (Andries Elias Mesritz) und der Großvater von Coene Mesritz (Coenraad Jethoehiel) waren Brüder.

Susanne und Henriette Mesritz wurden am 2./3. Oktober 1942 nach Westerbork gebracht und von dort am 9. Oktober bzw. 15. Oktober 1942 nach Auschwitz zur Ermordung deportiert.[23]

---

[22] Vgl. Schreiben von Ria Brinkman, Gemeinde Meppel, an die Verf., 6.4.2006.

[23] Auf dem Joods Monument Meppel wird an eine Familie Coene Mesritz erinnert:
Mesritz, C. 12.5.1879, 1942 Auschwitz
Mesritz-van der Kaars, H. 15.1.0.1881, 1942 Auschwitz
Mesritz, H. 21.3.1856 oder 1866, 1942 in Auschwitz
Mesritz, S. 2.1.1879, 1942 in Auschwitz
Quelle: www.joodsmonumentmeppel.nl/sitemap/borden/levie.html

Lebensläufe

Im Folgenden wird versucht, die Lebensverläufe der vier Kinder von Pauline und Arend Mesritz unter besonderer Berücksichtigung ihrer Verfolgungsstationen zu rekonstruieren.



Benno Mesritz (Vergrößerung aus dem Klassenfoto)

Benno Mesritz

Benno wurde am 28. August 1921 in Wittingen geboren.[24] Er besuchte wie alle Kinder aus dem Dorf Wense im Nachbardorf Rüper die Dorfschule.

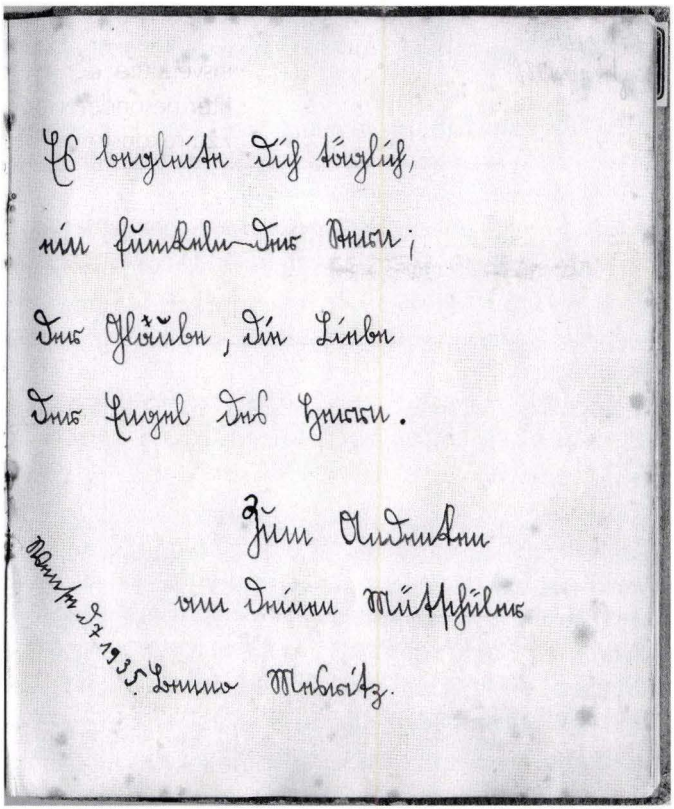
Eine Zeitzeugin, die mit ihm in die gleiche Klasse ging, erinnert sich an ihn als „geistig zurückgeblieben" und „er kam über die erste Klasse nicht hinaus." Benno Mesritz war nicht gut in die Dorfgemeinschaft integriert. So durfte er nach den Erinnerungen der Zeitzeugin nicht beim traditionellen „Matten-Hern-Singen" im November jeden Jahres mitgehen, bei dem die Dorfkinder durch Dorf zogen und singend um Süßigkeiten baten.

Klassenfoto mit Benno Mesritz (oben rechts)

Die Zeitzeugin erinnert sich, dass Benno Kontakt zu dem 1930 geborenen Nachbarjungen hatte und mit ihm spielte.



[24] Im „Bevolkingsregister Hilversum", Jg. 1920-1940, steht fälschlicherweise als Geburtsort Peine.



Poesiealbumeintrag von Benno Mesritz: „Es begleite dich täglich, ein funkelnder Stern; der Glaube, die Liebe der Engel des Herrn. Zum Andenken an deinen Mütschüler [Mitschüler] Benno Mesritz. Wense d. 7 1935 [Juli 1935]"

Die erste Spur von Benno Mesritz' Leben in den Niederlanden findet sich 1936 in Hilversum. Der Inhalt des städtischen Meldebogens lautet: Nationalität: Niederländisch. Angemeldet am 5. Juni 1936, gekommen aus Wense als Nummer 2460. Eine unleserliche Angabe: pa??? (Pass?) Hannover 16.3.1936, No. 71197.[25] Als Beruf „vegetable grower" (Landarbeiter) lebte in Hilversum, Heideparkweg 51, unverheiratet.[26]

Benno Mesritz war postalisch gemeldet in der Verdilaan 10 in Hilversum.

---

[25] Vgl. Zivilstandsregister (Bevolkingsregister) Hilversum, 1920-1940. Streekarchief Gooi en Vechtstreek, Hilversum.

[26] Vgl. Schreiben von Victor Laurentius, Het Nederlandse Rode Kruis, Den Haag, an die Verf., 16.2.2006.

Unter dieser Adresse befand sich in einem Wald in der Nähe von Hilversum das Rudelsheimhaus, die Rudelsheimstichting[27].

Die **Rudelsheimstichting**, benannt nach dem Oberrabbiner Samuel Azarja Rudelsheim (1869-1918), gegründet im Januar 1919, war ein jüdisches Waisenhaus.

Zweck der Stiftung war es, geistig behinderten Kindern ein relativ unabhängiges Leben zu ermöglichen. Nachdem im Jahr 1930 ein zweites Gebäude errichtet worden war, konnten 75 Kinder von der Rudelsheimstichting betreut werden.

Benno Mesritz wohnte wahrscheinlich im Jungenpavillon „Dr. Leopold Hertzbergerpaviljoen", der 1932 offiziell eröffnet worden war.

Im April 1942 konfiszierte die Deutsche Wehrmacht die Gebäude der Stiftung und nutzte sie als Befehlsquartier. Die dort lebenden Kinder wurden in anderen Gebäuden in Hilversum untergebracht. „De Monnikenberg" am Soestdijkerstraatweg in Hilversum wurde zum vorübergehenden Zufluchtsort der Rudelsheimstichting. Von dort wurden am 7. April 1943 alle Kinder des jüdischen Waisenhauses deportiert.[28]

Die nächste Spur von Benno Mesritz findet sich im Durchgangslager Westerbork. Dort wurde er am 5. Mai 1943 registriert. Er war bis zum 11. Mai 1943 in Baracke Nr. 55 untergebracht.

Benno Mesritz gelang es nicht, lange in Westerbork zu bleiben. Bereits mit dem nächsten abfahrenden Transport, am 11. Mai 1943 mit insgesamt 1.446 Personen, wurde er von Westerbork nach Sobibor deportiert. Für jeden abfahrenden Transport wurden alphabetische Listen erstellt, die alle Namen, Vornamen und Geburtsdaten derjenigen enthielten, die deportiert wurden. Benno Mesritz ist auf der

---

[27] Adresboek van Hilversum tevens Jaarboek. 45e jaar 1938, hrsg. von C. L. Heek. Hilversum 1938, S. 180.

[28] Vgl. Jongh, Th. J. de: Van Rudelsheimstichting tot Van Helsdingenkazerne (Brochures van de Sectie Luchtmachthistorie van de Luchtmachtstaf. 2), Den Haag 1991, S. 9ff. Vgl. auch Rudelsheimstichting: www.joodsmonument.nl.

Transportliste: Judentransport aus den Niederlanden-Lager Westerbork – am 11. Mai 1943:

„ ...Mesritz Benno 28.8.21..."[29] aufgeführt.

Im Bericht von Jozef Wins, der ebenfalls am 11. Mai deportiert wurde und als Einziger dieses Transportes überlebte, heißt es: „Am 11. Mai 1943 fuhren wir in geschlossenen Güterwaggons nach Osten los und kamen schließlich in Sobibor an. Für die Kranken waren ein paar Matratzen in den Waggon gelegt worden. Brot wurde nicht verteilt. Irgendwann rief die SS aber, dass wir Uhren, Ringe und dergleichen mehr abgeben mussten und ein anderes Mal waren es Bleistifte und Füllhalter. Kurz hinter der Lokomotive fuhr ein Waggon der 2. Klasse, in dem die SS saß. Am 14. Mai kamen wir in Sobibor an. Zunächst wurden wir aus dem Waggon geprügelt..."[30]

Levie Sluijzer beschreibt während einer anderen Deportation von Westerbork nach Sobibor für seinen Bruder Mozes Sluijzer die Zugfahrt:

„Schon der erste Tag der Reise war schrecklich. Der Waggon war gerammelt voll. [...] Die Stimmung ist jetzt schon fürchterlich. Alle zanken sich und suchen Streit. Wenn die Tür zu ist, stinkt es entsetzlich und sehr beklemmend. [...] Wir sitzen absolut im Dunkeln. [...] Tag und Nacht wird durchgefahren. [...] Auf dem Bahnhof in Hannover bekam jeder Zug 1 Milchkessel Wasser. [...] mittags kommen wir in der Nähe von Breslau an, wo wir ein paar niederländische Juden sehen, die auf dem Land arbeiten. [...] Geschlafen haben wir nicht. [...] Breslau vorbei. Nichts als kahle Ebenen. Die Nacht ist zum Glück vorbei, die sind schlimm. Überall zieht es und nirgendwo kann man schlafen. Wir sind alle todmüde. Dennoch lässt sich der jüdische Humor nicht unterkriegen, trotz des ganzen Elends werden Scherze gemacht. Am frühen Morgen stehen wir still. Scheinbar ist die Bahnlinie

[29] Vgl. Schelvis, Jules: Vernietigingskamp Sobibor, 2004: Transportlijst 11 mei 1943, S. 402.

[30] Jozef Wins 1947 vor dem Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie, in: Schelvis, Jules: Vernichtungslager Sobibor (Reihe Dokumente, Texte, Materialien. Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin. 24), Berlin 1998, S. 92.

bombardiert und wir müssen einen Umweg machen, so dürfte die Reise viel länger dauern. Mit Schrecken sehe ich der dritten Nacht entgegen, die ganze Zeit sind wir nämlich nicht aus den Kleidern gekommen, nicht gewaschen, nichts Warmes gegessen oder getrunken. Es ist mehr als schlimm. [...] Wir haben drei Tage und zwei Nächte dafür gebraucht, eine Höllenfahrt."[31]

Sobibor

Das Vernichtungslager Sobibor lag im Distrikt Lublin, an der Grenze zum damaligen Reichskommissariat Ukraine. Es wurde am 7. Mai 1942 errichtet und war vorgesehen, zusammen mit den Vernichtungslagern Bełżec und Treblinka im Rahmen der „Aktion Reinhardt", als Ort für die Ermordung der Juden aus Ostpolen. „Außer polnischen Juden wurden vor allem Juden aus den Niederlanden und darunter deutsche Emigranten in Sobibor ermordet. Nach einem Bericht des Niederländischen Roten Kreuzes wurden vom Lager Westerbork nach Sobibor in 19 Transporten 34.313 Personen deportiert, von denen 19 am Leben blieben."[32]

„Es bleibt ein Rätsel, warum in der Zeit vom 2. März bis zum 20. Juli 1943 19 Züge aus den Niederlanden ausgerechnet nach Sobibor fuhren und nicht nach Auschwitz/Birkenau, das so viel näher lag. Es ist keine allzu gewagte Annahme, dass die deutsche Industrie in dieser Periode weniger Arbeitskräfte brauchte, so dass es einfacher war, die Juden nach Ostpolen zu schicken, als in das industrialisierte Oberschlesien. Die Abwicklung war unkomplizierter."[33]

Nur sehr wenige Menschen überlebten das Vernichtungslager Sobibor. Aus ihren Zeugenaussagen und aus Gerichts-

---

[31] Levie Sluijzer wurde am 6. April 1943 nach Sobibor deportiert und dort ermordet. Brief zitiert in: Schelvis, Jules: Vernichtungslager Sobibor (Reihe Dokumente, Texte, Materialien / Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin. 24), Berlin 1998, S. 66-68. Vgl. auch den Zeitzeugenbericht von Jules Schelvis: Ebd., S. 68f.

[32] Gedenkbuch für die jüdischen Mitbürger aus Niedersachsen, die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland wurden. Bd. 1: Verzeichnis aller im heutigen Niedersachsen geborenen oder wohnhaft gewesenen jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, bearb. vom Niedersächsischen Landesverwaltungsamt Hannover, S. 1772.

akten mit Aussagen aus Vernehmungen von Angeklagten lassen sich Ankunft und Ermordung in Sobibor darstellen:

„Von der letzten Station vor Sobibor, dem Bahnhof am Eisenbahnknotenpunkt Chełm, fuhren die Züge in nördlicher Richtung bis zum Rangiergelände an der Ostseite des Lagers. Es dauerte eine gewisse Zeit, ehe die ersten Waggons ins Lager gefahren werden konnten. [...] Zugteile [wurden] abgekoppelt und maximal jeweils 11 Waggons [wurden] entlang der Rampe ins Lager gefahren."[34]

Danach wurden die Waggontüren geöffnet: „Die ineinander gepferchten Menschen wurden von dröhnenden deutschen Kommandos und unter Einsatz von Peitschen, Stöcken und Gewehrkolben aufgefordert, die Waggons zu verlassen. Nachdem das unter einigen Mühen und Schmerzen geschehen war und die Leute zum ersten Mal seit Tagen wieder ihre Beine ausstrecken und frische Luft atmen konnten, mussten sich die Männer und Frauen, die noch gehen konnten, getrennt voneinander aufstellen. [...] Denjenigen, die noch gehen konnten, wurde unter ständigem Gebrüll [...] befohlen, auf einem Weg, [...] weiter in das Lager zu laufen."[35] Nach dem Auskleiden wurden den Frauen die Haare abgeschnitten. Den „Lagerabschnitt 3" mit den Gaskammern erreichten die Konzentrationslagerhäftlinge durch einen langen schlauchartigen Weg.

Im Vernichtungslager Sobibor wurden über 250.000 Menschen vergast. Die Leichen wurden in Gruben verbrannt.

Benno Mesritz wurde nach dreitägiger Zugfahrt im Vernichtungslager Sobibor sofort nach seiner Ankunft durch Giftgas ermordet.[36] Er starb am 14. Mai 1943 mit 21 Jahren.

---

[33] Schelvis, Jules: Vernichtungslager Sobibor (Reihe Dokumente, Texte, Materialien / Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin. 24), Berlin 1998, S. 14f.

[34] Ebd., S. 61f.

[35] Ebd. S. 76.

[36] Vgl. Schreiben von Victor Laurentius, Het Nederlandse Rode Kruis, Den Haag, an die Verf., 16.2.2006.

Erich Mesritz

Erich Mesritz wurde am 3. Januar 1913 in Peine geboren. Er wird als „groß" und „schlank" geschildert. Gearbeitet hatte er als Schlachter. Weitere Beschreibungen sind „Lebemann", „angeberisch".

Laut Angabe des Niederländischen Roten Kreuzes war er ohne Beruf und unverheiratet.[37]

Auch Erich Mesritz emigrierte in die Niederlande. Dort ist er in Amsterdam gemeldet. Seine letzte bekannte Adresse lautet Warmoestraat 56 I[38].

Nachdem am 10. Oktober 1941 Reichskommissar Seyß-Inquart verkündet hatte, dass jüdische Arbeitslose in den ehemaligen Lagern des staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms zur Arbeit eingesetzt würden, entstanden ab Januar 1942 mehr als 40 Arbeitslager für Juden in den Niederlanden. Die Arbeitskraft von arbeitsfähigen jüdischen Männern wurde durch diese Maßnahme zwangsrekrutiert und die jüdische Bevölkerung erfasst, isoliert und konzentriert. Möglicher Widerstand sollte durch die Einweisung der arbeitsfähigen Männer in Lager kontrolliert und durch schwere Arbeit gebrochen werden.

Die Arbeitslager bestanden aus spärlich eingerichteten Holzbaracken. Die ausschließlich männlichen Lagerinsassen mussten Heideland umgraben sowie Deichvorland und Moorböden kultivieren.

Der Amsterdamer „Jüdische Rat", die im Februar 1941 eingesetzte Zwangsvertretung der niederländischen Juden, wurde gezwungen, ein bestimmtes Kontingent an Männern für die Meldung in die Arbeitslager bereitzustellen. Zunächst sollten sich jüdische Arbeitslose im Alter zwischen 20 und 65 Jahren auf dem Amsterdamer Hauptbahnhof einfinden, um in Arbeitslager entsandt zu werden. Der Adressatenkreis der zur Zwangsarbeit bestimmten jüdischen Männer wurde im März 1942 auf die Unverheirateten zwischen 18 und 40 Jahren, am Mitte Mai auch auf die Verheirateten ausgedehnt,

---

[37] Ebd.

[38] ITS M-155 aus Yad Vashem, Reference and Information Service.

da das von den Deutschen geforderte Kontingent nicht erfüllt wurde. Am 28. September 1942 arbeiteten schließlich 5.242 jüdische Männer in Zwangsarbeitslagern.[39]

Erich Mesritz wurde 1942 zum jüdischen Arbeitslager „de Land(e)weer (Elsloo)" gebracht.

De Landweer (Elsloo)

De Landweer bestand vom 31. März 1942 bis zum 3. Oktober 1942. Am 9. September 1942 waren dort 174 Zwangsarbeiter gemeldet.

„Die Arbeitslager sahen nahezu alle gleich aus: das Eingangstor bestand aus einem weiß gestrichenen hölzernen Gatter mit einem großen Bogen darüber, auf dem der Name des jeweiligen Lagers zu lesen war. Die Umzäunung bestand zumeist aus Stacheldraht, der ungefähr anderthalb Meter hoch war. [...] In den Lagern gab es hölzerne Wohnbaracken, eine Kantine, ferner eine Baracke, die dem Lagerverwalter gleichzeitig als Wohnung und Büro diente. Dort war zumeist die Küche untergebracht. Die meisten Lager besaßen eine Krankenstation. Außerdem gab es noch Toilettenhäuschen."[40]

Die jüdischen Zwangsarbeiter mussten körperliche Schwerstarbeit leisten. Im Arbeitslager Elsloo musste der Boden umgegraben werden, damit dort Bepflanzungen erfolgen konnten.[41] Zum Teil standen die Männer dabei bis zu den Knöcheln im Wasser.

---

[39] Vgl. De Jong, Sytske: Die jüdischen Arbeitslager in den Niederlanden, in: Benz, Wolfgang und Barbara Distel (Hrsg.): Geschichte der Konzentrationslager. Bd. 5: Terror im Westen. Nationalsozialistische Lager in den Niederlanden, Belgien und Luxemburg 1940-1945, Berlin 2004, S. 131-148. Vgl. auch: Friesch Dagblad. 26. April 2003: Artikel: Joodse werkkampen uit vergetelheid. Am 25. April 2003 wurde in Elsloo ein Mahnmal eingeweiht. www.oorlogsmonumenten.nl/omn/zoeken/monumenten/8765. Vgl. auch: www.kindermonument.nl/artikelen/nieuws/20060425-sprekendebeelden.htm.

[40] De Jong, Sytske: Die jüdischen Arbeitslager in den Niederlanden, in: Benz, Wolfgang und Barbara Distel (Hrsg.): Geschichte der Konzentrationslager. Bd. 5: Terror im Westen. Nationalsozialistische Lager in den Niederlanden, Belgien und Luxemburg 1940-1945, Berlin 2004, S. 137.

[41] An das Lager Elsloo erinnert heute noch der Name des Wäldchens, den die Zwangsarbeiter dort angelegt haben. Er wird im Volksmund „Judenwald" genannt.

Das Essen und die Höhe der Essensrationen verschlechterten sich ab Ende April 1942. So erhielten die Arbeiter nach einem neunstündigen Arbeitstag nur 200 Gramm Brot und einen Suppenlöffel warmes Essen pro Tag sowie 10 Gramm Butter pro Woche.[42]

Sämtliche jüdischen Zwangsarbeiter aus allen niederländischen Zwangsarbeiterlagern wurden in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1942 in das Durchgangslager Westerbork deportiert, darunter auch Erich Mesritz.

Als er am 3. Oktober 1942 in Westerbork eintraf, herrschte aufgrund der gleichzeitigen Ankunft so vieler Menschen dort Chaos und starke Überbelegung: Bei einer Kapazität von ca. 6.000 Personen befanden sich mehr als 15.000 Menschen in Westerbork, die zweithöchste Belegungsstärke in dem Bestehen des Durchgangslagers überhaupt.

Erich Mesritz blieb nur zwei Tage in Westerbork. Er wurde gleich mit dem nächsten Transport am 5. Oktober 1942 zusammen mit insgesamt 2012 Personen von Westerbork mit dem Ziel Konzentrationslager Auschwitz deportiert.

Westerbork hatte zu der Zeit keinen direkten Eisenbahnanschluss. Daher mussten die Häftlinge fünf Kilometer zur regulären Eisenbahnstrecke nach Hooghalen zu Fuß laufen.[43]

Während des Transportes stoppte der Zug in Cosel (poln. Koźle) um „arbeitsfähige" Männer im Alter zwischen 15 und 50 Jahren vor der Ermordung in Auschwitz auszuwählen.

Zu ihnen gehörte Erich Mesritz. Er wurde zur Zwangsarbeit selektiert und nach Blechhammer[44] gebracht. Dort wurden seit 1940 Juden beim Bau von Betrieben des Chemiekonzerns Oberschlesische Hydrierwerke AG eingesetzt.

Blechhammer

Am 1. April 1944 übernahm die Kommandantur des Konzentrationslagers Auschwitz III (Monowitz) das „Juden-Zwangsarbeiterlager" der Oberschlesischen Hydrierwerke AG. Das

[42] Ebd., S. 140.

[43] Erst im November 1942 war eine provisorische Schmalspurbahn in Westerbork fertig gestellt.

neue Nebenlager des Konzentrationslager Auschwitz III wurde in „Arbeitslager Blechhammer" umbenannt.

Mit dem Namen Blechhammer (pol. Blachownia Śląska) wurde ein riesiger industrieller Komplex bezeichnet, gelegen in dem vorher als Landkreis Cosel (pol. Koźle) bezeichneten Oberschlesien. Es handelte sich um verschiedene Zwangsarbeiterlager mit einer unterschiedlichen Anzahl von Häftlingen, die in verschiedenen Fabriken u.a. bei AEG (Lager Nr. 25), Uhde (Lager Nr. 9) und Dyckerhoff + Widmann (Lager Nr. 36) arbeiten mussten.

Insgesamt waren ca. 48.000 Häftlinge zur Zwangsarbeit in Blechhammer eingesetzt.

Blechhammer befand sich im Aufbau, Teile wurden ab Sommer 1944 bei alliierten Bombenangriffen zerstört und mussten daher immer wieder aufgebaut werden. Bei einem Luftangriff durch US-amerikanische Bomber wurden am 9. September 1944 große Teile der Oberschlesischen Hydrierwerke AG zerstört.

„Das Lager Blechhammer, in das wir kamen, [...] lag westlich von Kattowitz nahe dem Dorf Blechhammer. In der Nähe baute man das größte Hydrierwerk Deutschlands, [...] wo Treibstoff aus Kohle gewonnen wurde. Dort arbeiteten wir. Das Werk war mehr als eine Fabrik, eher eine Stadt."[45]

Erich Mesritz wurde am 1. April 1944 nach der Übernahme als Nebenlager des Konzentrationslager Auschwitz III offiziell Häftling des Konzentrationslagers Auschwitz mit der Häftlingsnummer 178.052.[46] Er gehörte damit zu den ersten 3.056 männlichen Häftlingen von Blechhammer, welche die Auschwitz-Häftlingsnummern 176.512 bis 179.567 bekamen.

---

[44] Vgl. zu Blechhammer u.a.: Gruner, Wolf: Jewish Forced Labor Under the Nazis. Economic Needs and Racial Aims, 1938-1944, New York 2006, 221ff. Vgl. auch: Czech, Danuta: Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939-1945, Reinbek bei Hamburg 1989, S. 747 u. 982f.

[45] Koenig, Ernest: Auschwitz III – Blechhammer, in: Dachauer Hefte 15 (1999), S. 134ff.

[46] Schreiben von Victor Laurentius, Het Nederlandse Rode Kruis, Den Haag, an die Verf., 16.2.2006.

„Hunger, schwere Arbeit und schonungslose Ausbeutung prägten den Alltag. Die Insassen arbeiteten nicht selten 15 Stunden und mehr. Manche Nebenlager, darunter Blechhammer [...], sowie die Kohlegruben galten für ungelernte Kräfte als mörderisch. Lediglich Facharbeiter hatten es etwas besser, da sie kaum zu ersetzen waren und deshalb nicht von vornherein in todbringende Kommandos eingeteilt wurden."[47]

Der bekannte Publizist Arno Lustiger berichtet über seinen Tagesablauf in Blechhammer:

„Wir mussten schon um 5 Uhr aufstehen, wir haben uns gewaschen und mussten uns auf dem Appellplatz zum Zählen der Häftlinge aufstellen. Es durfte niemand fehlen. Der Zählappell konnte lange dauern. Zu Fuß sind wir dann ins Werk gegangen und wurden dort in einzelne Gruppen auf die Arbeitsstellen verteilt. Wir haben den ganzen Tag, so zwischen 12 bis 14 Stunden geschuftet, durchgehend von Montag bis Sonntag, ohne freie Tage, immer wieder das gleiche: Appell, durchzählen, arbeiten."[48]

Diejenigen, die nicht mehr arbeiten konnten, wurden nach Auschwitz-Birkenau (Auschwitz II) gesandt, um dort ermordet zu werden. Arbeitsfähige Häftlinge aus Auschwitz II kamen zur Ausbeutung ihrer Arbeitskraft nach Blechhammer und ersetzten die Kranken und Toten.

Erich Mesritz überlebte die Zwangsarbeit in Blechhammer und wurde aufgrund des Vorrückens der Roten Armee und des Rückzugs der Deutschen Wehrmacht mit den anderen Häftlingen von Blechhammer am 21. Januar 1945 evakuiert. Jeder Gefangene bekam 800 Gramm Brot, eine kleine Portion Margarine und etwas künstlich hergestellten Honig. Mit dieser Verpflegung begann für ca. 4.000 Häftlinge aus Blechhammer und ca. 6.000 Häftlinge des Nebenlagers Neu-Dachs, Gleiwitz I, III und IV der Todesmarsch.

[47] Steinbacher, Sybille: Auschwitz. Geschichte und Nachgeschichte, München 2004, S. 48.

[48] Kerski, Basil und Skibinska, Joanna (Hrsg.): Ein jüdisches Leben im Zeitalter der Extreme. Gespräche mit Arno Lustiger (Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen-Gesellschaft Bundesverband e.V. 5), Osnabrück 2004, S. 64.

Die Route des Todesmarsches verlief über Blachownia Śląska – Kole – Neustadt – Glucholazy – Neisse – Otmuchow – Zabkowice Śląskie – Schweidnitz – Strzegom. Am 2. Februar 1945 erreichten die noch Lebenden das Konzentrationslager Groß-Rosen. Während des Todesmarsches waren ca. 800 Menschen gestorben: Diejenigen, die nicht mehr weiter gehen konnten oder die zu fliehen versucht hatten, wurden erschossen.

Fünf Tage blieben die Häftlinge im Konzentrationslager Groß-Rosen, einem besonders berüchtigten Konzentrationslager.[49] Danach wurden sie 7. Februar 1945 mit Zügen in das Konzentrationslager Buchenwald gebracht. Diese Häftlingszüge waren Ziel von alliierten Luftangriffen, wodurch viele Häftlinge getötet wurden.[50]

Arno Lustiger, einer der wenigen Überlebenden Blechhammers, erinnert sich an den Todesmarsch und den Bahntransport zum Konzentrationslager Buchenwald:

„Am 21. Januar 1945 wurde die Evakuierung des Lagers zu Fuß angeordnet. Es sollte ein Todesmarsch werden. Als Marschverpflegung wurde ein halbes Kommissbrot, eine Portion Margarine und Kunsthonig verteilt. Es war ein harter Winter mit viel Schnee und Temperaturen um 20 Grad minus. Wir hatten nichts weiter an als unsere gestreiften Zellwollfetzen und Holzschuhe. Durch das Eis, das sich an den Absätzen festsetzte, kam es leicht zu Verstauchungen der Knöchel, die ein Weitermarschieren unmöglich machten. Eine Salve aus einer Maschinenpistole war die Antwort. Wer nicht marschieren oder das Tempo nicht einhalten konnte, wurde erschossen. Schon in der zweiten Nacht wurde mir meine Brotration, die ich in einem Beutel verpackt als Kopfkissen benutzte, gestohlen. Damit war ich eigentlich zum Tode verurteilt, denn das war meine einzige Verpflegung während des Marsches gewesen.

Nach 12-tägigem Marsch über Cosel und Neisse erreichte nur noch ein Viertel der Häftlinge am 2. Februar das KZ

[49] Vgl. Konieczny, Alfred: Das Konzentrationslager Groß-Rosen, in: Dachauer Hefte 5 (1989), S. 15ff.

[50] Vgl. Internetrecherche „Work camp Blechhammer (Poland)".

Groß-Rosen. Dort erlebte ich die schlimmsten Zeiten als Häftling. Sadistische Berufsverbrecher, die als Kapos das Lager beherrschten, prügelten zahlreiche Häftlinge zu Tode. Am 7. Februar 1945 wurden die überlebenden Häftlinge auf offene Waggons verladen. Die dreitägige Reise ohne Transportverpflegung führte über Dresden und Jena nach Weimar. Als der Zug auf dem Bahnhof in Weimar am 10. Februar 1945 eintraf, gab es einen heftigen Fliegerangriff. Die SS-Wachen flüchteten in Panik, und auch einige Häftlinge, darunter ich, liefen weg. Ich versteckte mich in einem Haus, doch nach der Entwarnung wurde ich denunziert und eingefangen. Nun ging es nach Buchenwald, denn die Gleise in das nahe gelegene KZ waren unbeschädigt geblieben."[51]

Erich Mesritz überlebte den Todesmarsch und den Evakuierungstransport. Er erreichte lebend das Konzentrationslager Buchenwald. Die Insassen des Evakuierungstransportes wurden dort in das „Kleine Lager" gebracht.

Buchenwald

„Als sich Anfang 1945 die Lagerkomplexe des Ostens in Auflösung befanden, kamen Tausende total erschöpfter und entkräfteter Menschen, in der Mehrzahl Juden, aus den Konzentrationslagern Auschwitz und Groß-Rosen, aus Ghettos und Zwangsarbeiterlagern auf dem Bahnhof Buchenwald an. Die Waggons waren voll von Toten, deren Namen unbekannt blieben. Die Lebenden pferchte man in das ‚Kleine Lager', dessen Bedingungen sich mit jeder Woche verschlechterten."[52]

Das „Kleine Lager" im Konzentrationslager Buchenwald war 1943 als Quarantänelager geschaffen worden und diente seit Anfang 1945 als Lager für die ankommenden Evakuierungstransporte. Der Zustand dort war katastrophal.

---

[51] Arno Lustiger im Gespräch, in: Kerski, Basil und Skibinska, Joanna (Hrsg.): Ein jüdisches Leben im Zeitalter der Extreme. Gespräche mit Arno Lustiger (Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen-Gesellschaft Bundesverband e.V. 5), Osnabrück 2004, S. 66.

[52] Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Band II, Bonn 1999, S. 895.

Innerhalb von knapp 100 Tagen starben zu Jahresbeginn 1945 dort im Konzentrationslager Buchenwald fast 14.000 Menschen.

„Die Gefangenen starben nachts auf ihren Pritschen, wurden morgens herunter- und von den Stubendiensten vor die Baracke geworfen. Andere Insassen nahmen sich ihre Kleidung und Habseligkeiten, bevor das Leichenkommando die nackten Körper dann aufsammelte und mit einem Handkarren zum Krematorium brachte. Wenn sie nicht beim Appell oder während sie tagsüber vor den Baracken warten mussten, tot umfielen, starben sie durch die Brutalität der Funktionshäftlinge oder ihrer Mitgefangenen."[53]

Erich Mesritz starb kurz nach der Ankunft am 11. Februar 1945 im Konzentrationslager Buchenwald.[54]

Heinz Mesritz

Heinz Mesritz wurde am 18. Juni 1915 in Wittingen geboren. Er besuchte mit den anderen Wenser Kindern die Schule in Rüper. Später lernte er den Frisörberuf. Er wird als „zurückhaltend" und „feiner", „zurückgezogen" und „introvertiert" beschrieben. Sein Familienstand war ledig.

Auch Heinz Mesritz emigrierte in die Niederlande. Am 23. März 1936 war er in der Molenstraat 19 in Meppel, in dem Haus seines Onkels Coene Mesritz, gemeldet. Innerhalb der Stadt Meppel zog er später in die Strasse Kerkplein 11.

Seine Spur lässt sich weiter nach Idaarderadeel in Friesland weiterverfolgen. Am 16. April 1940 war er dort in der Grouw 233 bei J. Boerke gemeldet.[55]

Später zog er nach Dordrecht.[56] Dort wohnte er in der Voorstraat 128 und war als „unverheiratet" und „kinderlos" vom 15. September bis zum 6. April 1943 gemeldet.[57]

---

[53] Respaut, André: Buchenwald, Narbonne 1946. Zitiert in: Greiser, Katrin: „Sie starben allein und ruhig, ohne zu schreien oder jemand zu rufen." Das „Kleine Lager" im Konzentrationslager Buchenwald, in: Dachauer Hefte 14 (1998), S. 121.

[54] Die Annahme „Probably detrained in Cosel" ist daher nicht zutreffend. ITS M-155 aus Yad Vashem, Reference and Information Service.

[55] Vgl. Schreiben von Ria Brinkman, Gemeinde Meppel, an die Verf., 6.4.2006.

Tatsächlich wurde Heinz Mesritz jedoch bereits am 11. November 1942 nach Westerbork deportiert. Auch für ihn war der Aufenthalt in Westerbork nur kurz. Nach fünf Tagen wurde er mit dem nächsten Transport zusammen mit insgesamt 761 Personen am 16. November 1942 von Westerbork Richtung Auschwitz deportiert.

„Der Ablauf und die Organisation der Transporte waren bis ins Detail geplant und vorbereitet. Sie wurden in aller Frühe morgens zusammengestellt. Die Barackenleiter erschienen und verlasen die Namen derjenigen Menschen, die den bereitstehenden Zug besteigen mussten. Es herrschte eine beklemmende Stille in den überbelegten Räumen, in denen nur die verlesenen Familien- und Vornamen erklangen. Bald darauf erschienen der aus Häftlingen bestehende Ordnungsdienst und holte die aufgerufenen Menschen ab."[58]

Auch der Zug, mit dem Heinz Mesritz deportiert wurde, stoppte auf seinem Weg in das Konzentrationslager Auschwitz an der Bahnstation Cosel (poln. Koźle), um dort männliche Juden zwischen 16 und 45 bzw. 50 Jahren zur Zwangsarbeit auszuwählen.[59] Heinz Mesritz wurde wie sein Bruder Erich als „arbeitsfähig" selektiert.

Heinz Mesritz musste sich im Zwangsarbeiterlager Bobrek (ab 1944 Nebenlager des Konzentrationslager Auschwitz-Monowitz) in Oberschlesien unter sehr schlechten (Über)-Lebensbedingungen zu Tode arbeiten.

Am 2. Mai 1943 um 15.00 Uhr starb er im Zwangsarbeiterlager Bobrek.[60] Als Todesgrund wurde „Physiologische Schwäche"[61] vermerkt.

---

[56] Vgl. Laut Schreiben des Sonderstandesamt Arolsen, jetzt Bad Arolsen, Abteilung I Nr. 161/1949 wohnte er in der Molenstraat 15.

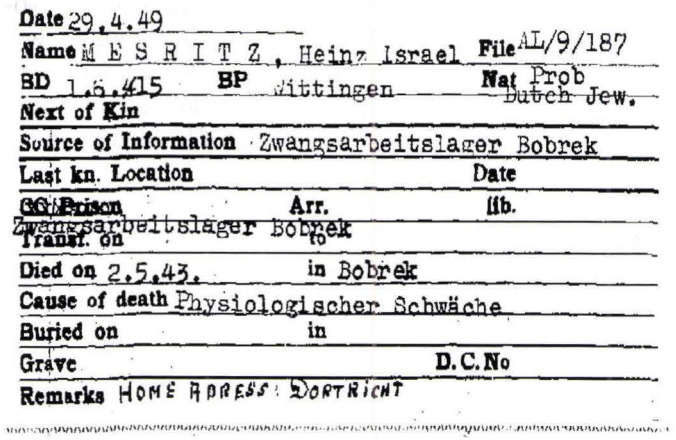
[57] Vgl. Schreiben von Emile Havers, Stadsarchief Dordrecht, an die Verf., 7.4.2006.

[58] Pflock, Andreas: Auf vergessenen Spuren. Ein Wegweiser zu den Gedenkstätten in den Niederlanden, Belgien und Luxemburg, Bonn 2006, S. 67.

[59] Vgl. Gruner, Wolf: Jewish Forced Labor Under the Nazis. Economic Needs and Racial Aims, 1938-1944, New York 2006, S. 226f.

[60] Sein Tod ist beurkundet: Sonderstandesamt Arolsen, jetzt Bad Arolsen, Abteilung I, Nr. 161/1949.

[61] ITS M-155 aus Yad Vashem, Reference and Information Service.



Date 29.4.49
Name M E S R I T Z , Heinz Israel File AL/9/187
BD 1.5.15 BP Mittingen Nat Prob Dutch Jew.
Next of Kin
Source of Information Zwangsarbeitslager Bobrek
Last kn. Location Date
GC/Prison Arr. lib.
Transf. on Zwangsarbeitslager Bobrek to
Died on 2.5.43. in Bobrek
Cause of death Physiologischer Schwäche
Buried on in
Grave D.C.No
Remarks HOME ADRESS: DORTRICHT

Sitta Mesritz

Sitta Mesritz wurde am 24. Dezember 1910 in Peine geboren. Sie wird als „zurückhaltend" beschrieben. Sitta Mesritz arbeitete als Dienstmädchen (Haushälterin) in Hannover bei einer Familie, deren Haushaltsvorstand „ein hohes Tier beim Militär" gewesen sein soll. Nach den Erinnerungen einer Zeitzeugin warnte ihr Arbeitgeber Sitta Mesritz mit den Worten: „Ihr müsst jetzt weg".

Wie ihre Geschwister emigrierte Sitta Mesritz in die Niederlande nach Meppel und zog in das Haus ihres Onkels Coene Mesritz, Molenstraat 19. Dort lebte sie illegal, denn sie war nicht bei der Gemeinde Meppel angemeldet. [62]

Später verlegte Sitta Mesritz ihren Wohnsitz in der Sarphatistraat 100 nach Amsterdam.

Ihre Lebensspur verläuft weiter und ist im jüdischen Asyl „Het Apeldoornse Bos" nachweisbar.

Het Apeldoornse Bos

Het Apeldoornse Bos war eine psychiatrische Einrichtung für jüdische Patienten. Die Einrichtung war in einem Wald in der Nähe von Apeldorn in der Veluwe gelegen und existierte seit 1909. 1938 lebten dort 900 Patienten und 400

[62] Vgl. Schreiben von Ria Brinkman, Gemeinde Meppel, an die Verf., 6.4.2006.

Angestellte. Unter ihnen befanden sich 74 Kinder (Paedagogium Achisomog), die in einer speziellen Station für zurückgebliebene und starrsinnige (waywarded) Kinder lebten.

Inwieweit Sitta Mesritz als Patienten in Het Apeldoornse Bos aufgenommen worden war oder dort als Angestellte arbeitete, ließ sich nicht klären.

In der Nacht vom 21. zum 22. Januar 1943 wurde die Einrichtung von der Ordnungspolizei und von Mitarbeitern des Ordnungsdienstes aus Westerbork geräumt: Die wehrlosen Patienten und ein Teil des Pflegepersonals wurden geschlagen und misshandelt, auf Lastwagen geladen, später in Viehwaggons verfrachtet. Am 23. Januar 1943 wurden 516 Personen aus Westerbork zur Ermordung in das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau gebracht. Dort wurden alle Insassen unmittelbar nach ihrer Ankunft ermordet. Sie wurden zu den Gruben gefahren, in denen die Leichen der Vergasten verbrannt wurden. Die Deportierten aus dem Asyl Het Apeldoornse Bos wurden lebend in die Flammen geworfen.[63]

Sitta Mesritz wurde auf diese Weise am 25. Januar 1943 in Auschwitz im Alter von 33 Jahren ermordet.[64]

Nachwort

Von keinem Mitglied der Familie Mesritz sind letzte Worte vor ihrem Sterben überliefert. Daher schließe ich diesen Aufsatz mit den letzten Worten des Kinderarztes Paul Keller, aus denen Menschlichkeit und Hoffnung sprechen.

Im Februar 1945, drei Tage nach seiner Ankunft im Konzentrationslager Groß-Rosen schrieb der Häftling im Angesicht seines Todes:

---

[63] Vgl. Jong; Loe de: Het Koninkrijk der Nederlanden in de 2. Wereldoorlog. Teil 6, S. 307ff. De Jong schreibt, dass der Zug am Sonntag, 24. Januar 1943 in Auschwitz-Birkenau ankam. Schelvis, Jules: Vernichtungslager Sobibor (Reihe Dokumente, Texte, Materialien / Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin. 24), Berlin 1998, S. 250. Vgl. auch www.joodsmonumentmeppel.nl. Digitaal Monument Joodse Gemeenschap in Nederland – Apeldoornse Bos.

[64] Vgl. Schreiben von Victor Laurentius, Het Nederlandse Rode Kruis, Den Haag, an die Verf., 16.2.2006.

„Ich schreibe und beende dieses Tagebuch in der Ungewissheit der nächsten Stunden, unter der Drohung eines minütlich zugreifenden Todes. Ich schreibe, um die Gedanken an ihn in mir mit den Worten zu bannen, um im Schreiben meinen Lebenswillen noch kräftiger zu formen. Sollte er trotzdem unter der Wucht des Grauens schwächer werden und erliegen, dann werde ich wenigstens in meinen letzten Stunden die Genugtuung eines sicheren Wissens um den endgültigen Sieg des besseren Teils der Menschheit haben. Denn so böse kann die Welt nicht sein, dass dieses Grauen, dessen Opfer wir nun vielleicht werden sollen, zu einer stabilen Macht über die Erde werden könnte."[65]

Diesen Aufsatz verstehe ich als Gedächtnisort für die Familie Mesritz, da von ihnen niemand überlebte.

In der jüdischen Religion gibt es den Jiskor(Gedenk)-Gottesdienst.[66] In diesem Gottesdienst wird von Kindern und Enkeln für die Verstorbenen ein Gebet gesprochen, um ihren Seelen Frieden und ewiges Leben zu schenken. Dieses Gebet wird als fortdauernde Gemeinschaft der Generationen begriffen:

Solange man sich eines Menschen erinnert,
bleibt er lebendig.

[65] Zitiert in: Bacharach, Walter: „Dem Tod ins Auge schauen." Der Holocaust aus der Sicht des Opfers, in: Kaplan, Marion und Meyer, Beate (Hrsg.): Jüdische Welten. Juden in Deutschland vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart, Göttingen 2005, S. 303.

[66] Vgl. Rosten, Leo: Jiddisch. Eine kleine Enzyklopädie, München 2002, S. 269f.

Rosemarie Miehe

Die Deportationen von Peiner Juden nach Theresienstadt

Warschau, Lodz, Minsk und Riga sind Durchgangsstationen zur Vernichtung der jüdischen Bevölkerung, mit dem Ziel, Hitlers Wunsch, das Deutsche Reich und auch das Protektorat Böhmen und Mähren „möglichst schnell" von Juden „zu befreien", zu erfüllen.

Die letzte und schrecklichste Phase der Judenpolitik begann nach der Besprechung am 20.1.1942 in Berlin, mit der „Wannseekonferenz", zu der der Chef des Reichssicherheitshauptamtes und stellvertretende Reichsprotektor in Böhmen und Mähren Reinhard Heydrich geladen hatte. Für die Koordination der Aufgaben zur Durchführung der „Endlösung" der Judenfrage waren Vertreter aus dem Reichsjustizministerium, dem Reichsinnenministerium, dem Auswärtigen Amt, dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, aus der Reichskanzlei sowie hohe SS-Führer, die ihre Erfahrungen mit Massenermordungen besaßen, zusammengerufen worden. Theresienstadt im nördlichen Böhmen wurde zum Durchgangslager für die „Endlösung" bestimmt.

War die kleine Garnisonsstadt Theresienstadt zunächst als *„Sammel- und Durchgangslager" für die Juden aus dem Protektorat Böhmen und Mähren gewählt worden, sollte hier* Anfang 1942 das *„Altersghetto"* für Juden über 65 Jahre und das „Vorzugslager" für „privilegierte" Juden aus Deutschland und Österreich entstehen, eine angebliche „jüdische Mustersiedlung" vor allem zur Zerstreuung ausländischer Kritik. Außerdem war Theresienstadt aber auch als Sammelstelle beziehungsweise Durchgangslager innerhalb der Deportationen der Juden Mittel- und Westeuropas in die Vernichtungslager vorgesehen.

„Umsiedlung", „Evakuierung", „Aussiedlung" oder „Abwanderung" – mit diesen Begriffen verharmloste man die geplanten Wege in die Vernichtung. Zielgruppen dieser „Evakuierungsaktionen" sollten nun die Personen sein, die bisher noch ausgenommen waren:

- Über 65 Jahre alte bzw. über 55 Jahre alte gebrechliche Juden mit ihren Ehegatten. Nicht aber die Juden, die in „Mischehe" lebten und die, die Kinder unter 14 Jahren hatten.
- Juden, die im Ersten Weltkrieg Auszeichnungen erhalten hatten
- Jüdische Ehegatten einer geschiedenen „deutsch-jüdischen Mischehe"
- Alleinstehende, jüdische „Mischlinge", die (angeblich) jüdisch erzogen worden waren.

„Kriegswichtige" Personen sollten ausgeschlossen werden, dazu gehörten auch Ärzte.

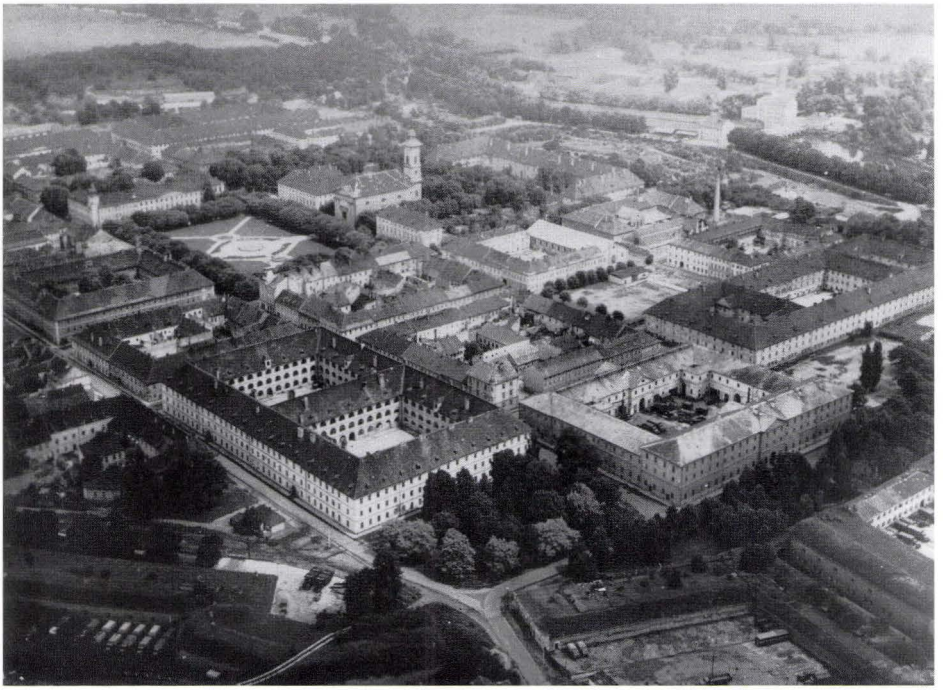
Den entsprechenden Personenkreis zusammenzustellen, war sicher nicht schwierig, denn von vorhergehenden die Juden betreffenden Bestimmungen existierten Aufzeichnungen. So mussten zehn Peinerinnen und Peiner in den ersten Transport aus Hannover mit insgesamt 779 Personen. Er traf am 24. Juli 1942 in Theresienstadt ein, ihm sollten bis 1945 sechs weitere folgen. Bis zum 25. Mai 1945, der Ankunft des letzten Transportes, hatten die Nazis 1039 Menschen aus der Region Hannover/Hildesheim in den „Vorhof der Hölle" – Theresienstadt – deportiert.

Theresienstadt

Ein Einfall des Wahnsinns muss es gewesen sein, Theresienstadt zu dem zu machen, was es wurde. Ich möchte darum einen kurzen Überblick zur Geschichte und Architektur der Stadt geben:

Theresienstadt, etwa 60 km nordwestlich von Prag gelegen, wurde Ende des 18. Jahrhunderts von Kaiser Josef II., dem Sohn Kaiserin Maria Theresias als Garnisonsstadt erbaut.

Die Große Festung, die eigentliche Stadt, das sind 11 große Kasernen und etwa 220 kleine Gebäude auf einer Fläche von nur einem Quadratkilometer, umgeben von Wallanlagen und einem über 28 Kilometer langen unterirdischen Gängesystem. Vor der Ghettozeit lebten etwa 3500 Soldaten und ebenfalls 3500 Zivilisten in Theresienstadt.

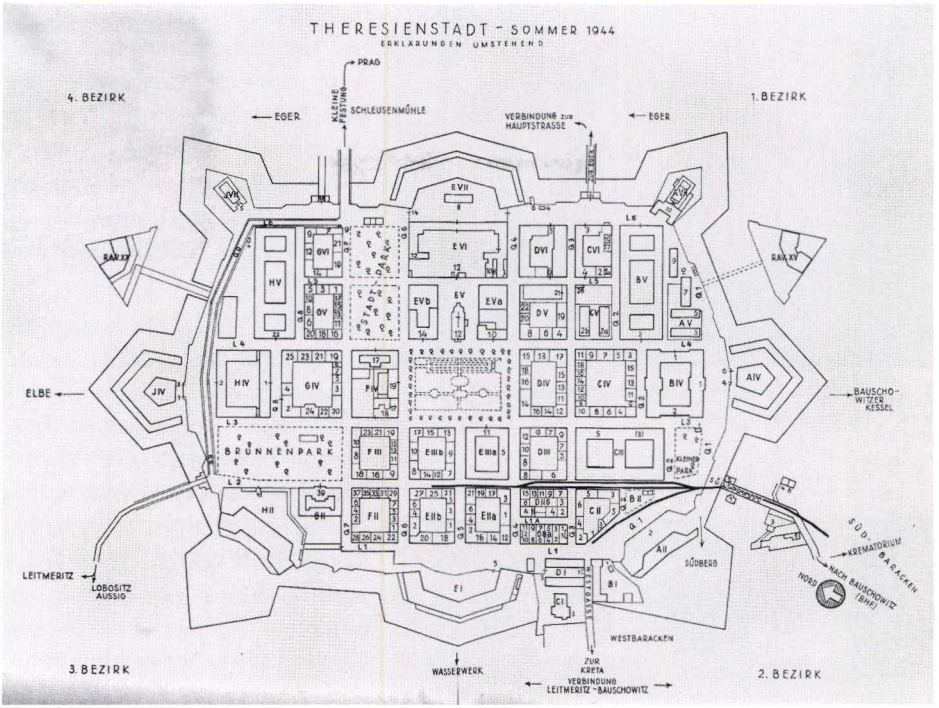


Luftaufnahme Archivbild Nr. 29633. Jüdisches Museum Prag.

Auf der anderen Seite des Flusses Eger wurde die Kleine Festung Theresienstadt erbaut. Die Kleine Festung war immer Militär-Gefängnis, nie Ghetto. Hier inhaftierte man politische Häftlinge, das tat auch die Prager Gestapo.

Bis Ende 1941 dienten ausschließlich die Kasernen als Unterkünfte für die Juden aus dem Protektorat Böhmen und Mähren, die anderen Häuser waren noch von der Zivilbevölkerung bewohnt. Doch mit den Deportationen aus dem Reich wurde es dringend notwendig alle Gebäude benutzen zu können. Ein Teil der Stadt war ohnehin von der SS zum „arischen Viertel" erklärt worden. Durch einen Zaun und eine Schranke abgetrennt, konnte man nur mit Sondergenehmigung dort hinein kommen. Bis Ende Juni 1942 musste also die Zivilbevölkerung die Stadt verlassen.

Der Stadtplan zeigt den geometrischen Grundriss der barocken Festungsanlage. Die Straßen trugen die Bezeichnungen L für längs und Q für quer. Erst später, zur sogenannten „Verschönerungsaktion", gab man den Straßen Namen wie



Seestraße, Bahnhofstraße, Lange Straße, Wallstraße, Hauptstraße, Bäckergasse, Jägergasse usw.

Das KZ-Ghetto unterstand außen der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag und diese wiederum dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA). Tschechische Gendarmen bewachten die Inhaftierten, die eigentliche Verwaltung lag jedoch bei der SS.

Sie bestimmte den von ihr eingesetzten Ältestenrat der Jüdischen Selbstverwaltung. So wurden die Juden selbst gezwungen, die Listen für die Deportationen in die Vernichtungslager zusammenzustellen, die Verteilung von Nahrung, Kleidung und Arbeit vorzunehmen und die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Von November 1941 bis Juli 1943 unterstand Theresienstadt Siegfried Seidl, ihm folgte Anton Burger von Juli 1943 bis Februar 1944 und schließlich Karl Rahm von Februar 1944 bis Mai 1945. Alle drei waren Österreicher.

Aus: H.G. Adler: Die verheimlichte Wahrheit. Verlag Mohr Siebeck. Tübingen 1958.



Die Hamburger Kaserne, ehemals Kavalleriekaserne
(Foto: Martin Müller; privat)



Weiche und Hamburger Kaserne; rechts im Bild
(Foto: Martin Müller; privat)

In der Ghettozeit war hier der Sitz der Jüdischen Selbstverwaltung, außerdem wohnten hier die Niederländer und einige „Prominenten-Familien". Heute finden wir in dem Gebäude die Begegnungsstätte Theresienstadt, Ausstellungen zur Ghettozeit und das Archiv.

Bis zum 1. Juni 1943 kamen die Häftlinge in Bauschowitz an und mussten dann mit ihrem Gepäck einen etwa 3 km langen Fußmarsch bewältigen, ehe sie das Ghetto erreichten. Dann wurde ein Gleisanschluss, der direkt in die Stadt vor die Hamburger Kaserne führte, in Betrieb genommen werden. Er war von Ghettoinsassen gebaut worden.

Als der erste Transport aus Deutschland mit 50 Berliner Juden am 2. Juni 1942 Theresienstadt erreichte, hatte man bereits 28.887 Juden aus dem Protektorat nach Theresienstadt deportiert, das war etwa ein Drittel der tschechischen Juden.

Dieser erste Transport aus Hannover traf in Theresienstadt ein, als das wohl grausamste Kapitel der Theresienstädter Geschichte begann. Die kleine Stadt wuchs ständig, es herrschte drangvolle Enge. Im April 1942 zählte man 12.968 Menschen, im September 1942 drängten sich dort bereits 53.264 Häftlinge. Im April 1942 starben 256 Personen, im September 1942 gab es 3.941 Todesfälle. Allein in den Monaten August bis Oktober 1942 kamen 10.364 Menschen in Theresienstadt um, davon waren 5827 aus Deutschland (= 56,2%).

Viele der alten Menschen starben aus Verzweifelung über ihre Lage, an Unterernährung oder an Krankheiten wie Typhus oder Enzyphalitis.

In diesem ersten Transport aus Hannover befanden sich auch zehn Peiner Bürgerinnen und Bürger. Bei weiteren Personen war in der Transportliste als Geburtsort Peine angegeben, die Namen lassen mich vermuten, dass sie zur Familie Sostmann bzw. Schwarz gehören.

Was diesen Deportationen vorausging, möchte ich an dieser Stelle nur kurz umreißen. Auf keinen Fall waren es Nacht-und-Nebel-Aktionen! Zu vielschichtig waren die Vorbereitungen: Sicherheitspolizei, Finanzbehörde, Gestapo und Reichsbahn waren beteiligt, um nur einige Stellen zu nennen.

Welche Rolle die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland bei der Vorbereitung der Deportationen einnimmt, ist schwierig zu beurteilen. Die Reichsvereinigung war ursprünglich eine selbständige Dachorganisation der Juden in Deutschland. 1939 wurde sie vom RSHA übernommen und unterstand der Sicherheitspolizei. Die Reichsvereinigung versorgte das RSHA mit demografischen Daten und veröffentlichte Vorschriften und Erlasse der Nazis in Zeitschriften wie dem Jüdischen Nachrichtenblatt. Erst als sich die „Endlösung" abzeichnete, hörte man auf, Informationen weiterzuleiten. Dennoch glaubte der Berliner Rabbi Leo Baeck, dass die Zusammenarbeit mit den Nazis das Leben der Juden erleichtern würde.

Die Juden, die nach Theresienstadt deportiert wurden, mussten 50,- Reichsmark einzahlen, die sie dann bei Ankunft wiederbekommen sollten. Sie mussten auch ihre Unterkunft in Theresienstadt ankaufen, wie es in dem Heimeinkaufsvertrag heißt. Es war alles ein sorgfältig ausgearbeiteter Betrug. Obwohl Theresienstadt kein Vernichtungslager war, wurde es zu einer Zwischenstation auf dem Weg nach Auschwitz und in andere Vernichtungslager.

Möglicherweise hat auch eine Peinerin oder ein Peiner einen derartigen Heimeinkaufsvertrag abgeschlossen, der einen Lebensabend in Bad Theresienstadt oder Theresienbad sichern sollte. Die Realität sah jedoch ganz anders aus.

Was die Deportierten erwartete, können wir uns nur mühsam vorstellen. Erst spät erzählten die wenigen Überlebenden, es gibt nur wenige Dokumentaraufnahmen. Und die Bilder, die einige Künstler vom „Leben" der Häftlinge insgeheim anfertigten, wurden erst nach und nach gefunden und veröffentlicht. Helga Hošková kam als zwölfjähriges Mädchen von Prag nach Theresienstadt. „Zeichne, was Du siehst" war der Auftrag, den ihr Vater ihr kurz nach der Ankunft im Ghetto gab. Ihre Zeichnungen sind erhalten geblieben und berichten uns vom Alltag und der Not der Menschen, von Krankheit und von Tod. Auch die Bilder von Fritz Taussig[1] – sein tschechisches Pseudonym war Bedřich Fritta – zeigen uns das Elend der Menschen.



Dok.-Aufnahme 24758; Jüdisches Museum Prag

Vom Bahnhof Bauschowitz schleppten sich die alten Menschen zu Fuß durch den Ort bis zur Großen Festung. Das Foto-Dokument zeigt uns so eine Ankunft, von Bewohnern des Ortes beobachtet. Aus dieser Position gibt es übrigens noch weitere Aufnahmen, auch von abgehenden Transporten. Es ist anzunehmen, dass diese ständige Beobachtung durch die Dorfbewohner zum Bau der Gleisanlage in das Ghetto führte.

In Theresienstadt mussten die Ankommenden in die „Schleuse". Unterschiedliche Kasernen und auch die Kasematten und die Kasernenhöfe wurden als „Schleusen" benutzt. In den späteren Jahren war die an den Gleisen gelegene Hamburger Kaserne Schleuse. Besonders düs-

[1] Fritz Taussig bzw. Bedřich Fritta war in Theresienstadt Leiter der Zeichenstube in der technischen Kanzlei der jüdischen Selbstverwaltung. In seinen Tuschezeichnungen zeigt er ein eindringliches Bild vom Alltagsgrauen und Leben der Häftlinge im Theresienstädter Ghetto. Fritta weigerte sich, bei der „Verschönerungsaktion" für den Besuch der Rotkreuz-Delegation mitzuarbeiten. Er wurde wegen Gräuelpropaganda mit seiner Frau und seinem dreijährigen Sohn in der Kleinen Festung inhaftiert, später nach Auschwitz deportiert und kam dort um.

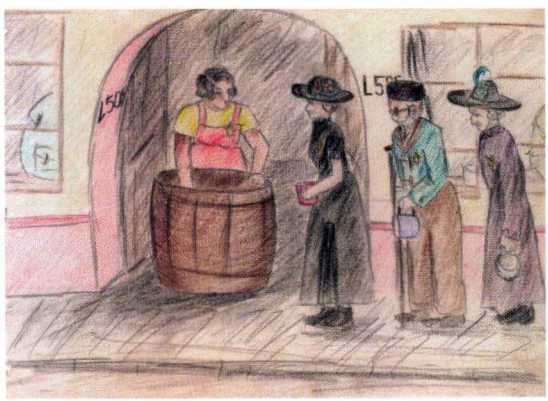
ter, auch tagsüber, waren die langgestreckten Räume der Kasematten, in welche die Neuankömmlinge gepfercht wurden. Das Gepäck wurde noch einmal durchsucht.

Die Räume waren mit zweistöckigen Holzpritschen ohne Matratzen oder Strohsäcke ausgestattet. Die Menschen saßen oder lagen dicht gedrängt herum und wurden erst nach Tagen, nach Geschlechtern getrennt, auf die Unterkünfte verteilt.



Bild 52 „Schleuse im Hof"
(aus Weissová: „Zeichne, was Du siehst. S.123)

Die Prager Malerin Helga Hošková beobachtete, wie die alten Menschen aus Deutschland sich bei der Essenausgabe anstellten. Sie hatten oft weder Essgeschirr noch Besteck, glaubten sie doch, dass sie in einen Badeort reisen würden. „Wenn unser Führer das wüsste," sollen sie gemurmelt haben und konnten ihre Situation nicht begreifen.



Fritz Taussigs „Leben auf dem Dachboden", eine Zeichnung aus dem Jahr 1943 oder 1944 stellt die drangvolle Enge dar, das unbeschreibliche Chaos einer Unterkunft. Oft waren weder Matratze noch ein Haken für die wenigen Habseligkeiten vorhanden. Es mangelte an allem. Hunger quälte die Menschen. Für das Essen musste man anstehen.



Ungeziefer muss schrecklich geplagt haben. „Eine Laus – dein Tod!" Schilder mit dieser Aufschrift warnten.

Die hygienischen Bedingungen waren katastrophal, Ungeziefer krabbelte überall herum. Kranken Menschen konnte kaum geholfen werden, trotz der aufopferungsvollen Bemühungen der Ärzte und Pfleger.

Deportationen im Transport VIII/1

Im Transport VIII/1 am 24. Juni 1942 aus Hannover befanden sich Marta Freudenthal (74jährig), David de Jonge (72jährig) mit seiner Frau Berta (79jährig), Rosa Laube (68jährig). Minna Mosheim (75jährig), Helene Schwarz (77jährig), Bertha Sostmann (73jährig) mit ihrer Tochter Grete (46jährig), ihre Schwägerin Frieda Sostmann (78jährig) und Henny Traube (71jährig).



Die Arztwitwe Marta Freudenthal wird in Theresienstadt nur noch zwei Monate leben. Sie stirbt am 28. September 1942. Betrachtet man das Foto aus ihrer Kennkarte mit dem stolzen, fast hochmütigen Gesichtsausdruck, dann lässt sich erahnen, dass sie sicher die unfassbaren Zustände in Theresienstadt nicht verkraftete. Ihre Wohnung in ihrem Haus in der Rosenthaler Straße 8 hatte Frau Freudenthal am 10. Mai 1942 räumen müssen. Bis zum Abgang des Transportes lebte sie in der Baracke Woltorfer Straße 17.

Haus Q 404
in Theresienstadt



Auch der Viehhändler David de Jonge (wohnhaft Rosenhagen 7) starb nach fünf Monaten Ghettoaufenthalt. Seine Frau überlebte ihn acht Monate. Sie starb am 1. Dezember 1943, einem Tag, an dem die Ghettoverwaltung 73 Sterbefälle verzeichnete. Nur von Frau de Jonge war in den Unterlagen verzeichnet, dass sie in der Ubikation (Unterkunft im Theresienstädter Sprachgebrauch) Q 404 untergebracht war, d.h. sie wohnte in der 4. Querstraße im Haus 4.

Rosa Laube, geborene Levy war die Witwe des Verwalters der Synagoge Adolf Laube. Nach dem Synagogenbrand waren die Laubes nach Hannover verzogen. Adolf Laube verstarb dort 1939. Vor dem Transport nach Theresienstadt lebte Frau Laube im Judenhaus Hannover, Ellernstraße 16A. Am 23. September 1942 wurde Rosa Laube nach Treblinka[2] deportiert. Ihre Transportnummer ist 568, den Transport Bq mit 1980 Personen überlebte niemand.



Minna Mosheim wohnte in Peine bei Familie Sostmann im Schwarzen Weg 36. Ihr Ehemann Max war bereits 1933 verstorben. Auch für Frau Mosheim wurde die Baracke Woltorfer Straße 17 zur letzten Peiner Unterkunft vor dem Transport. Von Theresienstadt erfolgte ihre Deportation nach Treblinka am 26. September 1942. Auch den Transport Br mit 2004 Menschen überlebte niemand.



Die Witwe des Kaufmanns Bernhard Sostmann (verst. 1931) Bertha war mit ihrer geistig behinderten Tochter Grete nach Theresienstadt gekommen. Grete verstarb am 14. Februar 1944. Bertha Sostmanns weiterer Leidensweg führte sie am 15. Mai 1944 nach Auschwitz (Transport Dz 2503 Personen/ 120 Überlebende).

In der Zeit des Ghettoaufenthalts von Mutter und Tochter Sostmann gab es ein Ereignis, das Angst und Schrecken auslöste: weil einigen Gefangenen die Flucht aus dem Ghetto gelungen war, ordnete die SS-Kommandantur eine Massenkontrolle des Personenstandes am 11. November 1943 an. Bis zum Einbruch der Dunkelheit mussten alle Ghettoinsassen im „Bauschowitzer Kessel", einer Talsenke außerhalb der Stadtmauern, stehen. Es wurde gezählt und gezählt und

[2] Leider findet man im deutschen Gedenkbuch (Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945, Bundesarchiv, Koblenz 1986) falsche Angaben bezüglich der Transporte nach Treblinka bzw. Minsk. Im September 1942 gingen die sogenannten „Alterstransporte" Bo am 19.09., Bp am 21.09., Bq am 23.09., Br am 26.09. und Bs am 29.09. nach Treblinka und nicht wie angegeben nach Trostenec bei Minsk. Es gab auch keine zwei Transportabgänge vom Bahnhof Bauschowitz Richtung Treblinka, wie es für die Deportation von Helene Schwarz angegeben ist (Rosa Laube Bq-568 – 23.09.1942 (1980/0 Ü.), Helene Schwarz 2 Bq-555 – 23.09.1942 (779/68 Ü.)).

gezählt. Ein Ergebnis gab es nicht. In der Nacht schleppten sich alle Menschen zurück ins Ghetto.

In den Transportlisten aus Hannover-Ahlem fand ich noch die am 3. April 1864 in Peine geborene Frieda Sostmann. Vermutlich handelt es sich um die Schwester von Bernhard Sostmann. Ihr Lebensweg endete am 27. Januar 1943, nach 6 Monaten in Theresienstadt.

Helene Schwarz, geborene Spiegelberg, am 17. März 1865 in Peine geboren, war vor der Deportation in Hannover-Ahlem untergebracht. Am 23. September 1942 fuhr sie vom Bahnhof Bauschowitz aus in den Tod im Transport Bq nach Treblinka Nr. 555.

Die Mutter des Zahnarztes Robert Traube, der 1936 Selbstmord begangen hatte, Henny Traube, lebte 1942 im Judenhaus Hannover-Ahlem, Wunstorfer Str. 1, bevor sie nach Theresienstadt kam. Dort starb sie am 22. September 1943.



„Essenausgabe bei der Männerkaserne"
(Aus: Helga Weissová: Zeichne, was Du siehst, Abb. 12, S. 41, Wallstein Verlag, Göttingen 1998)
Der „Menü-Plan" lautet:
Frühstück: Kaffeeersatz
Mittag: Kartoffeln mit Soße
Abends: Kaffee oder Suppe, 20 g Margarine oder ein Löffel Marmelade, manchmal ein Stück Pastete

Hedwig Stahl lebte während des Krieges in Hamburg, Anna Philipson in Duisburg, Ida Elsbach in Berlin, ebenso wie Walter Israel, Paula Fraenkel im schlesischen Riebnig. Die beiden Erstgenannten mussten in die Septembertransporte nach Treblinka. Walter Israel und Paula Fraenkel erlitten zwei Jahre Theresienstadt, um dann 1944 in Auschwitz ins Gas zu gehen. Auch der Bankier Arthur Wertheimer, der 1928 von Peine nach Wiesbaden gezogen war, entkam der Vernichtung nicht. Er kam mit dem Transport XII/2 aus Frankfurt am Main und lebte in dem „Altersghetto" nur noch drei Monate.

Bei der Spurensuche nach Peiner Bürgerinnen und Bürgern fand ich in den Listen von *Yad Vashem* und dem *Digitaal Monument Joodse Gemeenschap in Nederland* die Familie Hertz, wohnhaft Am Markt 8. Albert Hertz war mit seiner Frau Erna, geborene Alexander, und den beiden Töchtern Margot Bertha und Anna Dorothea in die Niederlande ge-

flohen. Im April 1942 war die Familie in der Nolensstraat 20 b in Rotterdam gemeldet. Albert Hertz kam im Außenkommando Ludwigsdorf des KZ Groß Rosen 1944 um, die Töchter starben bereits im Oktober 1942 in Auschwitz und Frau Hertz wurde aus Westerbork am 22. April 1943 nach Theresienstadt deportiert und mit dem Transport En 1944 nach Auschwitz. Ihr Vater war der letzte Leiter der Simonstiftung gewesen, der Israelitischen Gartenbauschule.



Der Arzt, im Jargon der Nationalsozialisten hieß es Krankenheiler, Dr. Hans Freudenthal praktizierte seit 1939 in Bielefeld. Außerdem arbeitete er für die Bezirksstelle Westfalen bei der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland in der Abt. Fürsorge/ Gesundheitswesen[3]. Dr. Freudenthal folgte seiner Lebensgefährtin Anneliese Jonas, wie es heißt freiwillig, ins KZ-Ghetto Theresienstadt. Vermutlich ist diese Behauptung richtig, denn in dem Transport XI/3 (29. Juni 1943) aus Münster befanden sich nur dreiunddreißig Personen.

In Theresienstadt meldete er sich freiwillig für die Betreuung von etwa 1200 polnischen Kindern aus Białystok, die in dem Barackenlager „Kreta" unter strengster Quarantäne untergebracht waren. Es hieß, dass die Kinder gegen deutsche Kriegsgefangene ausgetauscht werden sollten und nach Palästina oder in Schweiz fahren würden. Doch alle Kinder wurden am 5. Oktober 1943 mit ihren 53 Betreuern nach Auschwitz-Birkenau direkt von der Rampe ins Gas geschickt.

2. Deportation im Transport VIII/3

Der Transport VIII/3 aus Hannover traf am 12. Januar 1944 in Theresienstadt ein. Unter den 19 Personen war Berta Herzog, die Schwester von Louis Fels (Salamander-Schuhgeschäft; später Schuhhaus Kruse, heute C&A), Mitte Mai musste auch sie in den Transport nach Auschwitz. Berta Herzog hatte in Peine von ihrem christlichen Ehemann getrennt gelebt, zunächst in der Wohnung des Bruders in der Breiten Straße 15. Diese musste sie bis zum 10. Mai 1942 geräumt haben und in die Baracke in der Woltorfer Straße 17 ziehen.

[3] Das „Merkblatt zur „Gesundheits – Fürsorge" in den „Richtlinien für die Unterstützung der jüdischen Umsiedler" trägt seine Unterschrift.



Tod in Theresienstadt

Sieben Menschen aus Peine kamen in Theresienstadt um. Zwischen der Stadt und dem Ort Bauschowitz liegt der Friedhof. Hier wurde zuerst in Einzelgräbern beerdigt, dann mussten die Nazis aber sehr schnell die Toten in Massengräbern beisetzen. Schließlich machte die ansteigende Sterblichkeit den schnellen Bau eines Krematoriums erforderlich. Vier Verbrennungsöfen wurden von September 1942 an nacheinander in Betrieb genommen. Ein Obduktionsraum ist ebenfalls in einem Teil des Gebäudes untergebracht.

Die SS gestattete den Hinterbliebenen und Freunden allenfalls, sich an der Grenze des Ghettos von den Verstorbenen zu verabschieden. Dann wurden die Särge, soweit überhaupt bei der ungeheueren Zahl von Toten Särge zur Verfügung standen, zum Krematorium abtransportiert.

Die Asche wurde anfangs noch in Holzurnen verwahrt. Bald traten Pappurnen an ihre Stelle, die in der Kartonwerkstatt hergestellt wurden. Alle wurden mit dem Namen, Geburts- und Todesdatum versehen.

Im November 1944, als die Rote Armee näher rückte, versuchte man diese Spuren zu verwischen. Die Asche von etwa 10.000 Toten musste von einer Gruppe junger Häftlinge in den nahen Fluss Eger geschüttet werden.

3. Deportation im Transport VIII/5

Der Hass und die Vernichtungswut gegen die jüdische Bevölkerung war auch wenige Monate vor Kriegsende nicht erschöpft. Am 18. Februar 1945 verließ der letzte Transport Hannover-Ahlem. Sieben Tage waren die 220 Menschen unterwegs. Auschwitz war bereits befreit. Die vielen Arbeitslager befanden sich in Auflösung. Tausende waren aus dem

Osten auf der Flucht. Auch im KZ-Ghetto Theresienstadt herrschten chaotische Zustände.

Hierhin kamen Albert Euchbaum (43 J.), Irma Gellert (40 J.) aus Hämelerwald, Elsbeth Püls (49 J.), Rudolf Schneidermann (54 J.) und Bianka Werner (36 J.), ebenfalls aus Hämelerwald.

Sie alle haben überlebt.

Albert Euchbaum wohnte nach seiner Befreiung noch vier Jahre in Peine und wanderte am 18. Oktober 1949 in die USA aus. Elsbeth Püls lebte nach ihrer Rückkehr aus Theresienstadt bis zu ihrem Tod in Peine. Auch Rudolf Schneidermann kam nach Peine zurück, verließ Deutschland dann 1949 in Richtung Nordamerika.

Bis April 1945 wurden etwa 141.000 Personen nach Theresienstadt verschleppt; nur 19.000 überlebten. Aus Peine und Umgebung waren es 24 Menschen, sieben kamen in Theresienstadt um, sechs in Treblinka und sechs in Auschwitz.

Quellen

Adler, H. G.: Die verheimlichte Wahrheit. Theresienstädter Dokumente, Tübingen 1958.

Digitaal Monument Joodse Gemeenschap in Nederland, Nieuws: *www.joodsmonument.nl*

Yad Vashem. The Holocaust Martyrs' and Heroes' Remembrance Authority: *www.yadvashem.org/wps/portal*

Theresienstädter Gedenkbuch. Institut Theresienstädter Initiative, Melantrich; Band III, Praha 2000.

Anhang:

Tabelle Transporte aus Hannover:

Transport	Datum	Anzahl	aus Peine	Umgekommen	Befreit	**ungeklärt**
VIII/1	**24.07.1942**	**779**	**10**	**704**	**75**	**0**
VIII/2	01.07.1943	9		6	3	0
VIII/3	**12.01.1944**	**19**	**1**	**7**	**12**	**0**
VIII/4	13.01.1944	10		2	8	0
VIII/4 EZ	06.12.1944	1		0	1	0
VIII/4 EZ	15.12.1944	1		0	1	0
VIII/5	**25.02.1945**	**220**	**5**	**2**	**218**	**0**
gesamt		1039		721	318	0

Liste jüdischer Bürger, die zwischen 1933 und 1945 in Stadt und Landkreis Peine gemeldet waren

Die Liste wurde im Stadtarchiv Peine für das „Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945" des Bundesarchivs (Berlin) zusammengestellt[1].

[1] Das Gedenkbuch ist auch im Internet veröffentlicht: >www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/< (eingesehen am 29. April 2009).

Name	Geburtstag und -ort	Wohnorte in Peine	Verfolgungs-schicksal	Todeszeitpunkt und -ort	Bemerkungen
Alexander, Emil	03. März 1870, Lobens (Kreis Wirsitz)	Hohenzollernstr. 27 (heute Kantstr.)	Nach 1938 Emigration in die Niederlande (Rotterdam)	1942 Auschwitz	
Alexander, Hulda, geb. Stempel	04. Februar 1870, Posen	Hohenzollernstr. 27 (heute Kantstr.)		1934 Hannover	
Braunsberg, Erna, geb. Kröschler	08. Juli 1895, Jever	Rosenthaler Str. 14			1934 Abmeldung nach Hannover
Braunsberg, Eva	26. April 1921, Hannover	Rosenthaler Str. 14			1934 Abmeldung nach Hannover
Braunsberg, Ilse	11. Juli 1919, Hannover	Rosenthaler Str. 14			1934 Abmeldung nach Hannover
Braunsberg, Joseph	23. Oktober 1885, Breuna (Kreis Springe)	Rosenthaler Str. 14		25. November 1933 Peine	Selbstmord durch Erschießen aus unbekannten Gründen
Euchbaum (Eichbaum), Albert	09. September 1902, Peine	Hagenstr. 6, Neueteichstr. 10, Damm 37 und Woltorfer Str. 17	Juni 1944 deportiert nach Theresienstadt		1945 bis 1949 wieder wohnhaft in Peine; 1949 Emigration in die USA; verh. mit der Katholikin Maria Eichbaum, geb. Vonrath

Name	Geburtstag und -ort	Wohnorte in Peine	Verfolgungs-schicksal	Todeszeitpunkt und -ort	Bemerkungen
Euchbaum (Eichbaum), Markus	18. Dezember 1859, Nimirow (Kreis Rowa in Österreich/Galizien)	Hagenstr. 6		08. Januar 1938 Peine	
Euchbaum (Eichbaum), Sabina, geb. Kanigel	23. Dezember 1859, Iaworow (Österreich/ Galizien)	Hagenstr. 6		04. März 1938 Schönbeck	
Elger, Johanne	24. April 1901, Nieder Marklowitz (Kreis Rybnick)	Adolf-Hitler-Str. 36 (heute Schwarzer Weg)			Januar 1942 Abmeldung nach Hindenburg (Oberschlesien)
Engelberg, Else, geb. Nitsch	30. September 1897, Peine	Mühlenstr. 21, Mühlenstr. 12	Februar 1938 Emigration in die USA (New York)		
Engelberg, Hermann	05. Januar 1890, Aschenhausen (Kreis Dermbach)	Mühlenstr. 21, Mühlenstr. 12	Februar 1938 Emigration in die USA (New York)		
Engelberg, Marliese	22. August 1925, Peine	Mühlenstr. 21, Mühlenstr. 12	Februar 1938 Emigration in die USA (New York)		
Fels, Johanna, geb. Ehrlich	13. Juli 1872, Preußisch-Oldendorf (Kreis Lübbecke)	Breite Str. 15	Mai 1939 Emigration in die Niederlande (Amsterdam), 1942 Deportation nach Theresienstadt	1942 Theresienstadt	

Name	Geburtstag und -ort	Wohnorte in Peine	Verfolgungs-schicksal	Todeszeitpunkt und -ort	Bemerkungen
Fels, Louis	22. Mai 1872, Wenzen (Kreis Gandersheim)	Breite Str. 15	Mai 1939 Emigration in die Niederlande (Amsterdam)	29. Juni 1940 Selbstmord in Amsterdam	
Fischbein, Brigitte	11. März 1937, Peine	Lindenstr. 8	März 1938 Emigration nach Argentinien		
Fischbein, Rosa, geb. Koczewski (Kaczewski, Katschefski, Kaczenski)	28. März 1917, Halberstadt	Lindenstr. 8	März 1938 Emigration nach Argentinien		
Freudenthal, Dr. med. Hans Bernhard	13. August 1898, Peine	Rosenthaler Str. 8	Juni 1943 Deportation nach Theresienstadt; Oktober 1943 Deportation nach Auschwitz	Oktober 1943 Auschwitz	Hat einen Kindertransport von Bielefeld über Theresienstadt nach Auschwitz begleitet und wurde dort zusammen mit den Kindern vergast
Freudenthal, Martha, geb. Spiegelberg	17.Januar 1868, Peine	Rosenthaler Str. 8	Juli 1942 Deportation nach Theresienstadt	28. September 1942 Theresienstadt	

Name	Geburtstag und -ort	Wohnorte in Peine	Verfolgungs-schicksal	Todeszeitpunkt und -ort	Bemerkungen
Friedmann, Albert	02. Juli 1874, Berkach (Kreis Meinigen)	Goethestr. 27, Richthofenstr. 12 (heute Wilhelm-Raabe-Str.), Mödesser Weg 10, Breite Str. 46	März 1933 deportiert nach Esterwegen (Emsland); 1935 von dort entlassen; 1941 Deportation nach Dachau	09. Mai 1941 Dachau	
Friedmann, Hedwig, geb. Simanowski	28. August 1888, Pfaffendorf (Kreis Ortelsburg, Ostpreußen)	Goethestr. 27, Richthofenstr. 12 (heute Wilhelm-Raabe-Str.), Mödesser Weg 10, Breite Str. 46, Adolf-Hitler-Str. 36 (heute Schwarzer Weg), Am Markt 19			Ist aus Anlass ihrer Heirat 1910 zum Judentum übergetreten; ab 1941 „religionslos" (hat vermutlich nach dem Tod des Ehemannes aus Selbstschutz die jüdische ligionszugehörigkeit abgelegt); 1947 erneute Annahme des Judentums

Name	Geburtstag und -ort	Wohnorte in Peine	Verfolgungs-schicksal	Todeszeitpunkt und -ort	Bemerkungen
Friedmann, Lothar	05. Mai 1913, Peine	Goethestr. 27, Richthofenstr. 12 (heute Wilhelm-Raabe-Str.)	August 1934 Emigration in die Niederlande (Niemecslouis bei Amsterdam)	August 1934 Niederlande (nach Angaben der Mutter 1940 Brasilien)	
Friedmann, Renate	26. Oktober 1919, Peine	Goethestr. 27, Richthofenstr. 12 (heute Wilhelm-Raabe-Str.), Mödesser Weg 10	Deportation von Elberfeld nach Ravensbrück	1942 Ravensbrück	
Friedmann, Werner	07. September 1911	Goethestr. 27, Richthofenstr. 12 (heute Wilhelm-Raabe-Str.)	Emigration in die Niederlande und weiter nach Brasilien (Rio de Janeiro)	1977 Brasilien	
Goldschmidt, Emil	20. März 1875, Duderstadt	Breite Str. 44, Rosenthaler Str. 8	1941 Emigration in die USA		
Goldschmidt, Gertrud	23. Juni 1901, Markoldendorf (Kreis Einbeck)	Adolf-Hitler-Str. 48 (heute Schwarzer Weg), Breite Str. 44	1938 Emigration nach Italien		
Goldschmidt, Hedwig, geb. Weiß	07. September 1877, Stadtlengsfeld (Kreis Weimar)	Breite Str. 44, Rosenthaler Str. 8	1941 Emigration in die USA		

Name	Geburtstag und -ort	Wohnorte in Peine	Verfolgungs-schicksal	Todeszeitpunkt und -ort	Bemerkungen
Goldschmidt, Käthe	19. Oktober 1907, Peine	Breite Str. 44			1934 Abmeldung nach Reher (Kreis Hameln-Pyrmont)
Goldschmidt, Marga	13. Juni 1909, Peine	Breite Str. 44, Rosenthaler Str. 8	1941 Emigration in die USA		
Goldschmidt, Siegfried	30. März 1915, Peine	Breite Str. 44	Vermutl. 1941 Emigration in die USA		
Goldschmidt, Walter	27. März 1917, Peine	Breite Str. 44	Vermutl. 1941 Emigration in die USA		
Graetz, Hanna	11. Dezember 1914, Wiesbaden	Henselingstr. 1, Mühlenstr. 21	1939 Emigration nach Bolivien		
Graetz, Henry	01. November 1889, Hildesheim	Henselingstr. 1, Mühlenstr. 21			1948 Auswanderung nach Bolivien
Graetz, Martha, geb. Weissmeyer	21. September 1884, Magdeburg	Henselingstr. 1, Mühlenstr. 21			1948 Auswanderung nach Bolivien
Graetz, Ruth	27. September 1919 Peine	Henselingstr. 1, Mühlenstr. 21	1941 Deportation nach Minsk	Auschwitz	
Haas, Ellen	18. Dezember 1931, Hannover	Breite Str. 15			1936 Abmeldung nach Berlin

Name	Geburtstag und -ort	Wohnorte in Peine	Verfolgungs-schicksal	Todeszeitpunkt und -ort	Bemerkungen
Haas, Frida, geb. Stahl	20. Januar 1908, Bebra (Kreis Rotenburg a. d. Fulda)	Breite Str. 15			1936 Abmeldung nach Berlin
Haas, Sally	22. Juni 1900, Mardorf (Kreis Kirchhain)	Breite Str. 15			1936 Abmeldung nach Berlin
Heinrich, Alice	21. Februar 1937, Peine	Breite Str. 44	1939 Emigration nach Chile		
Heinrich, Leonie, geb. Goldschmidt	29. Juli 1912, Peine	Breite Str. 44	1939 Emigration nach Chile		
Heinrich, Samuel	16. April 1903, Jaratschewo (Kreis Posen)	Breite Str. 44	1939 Emigration nach Chile		
Hertz, Albert	26. März 1895, Littard (Holland)	Am Markt 8	1935 Emigration in die Niederlande (Hillegersberg)	1944 Cosel (Oberschlesien)	
Hertz, Anna	14. Januar 1929, Peine	Am Markt 8	1935 Emigration in die Niederlande (Hillegersberg)	1942 Auschwitz	
Hertz, Erna, geb. Alexander	25. April 1902, Warburg	Am Markt 8	1935 Emigration in die Niederlande (Hillegersberg)	Auschwitz	
Hertz, Margot Berta	02. Juni 1923, Peine	Am Markt 8	1935 Emigration in die Niederlande (Hillegersberg)	1942 Auschwitz	

Name	Geburtstag und -ort	Wohnorte in Peine	Verfolgungs-schicksal	Todeszeitpunkt und -ort	Bemerkungen
Herzfeld, Emma, geb. Blumenthal	22. April 1862, Hessisch-Oldendorf (Kreis Rinteln)	Am Markt 1			1937 Abmeldung nach Berlin-Charlottenburg
Herzfeld, Hans Hermann	08. Mai 1924, Peine	Am Markt 1	1939 Emigration nach Großbritannien (London)		
Herzfeld, Käte, geb. Rothschild	28. November 1898, Hildesheim	Am Markt 1	08. April 1942 Deportation nach Warschau	1943 Warschau	
Herzfeld, Max	15. Januar 1890, Peine	Am Markt 1	08. April 1942 Deportation nach Warschau	1943 Warschau	
Herzog, Berta, geb. Fels	24. April 1880, Kreiensen (Kreis Gandersheim)	Breite Str. 15, Rosenthaler Str. 8, Woltorfer Str. 17, Im Krähenfeld 38, Friedrich-str. 29	1944 Deportation nach Theresienstadt	1945 Auschwitz	
Jacubowicz (Jacobowitz), Erich		Breite Str. 20			1936 Abmeldung nach Leitmeritz
Jacubowicz (Jacobowitz), Franzi		Breite Str. 20			1935 Abmeldung aus Peine
Jacubowicz (Jacobowitz), Georg	01. Januar 1872, Adelnau (Posen)	Breite Str. 20	1941 Emigration in die USA		

Name	Geburtstag und -ort	Wohnorte in Peine	Verfolgungs-schicksal	Todeszeitpunkt und -ort	Bemerkungen
de Jonge, Berta, geb. Müller	17. September 1863, Dringenberg (Kreis Warburg i.W.)	Rosenhagen 7, Rosenthaler Str. 8, Woltorfer Str. 17	21. Juli 1942 Deportation nach Theresienstadt	01. Dezember 1942 Theresienstadt	
de Jonge, David	16. Mai 1870, Weener (Kreis Leer/Ostfriesland)	Rosenhagen 7, Rosenthaler Str. 8, Woltorfer Str. 17	21. Juli 1942 Deportation nach Theresienstadt	21. Juli 1942 Theresienstadt	
Kirchheimer, Henriette, geb. Levy	02. November 1878 Minden	Albert-Sergel-Str. 16, Mühlenstr. 8		1970 USA	Nach 1945 Auswanderung in die USA
Kirchheimer, Ilse	13. Juli 1907, Peine	Albert-Sergel-Str. 16	1935 Emigration in die USA (New York)		
Kle(e)stadt, Bertha, geb. Schönfeld	19. Januar 1864, Nordstemmen	Schloßstr. 1, Bodenstedtstr. 20		06. September 1938, Peine	
Kle(e)stadt, Hermann	20. September 1855, Büren	Schloßstr. 1		14. April 1935, Peine	
Kle(e)stadt, Meta	02. Juni 1889, Peine	Schloßstr. 1, Bodenstedtstr. 20, Rosenthaler Str. 8	08. April 1942, Deportation nach Warschau	Warschau	
Koczewski (Kaczewski, Katschefski, Kaczenski), Salomon	20. August 1888, Grajwo (Polen)	Lindenstr. 8	1936 Emigration nach Argentinien		

Name	Geburtstag und -ort	Wohnorte in Peine	Verfolgungs-schicksal	Todeszeitpunkt und -ort	Bemerkungen
Koczewski (Kaczewski, Katschefski, Kaczenski), Sara, geb. Lipowts		Lindenstr. 8	1938 Emigration nach Argentinien		
Koczewski (Kaczewski, Katschefski, Kaczenski), Josef	27. Januar 1914, Grajwo (Polen)	Lindenstr. 8	1934 Emigration nach Palästina		
Koczewski (Kaczewski, Katschefski, Kaczenski), (Sohn 2)		Lindenstr. 8	1938 Emigration nach Argentinien		
Koczewski (Kaczewski, Katschefski, Kaczenski), (Sohn 3)		Lindenstr. 8	1938 Emigration nach Argentinien		
Koczewski (Kaczewski, Katschefski, Kaczenski), (Sohn 4)		Lindenstr. 8	1938 Emigration nach Argentinien		
Koczewski (Kaczewski, Katschefski, Kaczenski), (Tochter 2)		Lindenstr. 8	1935 Emigration in die USA		
Koczewski (Kaczewski, Katschefski, Kaczenski), (Tochter 3)		Lindenstr. 8	1938 Emigration nach Argentinien		

Name	Geburtstag und -ort	Wohnorte in Peine	Verfolgungs-schicksal	Todeszeitpunkt und -ort	Bemerkungen
Koczewski (Kaczewski, Katschefski, Kaczenski), (Tochter 4)		Lindenstr. 8	1938 Emigration nach Argentinien		
Koczewski (Kaczewski, Katschefski, Kaczenski), (Tochter 5)		Lindenstr. 8	1938 Emigration nach Argentinien		
Laube, Adolf	02. November 1865, Moritzberg (Kreis Marienburg)	Bodenstedtstr. 18 (Wohnung in der Synagoge; heute Hans-Marburger-Str.), Adolf-Hitler-Str. 36 (heute Schwarzer Weg)		03. Oktober 1939, Hannover	
Laube, Rosalie, geb. Levy	30. März 1874, Minden	Bodenstedtstr. 18 (Wohnung in der Synagoge; heute Hans-Marburger-Str.), Adolf-Hitler-Str. 36 (heute Schwarzer Weg)	1942 Deportation nach Theresienstadt und weiter nach Minsk		Verschollen in Minsk
Lichtenstein, Bernhard	11. April 1923, Peine	Gröpern 3		Riga; Zeitpunkt unbekannt	1938 Abmeldung nach Gera
Lichtenstein, Elise Margarete, geb. Hauptmann	19. Juli 1894, Gera	Gröpern 3, Adolf-Hitler-Str. 36 (heute Schwarzer Weg), Rosenthaler Str. 8			1941 Abmeldung nach Gera; Verschollen
Lichtenstein, Gustav	08. Januar 1881, Schöningen (Kreis Helmstedt)	Gröpern 3, Adolf-Hitler-Str. 36 (heute Schwarzer Weg), Rosenthaler Str. 8			1941 Abmeldung nach Gera

Name	Geburtstag und -ort	Wohnorte in Peine	Verfolgungs-schicksal	Todeszeitpunkt und -ort	Bemerkungen
Manasse, Gustava Bella, geb. Freidberg	18. Mai 1902, Warschau	Bodenstedtstr. 20 (heute Hans-Marburger-Str.)	Juni 1933 Emigration nach Kairo		
Manasse, Kurt	20. März 1895, Kammin (Kreis Kammin)	Bodenstedtstr. 20 (heute Hans-Marburger-Str.)	Juni 1933 Emigration nach Kairo		
Manasse, Peter	01. Februar 1926, Hannover	Bodenstedtstr. 20 (heute Hans-Marburger-Str.)	Juni 1933 Emigration nach Kairo		
Manasse, Ursel	10. Januar 1928, Peine	Bodenstedtstr. 20 (heute Hans-Marburger-Str.)	Juni 1933 Emigration nach Kairo		
Manasse, Walter	20. Mai 1930, Peine	Bodenstedtstr. 20 (heute Hans-Marburger-Str.)	Juni 1933 Emigration nach Kairo		
Marburger, Hans	28. Mai 1921, Peine	Damm 37		10. November 1938, Peine	in der Reichspogromnacht in der Synagoge erschossen
Marburger, Hermann	14. August 1881, Laasphe (Kreis Wittgenstein i.W.)	Damm 37	08. April 1942 Deportation nach Warschau	Warschau	

Name	Geburtstag und -ort	Wohnorte in Peine	Verfolgungs-schicksal	Todeszeitpunkt und -ort	Bemerkungen
Marburger, Lotte	01. November 1914, Peine	Damm 37		08. August 1938, Breslau	Januar 1938 Abmeldung nach Breslau
Marburger, Rosa, geb. Moses	04. Juli 1888, Treysa (Kreis Ziegenhain)	Damm 37	08. April 1942 Deportation nach Warschau	Mai 1942, Warschau	Todesursache Lungenentzündung
Mesritz, Benno	28. August 1921, Wittingen	Wense (Landkreis Peine), Nr. 26 (heute Am Betonwerk 2)	1936 Emigration in die Niederlande; Mai 1943 Deportation von Westerbork (Niederlande) nach Sobibor	14. Mai 1943, Sobibor	Vgl. den Beitrag von Martina Staats
Mesritz, Erich	03. Januar 1913, Peine	Wense (Landkreis Peine), Nr. 26 (heute Am Betonwerk 2)	Emigration in die Niederlande; Oktober 1942 Deportation von Westerbork (Niederlande) nach Blechhammer (Oberschlesien)	11. Februar 1945, Buchenwald	Vgl. den Beitrag von Martina Staats

Name	Geburtstag und -ort	Wohnorte in Peine	Verfolgungs-schicksal	Todeszeitpunkt und -ort	Bemerkungen
Mesritz, Heinz	18. Juni 1915, Wittingen	Wense (Landkreis Peine), Nr. 26 (heute Am Betonwerk 2)	1936 Emigration in die Niederlande; November 1942 Deportation von Westerbork (Niederlande) nach Bobrek (Oberschlesien)	02. Mai 1943, Bobrek (Oberschlesien)	Vgl. den Beitrag von Martina Staats
Mesritz, Pauline, geb. Weinstein			Emigration		zu einem unbekannten Zeitpunkt deportiert und ermordet; vgl. den Beitrag von Martina Staats
Mesritz, Sitta	24. Dezember 1910, Peine	Wense (Landkreis Peine), Nr. 26 (heute Am Betonwerk 2)	Emigration in die Niederlande; Januar 1943 Deportation von Westerbork (Niederlande) nach Auschwitz-Birkenau	25. Januar 1943, Auschwitz	Vgl. den Beitrag von Martina Staats
Moses, Hilde	14. Dezember 1880, Gemünden	Damm 37			Nur kurzfristig 1940/41 in Peine gemeldet

Name	Geburtstag und -ort	Wohnorte in Peine	Verfolgungs-schicksal	Todeszeitpunkt und -ort	Bemerkungen
Mosheim, Max	04. Oktober 1856, Adorf (Kreis Eisenberg)	Braunschweiger Str. 2		30. September 1933, Peine	
Mosheim, Minna, geb. Koopmann	03. Juni 1867, Berne (Oldenburg)	Braunschweiger Str. 2, Adolf-Hitler-Str. 36 (heute Schwarzer Weg), Woltorfer Str. 17	21. Juli 1942 Deportation nach Theresienstadt	Theresienstadt	
Nelke, Anka		Hämelerwald, Nr. 96; Peine, Woltorfer Str. 17	26. März 1942 Deportation nach Warschau		
Nelke, Arthur		Hämelerwald, Nr. 96		1940 Hämelerwald	
Perel, Berta	18. Mai 1916, Lodz (Polen)	Damm 1	Dezember 1933 Emigration nach Litzmannstadt/Lodz; Deportation in das Ghetto Wilna und das KZ Stutthof	1944 auf dem Todesmarsch von Stutthof Richtung Ravensbrück erschossen	
Perel, David	30. Juli 1913, Lodz (Polen)	Damm 1	Dezember 1933 Emigration nach Litzmannstadt/Lodz; Emigration nach Palästina		

Name	Geburtstag und -ort	Wohnorte in Peine	Verfolgungs-schicksal	Todeszeitpunkt und -ort	Bemerkungen
Perel, Isaak	22. Dezember 1909, Lodz (Polen)	Damm 1	Dezember 1933 Emigration nach Litzmannstadt/Lodz; Deportation in das Ghetto Wilna und das KZ Dachau	Im Zeitraum 1990 bis 1992	
Perel, Israel	01. Februar 1877, Zamosc (Polen)	Damm 1	Dezember 1933 Emigration nach Litzmannstadt/Lodz	1943 Litzmannstadt/Lodz	
Perel, Rebecca, geb. Halpern	15. Februar 1883, Dünaburg (Lettland)	Damm 1	Dezember 1933 Emigration nach Litzmannstadt/Lodz	1944 Litzmannstadt/Lodz	
Perel, Salomon, genannt Sally	21. April 1925, Peine	Damm 1	1933 Emigration nach Litzmannstadt/Lodz		Autor von „Ich war Hitlerjunge Salomon", Ehrenringträger der Stadt Peine, lebt seit 1948 in Israel
Plaut, Gerhard	31. August 1917, Peine	Luisenstr. 38	Emigration nach Großbritannien		
Plaut, Ida, geb. Doernberg	12. August 1878, Erfurt	Luisenstr. 38, Breite Str. 21, Breite Str. 15	Deportation nach Riga	Riga	

Name	Geburtstag und -ort	Wohnorte in Peine	Verfolgungs-schicksal	Todeszeitpunkt und -ort	Bemerkungen
Plaut, Simon	27. August 1867, Frankershausen (Kreis Eschwege)	Luisenstr. 38, Breite Str. 21, Breite Str. 15			Juni 1938 Abmeldung nach Hannover
Püls, Elsbeth, geb. Rosenstein	14. Mai 1896, Sievershausen	Goethestr. 22	18. Februar 1945 Deportation nach Theresienstadt	1960 Peine	
Schneidermann, Rudolf	09. August 1891, Kischenew (Ukraine)	Gartenstr. 20, Woltorfer Str. 17	Februar 1945 Deportation nach Theresienstadt	1952 USA	1949 Auswanderung in die USA
Schwarz, Alfred, Dr. vet.	01. Oktober 1876, Hannover	Werderstr. 30	August 1939 Emigration nach Großbritannien		
Schwarz, Emmy	16. April 1878, Hannover	Werderstr. 30		12. Februar 1938, Peine	
Schwarz, Helene, geb. Spiegelberg	17. März 1865, Peine	Braunschweiger Str. 2, Werderstr. 30			November 1936 Abmeldung nach Hannover
Sostmann, Bertha, geb. Marx	30. Dezember 1869, Oedt (Kreis Kempen-Krefeld/Niederrhein)	Adolf-Hitler-Str. 36 (heute Schwarzer Weg), Woltorfer Str. 17	21. Juli 1942 Deportation nach Theresienstadt	Auschwitz	
Sostmann, Gretchen	30. April 1897, Peine	Adolf-Hitler-Str. 36 (heute Schwarzer Weg), Woltorfer Str. 17	21. Juli 1942 Deportation nach Theresienstadt	14. Februar 1944 Theresienstadt	

Name	Geburtstag und -ort	Wohnorte in Peine	Verfolgungs-schicksal	Todeszeitpunkt und -ort	Bemerkungen
Sostmann, Herbert, Dr.	02. Mai 1900, Peine	Adolf-Hitler-Str. 36 (heute Schwarzer Weg)	01. November 1933 Emigration nach Bagdad		Von 1950 bis 1952 wieder in Peine wohnhaft
Stern, Max	07. November 1901, Treysa (Kreis Ziegenhain)	Damm 37	08. April 1942 Deportation nach Warschau	Warschau	
Traube, Klaus, Dr.	25. Februar 1928	Wiesenstr. 30			
Traube, Moritz	10. Januar 1862, Hildesheim	Woltorfer Str. 2	März 1939 Emigration nach Großbritannien	Februar 1953 Peine	seit April 1949 wieder in Peine wohnhaft
Traube, Otto	19. April 1860, Peine	Am Markt 8, Am Markt 22/23, Woltorfer Str. 2			am 17. August 1938 Abmeldung in das jüdische Krankenhaus in Hannover, Ellernstr.
Traube, Robert, Dr.	07. November 1897, Karlsruhe	Wiesenstr. 30		28. September 1936 Peine	Selbstmord
Wilder, Cilli	17. September 1913, Peine	Am Markt 19, Adolf-Hitler-Str. 36 (heute Schwarzer Weg)	August 1939 Emigration nach Großbritannien (London)		

Name	Geburtstag und -ort	Wohnorte in Peine	Verfolgungs-schicksal	Todeszeitpunkt und -ort	Bemerkungen
Wilder, Frieda	12. Juli 1925, Peine	Am Markt 19	08. April 1942 Deportation nach Warschau	Warschau	
Wilder, Leonie	13. Oktober 1930, Peine	Am Markt 19	08. April 1942 Deportation nach Warschau	Warschau	
Wilder, Minna, geb. Rössler	28. Dezember 1887, Neu-Sandez (Österreich/ Galizien)	Am Markt 19	08. April 1942 Deportation nach Warschau	Warschau	
Zander, Else, geb. Lilienthal	01. Dezember 1893, Bonenburg (Kreis Warburg)	Am Markt 22/23			Dezember 1935 Abmeldung nach Hannover
Zander, Fritz	10. Juni 1923, Peine	Am Markt 22/23			Dezember 1935 Abmeldung nach Hannover
Zander, Paul, Dr. med.	15. Juni 1883, Bromberg	Am Markt 22/23			Dezember 1935 Abmeldung nach Hannover

Schriftenreihe des Kreisheimatbundes Peine e.V.

Band I

Das Leben in der Peiner Region

Gerhard Himmelmann

Das Leid der Landbevölkerung im Jahre 1406 Orte und Personen im Gebiet des Landkreises Peine als Opfer im Herrschaftskonflikt zwischen Braunschweig-Lüneburg und Hildesheim

Kurzfassung: Im Jahre 1406 lag der Fürstbischof Johann von Hildesheim mit den welfischen Herzöge Bernhard und Heinrich im Streit um die Herrschaftszugehörigkeit von Land und Leuten im Peiner Raum. In beiderseitigen Streit- und Klageschriften bezichtigen sie sich jeweils zahlloser Rechtsverletzungen, Plünderungen und Unterdrückungen, die von Vögten der jeweils anderen Herrschaft verübt wurden. Erfreulicherweise ist diese Auseinandersetzung recht gut dokumentiert. So erfahren wir viel über das Leid, dem die Landbevölkerung damals wegen der noch nicht eindeutig abgegrenzten Herrschaftsgebiete, ausgestzt war. Dabei werden 150 Jahre vor den ersten Amtsregistern sogar Namenslisten von Einwohnern der betroffenen Dörfer mitgeteilt. Selbst die Art der gegenseitigen Verhandlungen zur Konfliktbeilegung kann als höchst spannend und aufschlußreich angesehen werden. So wird die Zeit des „dunklen" Hochmittelalters vor Ort beispielhaft erhellt.



Heinrich Winkelmann

Stadt und Kreis Peine in der Franzosenzeit

Kurzfassung: Die französische Revolution verbreitete ihre Ideen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit über ganz Europa. Damit erschütterte sie alle absolutistischen Regime jener Zeit. Später beseitigten ihre Revolutionsheere diese reihenweise mit militärischer Gewalt. Auch die Peiner Region erlebte die umwälzenden Ereignisse auf vielfältige Weise. Es begann mit den Durchmärschen der verschiedener Armeen und verschärfter Überwachung politisch Mißliebiger, setzte sich mit der Entmachtung des Landesherren durch Preußen fort, führte später zur Errichtung des von Napoleon als Musterstaat geplanten Königreichs Westfalen und endete schließlich in der Katastrophe der „Großen Armee" vor Moskau sowie dem blutigen Ringen danach. In dem folgenden Text werden die Folgen jener Ereignisse für die Bevölkerung untersucht. Es zeigt sich, daß die westphälische Herrschaft bei den Menschen jener Zeit anfangs gar nicht so unbeliebt war und erst später sich durch bedenkliche Mißgriffe sämtliche Sympathien verscherzte.

Wilhelm Matthies

Zum „Fahrradfieber" der Jahrhundertwende in Peine

Die Entwicklung des Radfahrens in Peine

Kurzfassung: Nach einer Reihe technischer Entwicklungsschritte im Verlauf des 19. Jahrhunderts erlebte das Fahrrad um die Jahrhundertwende eine erste Blütezeit. Zunächst in Kreisen des Bürgertums, später auch in der Arbeiterschaft, wurde das Fahrradfahren so populär, daß Zeitgenossen bereits im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts eine neue Ära im Straßenverkehr prognostizierten. Auf lokaler und regionaler Ebene trugen insbesondere die Radsportvereine, die seit den 1880er Jahren im Deutschen Kaiserreich entstanden, in hohem Maße zur Verbreitung des Fahrradfahrens bei. Der Beitrag stellt einige Aspekte dieser Entwicklung in der aufblühenden Industriestadt Peine vor.



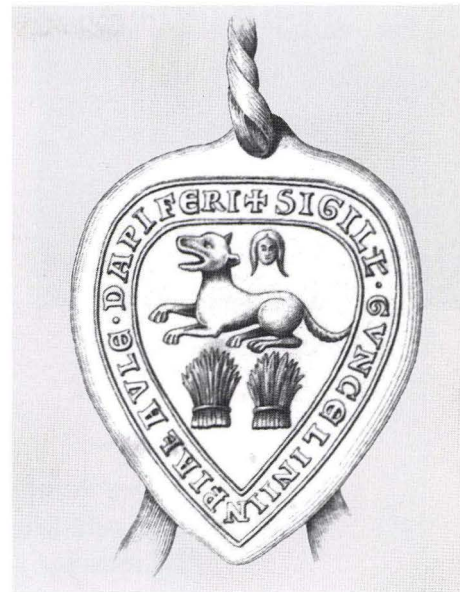
ISBN 3-9805245-0-7

Band II
Peiner Persönlichkeiten

ROLF SONNENBERG

Das Leben des Reichsministerialen Gunzelin von Peyna

Kurzfassung: In den politischen Wirren zu Beginn des 13. Jahrhunderts gelingt es Gunzelin von Wolfenbüttel, vom Dienstmann der Welfen zum Inhaber eines Reichsamtes emporzusteigen. Er erlebt das Scheitern des Kaisers Otto IV. und die Höhen und Tiefen im Schicksal des legendären Kaisers Friedrich II. von Staufen. Auf der Burg Peine richtet sich Gunzelin eine eigene Hofhaltung ein. Während seiner Zeit wird neben der bedeutend älteren Burg auch Peine als befestigte Siedlung zum ersten Male erwähnt. Daher kann Gunzelin mit den Anfängen der Stadt in Verbindung gebracht werden.



Heinrich Winkelmann (†)

Die Familiengeschichte der Freiherren von Hammerstein in Equord

Kurzfassung: Die ländlichen Adelsfamilien fungierten als Grundherren der Bauern, hatten die niedere Gerichtsbarkeit inne und besaßen Kirchenpatronate. Auf diese Weise übten sie über Jahrhunderte hinweg wichtige Funktionen



aus. Dennoch ist dem Landleben des Peiner Adels bisher wenig Beachtung geschenkt worden.

Der folgende Text will diese Lücke anhand der Freiherren von Hammerstein schließen. Die in Equord ansässige Adelsfamilie brachte während der Jahrhunderte herausragende Familienmitglieder hervor. Ihr Leben dokumentiert den Alltag des ländlichen Adels in der Peiner Region in den verschiedenen Epochen.

Bernd Feige

Johann Peter Hundeiker
Volksaufklärer, Landschulreformer und Philanthrop
Ein Pädagoge unserer Region um 1800

Kurzfassung: Johann Peter Hundeiker wuchs als Sohn eines Dorfkrämers in Groß Lafferde im Fürstentum Hildesheim auf. Durch autodidaktische Studien erschloß er sich die zeitgenössische neologische und pädagogische Literatur. Er kam in Kontakt mit Braunschweiger Aufklärungskreisen und auf Vermittlung des Herzoglichen Leibarztes Carl Gottlieb Magler in eine nähere Beziehung zu Basedows Philathropin in Dessau. Auf diese Weise volksaufklärerisch motiviert, gab er seinem Heimatort entscheidende Modernisierungsimpulse. Alpabetisierung trieb er mit der Gründung einer Reformvolksschule voran, parallel dazu entstand in seinem Hause eine philanthropische Internatsschule.

Der Erfolg seines realistisch-pragmatisch geführten Philanthropins erregte die Aufmerksamkeit des Braunschweiger Herzogs Karl Wilhelm Ferdinand, der ihn 1804 als Edukationsrat in sein Land holte. Dort konnte er seine fruchtbare erzieherische Arbeit fortsetzen, und es gelang ihm - und (ab 1807) seinem Sohn Theodor Wilhelm – trotz großer äußerer Schwierigkeiten, bedingt durch die Napoleonische Zeit philanthropische und neuhumanistische Elemente zu verschmelzen und weiterhin eine erfolgreiche pädagogische Praxis zu gestalten.



ISBN 3-9805245-1-5

6,80 €

Band III ist erschienen in der Reihe *Beiträge zur Naturkunde Niedersachsens,* 51. Jahrgang; Heft 4/1998, 171-238.

ISSN 0340-4277

Band IV

Jens Binner (Hrsg.)

... und trug das Zeichen OST – Zwangsarbeit in Stadt und Landkreis Peine

„1945: Bevor ein englisches Kommando sich im westlichen Teil des Dorfes einquartiert, leidet die Dorfbevölkerung schwer unter ausländischen Terroristen." In diesem Zitat aus der Dorfchronik von Duttenstedt aus dem Jahre 1972 wird die Grundtendenz deutlich, unter der bis heute das Thema „Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg" in vielen heimatgeschichtlichen Publikationen behandelt wird, auch wenn die Bezeichnung „Terrorist" heute nicht mehr anzutreffen ist.



Noch in den jüngsten Ortschroniken ist leider festzustellen, dass für die Jahre vor 1945 Zwangsarbeiter vorwiegend erwähnt werden, um zu betonen, dass es ihnen doch eigentlich nicht schlecht, ja vielfach sogar besser als zuhause gegangen sei und viele Arbeitgeber, vor allem Bauern, sie korrekt und menschlich behandelt hätten.

Die frühen Chroniken können für sich noch in Anspruch nehmen, dass die allgemeine Forschungssituation für das Thema „Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg" bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hinein ungenügend und lückenhaft war.

Heute kann man dagegen sagen, dass nur für wenige Themen des Nationalsozialismus eine derartige Fülle an Übersichts- und Spezialstudien vorliegt.

Die Autoren des vorliegenden Bandes haben es sich zur Aufgabe gemacht, die einseitige Berichterstattung für den Themenkomplex „Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg in Stadt und Landkreis Peine" aufzubrechen. Sie möchten aufzeigen, dass die Verknüpfung der lokal vorhandenen Quellen, seien es schriftliche Überlieferungen oder mündliche

Erinnerungen, mit dem überregional erreichten Forschungsstand dringend geboten ist, um die vor Ort auftretenden Phänomene richtig in den Gesamtzusammenhang einordnen zu können.

ISBN 3-9805245-2-3

9,90 €

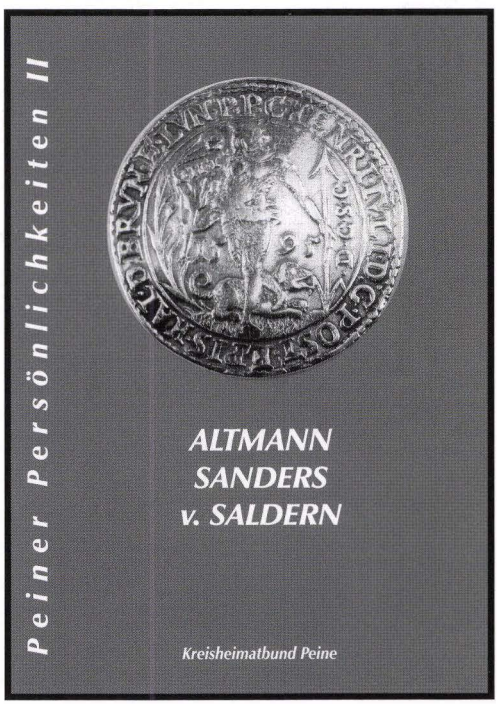
Band V

Peiner Persönlichkeiten II

GERHARD A. SPILLER

Wer war Graf Altmann? - Eine Spurensuche

Am Anfang der Geschichte des Dorfes Ölsburg soll ein Graf mit dem Namen Altmann gestanden haben. Da dieser Ort eine der ältesten Ortschaften im Landkreis Peine ist, kann eine Beschäftigung mit der Geschichte des Grafen und seiner Familie auch einen Blick auf die historische Stellung und Entwicklung des heutigen Landkreises geben. Für die Heimatforschung ist das Ansporn genug, sich mit diesen Personen zu befassen. Leider sind nur wenige Informationen über den Grafen und seine Familie bekannt, was Ausfluss der dürftigen zeitgenössischen Quellenlage sein dürfte. Aber müsste Altmann als Graf nicht in zeitgenössischen Dokumenten oder Chroniken genannt werden? Oder wird seine Position aufgrund des Grafentitels überschätzt? Wer war dieser Graf Altmann, der vor rund tausend Jahren starb und der bis heute im Nebel der Geschichte steht?



Alexander Rose

Burchard v. Saldern, Vater und Sohn, und der Rittersitz Equord

Das 16. Jahrhundert war eine bewegte Zeit. In allen Bereichen des Lebens vollzog sich innerhalb kürzester Zeit ein Wandel. Im Stift Hildesheim bestand darüber hinaus eine besondere Dramatik, weil Ritterschaft und Städte gegen den Willen der Bischöfe die Reformation einführten und bewahrten. In den dabei vorkommenden Kämpfen spielten Burchard von Saldern d.Ä. und sein Sohn Burchard von Saldern auf Equord eine besondere Rolle. Ihr Leben lang stritten sie für die Begrenzung der landesherrlichen Macht, für die Religionsfreiheit im Stift und für eine Steuerpolitik, die die Situation der Untertanen berücksichtigte. Sie waren den alten Rittertugenden derart verpflichtet, dass sie keine Möglichkeit zu Kompromissen mit dem beginnenden Absolutismus sahen. Schließlich erreichte die Prinzipientreue etwas Selbstzerstörerisches.

Burchard auf Equord war fünf Jahre lang Drost im Amt Peine. Er verlängerte die „freie Adelsrepublik Peine" um die Jahre seiner Amtszeit.

Alexander Rose und Jürgen Rump

Johannes Sanders - Poet und Verstoßener

Ein Adenstedter Pastor in der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts

Der Fund von neuem und umfangreichem Archivmaterial über Johannes Sanders macht erstmals für den Peiner Raum eine Persönlichkeit des 16. Jahrhunderts erkennbar. Der Adenstedter Pastor schrieb und veröffentlichte im Jahr 1588 eine „Tragoedia". Darin vermittelt er anhand des biblischen Stoffes von Johannes dem Täufer ein Bild über die schlechten wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse der Bauern in seiner Zeit. Er ruft zur Buße, zur Umkehr auf. Solche Theaterstücke mit Anleihen aus der Bibel waren in Sanders' Zeit

modern. Wenig später wurde Sanders angeklagt, in seiner Abendmahlslehre calvinistische Gedanken zu vertreten. Das vorhandene Quellenmaterial zeichnet die Argumente und den Ablauf genau ab. Der Adenstedter Pastor verteidigte seine Position beharrlich als eine lutherische. Nach einem zwei Jahre andauernden Streit musste er seine Pfarrstelle verlassen.

ISBN 3-9805245-3-1

Sie erhalten die Schriftenreihe des Kreisheimatbundes im Buchhandel, im Kreismuseum Peine oder beim

Kreisheimatbund Peine
www.kreisheimatbund.de